

A large construction site with a tall crane and a building under construction. The crane is on the left, and the building is in the center. The building has many floors and is surrounded by scaffolding. The crane has the number '11' on it. The building has 'holzco doka' written on it. The background shows a forested hill and a city.

Stadt Luzern

Geschäftsbericht 2010

Bericht und Antrag des
Stadtrates an den
Grossen Stadtrat
vom 13. April 2011

B+A 3/2011

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt
am 30. Juni 2011

**Bericht und Antrag des Stadtrates von Luzern an den
Grossen Stadtrat von Luzern** **B+A 3/2011**

Stadtratsbeschluss 310 vom 13. April 2011

Baustelle Allmend: Eines der beiden Wohn-Hochhäuser auf der Allmend, September 2010.

Foto: Christensen Design, Bern

Inhaltsverzeichnis

1	Das Jahr 2010 im Rückblick.....	3
2	Ergebnis der Jahresrechnung 2010	4
2.1	Gesamtüberblick.....	4
2.2	Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten	5
2.2.1	Aufwand	6
2.2.2	Ertrag	8
2.2.3	Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen	9
2.2.4	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO	10
2.2.5	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO	10
2.3	Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung	11
2.4	Investitionsrechnung	12
2.5	Bestandesrechnung.....	13
2.6	Anhang zur Jahresrechnung.....	17
2.6.1	Ausserbilanzgeschäfte per 31. Dezember 2010	17
2.6.2	Brandversicherungswerte per 31. Dezember 2010	18
2.6.3	Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze	18
2.6.4	Abnahme der Jahresrechnung 2009 durch den Regierungsstatthalter	19
2.6.5	Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern	19
2.6.6	Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeinde- und Zweckverbände	21
2.6.7	Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern	22
3	Kennzahlen aus dem Personalbereich	24
3.1	Entwicklung der Teilzeitstellen	24
3.2	Personalfluktuations.....	24
3.3	Nationalitäten	24
3.4	Pyramide der Dienstjahre	25
3.5	Besoldungsklassen	25
3.6	Altersstruktur.....	26
4	Direktionen	27
4.1	Sozialdirektion.....	27
	Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor	27
4.1.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	28
4.1.2	Rechnungsergebnis im Überblick	30
4.1.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	32
4.1.4	Kennzahlen	38
4.1.4.1	Sekretariat Vormundschaftsbehörde	39
4.1.4.2	Amtsvormundschaft	40
4.1.4.3	Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle	41
4.1.4.4	Sozialamt	44
4.1.4.5	Wirtschaftliche Sozialhilfe (exkl. Mutterschaftsbeihilfe)	45
4.1.4.6	Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe	47
4.1.4.7	Kinder Jugend Familie	49
4.1.4.8	Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg	53
4.2	Bildungsdirektion und Präsidiales.....	55
	Vorwort von Urs W. Studer, Stadtpräsident und Bildungsdirektor	55
4.2.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	56
4.2.2	Rechnungsergebnis im Überblick	59
4.2.3	Schulpflege	61
4.2.4	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	61

4.2.5	Kennzahlen	65
4.2.5.1	Stadtkanzlei	67
4.2.5.2	Musikschule	68
4.2.5.3	Kultur und Sport	69
4.2.5.4	Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten	71
4.2.5.5	Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes	72
4.2.5.6	Stadtbibliothek	73
4.2.5.7	Kinder- und Jugendzahnklinik	74
4.3	Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit.....	75
	Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Direktorin Umwelt, Verkehr und Sicherheit	75
4.3.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	76
4.3.2	Rechnungsergebnis im Überblick	79
4.3.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	80
4.3.4	Kennzahlen	84
4.3.4.1	Stadtraum und Veranstaltungen	85
4.3.4.2	Bevölkerungsdienste	87
4.3.4.3	Umweltschutz	89
4.3.4.4	Zivilschutz	91
4.3.4.5	öko-forum	92
4.3.4.6	Feuerwehr	93
4.4	Baudirektion	95
	Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor	95
4.4.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	96
4.4.2	Rechnungsergebnis im Überblick	98
4.4.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	99
4.4.4	Kennzahlen	102
4.4.4.1	Städtebau/Stadtentwicklung	103
4.4.4.2	Immobilien	105
4.4.4.3	Geoinformationszentrum	107
4.5	Finanzdirektion.....	109
	Vorwort von Stefan Roth, Finanzdirektor	109
4.5.1	Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten	110
4.5.2	Rechnungsergebnis im Überblick	112
4.5.3	Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	113
4.5.4	Kennzahlen	115
4.5.4.1	Steueramt	117
4.5.4.2	Teilungsamt	118
4.5.4.3	Prozesse und Informatik	119
4.6	Beitragswesen	121
4.6.1	Rechnungsergebnis im Überblick	121
5	Dienstabteilungen mit Leistungsauftrag und Globalbudget	123
5.1	Heime und Alterssiedlungen	123
5.2	Volksschule	137
5.3	Tiefbauamt.....	151
5.4	Liegenschaften des Finanzvermögens.....	163
	Antrag des Stadtrates	171
	Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern.....	172

1 Das Jahr 2010 im Rückblick

Der Spardruck auf die öffentlichen Hände hat in den vergangenen Jahren zugenommen, einerseits wegen direkter und indirekter Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, andererseits insbesondere wegen lokaler Veränderungen. Die Teilrevisionen 2008 und 2011 des kantonalen Steuergesetzes entziehen der Stadt Luzern kurz- und mittelfristig Fr. 27 Mio. Steuererträge jährlich. Die Neuordnung der Pflegefinanzierung führt dazu, dass die Stadt Luzern aufgrund der kantonalen Aufgabenteilung zusätzliche Pflegekosten von rund Fr. 16 Mio. jährlich zu tragen hat. Entlastet werden hauptsächlich die pflegebedürftigen Heimbewohnerinnen und Heimbewohner. Die Stadt Luzern hat aus obigen Gründen im Berichtsjahr ein umfassendes Sparpaket erarbeitet und verabschiedet. Es sind jährliche Entlastungen des städtischen Haushalts bis zu Fr. 16 Mio. zu erwarten.

Um das Entlastungsziel zu erreichen, war ein sorgfältig geleiteter Prozess notwendig. Kaum ein Bereich der öffentlichen Hand blieb unberührt. Insgesamt haben Stadtrat und Grosser Stadtrat gemeinsam ein vertretbares Paket geschnürt. Dennoch konnten schmerzhaft Massnahmen nicht verhindert werden, was zu politischen Diskussionen führte.

Die Standortgunst Luzerns wird durch ein sinkendes Steuerniveau begünstigt. Indiz dafür ist z.B. der Entscheid des amerikanischen Pharmakonzerns Merck/MSD, den Europahauptsitz nach Luzern zu verlegen. Damit bleiben nicht nur die wertvollen Arbeitsplätze von Essex in der Stadt erhalten, es kommen zusätzliche hinzu.

Die Attraktivität Luzerns für Unternehmen und als Wohnort wird durch die neue Bau- und Zonenordnung (BZO) für die Zukunft gesichert. Sie wurde im Berichtsjahr konkretisiert, sodass sie in die kantonale Vorprüfung und öffentliche Vernehmlassung gegeben werden konnte. Am 26. September wurde die Volksinitiative zur Erhaltung der Schmiede am Pilatusplatz abgelehnt. Damit kann dieses Areal im Zentrum Luzerns, wie beispielsweise in den Entwürfen zur BZO oder im regionalen Hochhauskonzept vorgeschlagen, weiterentwickelt werden.

Die unter dem Begriff "Salle Modulable" bekannt gewordene Idee eines flexibel nutzbaren Musiktheaterhauses hätte Luzern als interna-

tional bekanntem Kulturveranstaltungsort zusätzliche Strahlkraft verleihen sollen. Das Ende 2010 vorgestellte Gesamtkonzept zeigt eindrücklich auf, welche Möglichkeiten ein solches Bauwerk eröffnen würde. Leider wurde die versprochene private Spende im Herbst 2010 widerrufen. Damit kann das Projekt in absehbarer Zeit nicht realisiert werden. Die Stiftung Salle Modulable versucht, zumindest einen Teil der versprochenen Mittel zu erhalten.

Die Stadt Luzern erfüllt nach wie vor ihre Funktion als Zentrum des Kantons und der Zentralschweiz. Umso bedeutsamer ist eine gute Verkehrserschliessung. Nebst der Zustimmung zum Reglement für eine nachhaltige Mobilität, spricht sich die städtische Stimmbevölkerung sowohl für die Initiative "Zur Finanzierung des Tiefbahnhofs" als auch für den Gegenvorschlag "Reglement über den Fonds zum Bau von Schlüsselprojekten im Verkehr (Verkehrsinfrastrukturfonds)" aus.

In der Stichfrage entschied sich die Mehrheit für den Gegenvorschlag. Damit wird die Stadt in den kommenden Jahren einen Fonds über Fr. 60 Mio. zur anteilmässigen Mitfinanzierung grosser Verkehrsinfrastrukturprojekte äufnen. Die städtische Bevölkerung hat sich damit deutlich geäussert:

- Luzern muss sowohl auf der Schiene als auch auf der Strasse (mit dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr) weiterhin erreichbar bleiben; auch wenn das Verkehrsaufkommen zunimmt.
- Die Stadtbevölkerung ist bereit, dafür einen finanziellen Beitrag zu leisten.

Die Luzerner Bevölkerung hat damit ein starkes Signal an die eidgenössischen Räte gesendet, wenn diese 2012 über Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur befinden werden.

Die Stadt Luzern ist und bleibt Kern der Agglomeration Luzern, sie erfüllt die entsprechenden Funktionen und kommt zu einem wesentlichen Teil auch für deren Finanzierung auf. Sie hat zusammen mit Adligenswil, Ebikon, Emmen, Kriens sowie dem Kanton im Berichtsjahr intensiv am Projekt "Starke Stadtregion Luzern" gearbeitet. Involviert in die Arbeiten waren nahezu alle Dienstabteilungen, welche in sieben Fachgruppen in zwei Szenarien Modelle für die künftige Zusammenarbeit in der Region erarbeitet haben. Über die zukünftige Zusammenarbeit und Weiterarbeit an der Entwicklung Luzerns wird 2011 das Volk befinden.

2 Ergebnis der Jahresrechnung 2010

2.1 Gesamtüberblick

Die Jahresrechnung 2010 ist die erste Rechnung der fusionierten Gemeinde. Die Zahlen der Laufenden Rechnung 2010 präsentieren sich im Überblick wie folgt:

[in Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Aufwand	700,3	692,2
Ertrag	697,5	689,4
Ergebnis	-2,8	-2,8

Die Rechnung 2010 schliesst mit einem Rohergebnis von Fr. -9,8 Mio. ab. Nach Auflösung einer Rückstellung von Fr. 7 Mio., die im Vorjahr zur Abfederung der Kosten der Sanierung der Pensionskasse gebildet worden war, beträgt der Aufwandüberschuss 2010 Fr. 2'811'561.68.

Das Rohergebnis von Fr. -9,8 Mio. ist um rund Fr. 11 Mio. besser als budgetiert. Deshalb wurde auf die budgetierten Entnahmen aus dem Eigenkapital von Fr. 4 Mio. für die Teilkompensation Kantonsbeitrag Fusion Littau-Luzern und von Fr. 7 Mio. aus der Steuerausgleichsreserve verzichtet. Die Ergebnisverbesserung beruht zum grösseren Teil auf den folgenden, zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht bekannten Ereignissen, die mehrheitlich einmalig sind:

- Fr. 2,7 Mio. Ablösung Annuitätenschuld der Pensionskasse der Stadtpolizei durch Kanton Luzern
- Fr. 1,6 Mio. Auflösung einer Rückstellung betreffend Heilpädagogische Sonderschule
- Fr. 1,2 Mio. Auflösung Rückstellung für Ausgleich Deckungsgraddifferenz zwischen den beiden Pensionskassen der Stadt und des Kantons Luzern für die Angestellten der Stadtpolizei
- Fr. 0,8 Mio. Buchgewinne (netto, nach Abzug zusätzlicher Abschreibungen) aus dem Verkauf von Finanzliegenschaften
- Fr. 0,6 Mio. aus dem Wegfall der MWSt-Verrechnung innerhalb des "Konzerns" Stadt Luzern
- Fr. 2,5 Mio. Mehrertrag bzw. Minderaufwand im Finanzertrag

Die Erträge der ordentlichen Gemeindesteuern (natürliche und juristische Personen) betragen Fr. 255,4 Mio. und liegen um Fr. 2,6 Mio. bzw. 1 % unter dem Voranschlag. Dabei ist zu beachten, dass der Ertrag bei den juristischen Perso-

nen 2010 deutlich gesunken ist und um Fr. 9,5 Mio. bzw. 16,7 % unter dem Voranschlag liegt. Verursacht wird dieser Ertragsrückgang hauptsächlich durch Gewinneinbussen als Folge der Wirtschaftskrise und Gewinnoptimierungen im Hinblick auf die Halbierung der Gewinnbesteuerung im Jahr 2012. Die Steuererträge bei den natürlichen Personen entwickeln sich weiterhin stabil. Der Ertrag liegt um Fr. 6,9 Mio. bzw. 3,4 % über dem Voranschlag. Die Nebensteuererträge liegen insgesamt um Fr. 0,4 Mio. über dem Budget.

Der Konsumaufwand liegt trotz Nachtragskrediten im Umfang von Fr. 11 Mio., welche im Laufe des Jahres 2010 bewilligt wurden, um Fr. 2 Mio. unter dem Voranschlag. Dieses Ergebnis spricht für eine hohe Ausgabendisziplin. Ein Vergleich der Kostenentwicklung zum Vorjahr ist aufgrund der Fusion Littau-Luzern nicht aussagekräftig.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der Investitionen 2010:

[in Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Bruttoinvestitionen	105,9	108,5
./. Beiträge Dritter	30,1	27,6
Nettoinvestitionen	75,8	80,9
./. davon spezialfinanziert, netto	5,8	10,9
Investitionen innerhalb Plafond	70,0	70,0

Mit Bruttoinvestitionen von über Fr. 100 Mio. wurde erneut ein sehr hohes Investitionsvolumen bewältigt. Nach Abzug der Investitionsbeiträge Dritter und der spezialfinanzierten Investitionen verbleiben Investitionen im Umfang von Fr. 70 Mio. Der Plafond konnte eingehalten werden.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 50 %. Die Nettoverschuldung steigt um Fr. 94 Mio. an. Davon entfallen Fr. 56 Mio. auf die Schuldenübernahme aus der Fusion Littau-Luzern. Die Neuverschuldung aus der Geschäftstätigkeit beträgt Fr. 38 Mio. (Budget: Fr. 54 Mio.). Die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung steigt von Fr. 1'033.- (bzw. Fr. 1'534.- konsolidiert) aus dem Jahr 2009 auf Fr. 2'019.-.

2.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten

Die Rechnung 2010 schliesst – nach Auflösung von Reserven über Fr. 7 Mio. – mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2,8 Mio. ab. Das Budget 2010 weist – nach Auflösung von Reserven über Fr. 18 Mio. – ebenfalls einen Fehlbetrag von

Fr. 2,8 Mio. aus. Die Rechnung 2010 präsentiert sich somit um Fr. 11 Mio. besser als budgetiert. Die Rechnung 2010 nach Kostenarten zeigt die Abweichungen im Überblick:

Aufwand	Rechnung 2010	Budget 2010	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen	Rechnung 2009
Personalaufwand	279'181'254	277'696'700		1'484'554	246'873'043
Sachaufwand	78'304'640	81'090'000	2'785'360		75'837'851
Passivzinsen	10'507'179	11'479'400	972'221		8'034'187
Abschreibungen	74'042'295	62'518'700		11'523'595	64'728'872
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	8'094'998	8'308'100	213'102		8'788'884
Entschädigungen an Gemeinwesen	7'084'810	7'892'100	807'290		5'648'286
Eigene Beiträge	170'620'078	172'643'900	2'023'822		126'309'482
Durchlaufende Beiträge Einlagen in Spezial- finanzierungen und Stiftungen	6'126'659	3'011'000		3'115'659	11'105'243
Interne Verrechnungen	66'312'852	67'608'700	1'295'848		60'494'941
Total	700'274'765	692'248'600	8'097'643	16'123'808	607'820'789
Mehraufwand			8'026'165		
Ertrag	Rechnung 2010	Budget 2010	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen	Rechnung 2009
Steuern	299'456'847	300'876'000		1'419'153	276'467'665
Konzessionen und Regalien	5'710'295	4'519'900	1'190'395		4'463'996
Vermögenserträge	47'793'607	40'247'400	7'546'207		37'840'808
Entgelte	189'461'797	186'949'500	2'512'297		169'741'231
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	14'073'155	14'073'100	55		9'822'238
Rückerstattung von Gemeinwesen	4'937'838	4'391'100	546'738		5'069'745
Beiträge für eigene Rechnung	36'347'677	35'390'700	956'977		37'179'136
Durchlaufende Beiträge Entnahmen aus Spezial- finanzierungen und Stiftungen	33'369'135	35'381'200		2'012'065	9'968'938
Interne Verrechnungen	66'312'852	67'608'700		1'295'848	60'494'941
Total	697'463'203	689'437'600	12'752'669	4'727'066	611'048'698
Mehrertrag				8'025'603	
Ergebnis	-2'811'562	-2'811'000			3'227'909
Differenz zum Budget			-562		

2.2.1 Aufwand

Der **Personalaufwand** liegt mit Fr. 279,2 Mio. um rund Fr. 1,5 Mio. höher als budgetiert. Die Besoldungen beim Verwaltungspersonal sind um Fr. 0,1 Mio. tiefer, die der Lehrpersonen um rund 0,7 Mio. höher. Die Personalversicherungsbeiträge sind insgesamt um Fr. 1,4 Mio. höher. Einerseits schlägt die einmalige Ausgleichszahlung von Fr. 2,2 Mio. für den Deckungsgradunterschied der beiden Pensionskassen der Stadt und des Kantons für die Mitarbeitenden der Stadtpolizei zu Buche. Andererseits fallen die Arbeitgeberbeiträge tiefer aus infolge Anpassung des Pensionskassenreglements. Ohne diese Zusatzbelastung würde bei den Personalversicherungsbeiträgen ein Minderaufwand von 0,9 Mio. resultieren.

Bei den Sozial-, Unfall- und Krankenversicherungsbeiträgen resultiert infolge tieferer Prämien ein Minderaufwand von insgesamt Fr. 0,6 Mio.

Die Sozialdirektion schloss beim Sozialamt mit Mehrkosten von Fr. 0,3 Mio. für durch den Kanton finanzierte Stellen zur Betreuung der Nichteintretensentscheide abgewiesener Asylbewerber ab. Weiter waren Mitarbeitende in Littau befristet angestellt.

Im Bildungsbereich liegen die Lehrerbesoldungen Fr. 0,7 Mio. über dem Budget: Diese Mehrkosten von Fr. 1 Mio. fielen bei der Volksschule infolge Stellvertretungen an. Bei den Besoldungen der Verwaltung wurden im Gegenzug Fr. 0,3 Mio. weniger benötigt.

Bei der Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit ist der Personalaufwand um rund Fr. 2,75 Mio. höher als budgetiert: Rund Fr. 1,1 Mio. betreffen die Besoldungen des TBA, welche falsch budgetiert wurden.

Bei der Baudirektion resultieren Einsparungen von Fr. 0,29 Mio. infolge Personalwechseln und weniger Reinigungspersonal, bei der Finanzdirektion von Fr. 0,76 Mio. durch Verzicht auf zusätzliches Personal bei der PIT und die teilweise vorgezogene Umsetzung des Sparpakets.

Der **Sachaufwand** beträgt total Fr. 75,8 Mio. und liegt damit Fr. 2,8 Mio. unter dem Budget. Minderaufwendungen ergaben sich bei den Energiekosten sowie bei der Position Dienstleistungen, Honorare Dritter und Versicherungsprämien. Infolge Änderung des Mehrwertsteuergesetzes erfolgen die Energielieferungen der ewl ab 1.1.2010 ohne Mehrwert

steuer, was zu Einsparungen von etwa Fr. 0,6 Mio. führte.

Die Gebäudeversicherung gewährte aufgrund ihres 200-Jahr-Jubiläums einen einmaligen Rabatt von 40 % auf ihre Prämien, welche die Rechnung mit rund Fr. 0,4 Mio. entlastete. Der Aufwand von Fr. 0,4 Mio. für das Passgeschäft entfällt, im Gegenzug fallen auch die Einnahmen weg. Da auf konzerninternen Umsätzen keine MWSt mehr geschuldet ist, sank der Aufwand für die Pauschalsteuer um etwa Fr. 0,3 Mio., auch tiefere Umsätze führten insbesondere bei der Stadtentwässerung zu Fr. 0,33 Mio. weniger MWSt-Aufwand. Daneben wurden für Fr. 0,2 Mio. weniger Projekte im Energiefonds unterstützt, und somit wurde auch weniger aus dem Energiefonds entnommen.

Mehr Aufwand für Mieten und Benützergebühren von Fr. 0,3 Mio. fielen für den Werkhof Littau und für die Zumietung der Pilatusstrasse 22 an.

Die **Passivzinsen** fielen mit Fr. 10,5 Mio. um Fr. 1 Mio. tiefer aus, als budgetiert und liegen damit auch Fr. 0,8 Mio. unter dem (konsolidierten) Niveau des Vorjahres.

Für die langfristigen Darlehen mussten Fr. 1,8 Mio. weniger Zinsen bezahlt werden, hingegen wurden für den positiven Ausgleichszins von 1 % bei vorzeitiger Bezahlung der Steuern der Steuerpflichtigen rund Fr. 0,6 Mio. mehr Zinsen vergütet. Aufgrund des besseren Vorjahresergebnisses erfolgte 2009 keine Mittelaufnahme, weshalb der Bestand an langfristigen Darlehen für 2010 zu hoch angenommen wurde. Ebenso musste wiederum ein Teil des Finanzierungsfehlbetrages nicht auf dem Kapitalmarkt beschafft werden, sondern wurde durch die vorzeitig bezahlten Steuereingänge gedeckt. Für die Verzinsung der Spezialfinanzierungen mussten Fr. 0,2 Mio. mehr aufgewendet werden.

Die **Abschreibungen** belaufen sich auf insgesamt Fr. 74 Mio. und sind damit um Fr. 11,5 Mio. höher als budgetiert. Die ordentlichen und zusätzlichen Abschreibungen im Betrag von Fr. 46 Mio. entsprechen dem Budget. Aus Buchgewinnen wurden rund Fr. 5 Mio. zusätzliche Abschreibungen vorgenommen, welche vorgängig mittels B+A bewilligt wurden. Die weiteren zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 4,6 Mio. für die Spezialfinanzierungen sind ergebnisneutral.

Rund Fr. 1 Mio. wurde zusätzlich bei der Zentralbahn abgeschrieben, der Rest von Fr. 3,6 Mio. bei den Anlagen der Kehrrichtbeseitigung,

Stadtentwässerung und bei den Altlasten im Tribtschen.

Bei den Gemeindesteuern mussten Fr. 0,25 Mio. weniger abgeschrieben werden, hingegen wurde das Delkredere um Fr. 2,4 Mio. auf Fr. 12,1 Mio. erhöht.

Unter **Entschädigungen an Gemeinwesen**

mussten mit Fr. 7,1 Mio. rund Fr. 0,8 Mio. weniger als budgetiert bezahlt werden: Die Entschädigung an den Gemeindeverband REAL (aus der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung) fiel geringer aus.

Für **eigene Beiträge** in der Wirtschaftlichen Sozialhilfe mussten Fr. 2,5 Mio. weniger aufgewendet werden als budgetiert. Im Gegenzug gingen die Rückerstattungen u. a. auch wegen Anpassungen der IV-Renten und der SKOS-Richtlinien um Fr. 3,4 Mio. zurück, was netto zu einem um Fr. 0,9 Mio. schlechteren Ergebnis führte. Die Beiträge der AHIZ lagen ebenfalls um Fr. 1,4 Mio. höher.

Der Beitrag an die Frauenzentrale wird mit dem neuen Betreuungsgutscheinkonzept anders abgerechnet und unter dem Konto Betreuungsgutscheine ausgewiesen. Die Beiträge an die Kindertagesstätten fielen um Fr. 0,6

Mio. tiefer aus, da nicht die volle Auslastung der budgetierten Anzahl Kinderbetreuungstage erreicht wurde.

Für die Krankenversicherung und die Ergänzungsleistungen weist die Rechnung insgesamt Fr. 1,9 Mio. weniger Beiträge aus, da die Abgrenzungen zum Vorjahr zu hoch angesetzt waren und sich eine Gesetzesänderung auswirkte.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen und Spezialfonds** liegen mit Fr. 6,1 Mio. um Fr. 3,1 Mio. über dem Budget.

Aufgrund der tieferen Parkingmetereinnahmen konnten Fr. 0,3 Mio. weniger in die Spezialfinanzierung Parkplätze eingelegt werden. Bei der Feuerwehr führte das bessere Rechnungsergebnis statt zu einer Entnahme zu einer Einlage von Fr. 0,22 Mio. in die Spezialfinanzierung. Auch die Spezialfinanzierung Stadtentwässerung schloss besser ab als budgetiert und konnte eine Einlage von Fr. 1 Mio. vornehmen. Beim Tiefbauamt wurden die einverlangten Kostenanteile Dritter für bevorstehende Grabenaufbrüche über Fr. 1,9 Mio. in die Spezialfinanzierung eingelegt.

Die positiven Rechnungsergebnisse 2009 für die mit Globalbudgets geführten Bereiche erlaubten Rückstellungen von Fr. 0,2 Mio.

2.2.2 Ertrag

Der gesamte Steuerertrag von Fr. 299,5 Mio. liegt um Fr. 1,4 Mio. bzw. 0,5 % unter dem Voranschlag.

Der Ertrag aus **Einkommens- und Vermögenssteuern** von Fr. 269 Mio. verfehlte das Budget um Fr. 2,35 Mio. Die Erträge der natürlichen Personen (laufendes Jahr und Nachträge) übertrafen das Budget um Fr. 6,9 Mio., hingegen sind die Erträge der juristischen Personen (laufendes Jahr und Nachträge) um Fr. 9,5 Mio. zurückgegangen. Die Nach- und Strafsteuern fielen um Fr. 1,6 Mio. höher aus, hingegen wurden die Einnahmen aus der Quellensteuer zu hoch budgetiert und liegen mit Fr. 7,8 Mio. leicht unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Bei den **übrigen Steuern** liegen die Liegenschaftssteuern mit Fr. 0,3 Mio., die Grundstückgewinnsteuern mit Fr. 0,2 Mio. sowie die Handänderungssteuern mit Fr. 0,5 Mio. über dem Voranschlag. Auch die Billettsteuer übertraf den Voranschlag um Fr. 0,5 Mio. Hingegen gab es bei den Erbschaftssteuern Mindererträge: Der Anteil an den kantonalen Erbschafts-

steuern blieb mit Fr. 0,5 Mio. ebenso unter dem Budget wie die um Fr. 0,15 Mio. tiefer ausgefallenen Nachkommen-Erbschaftssteuern.

Die **Vermögenserträge** brachten mit Fr. 47,8 Mio. rund Fr. 7,5 Mio. mehr ein als budgetiert. Davon entfallen Fr. 5,7 Mio. auf die nicht budgetierten Buchgewinne (u. a. aus den Liegenschaften Bramberg, Mettenwylstrasse, Maihofstrasse, Neuhushof).

Die Erträge aus den Liegenschaften des Finanzvermögens entsprechen dem Budget, hingegen konnten bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens Fr. 0,5 Mio. weniger Erträge als budgetiert erzielt werden, da die Mietverträge beim Haus der Informatik erst ab 2. Halbjahr 2010 Ertrag abwarfen sowie geringere Benützungsgebühren bei diversen Liegenschaften des Verwaltungsvermögens eingingen. Weitere Mehrerträge resultieren aus höheren Verzugszinsen aus verspätet bezahlten Steuern sowie höheren Dividenden bei den Anlagen des Finanzvermögens.

Kennzahlen Steuerertrag	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Total Steuerertrag pro Einheit	124'352'339	121'230'743	130'731'225	130'696'354	133'235'203	134'769'788	147'884'625
Anteil jur. Personen am Steuerertrag	26,09%	21,38%	27,20%	24,61%	24,90%	25,13%	18,37%
Ertrag nat. Personen pro Steuerpfl./Einh.	2'230	2'269	2'280	2'300	2'301	2'292	2'413
Ertrag jur. Personen pro Steuerpfl./Einh.	8'087	6'460	10'065	8'126	8'429	8'468	6'790
Erlasse, Verluste, Abschreibungen ¹	6'477'715	3'443'856	3'039'582	2'648'605	2'354'570	2'349'296	3'513'723
E, V + A in % des Steuerertrages	2,82%	1,54%	1,26%	1,10%	1,01%	1,0%	1,31%

¹ Ohne Einlagen/Entnahmen Delkredere.

Die **Entgelte** betragen Fr. 189,5 Mio. und schlossen damit Fr. 2,5 Mio. über dem Budget. Die grösste Abweichung mit Fr. 2,7 Mio. betrifft die vom Kanton Luzern bezahlte Annuitätenschuld für das ehemalige und aktive Personal der Stadtpolizei (RRB vom 17. November 2009) sowie die Rückvergütung des kantonalen Anteils von Fr. 0,8 Mio. am Deckungsfehlbetrag der Pensionskasse für das Personal der Stadtpolizei bei der Zusammenlegung der beiden Polizeikorps. Weiter wurden unbenützte Kreditübertragungen aus dem Jahr 2009 erfolgswirksam aufgelöst.

Bei den Bevölkerungsdiensten fielen die Gebühren aus Amtshandlungen um Fr. 0,9 Mio. tiefer aus, da das Passgeschäft kantonalisiert wurde.

Beim Tiefbauamt resultieren Mehreinnahmen von Fr. 3,4 Mio. aus Benutzergebühren und Dienstleistungen, weil die Periode der Rechnungsstellung geändert wurde. Hingegen fielen bei den beiden Spezialfinanzierungen Kehricht und Stadtentwässerung die Betriebsgebühren insgesamt über Fr. 2 Mio. unter dem Budget aus. Auch die Parkingmeter-Einnahmen blieben Fr. 1,2 Mio. unter dem Voranschlag.

Der Feuerwehrrpflichtersatz übertraf das Budget um Fr. 0,5 Mio., und bei den Steuern wurden für Fr. 0,6 Mio. mehr Bussen ausgesprochen.

Die **Rückerstattungen von Gemeinwesen** liegen mit Fr. 4,9 Mio. rund Fr. 0,5 Mio. über dem Budget.

Die Dienstabteilung Kinder Jugend Familie konnte Fr. 0,2 Mio. mehr Beratungsdienstleistungen verrechnen, und das TBA vereinbarte vom Kanton Fr. 0,13 Mio. mehr an Rückerstattungen für Verkehrsbauten. Die HPS konnte aufgrund von mehr Lernenden aus anderen Gemeinden Fr. 0,15 Mio. mehr an Rückerstattungen einnehmen.

Die Erträge aus **Beiträgen für eigene Rechnung** übertrafen mit Fr. 36,3 Mio. das Budget um rund Fr. 1 Mio.

Der Kantonsbeitrag an die Wirtschaftliche Sozialhilfe fiel um Fr. 0,5 Mio. höher aus. Hingegen fiel bei der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (KJU) der Kantonsbeitrag aus der Heimfinanzierung um Fr. 0,25 Mio. tiefer aus, und der städtische Beitrag wurde nicht mehr verrechnet. Bei der HPS gingen aufgrund von weniger Lernenden die Kantonsbeiträge um Fr. 0,4 Mio. und der städtische Beitrag um Fr. 0,3 Mio. zurück. Im Beitragswesen wurden Zahlungen vom Kanton über Fr. 0,6 Mio. für die Betreuung von Kindergartenkindern in Kitas und Schulkindern in Tagesfamilien vereinnahmt.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen** und Rückstellungen fielen rund Fr. 2 Mio. tiefer aus als vorgesehen.

Die Entnahmen aus Spezialfinanzierungen für Abschreibungen im Rahmen der betreffenden Investitionen 2010 ergaben Fr. 4,5 Mio. mehr als angenommen. Die 2009 gebildete Rückstellung über Fr. 2,7 Mio. aufgrund des tiefen Deckungsgrads der PKSL für die Überführung der Stadtpolizei in die Luzerner Polizei konnte aufgelöst werden. Ebenfalls aufgelöst werden konnte die Rückstellung über Fr. 1,8 Mio. für vom Kanton zurückgeforderte Defizitbeiträge an die HPS – aufgrund des Beschlusses des Regierungsrates (RRB 883 vom 24. August 2010) musste die Stadt Luzern in einem Vergleich nur Fr. 0,2 Mio. nachvergüten. Bei der Feuerwehr konnte anstelle der budgetierten Entnahme von Fr. 0,9 Mio. eine Einlage getätigt werden. Die Entnahme aus dem Energiefonds für Umweltschutzprojekte entspricht dem Budget. Auf die Entnahme der Steuerausgleichsreserve über Fr. 7 Mio. sowie die Entnahme von Fr. 4 Mio. als Teilkompensation für den nicht genehmigten Kantonsbeitrag FLL wurde verzichtet.

2.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen

Die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag sind bei den einzelnen Kreditpositionen im Zahlenteil ausgewiesen. Soweit notwendig sind Kreditüberschreitungen im Anhang detailliert begründet. Auf die Begründung der Abweichungen bei den Konten des Personal-

aufwandes, bedingt durch Teuerung, Beförderungen und Besserstellungen sowie den Einbau von Realloohnerhöhungen in die pensionsversicherten Besoldungen, wird bei den einzelnen Positionen verzichtet.

2.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

Für gebundene Ausgaben mussten vom Stadtrat Kredite im Umfang von Fr. 7,4 Mio. bewilligt werden. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. b GO

	2009	2010
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	1'184'900.–	130'300.–
Sozialdirektion	1'218'800.–	1'322'200.–
Bildungsdirektion	364'100.–	45'100.–
Sicherheitsdirektion	1'033'200.–	557'800.–
Baudirektion	3'456'400.–	158'300.–
Finanzdirektion	154'000.–	116'700.–
Zentrales Beitragswesen	2'626'000.–	3'172'700.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	0.–	0.–
Investitionsrechnung	2'200'000.–	1'880'000.–
Total	12'237'400.–	7'383'100.–

2.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

Die Nachtragskredite für frei bestimmbare Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrates sind hier zusammengefasst. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen. Die Limite beträgt Fr. 5 Mio. Der Stadtrat verzichtete mit StB 680 vom 14. Juli 2010 auf Fr. 1 Mio. seiner Ausgabenkompetenz. Dieser Verzicht konnte bis zum Jahresende eingehalten werden. Freie Nachtragskredite wurden im Jahr 2010 im Umfang von Fr. 3,6 Mio. beansprucht.

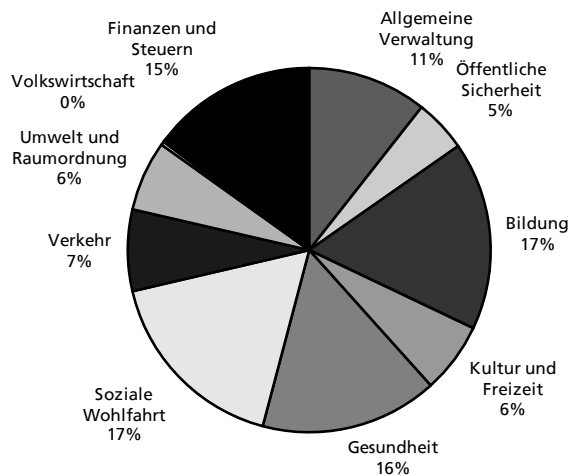
Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 lit. c GO

	2009	2010
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	430'000.–	402'200.–
Sozialdirektion	900'600.–	220'300.–
Bildungsdirektion	95'700.–	113'200.–
Sicherheitsdirektion	181'900.–	772'400.–
Baudirektion	1'258'000.–	778'400.–
Finanzdirektion	81'200.–	247'700.–
Zentrales Beitragswesen	313'200.–	698'000.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	0.–	0.–
Investitionsrechnung	0.–	415'000.–
Total	3'260'600.–	3'647'200.–

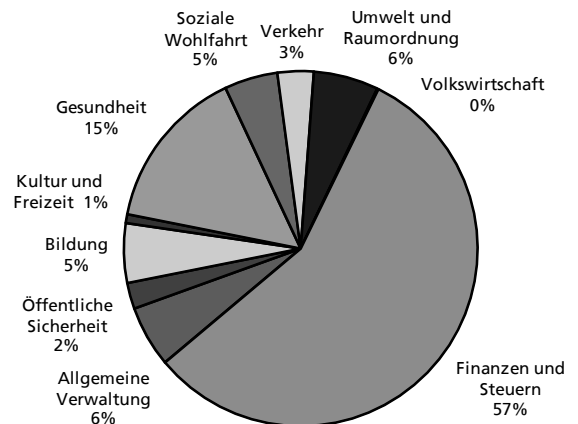
2.3 Laufende Rechnung / Ergebnis nach funktionaler Gliederung

Brutto	Rechnung 2010 (in 1'000 Fr.)		Budget 2010 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderertrag)
Allgemeine Verwaltung	74'247	39'131	74'060	36'421	187	2'710
Öffentliche Sicherheit	32'850	16'605	31'237	15'920	1'613	685
Bildung	117'469	37'902	118'611	38'626	(1'142)	(723)
Kultur und Freizeit	44'037	5'608	43'494	5'748	543	(140)
Gesundheit	110'370	103'981	107'735	102'563	2'636	1'418
Soziale Wohlfahrt	120'759	33'909	125'907	35'789	(5'147)	(1'880)
Verkehr	50'775	23'034	48'777	21'557	1'998	1'477
Umwelt und Raumordnung	43'782	41'225	46'947	45'237	(3'165)	(4'012)
Volkswirtschaft	2'185	792	3'181	1'587	(996)	(795)
Finanzen und Steuern	103'800	395'276	92'301	385'991	11'499	9'286
Total	700'275	697'463	692'249	689'438	8'026	8'026

AUFWAND



ERTRAG



Netto	Rechnung 2010 (in 1'000 Fr.)		Budget 2010 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Minderertrag)
Allgemeine Verwaltung	35'116		37'638		(2'523)	
Öffentliche Sicherheit	16'245		15'317		928	
Bildung	79'567		79'985		(418)	
Kultur und Freizeit	38'429		37'747		682	
Gesundheit	6'389		5'172		1'217	
Soziale Wohlfahrt	86'850		90'117		(3'267)	
Verkehr	27'742		27'220		522	
Umwelt und Raumordnung	2'557		1'711		847	
Volkswirtschaft	1'393		1'594		(201)	
Finanzen und Steuern		291'476		293'690		(2'213)
Total	2'812		2'811		1	

2.4 Investitionsrechnung

Funktionale Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2010			Budget 2010			Netto- abweichung	
	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	in Mio. Fr.	in %
0 Allgemeine Verwaltung	14.43	0.74	13.69	8.25	3.27	4.99	-8.70	-174%
1 Öffentliche Sicherheit	0.83	0.00	0.83	0.58	0.28	0.30	-0.53	-177%
2 Bildung	4.30	0.62	3.69	7.28	0.00	7.28	3.59	49%
3 Kultur und Freizeit	40.03	17.83	22.21	44.16	17.99	26.17	3.97	15%
4 Gesundheit	21.66	0.00	21.66	19.40	0.00	19.40	-2.27	-12%
5 Soziale Wohlfahrt	0.32	0.14	0.18	0.50	0.00	0.50	0.32	65%
6 Verkehr	14.18	4.96	9.22	16.69	3.29	13.40	4.18	31%
7 Umwelt und Raumordnung	6.15	5.21	0.93	9.19	3.27	5.92	4.99	84%
8 Volkswirtschaft	4.01	0.00	4.01	3.00	0.00	3.00	-1.01	-34%
9 Finanzen und Steuern	0.00	0.60	-0.60	0.00	0.00	0.00	0.60	
Total	105.92	30.11		109.05	28.09		5.14	6.4%
Zunahme Nettoinvestitionen		75.81			80.96			

Arten-Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2010		Budget 2010	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
50 Sachgüter	70.94		79.39	
500 Grundstücke	4.81			
501 Tiefbauten	24.90		36.77	
503 Hochbauten	36.82		38.45	
506 Mob., Masch., Fahrz., IT	4.42		4.18	
509 Konservierung				
52 Darlehen und Beteili g.				
56 Eigene Beiträge	34.35		29.21	
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	0.64		0.45	
59 Einlagen in Spez.Finanz.				
60 Abgang von Sachgütern		0.50		2.77
61 Nutzungsabgaben		5.19		3.27
63 Versicherungen				
66 Beiträge für eigene Rechnung		24.42		22.06
5 Ausgaben	105.92		109.05	
6 Einnahmen		30.11		28.09

Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von Fr. 105,92 Mio. brutto bzw. Fr. 75,81 Mio. netto auf, womit das Budget um rund Fr. 5,14 Mio. unterschritten wurde.

Der Plafondnachweis bereinigt (inkl. Projekte ausserhalb Plafond und Spezialfinanzierungen) wird im Zahlenteil der Rechnung 2010 dargestellt. Die wesentlichen Abweichungen betreffen folgende Projekte: Die Überführung diverser Grundstücke der ehemaligen Gemeinde Littau vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen war nicht budgetiert und ist inzwischen erfolgt.

Mehrausgaben der Jahrestanche sind bei den Projekten FLL/Verw.-Arbeitsplätze der vereinigten Stadtverwaltung sowie Sicherheit in den städtischen Liegenschaften zu verzeichnen, Minderausgaben hingegen bei der Sanierung Schulanlage Wartegg/Tribtschen. Die Einnahmen

beim Verkauf Grundstück Wettsteinpark kommen nur zu einem kleinen Teil dem Verwaltungsvermögen zugute (mehrheitlich Finanzvermögen), der Ersatz eines Tanklöschfahrzeugs war nicht budgetiert, und der Beitrag der Gebäudeversicherung steht noch aus. Geplante Vorhaben wie die Sanierung Schulhaus Geissenstein oder die Projektierung Staffeln werden im Folgejahr realisiert; die Sanierung der Aussenanlage Moosmatt ist wegen Einsparungen nach wie vor blockiert. Projekte Allmend: Verzögerungen aufgrund eines neuen Zahlungsplanes vom 31. Mai bei der Sportarena, Hallenbad, Leichtathletikstadion und Beitrag Schiesssport-halle Zihlmatt. Die Fertigstellung der Kunstrasenplätze 33–34 erfolgt aus Witterungsgründen im Folgejahr. Beim BZ Wesemlin, Sanierung Morgenstern, sind die Bewohner

eingezogen, und die Ausgaben entsprechen dem Baufortschritt. Bei der Langensandbrücke haben die SBB ihren Anteil mit der Schlusszahlung der Eigenleistungen verrechnet; ebenso ist die durch die Stadt vorfinanzierte Pfahlwand dem Investor verrechnet worden, und bei der Tieflegung / dem Ausbau Doppelspur der Zentralbahn erfolgte eine Rückvergütung der vorfinanzierten Bundesbeiträge. Bei der Erneuerung der Abwasseranlagen wurde 2010 weniger investiert als budgetiert,

und es konnten mehr Anschlussgebühren verrechnet werden; die Beiträge an die Erneuerung des Messeplatzes sind erfolgt. Die nicht getätigten oder vorgezogenen Investitionen wirken sich in den folgenden Jahren aus. Alle Details sind in der Kontrolle über die Voranschlags-/Sonderkredite und den Begründungen aufgeführt. Die Kreditabrechnungen gemäss B+A 46/2010 wurden am 24. März 2011 vom Grossen Stadtrat genehmigt.

2.5 Bestandesrechnung

	Stand am 31. Dezember 2010 (nach Ergebnisverbuchung)	Stand am 1. Januar 2010 (Fusionsbilanz)	Veränderungen
Total Aktiven	563'173'121.57	624'092'704.77	-60'919'583.20
10. Finanzvermögen	289'499'827.38	364'506'785.08	-75'006'957.70
100. Flüssige Mittel	1'085'768.12	7'754'644.37	-6'668'876.25
101. Guthaben	152'355'488.97	203'745'143.40	-51'389'654.43
102. Anlagen	125'863'355.22	137'321'509.45	-11'458'154.23
103. Transitorische Aktiven	10'195'215.07	15'685'487.86	-5'490'272.79
11. Verwaltungsvermögen	273'467'626.69	259'551'507.19	13'916'119.50
114. Sachgüter	259'059'054.69	245'011'739.64	14'047'315.05
115. Darlehen und Beteiligungen	14'408'572.00	14'539'767.55	-131'195.55
116. Investitionsbeiträge			
117. Übrige aktivierte Ausgaben			
12. Spezialfinanzierungen	205'667.50	34'412.50	171'255.00
Total Passiven	563'173'121.57	624'092'704.77	-60'919'583.20
20. Fremdkapital	444'950'668.45	482'395'900.77	-37'445'232.32
200. Laufende Verpflichtungen	182'504'172.87	211'768'756.81	-29'264'583.94
201. Kurzfristige Schulden	10'000'000.00	0	10'000'000.00
202. Langfristige Schulden	173'821'656.05	167'330'411.10	6'491'244.95
203. Verpflichtungen Sonderrechnungen	46'599'656.96	47'864'572.70	-1'264'915.74
204. Rückstellungen	20'739'936.17	41'331'736.87	-20'591'800.70
205. Transitorische Passiven	11'285'246.40	14'100'423.29	-2'815'176.89
22. Spezialfinanzierungen	60'894'667.61	81'002'088.63	-20'107'421.02
23. Kapital	57'327'785.51	60'694'715.37	-3'366'929.86

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 60,9 Mio. auf Fr. 563,2 Mio. gesunken.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen weist einen Jahresendbestand von Fr. 289,5 Mio. auf, der 51,4 % der Bilanzsumme ausmacht. Gegenüber dem Vorjahr nahm das Finanzvermögen um Fr. 75,5 Mio. ab. Die wichtigsten Positionen werden nachfolgend erläutert.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel nahmen zum Jahresende aufgrund der Dispositionen in den Geldmarkt ab.

Guthaben

Die Guthaben sanken im Berichtsjahr um rund Fr. 51,4 Mio. Die Steuerausstände nahmen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um Fr. 21,1 Mio. ab und betrugen Ende Jahr Fr. 69,4 Mio. Aufgrund der Empfehlung des Regierungsrats wird das Delkredere für Steuerdebitoren mit einem Bestand von Fr. 12,1 Mio. neu als Minusposten unter den Guthaben ausgewiesen. Das Delkredere wurde im Berichtsjahr um Fr. 2,4 Mio. erhöht.

Die offenen Debitoren liegen mit Fr. 30,3 Mio. um Fr. 3,9 Mio. über dem Vorjahr.

Der Bestand an Festgeldern sank von Fr. 80 Mio. auf Fr. 59,4 Mio. Alle Festgeldguthaben dienen zur Abdeckung von Verbindlichkeiten, die im Januar 2011 zur Zahlung fällig wurden.

Die übrigen Guthaben nahmen um Fr. 0,75 Mio. auf Fr. 5,4 Mio. ab. Von den angeschlossenen Arbeitgebern tilgten Sympany/Xundheit und der Trägerverein LSO ihre Annuität gegenüber der PKSL vollständig. Die Restschuld der übrigen angeschlossenen Dritten beläuft sich noch auf Fr. 4 Mio. Die unter den übrigen Guthaben im Anhang zur Jahresrechnung 2009 ausgewiesene Eventualforderung gegenüber Stalder-Immo-Found AG über Fr. 0,74 Mio. wurde neu in die Bilanz aufgenommen.

Anlagen

Der Wert der Anlagen sank im Berichtsjahr um Fr. 11,3 Mio. auf Fr. 125,9 Mio. Die Aktien und Anteilscheine sind mit Fr. 7 Mio. bilanziert. Unter den Darlehen sind gemäss B+A 37/2005 und Volksabstimmung vom 12. Februar 2006 vier Darlehen über total 12,4 Mio. an die Stiftung Luzerner Theater aktiviert. Mit diesen Darlehen finanzierte die Stiftung den Kauf von Räumen im Kulturzentrum Südpol.

Die Liegenschaften im städtischen Finanzvermögen stehen mit Fr. 105,6 Mio. zu Buch. Die Vorräte sind mit Fr. 0,9 Mio. bilanziert.

Transitorische Aktiven

Die Transitorischen Aktiven reduzierten sich im Berichtsjahr um Fr. 5,5 Mio. auf Fr. 10,2 Mio. Die grössten Abgrenzungsposten sind: Fr. 1,9 Mio. Betriebsgebühren der Stadtentwässerung, Fr. 2,5 Mio. Forderungen gegenüber Klienten aus WSH, Alimentenbevorschussung und Mutterschaftsbeihilfen, Fr. 1,7 Mio. offene Verkehrsabgaben sowie ausstehende Ablieferungen von Dienstabteilungen (z. B. Teilungsamt, Betreibungsamt), welche nicht mehr über das Verbindungskonto abgegrenzt werden.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen hat um Fr. 13,9 Mio. zugenommen und weist einen Jahresendbestand von Fr. 273,5 Mio. auf. Insgesamt 48,6 % der Bilanzsumme entfallen auf das Verwaltungsvermögen.

Sachgüter

Die Sachgüter sind per 31.12.2010 mit Fr. 259,1 Mio. bilanziert, ihr Anlagerestwert gemäss Betriebsbuchhaltung beträgt Fr. 887,4 Mio. Die Buchwerte verteilen sich wie folgt: Auf die öffentlichen Anlagen entfallen Fr. 13,5 Mio., Fr. 45,7 Mio. auf Tiefbauten, Fr. 185,1 Mio. auf Hochbauten und auf Mobilien, Fahrzeuge und Maschinen Fr. 14,8 Mio. Der Gebäudeversicherungswert (gemäss Inventar der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens) betrug per Jahresende rund Fr. 1 Mia.

Darlehen und Beteiligungen

Die Darlehen und Beteiligungen sind mit einem Restbuchwert von Fr. 14,4 Mio. ausgewiesen. Diese teilen sich auf in Anteile von Fr. 5 Mio. am Aktienkapital der vbl AG, Fr. 1,07 Mio. als zinsloses Darlehen an die Genossenschaft Schwimmbad Zimmeregg, Darlehen Ruopigenmoos AG über Fr. 0,5 Mio., Darlehen an den FC Littau über Fr. 0,14 Mio. sowie Fr. 2 Mio. als zinsloses Darlehen an das Regionale Eiszentrum (REZ). Dieses Darlehen ist durch eine Rückstellung in gleicher Höhe gedeckt.

Die von der Gemeinde Littau übernommene Aufzahlungsschuld über Fr. 5,7 Mio. gegenüber der LUPK ist nicht werthaltig und hat den Charakter von negativem Eigenkapital – die Stadt Luzern hat deshalb ihre Aufzahlungsschuld erfolgswirksam bereits mit der Jahresrechnung 2002 abgeschrieben.

Fremdkapital

Das Fremdkapital hat um Fr. 37,4 Mio. auf Fr. 445 Mio. abgenommen. 79 % der Bilanzsumme per 31.12.2010 ist Fremdkapital.

Laufende Verpflichtungen

Die laufenden Verpflichtungen nahmen um Fr. 29,3 Mio. auf Fr. 182,5 Mio. ab. Darin sind die vorausbezahlten Steuern über Fr. 109,5 Mio. (Fr. -4,6 Mio.) sowie die Steuerekreditoren (Restanteil des Kantons und der Kirchgemeinden an den Steuern 2010) über Fr. 46,8 Mio. enthalten. Letztere wurden per Mitte Januar 2011 überwiesen. Die ordentlichen Kreditoren betrugen per Bilanzstichtag Fr. 13,4 Mio. Die Depotgelder sind mit Fr. 9,8 Mio. bilanziert. Davon betreffen Fr. 2,7 Mio. die Heime und Alterssiedlungen (Bewohnerdepots), Fr. 0,5 Mio. den Grabunterhaltsfonds und Fr. 0,2 Mio. geleistete Kostenvorschüsse für Einbürgerungen, Fr. 0,39 Mio. erhielt die Stadt aus einer Erbschaft Kratt, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Fr. 0,5 Mio. wurden aus der Bilanz der Gemeinde Littau übernommen, welche gemäss Vertrag beim Land-erwerb Tschuopis als Sicherstellung zurückbehalten wurden.

Langfristige Schulden

Die langfristigen Schulden nahmen im Berichtsjahr um Fr. 6,5 Mio. auf Fr. 173,8 Mio. zu. 2010 wurden Fr. 41,55 Mio. fällige Darlehen zurückbezahlt und für Fr. 50 Mio. neue Darlehen aufgenommen. Diese weisen neu einen Bestand von Fr. 169,8 Mio. auf. Der durchschnittliche Zinssatz aller langfristigen Darlehen per Jahresende betrug 2,87 %, bei einer verbleibenden durchschnittlichen Restlaufzeit von 5 Jahren.

Die Annuitätendarlehen der städtischen Pensionskasse sind mit total Fr. 4 Mio. passiviert. In dieser Summe sind die Anteile der angeschlossenen Arbeitgeber (u. a. Stiftung Luzerner Theater, kfm. Verband, kfm. Bildungszentrum) enthalten und in der Bilanz gleichwertig unter übrige Guthaben aktiviert.

Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen

Die Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen sind mit Fr. 46,6 Mio. bilanziert. Von der städtischen Pensionskasse hat die Stadt Luzern fünf Darlehen über insgesamt Fr. 30 Mio. mit Fälligkeiten zwischen März 2011 und März 2013 zum aktuellen Durchschnittzinssatz von 4,11 % erhalten.

Die Zuwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 0,3 Mio. und sind mit Fr. 7,9 Mio. bilanziert. Mit Fr. 2 Mio. (-0,2 Mio.) weist der Sozialfonds den höchsten Bestand aus, gefolgt vom Personalfonds mit Fr. 1,4 Mio. Insgesamt mit Fr. 1,8 Mio. sind unter den übrigen Verpflichtungen die Fondsbestände K+S, FUKA, Förderung Jugendsport sowie ALI-Fonds passiviert.

Rückstellungen

Die Entnahmen aus den Rückstellungen übertrafen die Einlagen um Fr. 17,5 Mio. Somit betragen die Rückstellungen neu Fr. 20,7 Mio. Sie setzen sich zusammen aus Rückstellungen der Laufenden Rechnung von Fr. 8,3 Mio., aus Rückstellungen der Investitionsrechnung von Fr. 5,8 Mio. und aus Kreditübertragungen 2010 der Laufenden Rechnung von Fr. 1,7 Mio.

Aus der Investitionsrechnung wurden für Fr. 4,9 Mio. Kreditübertragungen (für Informatikprojekte, BZ Staffelnhof und Allmend) auf 2011 vorgenommen.

Aufgrund der Empfehlung des Regierungsrates wird das Delkreder für Steuerdebtoren mit einem Bestand von Fr. 12,1 Mio. neu als Minusposten unter den Guthaben ausgewiesen.

Im Berichtsjahr aufgelöst wurden die 2009 gebildeten Rückstellungen für die Sanierung der PKSL (Fr. 7 Mio.), die Rückstellung für den fehlenden Deckungsgrad aus der Überführung der Stadtpolizei in die Luzerner Polizei (Fr. 2,7 Mio.) sowie die Rückstellung für das Unterbaurecht Kreuzbuch (0,7 Mio.), weil die Stadt sich mit der LUPK in einem Vergleich geeinigt hat. Ebenfalls aufgelöst werden konnte die Rückstellung über Fr. 1,8 Mio. für vom Kanton zurückgeforderte Defizitbeiträge an die HPS – aufgrund des Beschlusses des Regierungsrates (RRB 883 vom 24. August 2010) musste die Stadt Luzern in einem Vergleich nur Fr. 0,2 Mio. nachvergüten.

Transitorische Passiven

Die passiven Rechnungsabgrenzungen reduzierten sich um Fr. 2,8 Mio. gegenüber 2009 und sind mit Fr. 11,3 Mio. ausgewiesen. Darin enthalten sind die Marchzinsen auf den langfristigen Darlehen, welche um Fr. 0,15 Mio. auf Fr. 1,9 Mio. abgenommen haben. Für geschuldete Ergänzungsleistungen wurden Fr. 2,5 Mio., für die Heimfinanzierung Fr. 2,4 Mio. abgegrenzt. Die Abgrenzung der Liegenschaftsverwaltung für vorausbezahlte Mieten macht rund Fr. 0,5 Mio. aus.

Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen nahmen netto um Fr. 20,1 Mio. auf Fr. 60,9 Mio. ab. Davon entfallen auf Spezialfinanzierungen Fr. 21,1 Mio., auf Spezialfonds Fr. 6,7 Mio. sowie auf Vorfinanzierungen Fr. 33,1 Mio. Bei den Vorfinanzierungen gab es Entnahmen von Fr. 8,7 Mio. aus der Vorfinanzierung Mobilität (Tieflegung / Ausbau Doppelspur Zentralbahn) für Abschreibungen der Investition, von Fr. 0,5 Mio. für die Finanzierung von Energiesparmassnahmen für stadteigene Liegenschaften, für Abschreibungen auf der Erschliessung im Tribschen Fr. 0,1 Mio. sowie von Fr. 0,8 Mio. für Abschreibungen betreffend Entsorgung von Altlasten und verschmutztem Erdreich. Aus dem Spezialfonds Bauten der Stadtentwässerung wurden rund Fr. 5,2 Mio. für Abschreibungen entnommen, gleich viel wie an

Anschlussgebühren eingingen. Der Energiefonds ist mit rund Fr. 3,5 Mio. bilanziert; 2010 wurden für Fr. 1,5 Mio. Beiträge aus dem Energiefonds geleistet. Bei den Spezialfinanzierungen weist die Stadtentwässerung mit Fr. 8,15 Mio. den höchsten Bestand aus.

Das **Eigenkapital** beträgt total Fr. 57,3 Mio. Es setzt sich zusammen aus der Steuerausgleichsreserve mit Fr. 40,9 Mio., aus freiem Eigenkapital über Fr. 5,2 Mio. (nach Entnahme des Aufwandüberschusses 2010), einem Anteil von Fr. 10 Mio. als Teilkompensation für den nicht gewährten Kantonsbeitrag an die Fusion Littau-Luzern sowie einer Reserve von Fr. 1,3 Mio. zur Bildung einer starken Stadtregion.

2.6 Anhang zur Jahresrechnung

2.6.1 Ausserbilanzgeschäfte per 31. Dezember 2010

2.6.1.1 Eventualverbindlichkeiten, Bürgschaften, Garantieverpflichtungen

Per Bilanzstichtag bestanden folgende Eventualverpflichtungen:

Begünstigte:	Beschluss:	Art:	gültig bis:	Betrag
Verein Schüür	StB 1151 / 17.12.2008	Solidarbürgschaft	31.12.2011	Fr. 80'000.–
Verein Spitex Luzern Littau	B+A 22 / 2.5.2007	Solidarbürgschaft	31.08.2016	Fr. 390'000.–
Verein Spitex Luzern Littau	B+A 24 / 14.7.2010	Einfache Bürgschaft	31.12.2013	Fr. 1'000'000.–
Chinderhus Maihof	B+A 38 / 21.11.2002	Solidarbürgschaft	unbefristet	Fr. 2'500'000.–
Pflegewohngruppe Sternmatt	B+A 19 / 30.6.2005	Solidarbürgschaft	31.12.2019	Fr. 1'400'000.–
Total Eventualverbindlichkeiten				<u>Fr. 5'370'000.–</u>

2.6.1.2 Leasingverbindlichkeiten / Finanzierungs-Leasing

Per Bilanzstichtag bestanden keine Leasingverträge.

2.6.1.3 Offene Finanzinstrumente

Die Stadt Luzern hat im Herbst 2009 vorzeitig einen Teil der gemäss Gesamtplanung 2010–2014 ausgewiesenen Fehlbeträge bzw. der Verschuldungszunahme finanziert, um die günstigen Zinssätze des Kapitalmarktes anzubinden, um Planungssicherheit zu erhalten und einen möglichst tiefen Durchschnittszinssatz für das langfristige Fremdkapital in der nächsten Planungsperiode zu haben. Dazu wurden 3 Zinsausstauschgeschäfte über je Fr. 10 Mio. abgeschlossen (Laufzeit 11 und 12 Jahre, finanziert gegen den 3-Monats-Libor). Zusätzlich wurde im Dezember 2010 eine Zinsoption verkauft, die der Gegenpartei im Jahre 2021 das Recht einräumt, in ein neues Zinsausstauschgeschäft zu festgelegten Konditionen einzutreten. Die dafür erhaltene Prämie wurde zur Reduktion des fixen Satzes des bestehenden Zinsswaps verwendet.

[in TCHF]	Kontraktvolumen
Zinsswaps	30'000
Zinsoptionen	10'000

2.6.1.4 Übrige nicht bilanzierte Verpflichtungen

Die laufenden Sanierungsmassnahmen der städtischen Pensionskasse (PKSL) und die sich daraus ergebenden Sanierungsbeiträge und Zahlungsmodalitäten richten sich nach Art. 74 i und j des Pensionskassenreglements.

Der Stadtrat kann die Sanierungsmassnahmen beenden,

- wenn der Deckungsgrad der Kasse mindestens 100 % beträgt;
- per 31. Dezember 2012, wenn die Kasse bis am 31. Dezember 2014 einen Deckungsgrad von 100 % mit überwiegender Wahrscheinlichkeit auch ohne Sanierungsmassnahmen erreichen wird;
- spätestens per 31. Dezember 2014.

Mit dem Trägerverein Luzerner Sinfonieorchester sowie mit der Stiftung Luzerner Theater hat die PKSL in separaten Vereinbarungen sowohl eine vom Reglement abweichende Sanierungsdauer als auch andere Zahlungsmodalitäten geregelt. Die Stadt Luzern garantiert gemäss Reglement und in den beiden Verträgen der PKSL die Bezahlung der vereinbarten Raten. Wird die Stadt aus dieser Garantie in Anspruch genommen, tritt die PKSL ihr die Forderung gegen den angeschlossenen Arbeitgeber im Umfang der von der Stadt erbrachten Leistungen ab. Per Ende 2010 betrug der Ausstand der Stiftung Luzerner Theater gegenüber der PKSL Fr. 140'670.

2.6.1.5 Nicht bilanzierte Guthaben

Subventionen:

Gestützt auf Art. 16 h des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 1. September 2001 hat das Finanzinspektorat

die Liste der ausstehenden Subventionen per 31. Dezember 2010 aktualisiert.

	31.12.2009	Abgerechnete Projekte 2010	Neue Projekte 2010	Abrechnungsdifferenz	31.12.2010
Pendente Projekte	19	4	6		21
Investitionsvolumen total	136,92 Mio.	-2,19 Mio.	51,94 Mio.		186,67 Mio.
Provisorisch oder definitiv zugesicherte Subventionen	23,68 Mio.	-0,36 Mio.	1,29 Mio.	0,52 Mio.	25,14 Mio.
Geleistete Akontozahlungen oder Restzahlungen	-17,13 Mio.	0,36 Mio.	-1,17 Mio.	-6,40 Mio.	-24,34 Mio.
Saldo ausstehend	6,55 Mio.	0,0 Mio.	0,12 Mio.	-5,88 Mio.	0,79 Mio.

2.6.2 Brandversicherungswerte per 31. Dezember 2010

Liegenschaften des Finanzvermögens
Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
Fahrzeuge, Mobilien, EDV

Fr. 145'047'000.–
Fr. 1'006'232'000.–
Fr. 125'640'194.–

2.6.3 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze

Die Rechnungsführung der Stadt Luzern basiert auf den Vorgaben gemäss §§ 69 ff. des neuen kantonalen Gemeindegesetzes (in Kraft seit 1. Januar 2005), den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie dem Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 15. Juni 2000 (Ausgabe vom 1. September 2001).

Im Weiteren kommt das harmonisierte Rechnungsmodell (HRM) – revidierte Version vom 30. November 2005 – zur Anwendung. Die überarbeiteten Finanzhaushaltsbestimmungen haben gemäss Verordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9. November 2004 (in Kraft seit 1. Januar 2005) verbind-

lichen Charakter. Die Rechnungsführung hat eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über die Haushaltsführung, das Vermögen und die Schulden zu vermitteln. Sie richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Vorteilsabgeltung (Verursacherprinzip) sowie der Jährlichkeit, dem Bruttoprinzip, der Vorherigkeit (Sollverbuchung) und den Bestimmungen gemäss Art. 3 bis 6 des Reglements über den Finanzhaushalt (Rechnungsausgleich, Verschuldung, Abschreibung des Verwaltungsvermögens und Selbstfinanzierung).

Es gelten folgende Bewertungsgrundsätze:

Position:	Bewertung zu:
Flüssige Mittel, Guthaben, Wertpapiere, Aktien, Anteilscheine, Darlehen, Transitorische Aktiven	Nominalwert
Vorräte	Einstandswert
Liegenschaften des Finanzvermögens	Anschaffungswert abzüglich allfälliger Abschreibungen zuzüglich Erneuerungen (Bewertungsobergrenze: Verkehrswert)
Sachgüter	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen
Darlehen, Beteiligungen, Investitionsbeiträge, Spezialfinanzierungen	Nominalwert
Bilanzfehlbetrag	Nominalwert
Rückstellungen	Im Ausmass der eingegangenen Verpflichtungen oder betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit
Übrige Passiven	Nominalwert

Für das Verwaltungsvermögen ist gemäss § 88 Abs. 2 Gemeindegesetz ab 1. Januar 2009 eine Anlagebuchhaltung (ABH) zu führen, aus der die Investitionen, die Abschreibungsdauer und der Restwert ersichtlich sind. Gemäss § 21 der Verordnung über den Finanzhaushalt ist über die einzelnen abzuschreibenden Objekte detailliert Buch zu führen. Aus der ABH haben jederzeit der Anlagewert und die verbleibende Abschreibungsdauer hervorzugehen. In der ABH werden alle über die Investitionsrechnung verbuchten Finanzvorfälle über Fr. 0,25 Mio. aufgenommen. Sie gibt differenziert Auskunft über die Zusammensetzung der entsprechenden Positionen des Anlagevermögens und bildet die Basis für die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen und

Abschreibungen für die flächendeckende Kostenrechnung.

Für die Einführung der Anlagebuchhaltung sind 2008 die Vermögenswerte historisch aufgearbeitet und die Werte daraus abgeleitet worden. Anschliessend sind die bestehenden Buchwerte des Verwaltungsvermögens anhand dieser Werte (Verteilungsschlüssel) neu verteilt worden, ohne dass insgesamt eine Auf- oder Abwertung der Buchwerte vorgenommen wurde.

Per 1. Januar 2010 wurden auch die Anlagen der Gemeinde Littau aufgearbeitet. Die erhobenen Werte wurden analog der Stadt Luzern neu verteilt und in die Buchhaltung der fusionierten Stadt integriert.

2.6.4 Abnahme der Jahresrechnung 2009 durch den Regierungstatthalter

Der Regierungstatthalter des Amtes Luzern hat geprüft, ob die Rechnung 2009 mit dem übergeordneten Recht, insbesondere mit den Buchführungsvorschriften und den verlangten Finanzkennzahlen, vereinbar ist und ob die Gemeinde die Mindestanforderungen für eine

gesunde Entwicklung des Finanzhaushaltes erfüllt. Er hat gemäss Bericht vom 31. August 2010 keine aufsichtsrechtlich erheblichen Mängel festgestellt (Formulierung gemäss § 106 Gemeindegesetz).

2.6.5 Beteiligungen im Alleinbesitz der Stadt Luzern

Als Controllingstelle nach dem Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling hat der Stadtrat die Controllingberichte für alle delegierten Aufgaben von höchster Bedeutung für die Stadt im Jahr 2010 eingefordert, überprüft und zur Kenntnis genommen. Die übergeordneten politischen Ziele aus der Eigentümerstrategie dieser Aufgaben, die in der Gesamtplanung aufgeführt sind, wurden für den Zweckverband Grosse Kulturbetriebe Kanton Luzern und Spitex-Verein Luzern Littau zuhanden der Gesamtplanung 2011–2015 überarbeitet, bleiben in ihren wesentlichen

Aussagen jedoch unverändert. Die Überarbeitung erfolgte aufgrund der Erfahrungen mit den für die vorausgegangene Gesamtplanung neu formulierten Zielen.

Über die beiden Aktiengesellschaften im Vollbesitz der Stadt wird nachfolgend summarisch berichtet. Die detaillierten Informationen zuhanden des politischen Controllings durch das Parlament sind den aktienrechtlichen Geschäftsberichten zu entnehmen, die nach der Durchführung der jeweiligen Generalversammlung 2011 dem Parlament zugestellt werden.

ewl Holding AG

Die ewl Gruppe konnte im Geschäftsjahr 2010 ihren Umsatz von Fr. 246,1 Mio. im Jahr 2009 um 2,9 % auf Fr. 253,1 Mio. steigern. Das Erdgasgeschäft trug erneut stark zum Erfolg bei. In den kalten Tagen gegen Ende des Jahres stieg die Nachfrage bei den Heizgaskunden stark an, und die Industriekunden erhöhten 2010 die Produktion wieder markant. Der Absatz nahm insgesamt um 10 % zu. Gegenüber

dem Vorjahr konnte ewl an die Endkunden 2,3 % mehr Strom verkaufen.

Überdurchschnittlich zugenommen hat auch das Wärmegeschäft, während der Absatz beim Trinkwasser um 4,6 % zurückging.

Die ewl Gruppe erarbeitete einen Jahresgewinn von Fr. 28,4 Mio., der damit um Fr. 0,9 Mio. über dem Ergebnis von 2009 liegt.

Im Berichtsjahr hat ewl Nettoinvestitionen von

über Fr. 36 Mio. getätigt, davon rund Fr. 5 Mio. im Bereich erneuerbare Energien. Der Personalbestand der ewl Gruppe stieg von 228 um 11 auf 239 Vollzeitstellen. Der Anstieg ist vor allem auf den Ausbau des Bereichs Telekommunikation und der Energieberatung zurückzuführen. ewl beschäftigte 2010 15 Auszubildende. Im Jahr 2010 sind die Elektrizitätswirtschaft und -versorgung zum wichtigsten energiepolitischen Thema geworden. Die Stimmberechtigten verschiedener Schweizer Städte haben an der Urne den Ausstieg aus der Atomenergie als Ziel bekräftigt. Die Debatte um die Kernkraft hat mit den Ereignissen in Japan eine

völlig neue Dimension erreicht. Vor diesem Hintergrund nehmen die Investitionen, die ewl im Bereich erneuerbare Energien getätigt hat und noch geplant sind, einen wichtigen Platz ein.

Mit der Fusion Littau-Luzern ging am 1. Januar 2010 die Wasserversorgung für den Stadtteil Littau an ewl über.

Wie im Vorjahr wird aus dem verfügbaren Bilanzgewinn der ewl energie wasser luzern Holding AG der Stadt Luzern eine Dividende von Fr. 15,5 Mio. bezahlt. Davon wird ein Betrag von Fr. 3 Mio. zur Sanierung der Pensionskasse der Stadt eingesetzt.

Verkehrsbetriebe Luzern AG

Dank dem attraktiven Tarifangebot des neuen, auf Anfang 2010 eingeführten integralen Tarifverbundes stieg die Anzahl der Fahrgäste erfreulich an. Die vbl Gruppe hat 2010 knapp 46 Mio. Passagiere befördert, 6,7 % mehr als im Vorjahr. Dabei stieg die Fahrleistung von 102,3 Mio. auf 106,8 Mio. Personenkilometer. Während die Frequenzen auf den Trolleybuslinien um über 10 % gestiegen sind, fuhren auf den Autobus-Quartierlinien weniger Gäste mit.

Im vergangenen Jahr feierte die vbl ihr 111-jähriges Bestehen, was im Mai 2010 mit den Mitarbeitenden und der Bevölkerung gefeiert wurde.

Im Berichtsjahr wurden einige ältere Fahrzeuge aus dem Fuhrpark ausgemustert, einige Grossanlässe – wie etwa die Flugshow Emmen – erfolgreich bewältigt sowie das Angebot auf dem Tellbus Uri ausgebaut. Im Interesse der Fahrgäste führte vbl 2010 für alle iPhone-Nutzer eine Fahrplan-Applikation ein, die über Abfahrts- und Ankunftsdaten in Echtzeit informiert. Zudem werden auf den Bildschirmen im

Businnern bei der Fahrt zu den Bahnhöfen im Raum Luzern die aktuellen Anschlüsse auf die Bahn in Echtzeit aufgeschaltet.

2010 war auch das erste Geschäftsjahr des Verkehrsverbunds Luzern, der neu geformten Bestellerorganisation für den ÖV in der Region Luzern. Die Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund gestaltete sich erfreulich und konstruktiv. Seit Anfang 2010 verfügt vbl über eine Holdingstruktur mit zwei Tochtergesellschaften: Während das Kerngeschäft des öffentlichen Linienverkehrs über die *vbl verkehrsbetriebe luzern ag* abgewickelt wird, widmet sich die *vbl transport ag* den marktwirtschaftlichen Aktivitäten.

Das zehnte Geschäftsjahr als Aktiengesellschaft ist aus Sicht der Stadt als Alleinaktionärin erfolgreich verlaufen. Die strategischen und operativen Unternehmensziele und die Ziele der Eigentümerstrategie der Stadt konnten erreicht werden. Der Gewinn des Jahres 2010 lässt es zum fünften Mal in Folge zu, an der Generalversammlung eine Dividende von 5 % oder Fr. 1 Mio. zu beschliessen.

2.6.6 Übersicht über separate Berichte und Berichte regionaler Trägerschaften / Gemeinde- und Zweckverbände

	erscheint
ewl Holding AG, Luzern Geschäftsbericht 2010	Mai 2011
Verkehrsbetriebe Luzern AG, Luzern Geschäftsbericht 2010	Mai 2011
Feuerwehr der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2010	Februar 2011
Pensionskasse der Stadt Luzern Jahresbericht 2010	April 2011
Gemeindeverband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern (REAL) Jahresbericht 2010	Mai 2011
Verkehrsverbund Luzern Geschäftsbericht 2010	Mai 2011
Luzern Plus Jahresbericht 2010	Juni 2011
Spitex-Verein Luzern Littau Jahresbericht	Mai 2011
Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG) Jahresbericht	Juli 2011
Statistikportal 2010 der Stadt Luzern Die Herausgabe erfolgt durch das Amt für Statistik des Kantons Luzern im Auftrag der Stadt Luzern.	Oktober 2010

2.6.7 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern

2.6.7.1 Nettoschuld

Entwicklung und Vergleich mit den Agglomerationsgemeinden und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 2000 (Gebietsstand 2010):

Stadt Luzern				Agglomerationsgemeinden			Übrige Gemeinden des Kt. Luzern		
Jahr	Mittlere Wohnbevölkerung	Nettoschuld absolut	pro Kopf	Mittlere Wohnbevölkerung	Nettoschuld absolut	pro Kopf	Mittlere Wohnbevölkerung	Nettoschuld absolut	pro Kopf
2000	72 645	218 734 095	3 011	104 289	180 002 814	1 726	169 233	914 620 689	5 405
2001	73 271	254 030 557	3 467	105 321	237 604 176	2 256	170 593	904 406 897	5 302
2002	73 663	174 581 310	2 370	106 480	235 001 360	2 207	171 786	885 516 050	5 155
2003	74 046	180 968 424	2 444	107 436	244 416 900	2 275	172 872	818 751 570	4 736
2004	74 000	183 076 000	2 474	107 950	239 109 250	2 215	173 692	765 303 388	4 406
2005	74 269	146 384 199	1 971	108 548	258 886 980	2 385	174 628	726 042 246	4 158
2006	74 584	121 870 256	1 634	109 170	231 767 910	2 123	175 961	656 081 839	3 729
2007	75 305	80 501 045	1 069	110 063	193 820 943	1 761	177 936	592 158 052	3 328
2008	76 174	98 797 678	1 297	111 446	170 958 164	1 534	180 301	522 378 071	2 897
2009	76 844	117 878 696	1 534	112 967	197 353 349	1 747	182 452	508 585 974	2 788
2010	77 000	155 450 841	2 019						

Definition:

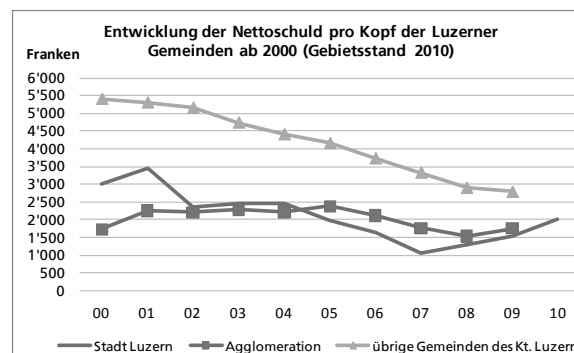
Fremdkapital (Bilanzposition 20) minus Finanzvermögen (Bilanzposition 10)

Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation von LUSTAT Statistik Luzern.

Aussage:

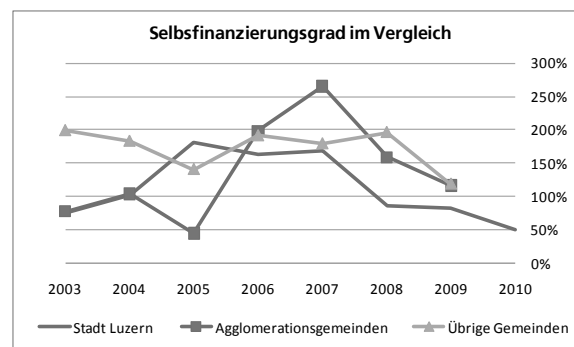
Bis zu Fr. 1'000.– wird von einer kleinen Verschuldung, bis zu Fr. 3'000.– von einer mittleren, bis Fr. 5'000.– von einer grossen und darüber von einer sehr grossen Verschuldung gesprochen.



2.6.7.2 Selbstfinanzierungsgrad

Entwicklung und Vergleich mit den Agglomerationsgemeinden und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 2003 (Gebietsstand 2010):

Jahr	Stadt Luzern	Agglomerationsgemeinden	Übrige Gemeinden
2003	75.4%	77%	199.0%
2004	101.3%	104%	183.1%
2005	181.0%	45%	140.5%
2006	162.2%	198%	191.2%
2007	168.4%	265%	179.15%
2008	85.8%	159%	196.2%
2009	82.2%	116%	118.5%
2010	49.7%		



Definition:

Bruttoüberschuss der Laufenden Rechnung dividiert durch Nettoinvestitionen. Ab 2005 neue Definition gemäss kantonalen Vorgaben.

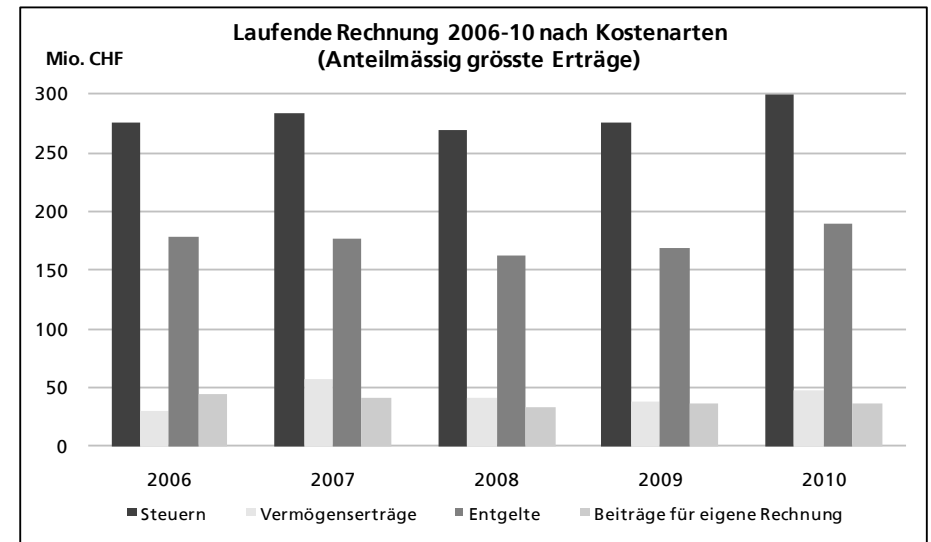
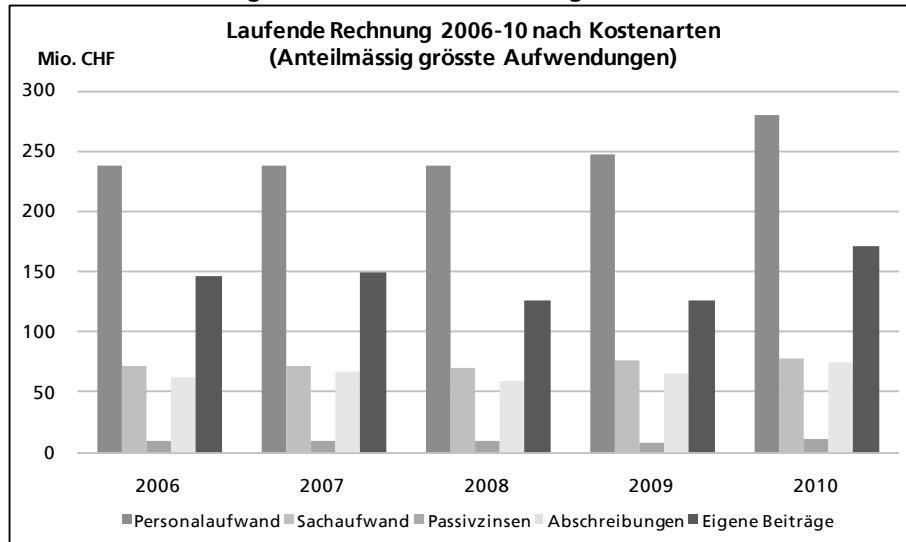
Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation von LUSTAT Statistik Luzern.

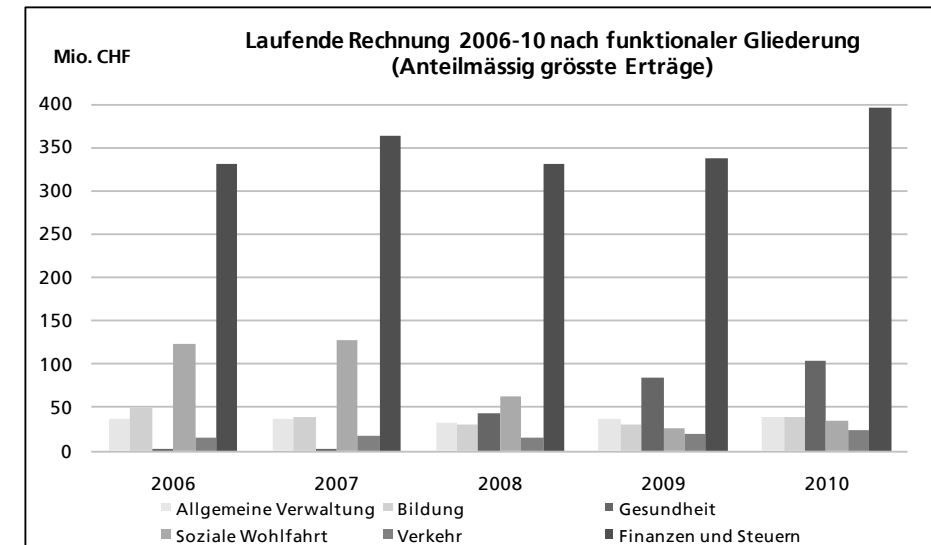
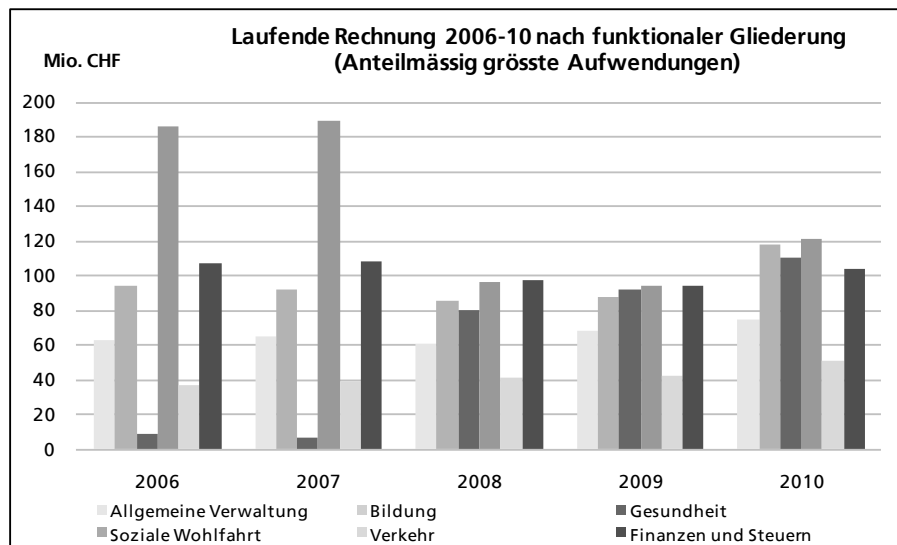
Aussage:

Ein Selbstfinanzierungsgrad (SFG) unter 100 % führt zu einer Neuverschuldung der Laufenden Rechnung der Investitionen. Die Neuverschuldung wird bei einem SFG von unter 70 % als gross und zwischen 70 % und 100 % als volkswirtschaftlich verantwortbar beurteilt. Im Mehrjahresdurchschnitt sollte der SFG für die Stadt Luzern bei 100 % liegen bzw. im Durchschnitt von fünf Jahren mindestens 80 % erreichen, wenn die Nettoschuld pro Einwohner mehr als das kantonale Mittel beträgt (§ 29 Abs. 1 Vo über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 9.11.2004).

Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten 2006–2010 (2006–2009 nur Stadt Luzern ohne Littau)



Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung 2006–2010 (2006–2009 nur Stadt Luzern ohne Littau)



3 Kennzahlen aus dem Personalbereich

3.1 Entwicklung der Teilzeitstellen

Pensum in %	Männer			Frauen			Total			Total		Gesamttotal Männer/Frauen Köpfe
	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	Männer	Frauen	
Feb 1998	1 0%	45 4%	1'105 96%	19 7%	114 42%	136 51%	20 2%	159 11%	1'241 87%	1'151 81%	269 19%	1'420
Feb 2004	28 3%	111 14%	688 83%	274 24%	594 52%	275 24%	302 15%	705 36%	963 49%	827 42%	1'143 58%	1'970
Feb 2005	18 2%	112 14%	701 84%	271 24%	605 53%	267 23%	289 15%	717 36%	968 49%	831 42%	1'143 58%	1'974
Jan 2008	33 4%	135 16%	692 80%	258 23%	611 54%	255 23%	291 14%	746 38%	947 48%	860 43%	1'124 57%	1'984
Dez 2009	28 3%	142 16%	702 81%	206 18%	660 58%	279 24%	234 12%	802 40%	981 49%	872 43%	1'145 57%	2'017
Dez 2010	30 4%	160 21%	583 75%	262 19%	787 58%	301 22%	292 14%	947 45%	884 42%	773 36%	1'350 64%	2'123

Kommentar:

Seit der Fusion von Bürger- und Einwohnergemeinde im Jahr 2000 weist die Stadt Luzern einen hohen Anteil von Teilzeitstellen aus. Es arbeiten 14 % der Mitarbeitenden in Pensen von unter 50 % und 45 % der Mitarbeitenden in Pensen von 50 bis 99 %. Total sind 36 % Männer und 64 % Frauen bei der Stadt angestellt. Der Anstieg der Teilzeitstellen um 7 % auf 59 % sowie die Verlagerung des Anteils Männer/Frauen ist auf den Weggang der Stadtpolizei sowie auf die Fusion mit der Gemeinde Littau und somit dem Dazukommen des Betagtenzentrums Staffelhof zu begründen.

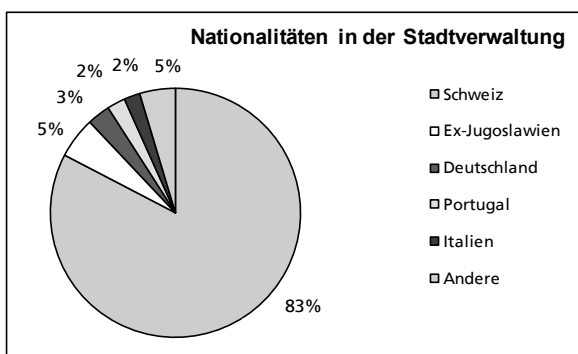
3.2 Personalfluktuation

	2006		2007		2008		2009		2010	
Austritte	155	75.6%	154	71.3%	148	68.8%	183	79.6%	169	82.4%
Pensionierungen	50	24.4%	62	28.7%	67	31.2%	47	20.4%	36	17.6%
Austritte in % des Personalbestandes 31.12. (Fluktuationsziffer)	1991	7.8%	1971	7.8%	1998	7.4%	2017	9.1%	2123	8.0%
Kündigung durch Arbeitgeber	14	9.0%	13	8.4%	17	11.5%	24	13.1%	20	11.8%
Kündigung durch Arbeitnehmer/in	141	91.0%	141	91.6%	131	88.5%	159	86.9%	149	88.2%

Kommentar:

Die Fluktuationsrate ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % gesunken. Dies steht im Zusammenhang mit der Fusion der Gemeinde Littau bzw. dem dadurch um gut 100 Mitarbeitende gewachsenen Personalbestand. Es haben im Vergleich zum Vorjahr 10 Mitarbeitende weniger selber gekündigt. Eine Fluktuationsrate unter 10 % im öffentlichen Bereich in der Schweiz ist tief.

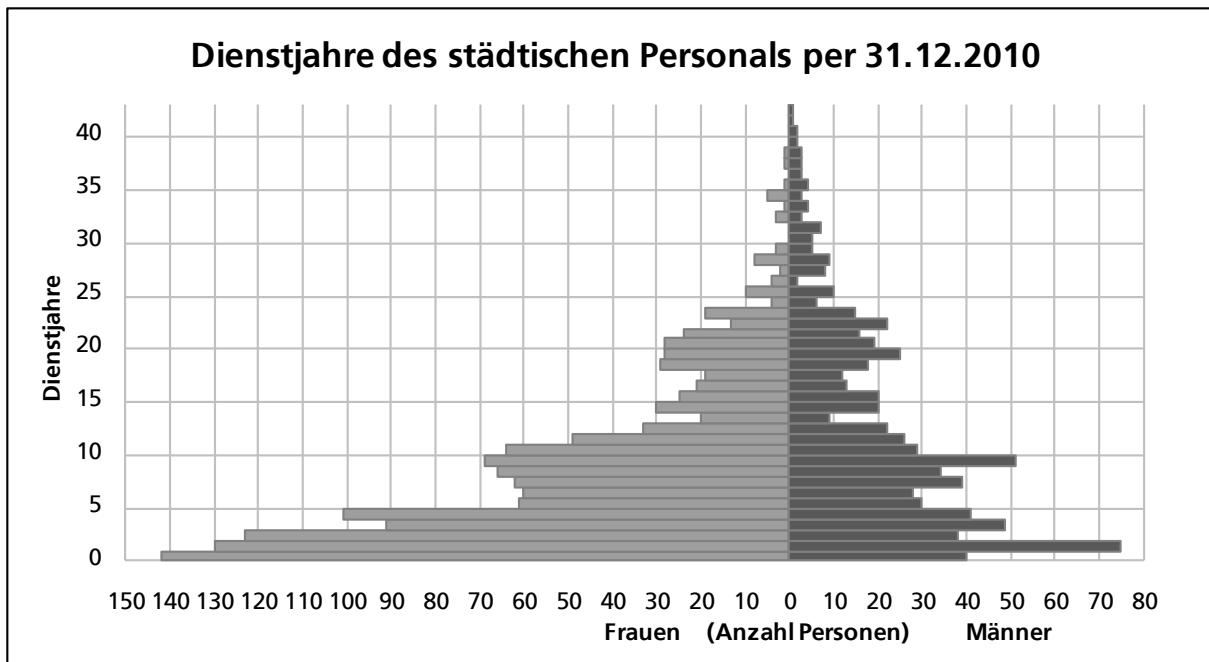
3.3 Nationalitäten



Kommentar:

Die Verteilung der Mitarbeitenden auf die einzelnen Nationalitäten hat sich kaum verändert und ist seit Jahren stabil. Der Anteil der Schweizer beträgt unverändert 83 %, und 17 % der Mitarbeitenden haben andere Nationalitäten.

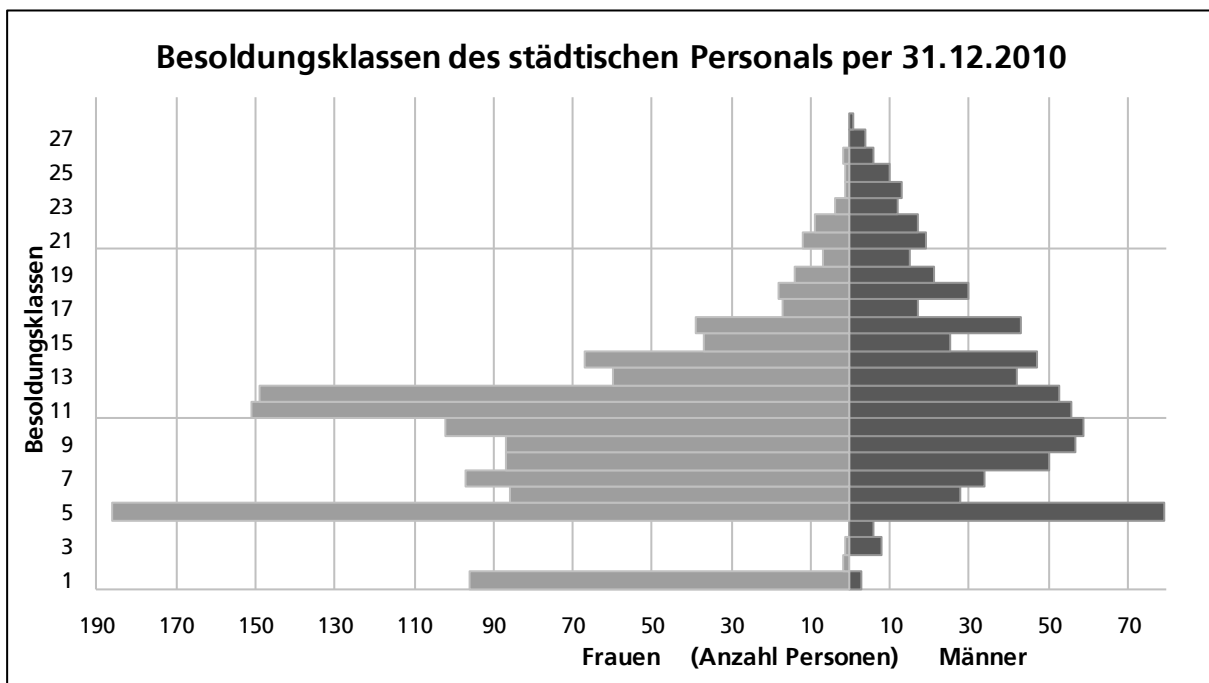
3.4 Pyramide der Dienstjahre



Kommentar:

Der Trend der letzten drei Jahre hält weiterhin an: Aufgrund von Pensionierungen und Kündigungen nimmt der Anteil der Mitarbeitenden mit 1–2 Dienstjahren weiter zu.

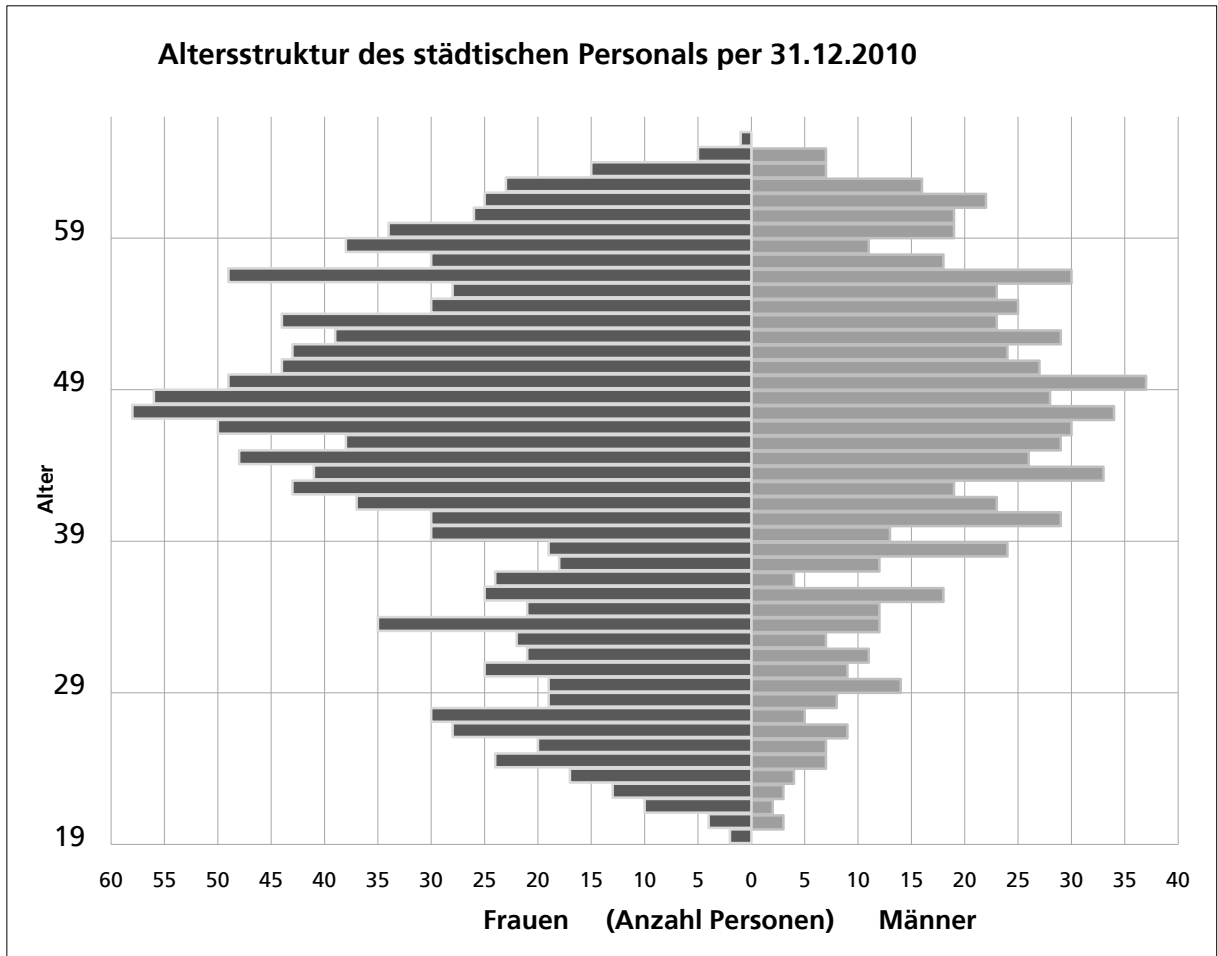
3.5 Besoldungsklassen



Kommentar:

Die Zunahme in der Lohnklasse 5 ist auf die Fusion mit der Gemeinde Littau zurückzuführen und betrifft Pflegemitarbeitende sowie das Reinigungspersonal. Am zweitmeisten Mitarbeitende sind in der Klasse 11 eingestuft. Dies sind ebenfalls Mitarbeitende im Pflegebereich sowie sozialpädagogisch Mitarbeitende und Fachpersonal in der Administration.

3.6 Altersstruktur



Kommentar:

Die wesentliche Mehrheit der Mitarbeitenden ist zwischen 40 und 60 Jahre alt. Auffallend ist der geringere Anteil von jüngeren Männern im Vergleich zu jungen Frauen. Auch dies hängt mit den Personalbewegungen im Bereich der Heime und Alterssiedlungen zusammen. Diese Berufe werden mehrheitlich von Frauen ausgeübt.

4 Direktionen

4.1 Sozialdirektion

Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor

Das Jahr 2010 war – nebst andern Herausforderungen und Entwicklungen – bestimmt durch drei grosse, verwaltungsübergreifende Projekte:

- Integration der Abteilungen der ehemaligen Gemeinde Littau
- Starke Stadtregion Luzern
- Sparpaket

Alle Projektarbeiten belasteten vor allem die Führungskräfte sehr stark. Die Arbeiten konnten aber aus Verwaltungssicht im Grossen und Ganzen erfolgreich bewältigt werden. Den zahlreichen engagierten Mitarbeitenden gilt an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank. Eine eindruckliche Leistung!

Allerdings sind damit die Arbeiten an diesen Projekten nicht abgeschlossen. Zum einen beschäftigt uns die Integration der Verwaltungsteile von Littau und anderer Dienstleistungsangebote weiterhin. Vor allem die Raumfrage ist für einige Dienstabteilungen mitnichten befriedigend gelöst. Es fehlen Arbeitsplätze und -räume, was die Arbeitsabläufe massiv erschwert. Zum andern müssen einige Massnahmen des Sparpakets aktuell erst umgesetzt werden.

Die Dienstabteilung Kinder Jugend Familie war vor allem mit dem Aufbau der neuen, integrierten Familienberatung herausgefordert, welche die Dienstleistungen von Mütter- und Väterberatung, Familienberatung, Jugendberatung (CONTACT) und Kinder- und Jugendschutz nach Vormundschaftsrecht umfasst und je nach Angebot von 1–15 Gemeinden in Anspruch genommen wird. Insgesamt machen 20 Gemeinden von den verschiedenen Angeboten Gebrauch.

Das Sozialamt musste feststellen, dass mit der Annahme der Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV) eine weitere Verschärfung im Bereich Sozialversicherungen auf Ebene Bund erfolgt, die mit Sicherheit Auswirkungen auf die Gemeindeebene bzw. die Stadt hat. Allerdings werden die Mehrbelastungen erst im Jahre 2011 anfallen.

Neue Pflegefinanzierung – ein Megaprojekt

Die Vorbereitung der neuen Pflegefinanzierung beschäftigte in irgendeiner Form fast alle Abteilungen der Sozialdirektion (SOD), vor

allem aber die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) und die Stabsabteilung SOD sowie die Finanzverwaltung. Das Projekt musste unter grossem Druck und mit viel Tempo durchgezogen werden. Kompliziert wurde es durch den Koordinationsbedarf mit den Gemeinden und mit diversen Organisationen und Institutionen; beeinträchtigt wurde es durch die sehr späte Gesetzgebung durch den Kanton.

Weitere Ausführungen zu diesem Jahrzehnte-projekt sind den weiter hinten folgenden Abteilungsberichten zu entnehmen. An dieser Stelle ist aber ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Stadt mit zusätzlich über Fr. 16 Mio. belastet wird, dies als Folge ihrer "alten" Bevölkerungsstruktur. Vor diesem Hintergrund kämpft(e) sie vehement dafür, dass über den soziodemografischen Topf des kantonalen Finanzausgleichs ein Teil dieser im kantonalen Vergleich massiv überdurchschnittlichen Kosten abgegolten wird.

Erfreulich ist, dass im Rahmen der Umsetzung der Pflegefinanzierung die stationäre Übergangspflege im Betagtenzentrum Rosenberg vom Regierungsrat als eines von zwei solchen Angeboten im Kanton bestimmt wurde. Die neue Pflegefinanzierung ist auch im laufenden Jahr eine Baustelle. Es geht dabei um folgende Themenschwerpunkte:

- Erzielen von Kostensicherheit (Heime, Spitex, freischaffende Pflegefachleute)
- Erhalt von zusätzlichen Mitteln aus dem Finanzausgleich
- Kostensicherheit bei den Privaten

Am Beispiel der neuen Pflegefinanzierung und der Entwicklung des zukünftigen Beitragsmodells für Gemeindefusionen zeigt es sich, wie wichtig die Mitarbeit von Stadtrat und städtischen Kadermitarbeitenden auf der Ebene des Verbands der Luzerner Gemeinden (VLG) und wie wichtig die stadträtliche Präsenz mit einer Vertretung im Kantonsrat ist.

Mitte Juni 2010 gingen Präsidium und Geschäftsstelle der Städteinitiative Sozialpolitik (SI) nach acht Jahren von der Stadt Luzern an die Stadt Zürich über. Die Sozialdirektion ist allerdings weiterhin stark engagiert, u. a. mit dem Sozialdirektor im Vorstand der SI. Dieser vertritt zudem immer noch die Schweizer Städte in der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM).

4.1.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Familienergänzende Kinderbetreuung Vor- und Schulbereich (Projektplan Nr. L58016)	Fünfjahresziel C1.1
– Teilprojekt Vorschulbereich: Betreuungsgutscheine für familienergänzende Kinderbetreuung (L58016.01)	

Die familienergänzende Kinderbetreuung ist weiterentwickelt.

Der Monitoringbericht über die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulalter wurde zum vierten Mal erstellt. Insgesamt nehmen 40 % aller Vorschulkinder ein Betreuungsangebot (Spielgruppen, Kindertagesstätten oder Tageseltern) in Anspruch. Im Schulalter sind es 18 %. Die Zusammenarbeit mit den Spielgruppen wurde verstärkt.

Das Pilotprojekt Betreuungsgutscheine für familienergänzende Kinderbetreuung ist in der Umsetzungsphase.

Nach gut einem Jahr Pilotprojekt konnten die angestrebten Zielsetzungen weitgehend erreicht werden:

- Durch die Betreuungsgutscheine wurde die familienergänzende Kinderbetreuung für viele Familien überhaupt finanzierbar. Die Existenzsicherung von Familien sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konnten somit eindeutig verbessert werden.
- Das angestrebte Ziel der Rechtsgleichheit ist verwirklicht. Alle Eltern erhalten zu den gleichen Bedingungen gleich hohe Unterstützung von der Stadt Luzern.
- Die Bedenken, dass mit den Betreuungsgutscheinen die Qualität in den Kindertagesstätten (Kitas) sinkt, erweisen sich als hinfällig. Die Eltern suchen nicht einfach die billigste Kita aus. Sie legen Wert auf eine gute Betreuung. Und was Qualität heisst, hat eine neue Bedeutung bei den Eltern, den Kindertagesstätten und auch bei der Stadt Luzern bekommen.
- Die Bewilligungsrichtlinien zur Führung von Kindertagesstätten oder Vermittlungsstellen für Tageseltern sowie deren Einhaltung und Überprüfung haben an Gewicht gewonnen.
- Die zusätzliche Unterstützung der "alten" Kindertagesstätten mit ehemaligem Leistungsvertrag hat sich als sehr sinnvoll erwiesen. Die Eltern wie die Trägerschaften konnten gezielt finanziell entlastet werden.

Das Pilotprojekt wird laufend weiterentwickelt. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist die gezielte Unterstützung von Familien mit tiefen Einkommen ein wichtiger weiterer Schritt, der per 2011 umgesetzt wird.

Kinder Jugend Familie: Animation (Projektplan Nr. L58020)	Fünfjahresziel C1.1, A5.1
---	-------------------------------------

Die Weiterentwicklung der Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche ist festgelegt.

Die Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche wird 2011 um einen Standort Fluhmühle/Reussbühl erweitert. Grundsätzlich soll im Rahmen der Quartierpolitik das Aufgabenfeld der Quartierarbeit auf die ganze Stadt sowie vor allem auf die Themenfelder Alter und Frühe Förderung ausgeweitet werden.

Überprüfung Familienberatung (Projektplan Nr. L58022)	Fünfjahresziel C1.1
---	-------------------------------

Das neue Konzept der Kinder-, Jugend- und Familienberatung ist umgesetzt.

Die Vereine CONTACT, die Regionale Mütter- und Väterberatung sowie die Familienberatung Littau wurden auf den 1. Januar 2010 erfolgreich übernommen, und die Beratungen können professionell für die Stadt Luzern und die angeschlossenen Vertragsgemeinden erbracht werden. Erste Grundlagen des Konzepts für den Bereich Beratung sind erarbeitet.

Arbeitsintegrationsmassnahmen
 (Projektplan Nr. L58402)

 Fünfjahresziel
 C1.2

Das Angebot an Dauerarbeitsplätzen wird bedarfsgerecht ausgebaut.

Das Angebot an Dauerarbeitsplätzen im 2. Arbeitsmarkt für langzeitarbeitslose Sozialhilfebeziehende, die kaum Chancen auf Integration im 1. Arbeitsmarkt haben, wurde weiter ausgebaut. Es bestehen im Raum Luzern nun genügend Einsatzplätze für Sozialhilfebeziehende in Arbeitsintegrations- und Beschäftigungsprogrammen. Das Angebot im 2. Arbeitsmarkt muss nicht weiter ausgebaut werden. Hingegen mangelt es nach wie vor an Arbeitsmöglichkeiten im 1. Arbeitsmarkt für Sozialhilfebeziehende ohne Berufsausbildung, mit tiefem Bildungsniveau oder mit einer eingeschränkten Leistungsfähigkeit.

Städtische Gesundheitsplanung
 (Projektplan Nr. L49006)
 – Teilprojekte:
 Altersleitbild/-konzept (L49006.01)
 Diverse Projekte (L49006.02)

 Fünfjahresziel
 C1.1, C1.3

Die Massnahmen der städtischen Gesundheitsplanung und ein Projekt sind in Umsetzung.

Das Projekt Miges Balù, bei welchem die Mütterberaterinnen mit interkulturell Vermittelnden zusammenarbeiten, ist erfolgreich, zumal der Zugang zu Menschen mit Migrationshintergrund dadurch vermehrt sichergestellt ist.

Die Arbeiten am Konzept "Altern in Luzern" sollen im Herbst 2011 im Grossen Stadtrat verabschiedet werden. Eine breit abgestützte Projektgruppe hat unter Einbezug des Seniorenrats, von Fachleuten und Interessierten in diversen Arbeitsgruppen Projektvorschläge zu verschiedenen Handlungsfeldern für den Altersbereich erarbeitet, welche zu einem grossen Teil das zivilgesellschaftliche Engagement der "jungen älteren Generation" auch für den intergenerationellen Bereich nutzen möchten.

Schnittstellen Akut- und Langzeitpflege
 (Projektplan Nr. L41520)

 Fünfjahresziel
 C2.4

Die Projektstruktur für die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Spitälern, den Heimen und der Spitex ist festgelegt.

Im Rahmen eines Vorprojekts wurde unter Mitarbeit einer externen Fachperson eine Situationsanalyse erstellt, und die verschiedenen Anspruchsgruppen wurden definiert. Da ganz unterschiedlich strukturierte und organisierte Institutionen in den Prozess involviert sind, wird mehr Zeit für die Projektarbeit und die damit verbundenen Absprachen benötigt. Die geplante Lösung wird neu gegen Ende 2011 in Kraft treten können.

4.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand			Ertrag			Ergebnis		
	R 10	B 10	Abwei- in % chung	R 10	B 10	Abwei- in % chung	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K210 Stab Sozialdirektion	1'256	1'284	-28 -2%	57	72	-14 -19%	(1'199)		14
K211 Sekretariat Vor- mundschaftsbehörde	2'058	2'057	0 0%	181	203	-22 -11%	(1'877)	22	
K212 Amtsvormundschaft	3'669	3'639	29 1%	371	429	-58 -14%	(3'298)	87	
K213 Sozialversicherungen Arbeitsamt, AHV- Zweigstelle	1'494	1'548	-55 -4%	177	167	10 6%	(1'316)		65
K214 Sozialamt	6'124	5'796	329 6%	189	134	55 41%	(5'936)	274	
K215 Kinder Jugend Familie	5'369	5'186	184 4%	2'047	904	1'143 126%	(3'323)		959
K230 Heime und Alterssiedlungen <i>Spezialaufgaben</i>	100'248	99'056	1'192 1%	103'482	101'896	1'586 2%	3'234		393
K221 Treibhaus, Jugend Freizeit Kultur	1'238	1'169	69 6%	604	580	24 4%	(634)	45	
K222 Ferienpass	267	249	18 7%	267	249	18 7%	0		
K223 Kinderkrippe Eichhörnli <i>Beitragswesen</i>	521	804	-282 35%	505	789	-284 -36%	(17)	2	
K270 Wirtschaftliche Sozialhilfe	39'684	42'179	-2'495 -6%	18'114	21'510	-3'396 -16%	(21'570)	901	
K271 Alimentenbevor- schussung / Inkassohilfen <i>Spezial- finanzierungen</i>	3'617	3'991	-374 -9%	2'392	2'575	-183 -7%	(1'225)		190
K290 Kinder- und Jugend- siedlung Utenberg	7'244	7'338	-94 -1%	7'244	7'338	-94 -1%	0		
Total	172'789	174'295	-1'506 -1%	135'630	136'846	-1'216 -1%	(37'160)	1'331	1'621
Nettoverbesserung								290	

Die Rechnung der Sozialdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 172,8 Mio. (Vorjahr: Fr. 145,7 Mio.) und einem Ertrag von Fr. 135,6 Mio. (Vorjahr: Fr. 111,9 Mio.) ab. Der Aufwandüberschuss beträgt Fr. 37,2 Mio. (Vorjahr: Fr. 33,8 Mio.). Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Minderbelastung von Fr. 0,3 Mio. (Vorjahr: Mehrbelastung von Fr. 0,1 Mio.). Die Abweichungen sind vor allem wie folgt zu begründen:

Im Stab konnten die budgetierten Rückerstattungen nicht vollständig realisiert werden. Im Sekretariat der Vormundschaftsbehörde konnten weniger Gebühren für Amtshandlungen und Rückerstattungen fakturiert werden.

In der Amtsvormundschaft fielen höhere Personalkosten infolge Ausfall einer Mitarbeitenden an. Wegen Anstieg der Mandate war eine Stellenaufstockung "administrative Fachkraft" notwendig. Zudem konnten weniger Gebühren für Amtshandlungen und Rückerstattungen fakturiert werden.

In der Dienstabteilung Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle konnten im Be-soldungsbereich Mutationsgewinne realisiert werden. Auch fiel der Kantonsbeitrag an die AHV-Zweigstelle höher als budgetiert aus. Im Sozialamt waren zwei Mitarbeitende von Littau befristet angestellt und deshalb nicht im Voranschlag enthalten. Zudem waren bei Mitarbeitenden aus Littau Lohnanpassungen nötig. Dieser zusätzliche Personalaufwand konnte nicht vollumfänglich durch Rückerstattungen abgedeckt werden.

Die Mütter- und Väterberatung sowie die Jugend- und Elternberatung werden neu von der Stadt Luzern (vorher private Vereine) geführt. Diese Integration führte zu Budgetverschiebungen von Fr. 0,8 Mio. Im gleichen Zusammenhang waren die Beiträge anderer Gemeinden Fr. 0,2 Mio. höher als budgetiert. Die unter HAS zusammengefassten städtischen Betagtenzentren und Pflegewohnungen weisen gegenüber dem Voranschlag ein um Fr. 0,4 Mio. besseres Ergebnis aus. Die Gründe werden im Bericht über das Globalbudget HAS erläutert.

Im Jugendhaus Treibhaus mussten Geräte/Anlagen im Restaurant ersetzt werden.

Bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe ist der Minderaufwand von Fr. 2,5 Mio. darauf zurückzuführen, dass sich die Wirtschaftskrise weniger stark ausgewirkt hat als erwartet. (Bei der materiellen Hilfe ist ein Mehraufwand von Fr. 2,8 Mio. entstanden, welcher jedoch im oben genannten Minderaufwand enthalten ist.) Bei geringerem Aufwand fallen die Rückerstattungen entsprechend niedriger aus. Der um Fr. 3,4 Mio. tiefere Ertrag blieb deutlich unter den Erwartungen.

Bei der Alimentenbevorschussung/Inkassohilfe entstand ein Minderaufwand von Fr. 0,4 Mio. Dieser ist einerseits auf tiefere Beiträge infolge Gerichtsentscheiden, andererseits auf Wegzüge zurückzuführen. Entsprechend tiefer sind die Rückerstattungen (Fr. 0,2 Mio.). Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg wird als Spezialfinanzierung geführt. Sie hat ein Defizit von Fr. 0,2 Mio. erwirtschaftet, welches dem letztjährigen Gewinnvortrag entnommen worden ist. Aus diesem Grund wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

4.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Sozialdirektion

Der Stab engagierte sich in verschiedenen direktionsinternen wie auch -übergreifenden Projektgruppen und bot somit seine Dienstleistungen im Rahmen seiner Querschnittsfunktion an.

Schwerpunkte der Stabsarbeit bildeten die Mitarbeit im Grossprojekt Fusion Littau-Luzern (1. Halbjahr), die Grundlagenenerhebung im Rahmen des Projekts Starke Stadtregion und die Ausarbeitung des Sparpakets 2011. In diesem Zusammenhang wurde der Stab Sozialdirektion einer externen Betriebsanalyse unterzogen. Die Vorbereitungen für die Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung ab 1. Januar 2011 waren sehr zeitintensiv. Die hohe Belastung in diesem Bereich hält weiterhin an. Zusätzlich beteiligte sich der Stab SOD massgeblich an der Erarbeitung der städtischen Quartier- und Stadtteilpolitik, setzte das Projekt zur Integration der regionalen Beratungsangebote (Mütter- und Väterberatung, Jugend- und Elternberatung CONTACT) in die Dienstabteilung Kinder Jugend Familie um und begleitete die Vorarbeiten zur Aufstockung der GasseChuchi (Überführung der provisorisch eingerichteten Kontakt- und Anlaufstelle in reguläre Strukturen). Ein weiterer Schwerpunkt bildeten die Arbeiten für das Stadtluzerner Alterskonzept "Altern in Luzern", das unter breitem Einbezug von Interessengruppen erarbeitet und im Jahr 2011 der Politik unterbreitet wird.

Zusätzlich bewältigte der Stab Arbeiten im Zusammenhang mit der Städteinitiative Sozialpolitik, die bis Ende Juni 2010 von Stadtrat Ruedi Meier präsiert wurde. Danach hat das Präsidium zur Stadt Zürich gewechselt.

Sekretariat Vormundschaftsbehörde

Zu Beginn des Jahres stand der Umzug vom Stadthaus an die Pilatusstrasse im Vordergrund. Er ermöglichte die räumliche Zusammenführung der verschiedenen Bereiche der Dienstabteilung und erleichterte damit den fachlichen Austausch sowie die Integration der Mitarbeitenden von Littau. Die Umsetzung der Fusion stellte im Alltag weitere Anforderungen, die insgesamt erfolgreich bewältigt werden konnten. Noch grössere Veränderungen kommen in Zukunft auf die Abteilung zu: Am 1. Januar 2013 tritt das neue Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Es sieht vor, dass eine unabhängige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) den Stadtrat als Vormundschaftsbehörde ablöst. Ihr werden auch zahlreiche neue Aufgaben zugewiesen. Die KESB

verfügt über einen, mit dem heutigen Sekretariat der Vormundschaftsbehörde vergleichbaren, allerdings stark ausgebauten Dienst, der fachlich der Behörde untersteht, administrativ aber eine Dienstabteilung der Sozialdirektion bleiben soll. Die Integration in die Stadtverwaltung ist wichtig für eine optimale Abstimmung der städtischen Angebote im Sozialbereich. Mit Blick auf das neue Erwachsenenschutzrecht, aber auch als Reaktion auf die weiterhin überdurchschnittlich wachsenden Fallzahlen und die steigende Mitarbeiterzahl wurde die Organisationsstruktur der Abteilung angepasst. Die Geschäftsleitung besteht ab 2011 neu aus drei Mitgliedern, die je einen Fachbereich leiten. Dadurch werden die Bereiche Rechtsdienst, Rechnungsprüfung/Kanzlei sowie Sozialabklärung gestärkt. Gleichzeitig wird ein erster Schritt hin zur Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts getan, das sowohl in der Behörde selbst wie auch im unterstützenden Dienst Interdisziplinarität verlangt.

Amtsvormundschaft

Fusion

Im Dezember 2009 fand der vorgezogene Umzug der Mitarbeitenden der Amtsvormundschaft Littau nach Luzern statt. Ab diesem Datum wurde die gesamte Klientschaft der fusionierten Gemeinden vom Standort Sozial Zentrum REX aus betreut, beraten und vertreten. Das beidseitige Fach- und Erfahrungswissen aller Mitarbeitenden konnte schnell in die Prozesse und Abläufe integriert und somit genutzt werden.

Die offene und positive Haltung aller Mitarbeitenden der Fusion gegenüber ermöglicht heute in der zusammengewachsenen Amtsvormundschaft eine gegenseitig wertschätzende, kollegiale und förderliche Zusammenarbeit. Im Dezember 2011 werden die fusionsbedingten Integrations- und Veränderungsprozesse abgeschlossen sein.

Fallzahlen

Durch die Fusion stiegen die Fallzahlen im Januar 2010 von 790 auf 923 und bis Ende Jahr auf 947 Mandate. Durch Mandatsübertragungen, Aufhebungen und Todesfälle waren im vergangenen Jahr 90 Mandatsabgänge zu verzeichnen.

Die Fallbelastung pro 100%-Mandatsstelle war mit 97 sehr hoch. Damit war die Leistungsgrenze der Mitarbeitenden mehr als erreicht. Für Januar 2011 bewilligte der Stadtrat eine Aufstockung um 145 Stellenprozente (80 % Mandatsträger/in und 65 % Fachbearbeitung).

Damit verbunden ist die Ausarbeitung eines Ressourceninstruments für die Vormundschaftspflege. Die Projektarbeit wurde im Herbst 2010 in Angriff genommen und kommt im Frühjahr 2011 zum Abschluss.

Projektschwerpunkte

Das Projekt elektronischer Postcheck wurde im Dezember 2010 umgesetzt. Seither werden sämtliche Zahlungseingänge elektronisch verarbeitet.

Das Grobkonzept der Organisationsentwicklung Soziale Dienste Stadt Luzern lag im Oktober 2010 vor. Bis Juni 2011 wird das Detailkonzept erarbeitet. Das erarbeitete Weiterbildungskonzept wird konsequent umgesetzt.

Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

Die Arbeitssituation hat sich parallel zur Wirtschaftslage in den beiden Bereichen Arbeitsamt und AHV-Zweigstelle gegenüber dem Vorjahr nicht sehr verändert. Die Anzahl Anmeldungen im Arbeitsamt hat nicht abgenommen, aber es zeigt sich, dass viele Betroffene relativ schnell eine Stelle antreten können.

Eine spürbare Mehrbelastung ergab sich bei der AHV-Zweigstelle aus dem Umstand, dass die Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende rückwirkend für das Jahr 2009 im Februar/März und diejenige für das Berichtsjahr ab Mai geprüft, berechnet und verfügt werden mussten.

Sozialamt

Die Ausweitung des Dienstleistungsangebots für die Littauer Bevölkerung ist vollzogen. Die Besucherzahlen im Sozial Info REX und die Anträge auf Sozialhilfe haben proportional zum Bevölkerungswachstum zugenommen. Die befürchtete Fallzahlensteigerung infolge der Wirtschaftskrise ist nicht eingetroffen. Mit Unterstützung der Sozialberatung und der Fachstelle für Arbeit konnten viele Klienten wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das Konzept zur Fallsteuerung in der Sozialhilfe wurde erfolgreich eingeführt. Die Nachfrage nach Alimentenhilfe bleibt auf konstant hohem Niveau.

Kinder Jugend Familie

Das vergangene Jahr stand unter dem Aspekt der Fusion mit Littau sowie der Übernahme der zwei privaten Vereine Jugendberatung CONTACT sowie der Regionalen Mütter- und Väterberatung. Die räumliche Situation ist

noch nicht gelöst, so ist zurzeit die Dienstabteilung (ohne KJU) auf sechs Standorte verteilt. Mit der Entwicklung der Quartierarbeit sowie dem Thema der Frühen Förderung hat sich die ganze Abteilung auseinandergesetzt und Grundlagen erarbeitet.

Animation/Partizipation

Kinderparlament

Im Berichtsjahr wurde das Kinderparlament erstmals von einer Co-Präsidentin aus dem Stadtteil Littau mitgeleitet. Das Kinderparlament konnte an der Erarbeitung eines nationalen Kinderschutzprogramms mitwirken, das im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen erarbeitet worden ist. Weiter hat sich das Kinderparlament für den Erhalt des Hirschparks eingesetzt. Der goldene Lollipop wurde an das Kino Bimbamino verliehen, das kostenlos Filme für Kinder ab 6 Jahren aufführt. Die saure Zitrone erhielt das Bundesgericht für den Entscheid gegen die verdeckten Ermittlungen gegen Pädophile im Internet.

Jugendparlament

Das Jugendparlament veranstaltete 2010 verschiedene Podiumsdiskussionen. Besonders intensiv haben sich die Mitglieder mit den Themen Sicherheit und Jugendgewalt beschäftigt.

Das Jugendparlament der Stadt Luzern beschenkte alle 18-jährigen stimmberechtigten Jungbürger/innen. Sie erhielten politisch neutrale Informationen zu aktuellen nationalen Abstimmungen.

Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche

Die Integration des Littauer Teams war ein Schwerpunkt und verlief sehr gut. Zukünftig wird im Gebiet Fluhmühle/Reussbühl ein neuer Arbeitsschwerpunkt der Quartierarbeit gesetzt. Besonders erwähnenswert ist das grosse Interesse von externen Fachstellen für das Konzept der Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche. Der Teamleiter konnte das Konzept und die Arbeitsmethoden an verschiedenen Fachtagungen im In- und Ausland vorstellen.

Midnight Sports & Music

Die drei Standorte des Midnight-Projekts erfreuen sich grosser Beliebtheit. Littau hat sich zu einem der bestbesuchten Projektstandorte schweizweit entwickelt.

Der Übergang zur privaten Trägerschaft verlief problemlos. Die Finanzierung der drei Standorte in Luzern konnte bis 2013 gesichert werden.

Jugendkulturhaus Treibhaus

Die Besucherzahlen des Treibhauses waren

2010 enorm hoch. Zur Mittagszeit war die Beiz stets voll besetzt. An den Abenden fanden 127 Veranstaltungen statt, davon wurden 85 von den Treibhaus-Programmgruppen (Jugendliche) organisiert. Mit der gemeinsamen Durchführung der Schultheatertage wurde die Zusammenarbeit mit den Luzerner Spielleuten gefestigt.

Ferienpass und Freizeitangebote

Beim Ferienpass ist im Mehrjahresvergleich die durchschnittliche Kinderzahl um zirka 30 % gestiegen. Der Finanzierungsschlüssel mit den Partnergemeinden muss überprüft werden. Bei den Freizeitangeboten im Frühling und im Herbst verlief die Ausdehnung des Angebotes nach Littau reibungslos.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter

Monitoringbericht familienergänzende Kinderbetreuung

Zum vierten Mal wurde die Erhebung zur familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulbereich durchgeführt. Jedes vierte Kind im Vorschulalter der Stadt Luzern (25 %) besucht eine Kindertagesstätte oder wird von Tageseltern der Tageselternvermittlung betreut. In der Stadt Luzern gibt es genügend Betreuungsplätze für Vorschulkinder. 15 % der Vorschulkinder besuchen eine Spielgruppe. In der Volksschule konnte in den letzten Jahren das Betreuungsangebot für Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter kontinuierlich ausgebaut werden.

Spielgruppen

Das Spielgruppenangebot hat insgesamt zugenommen. Es werden vermehrt jüngere Kinder im Alter von zwei Jahren in die Spielgruppen aufgenommen. Waldspielgruppen stossen auf immer grössere Beliebtheit. Die Stadt Luzern führt jährlich einen Spielgruppen-Austausch durch. Mit 40 Zusagen unterstützte die Stadt Luzern die Spielgruppen finanziell in ihren Entwicklungen. Ein Schwerpunkt der Unterstützung liegt in der Integration von fremdsprachigen Kindern und dem Zugang von sozial benachteiligten Kindern in Spielgruppen.

Kindertagesstätte Eichhörnli

Die Kindertagesstätte hat sich an der Sälistrasse gut eingelebt, die liebevolle Betreuung und Atmosphäre wird geschätzt, die Kinder fühlen sich wohl. Für die Kitaleitung stand die Auslastung des Betriebs im Zentrum. Die Kita Eichhörnli wurde per 1. Januar 2011 dem Verein Leolea Luzern übergeben. Der Verein führt mehrere Kitas und bietet dadurch eine

verbesserte wirtschaftliche Basis. Er kann bessere Entwicklungsmöglichkeiten für Mitarbeitende sowie umfassendere Dienstleistungen für Kinder und Eltern anbieten.

Beratung Kinder Jugend Familie

Der Bereich Beratung wurde per 1. Januar 2010 neu aufgebaut. Er umfasst die drei Angebote Mütter- und Väterberatung, Jugend- und Familienberatung sowie den Kinder- und Jugendschutz. Die Übernahme der Organisation sowie die Konzepterarbeitung sowie die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für das gesamte Beratungsangebot waren dabei die Hauptaufgaben.

Mütter- und Väterberatung (MVB)

Die MVB erbringt Beratungen für Familien mit Neugeborenen insgesamt für 14 Gemeinden (inkl. Luzern). Sie zählte für die Stadt Luzern 762 Geburten und über 5'000 Beratungen: Telefonberatung, Hausbesuche, Beratungen in den Sprechstunden, 80 % (rund 4'000) im ersten Lebensjahr und 20 % (rund 1'000) vom 2.–5. Lebensjahr. Instabile und zeitlich aufwendige Situationen der Familien (kranke Eltern, viele Zwillinge, viele postnatale Depressionen) sowie Kleinkindberatungen nehmen zu.

Jugend- und Familienberatung CONTACT

Die Integration von CONTACT, der Aufbau der Familienberatung als neues Angebot und die regionale Zusammenarbeit waren die Schwerpunkte. Erstmals bot die Stadt Luzern Leistungen für andere Gemeinden an:

- Jugendberatung für 13 Gemeinden, 121 Fälle von total 227 oder 53 % für Luzern
- Familienberatung für 8 Gemeinden, 74 von 112 Fällen oder 66 % für Luzern

Kinder- und Jugendschutz (KJS)

Mit der Integration von Littau erhöhte sich von Dezember 2009 auf Januar 2010 die Zahl der Mandate von 352 auf 453. Ende Dezember wurden 488 Mandate geführt mit 77 Mandaten pro 100%-Stelle. Eine weitere Personalaufstockung war unumgänglich und konnte im September realisiert werden. Themenschwerpunkte im KJS waren:

- Organisation der Zusammenarbeit aufgrund von drei verschiedenen Standorten
- Aufwendigere Finanzierungen (Spendengesuche) auch für vergleichbar kleine Aufwendungen

KJS ist öfters mit Jugendlichen konfrontiert, die den Schulbesuch verweigern und für die eine Schulung für längere Zeit nicht mehr möglich ist.

Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (KJU)

Die differenzierte Weiterentwicklung der Angebote war im vergangenen Jahr ein wichtiges Thema. Der Fokus der sozialpädagogischen Arbeit richtet sich vermehrt auf die Interessen, den Bedarf und die Ressourcen der Familie. Das familiäre Umfeld wird seinen Möglichkeiten entsprechend individuell und bedarfsorientiert in die tägliche Arbeit einbezogen. Dabei verbinden sich ambulante und stationäre Hilfen flexibel und durchlässig.

Zwei männliche Jugendliche zogen in die Siedlungsinterne 2-Zimmer-Wohnung und werden dort von Bezugspersonen ihrer bisherigen Wohngruppen weiter betreut. Verschiedenen Kindern wird ein flexiblerer Aufenthalt in der Siedlung angeboten. Sie verbringen zusätzliche Wochentage, je nach Bedarf, im familiären Umfeld. Die Eltern werden dabei von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen der Wohngruppe begleitet. Mit dieser Öffnung macht die KJU sehr gute Erfahrungen. Die Siedlung ist Ende 2010 bis auf den letzten Platz belegt.

Die KJU hat ein neues Rahmenkonzept erstellt sowie das bestehende Feinkonzept überarbeitet und differenziert. Auf dieser Grundlage wird auf das Jubiläumsjahr 2011 auch die Broschüre mit dem Beschrieb unserer Angebote neu gestaltet.

Notaufnahme Utenberg (NAU)

Das jüngste Angebot der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg, die NAU, war auch im Berichtsjahr sehr gefragt. Sie war durchschnittlich zu 96 % ausgelastet. Seit der Eröffnung im Juli 2008 bis Ende 2010 wurden 150 Kindern und Jugendlichen in akuten Gefährdungssituationen temporäre stationäre Hilfe in der NAU angeboten. Es fällt auf, dass auf der NAU mehrheitlich Mädchen im Alter zwischen 13 und 16 Jahren platziert werden. Zur Entlastung der NAU ist in Zukunft die Bereitstellung von mehr Notfallplätzen in Familien notwendig.

Umbau der Piazza

2010 wurde die Piazza in der Siedlung saniert und neu gestaltet. Die Siedlung erhält mit einer neuen, grosszügigen Pergola und einem Begegnungsplatz mehr Grün und Farbe. Auf der neuen Piazza können nun auch Open-Air-Übertragungen von Filmen, Sportereignissen und Konzerten aufgeführt werden.

Jubiläumsjahr 2011

2010 begannen auch die Vorbereitungen der verschiedenen Anlässe zum 200-Jahr-Jubiläum der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg:

Die KJU feiert 2011 160 Jahre Waisenhaus und 40 Jahre KJU. Das Jubiläumsjahr soll mit den Aktivitäten auch der Aufarbeitung der Thematik rund um die problematischen Geschehnisse in Kinderheimen und Waisenhäusern dienen und aufzeigen, wie sozialpädagogische Erziehung heute aussieht. Die KJU wird ihre Türen öffnen, um die aktuelle sozialpädagogische Betreuung in der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg bekannt zu machen und künftige Entwicklungen aufzuzeigen.

Heime und Alterssiedlungen

Der sich seit rund zwei Jahren bemerkbar machende Rückgang der Bettenauslastung in den Wohn- und Pflegeheimen führte 2010 erstmals dazu, dass in den Betagtenzentren (BZ) insgesamt 13 Zweibettzimmer in attraktive Einbettzimmer umgewandelt wurden. Die beiden neuen Angebote "Übergangspflege" im BZ Rosenberg und "spezialisierte Palliativabteilung" im BZ Eichhof konnten 2010 erfolgreich evaluiert werden. Beide Angebote sind neu auf die kantonale Pflegeheimliste aufgenommen worden.

Das Kompetenzzentrum Pflege und Bildung von Heime und Alterssiedlungen (HAS) beschäftigte sich im vergangenen Jahr schwerpunktmässig mit der Projektleitung zur Einführung des neuen Pflegebedarfsinstruments RAI NH 2.0. Die Bildungsstelle im Kompetenzzentrum blieb nach dem Weggang der langjährigen Leiterin, Claudia Maria Enz, in der zweiten Jahreshälfte vakant und kann erst per 1. April 2011 wieder besetzt werden.

Ein Grossteil der Arbeiten auf der Leitungsebene von HAS betrafen die Einführung der neuen Pflegefinanzierung auf 1. Januar 2011: Verhandlungen mit santésuisse, Erarbeiten einer neuen Taxordnung, einer angepassten Rechnungsstellung und eines aktualisierten Wohn- und Betreuungsvertrags sowie Information der Bewohner/innen und der Öffentlichkeit.

Daneben war die Sicherstellung der ärztlichen Betreuung ein zentrales Thema in verschiedener Hinsicht: In einer breit abgestützten Arbeitsgruppe wurde für das zu einem sogenannten Mischheim sanierte Haus Morgenstern im BZ Wesemlin ein neues Modell der medizinischen Versorgung entwickelt. Das Modell wird als Pilotprojekt bis Ende 2013 getestet und evaluiert. Im BZ Eichhof kündigte die Heimärztin, Dr. Christa Pintelon, kurzfristig auf Ende September. Die Nachfolgesuche und Überbrückung der zwischenzeitlichen Vakanz gestalteten sich

aufgrund des zunehmenden Ärztemangels als sehr aufwendig.

Die beiden Kadertagungen HAS beschäftigten sich im 2010 mit den Themen: "Diversity als Führungsaufgabe" und "Entwicklung der stationären Altersbetreuung".

Betagtenzentrum Eichhof

Das vergangene Jahr verlief weitgehend ruhig und stand ganz im Zeichen der Konsolidierung. Unter dem Jahresmotto "Kommunikation" haben viele Aktivitäten betriebsübergreifend stattgefunden. Daraus sind wesentliche Einflüsse auf die Festigung einer angenehmen Betriebskultur entstanden.

Die Schulung und Einführung des Konzepts "Service auf den Abteilungen" schliesst die letzte Lücke in der Umsetzung des Leitbildes der Gastronomie. Eingeführt wurde auch die Produktion von Mahlzeiten nach den Grundsätzen der mediterranen Küche (hochwertige Öle statt Fett, wenig Mehl, frische Kräuter, marktfresches Gemüse, Fisch).

Der Betrieb der Palliativabteilung hat sich bewährt, und die betreffende Evaluation durch die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit ergab ein positives Resultat. Das gesamte Pflegepersonal wurde in Integrativer Palliative Care sowie in der Handhabung der neuen Pflegebedarfsfassung intensiv geschult.

Die Entwicklung und Schulung der Führungskräfte hat einen hohen Stellenwert im Eichhof. Die systematische Entwicklung der Organisation ist ein zentrales Anliegen und wird auch in den nächsten Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt bilden.

Betagtenzentrum Dreilinden

Das Geschäftsjahr 2010 stand im Zeichen der Konsolidierung. Der im Vorjahr eingeleitete Reorganisationsprozess und der ausgetrocknete Arbeitsmarkt führten im ersten Trimester zu einer hohen Personalfuktuation. In Zusammenarbeit mit der Basis wurde ein Massnahmenpaket geschnürt und schrittweise umgesetzt: Einsetzen von stellvertretenden Teamleitungen, Führungcoaching, Teamziele und Teamanlass zur Festigung der Teamkultur usw. Die ergriffenen Massnahmen führten bereits zu positiven Veränderungen.

Das Geschäftsergebnis ist weniger erfreulich: Die Bettenauslastung lag auf einem historischen Tief und konnte nicht linear mit einer Stellenplanreduktion aufgefangen werden (u. a. wegen vieler Langzeitabwesenheiten).

Neben den vielen vorgegebenen Projekten realisierte das Dreilinden wieder einmal ein eigenes Grossprojekt unter dem Motto "Herzlich willkommen im Kurhotel Lindenpark". Während 5 Tagen erlebten die Bewohnenden im Betagtenzentrum den Service eines Hotels. Das Angebot reichte von lukullischen Genüssen bis zur Einführung in die neuen Medien, über Fitness- und Wellnessangebote bis hin zu Ausflügen und Unterhaltungen. Das Echo war überwältigend.

Die Erarbeitung des Neubauprojekts der Häuser Rigi forderte das Kader während des ganzen Jahres.

Nachdem der stellvertretende Zentrumsleiter und die Zentrumsleiterin sich für eine Neuorientierung entschieden haben, steht das Dreilinden vor einem grossen Wechsel.

Betagtenzentrum Rosenberg

Das Berichtsjahr war geprägt von den zwei grossen Entwicklungsprojekten "Integrierte Palliative Care" und "Einführung des Pflegebedarfsabklärungs-Instruments RAI-NH". Mit der Startveranstaltung für alle Mitarbeitenden, den Schulungen zum Thema Schmerz, einem Informationsabend für Angehörige und einer Spezialausgabe der Hauszeitung "Üse Rosebärg" wurde der erste Schritt zur Umsetzung der integrierten Palliative Care unternommen. Die Einführung des zwölfstufigen Pflegebedarfsabklärungs-Instruments RAI-NH erforderte intensive Schulungen zahlreicher Mitarbeitender der Pflege und der Administration.

Das Pilotprojekt Übergangspflege konnte im Juli erfolgreich abgeschlossen werden. Die Evaluation der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit zeigte, dass die Übergangspflege die angestrebten Wirkungen erreicht. Der Gesundheitszustand der Pflegegäste hat sich markant verbessert, und die überwiegende Mehrheit lebt nach dem Aufenthalt in der Übergangspflege wieder selbstständig in ihrem angestammten Umfeld. Deshalb wird die Übergangspflege, gestützt auf die Bewilligung des Regierungsverwaltungsrates, als Spezialangebot für den ganzen Kanton weitergeführt.

Im Zuge des Qualitätsmanagements wurde das elektronische Handbuch, welches im Alltag eine grosse Arbeitserleichterung darstellt, aufgebaut und eingeführt.

Der Trend, dass Bewohnerinnen und Bewohner immer später in ein Betagtenzentrum eintreten und ihre Aufenthaltsdauer kürzer wird, setzt sich fort. Dies erfordert eine hohe Flexibilität aller Mitarbeitenden und verändert den Lebensraum Rosenberg nachhaltig.

Betagtenzentrum Wesemlin

Das Haus Morgenstern erstrahlt in neuem Glanz, ist belebt von zufriedenen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie motivierten Mitarbeitenden. Das Haus und seine Räume präsentieren sich nach dem Umbau nicht nur sehr schön und funktional, vielmehr dürfte die Infrastruktur nun auch den Anforderungen der nächsten Jahre genügen. Der Aufwand und die zusätzliche Belastung für alle Beteiligten haben sich gelohnt. Dies wird immer wieder auch von Angehörigen, Gästen und Besuchenden festgestellt und bestätigt.

Während der Provisoriumszeit konnten zusätzliche Herausforderungen dank der harmonischen Zusammenarbeit mit den gastgebenden Institutionen gut überwunden werden. Zu diesen Herausforderungen zählten der hartnäckige Norovirus und die Einführung des neuen Pflegebedarfsabklärungs-Instruments RAI. Zudem wollte es sich das Wesemlin nicht nehmen lassen, in der Weiterbildung "Palliative Care" einen Schritt weiterzukommen.

Von Personalproblemen blieb das Wesemlin auch 2010 nicht verschont. Die Rekrutierung von ausgebildeten, guten Pflegefachkräften gestaltete sich äusserst schwierig. Darum wird sich das Wesemlin in den nächsten Jahren konzentriert und mit dafür freigestellten Ressourcen der internen Personalerhaltung und -entwicklung widmen. Damit soll auch weiterhin eine gute Arbeitsqualität sichergestellt werden.

Betagtenzentrum Staffelhof

Seit dem ersten Glockenschlag am 1. Januar 2010 gehört das Betagtenzentrum Staffelhof zur Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) der Stadt Luzern. Es war nicht jene Mitternacht, welche den Wechsel zu HAS ausmachte, sondern die Weitsichtigkeit der Stimmberechtigten im Sommer 2007.

Dank der frühzeitigen Aufnahme der Geschäftsleitung Staffelhof in die Leitungsgremien und ERFA-Gruppen HAS konnten im Vorfeld der Fusion schon einige Anpassungen vollzogen werden. Das frühe Kennenlernen der Normen, Strukturen und Abläufe der Stadt Luzern ermöglichte es dem Staffelhof, sich auf die Stadt Luzern auszurichten, ohne auf seine gelebte Kultur zu verzichten. Die geleistete Integrationsarbeit und die damit verbundenen Anpassungen forderten von den 212 Mitarbeitenden enormes Engagement und hohen Einsatz. Die Integration des Staffelhofs in die Dienstabteilung HAS ist vollumfänglich gelungen, und die Zusammenarbeit verläuft auf allen Ebenen konstruktiv und gut.

Eine weitere herausfordernde Aufgabe stellten die laufende Gesamtsanierung mit neuem Anbau und die damit verbundenen Vorbereitungsarbeiten zum Umzug der Bewohnenden des Wohnheims in die zwei Provisoriumsstandorte der Stadt Luzern (Haus Saphir und Haus Hirschpark) dar. Der Umzug erfolgte im Januar 2011, damit das "alte" Gebäude bis Juni 2013 gesamtsaniert werden kann.

Neben den genannten Elementen stellte das laufende Tagesgeschäft mit der andauernden Zunahme der Pflegebedürftigkeit und der im Schnitt kürzeren Aufenthaltsdauer der Bewohnenden für das Pflegepersonal eine hohe Belastung dar.

Getreu dem Jahresmotto des Staffelhofs "Wir bauen um – Stein um Stein" konnte das verflossene Jahr mit all seinen vielfältigen Facetten gut gemeistert werden.

Pflegewohnungen

Das Jahr 2010 zeichnete sich durch Stabilität aus, welche sowohl die Zielerreichung als auch das finanzielle Ergebnis positiv beeinflusste. Bei den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie beim Personal war der Wechsel gerade mal halb so gross wie im Vorjahr. Die Auslastung der Pflegewohnungen war mit 99,8 % ausserordentlich hoch. Erfreulicherweise ist die Absenkenrate markant gesunken, vor allem diejenige der Langzeitabsenzen.

Einen besonderen Effort im Pflegealltag forderte die Einführung von RAI. Ein Audit der Krankenkasse KPT beschrieb bereits im Sommer erste sichtbare Entwicklungen in den Pflegeberichten. Erfolgreich fortgesetzt wurden die Schulungen im Bereich Palliative Care. Die Themen ethische Entscheidungsfindung, Patientenverfügung und Zusammenarbeit mit Angehörigen erforderten eine Auseinandersetzung mit beruflichen und persönlichen Situationen. Einen Erfahrungsbericht durften die Pflegewohnungen am schweizerischen Kongress der Pflegefachpersonen präsentieren. Mit der Firma Qualis evaluation wurde erstmals eine Zufriedenheitsbefragung bei Bewohnerinnen, Bewohnern, Angehörigen und Mitarbeitenden durchgeführt. Verbesserungspotenzial zeigten die Bereiche Vielfalt der Bewohnerinnen-Aktivitäten und Führung. Die insgesamt sehr guten Resultate attestieren den Mitarbeitenden menschlich und fachlich qualitativ hochstehende Betreuungsleistungen.

Spitex und Pflegefinanzierung

Die fusionierte Spitex Luzern Littau hat sich in ihrem gemeinsamen ersten Betriebsjahr bewährt.

Der Abschluss der Leistungsvereinbarung 2011–2013 mit dem Spitex-Verein Luzern Littau war ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011. Ebenfalls sind mit der Kinderspitex Zentralschweiz sowie mit allen kommerziellen Spitex-Organisationen und freischaffenden Pflegefachleuten, die in der Stadt Luzern tätig sind, Vereinbarungen zur Übernahme der Pflegerestkosten durch die Stadt Luzern gemäss kantonalem Gesundheitsgesetz getroffen worden. Im nächsten Jahr wird es zentral sein, den Kontakt zu den kommerziellen Spitex-Organisationen zu intensivieren und gemeinsam Aspekte der Qualitätssicherung zu thematisieren.

Seniorenrat

Eine stärkere und breitere Beteiligung von älteren Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben in der Stadt Luzern ist erwünscht. Um dies zu fördern, wurde unter Bezug des bisherigen Seniorenrates ein neues Modell namens "Partizipation 60+" ausgearbeitet.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurde der städtische Seniorenrat auf Ende 2010 aufgelöst, nachdem er sich im Jahr 2010 an diversen Vernehmlassungen beteiligt und sich erfolgreich in Sachen Mobilität zugunsten der älteren Generation engagiert hat. Gegründet worden war er im Jahre 1995 von der damaligen Bürgergemeinde Luzern.

4.1.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.1.4.1 Sekretariat Vormundschaftsbehörde

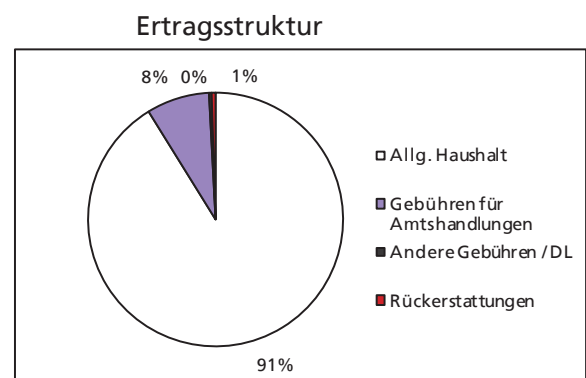
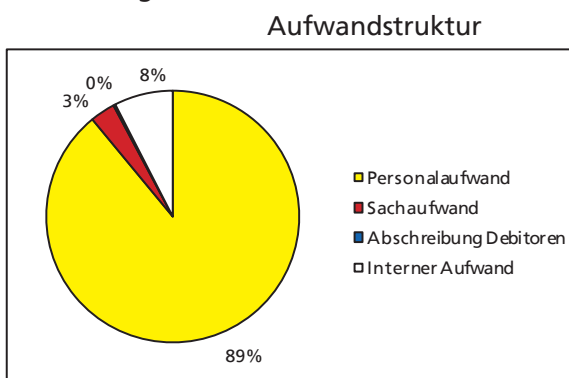
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Als Vormundschaftsbehörde ist der Stadtrat für die Anordnung und Aufhebung vormundschaftlicher Massnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zuständig und ernennt die beruflichen und privaten Betreuungspersonen. Er erteilt Zustimmungen nach Art. 421 ZGB und stellt Anträge an den Regierungsrat im Rahmen des Adoptionsrechts und der Artikel 404 und 422 ZGB. Überdies ist er für die Regelung des Unterhalts und die Einräumung der gemeinsamen elterlichen Sorge für ausserhalb der Ehe geborene Kinder sowie für Besuchsrechtsregelungen zuständig und erteilt Bewilligungen für Kindertagesstätten. Das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde bereitet alle Geschäfte der Vormundschaftsbehörde vor, übernimmt die Verfahrensleitung und fällt in delegierter Kompetenz Entscheide betreffend Pflegeplatzbewilligungen sowie Abnahme der periodischen Berichte und Abrechnungen der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Die Dienstabteilung beschäftigt 17 Personen (1'280 Stellenprozente).

b) Ergebnis

	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	1'787'253	2'057'829	2'057'400	429	0%	270'576	15%
Ertrag	206'325	181'157	203'000	-21'843	-12%	-25'168	-12%
Ergebnis	-1'580'928	-1'876'672	-1'854'400	-22'272	-1%	-295'743	-19%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anträge an Vormundschaftsbehörde	740	715	774	776	997	+29%
Sozialabklärungen	467	464	470	416	495	+19%
Laufende Massnahmen					1'604	
Neuanordnungen Massnahmen	238	220	241	277	290	+5%
Aufhebung/Übertragung Massn.	177	175	201	158	214	+35%
Berichtsabnahmen	524	573	596	502	545	+9%
Vaterschaft/Unterhalt/elterliche Sorge	140	89	88	96	120	+25%
Besuchsrecht					9	
Zustimmungsgeschäfte	68	63	54	65	63	-3%
Inventare	102	84	93	76	93	+22%

e) Kommentar

Der tiefere Ertrag erklärt sich aus nicht erwartungsgemäss gestiegenen Gebühren sowie tieferen Rückerstattungen für Gutachten. Beides ist auf die abnehmende finanzielle Leistungsfähigkeit der Klientinnen und Klienten zurückzuführen. Neu werden auch die laufenden Massnahmen ausgewiesen. Trotz grösserem Einzugsgebiet aufgrund der Fusion sind die neu angeordneten Massnahmen nur um 5 % angestiegen. Da nach wie vor mehr Massnahmen angeordnet als aufgehoben werden, sind die laufenden Massnahmen weiterhin steigend.

Während der Personalbestand mit der Fusion um 8,5 % auf 12,80 Vollstellen anstieg, betrug die Zunahme der Anträge 29 %. Dies führte zu mehr Pendenzen und einer längeren Verfahrensdauer. Zudem konnten wichtige Arbeiten, wie z. B. die Erarbeitung eines Gebührentarifs, nicht fristgerecht in Angriff genommen werden. Ebenfalls angestiegen sind Mehrzeiten und nicht bezogene Ferientage.

4.1.4.2 Amtsvormundschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen

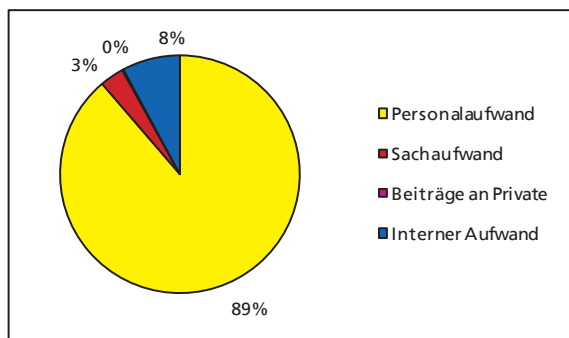
Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Amtsvormundschaft betreuen und vertreten Erwachsene, für die eine Vormundschaft, Beiratschaft oder Beistandschaft besteht. Der Aufgabenbereich der Mandatsführung umfasst je nach Massnahme die persönliche Betreuung, die Regelung der finanziellen Angelegenheiten, die Einkommens- und Vermögensverwaltung, die Wahrnehmung von Rechtsinteressen und die Vertretung vor Gericht und Amtsstellen. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger erstellen über die Massnahmenführung alle zwei Jahre Bericht und Rechnung. Sie werden in ihrer Tätigkeit durch die kaufmännische Fachbearbeitung, Kasse/Buchhaltung, Rechtsdienst und Empfang unterstützt. Die Amtsvormundschaft beschäftigt 39 Personen (2'535 Stellenprozente).

b) Ergebnis

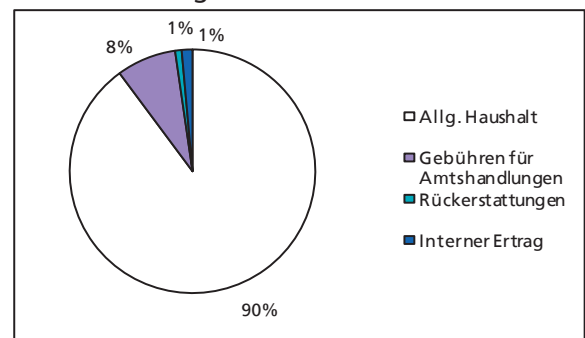
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	3'216'692	3'668'670	3'639'200	29'470	1%	451'978	14%
Ertrag	400'016	371'152	429'200	-58'048	-14%	-28'864	-7%
Ergebnis	-2'816'676	-3'297'518	-3'210'000	-87'518	-3%	-480'841	-17%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Klientinnen und Klienten	706	752	767	783	790	947	+19%
Vormundschaften	197	189	180	176	173	178	
Beiratschaften	32	37	33	34	30	32	
Beistandschaften	456	505	532	557	573	724	
Andere Massnahmen	21	21	22	16	14	13	
Anzahl Neueingänge	92	129	117	113	98	247	+152%
Anzahl Abgänge	109	88	99	91	86	90	+5%
Tod	63	47	47	51	49	45	
Übertragung	14	12	14	8	10	11	
Aufhebung	32	29	38	32	27	34	

e) Kommentar

Bei den Neueingängen von 247 Massnahmen ist zu berücksichtigen, dass von der ehemaligen Gemeinde Littau 125 Mandate im Erwachsenenschutz übernommen wurden. Ohne diese Zahl wäre die Zunahme allerdings mit 122 neuen Fällen immer noch um 24 % höher als im Vorjahr.

4.1.4.3 Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung SVS umfasst die Bereiche Arbeitsamt und AHV-Zweigstelle. Das Arbeitsamt ist zuständig für die Anmeldung von Arbeitslosen und von Personen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, zur Stellenvermittlung und zum Bezug von Versicherungsleistungen. Die Kontrollformulare "Angaben der versicherten Person" werden jeden Monat von den versicherten Personen im Arbeitsamt abgegeben. Fachlich ist das Arbeitsamt der kantonalen Dienststelle Wirtschaft und Arbeit (wira) unterstellt. Eine Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) und mit den Arbeitslosenkassen.

Die AHV-Zweigstelle ist im Beitragsbereich der AHV zuständig für Abklärungen und Erfassungen von Selbstständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen. In den Bereichen Renten und Ergänzungsleistungen ist die AHV-Zweigstelle verantwortlich für die Beratung sowie die Mithilfe bei Anmeldungen und Mutationen. Dasselbe gilt auch im Bereich KVG-Prämienverbilligungen.

Fachlich ist die AHV-Zweigstelle für diese Aufgaben der Ausgleichskasse Luzern unterstellt. Die weitere Zusammenarbeit erfolgt hauptsächlich mit den städtischen Dienstabteilungen Einwohnerdienste und Steueramt.

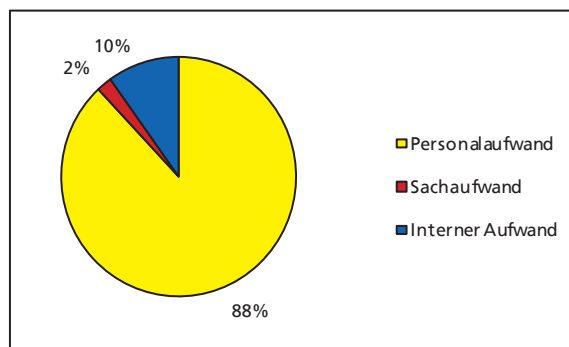
Ebenfalls von der AHV-Zweigstelle werden Anmeldungen, Berechnungen, Entscheide und die Auszahlung der städtischen Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ) sowie der Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ) übernommen. Im Stellenplan sind 12,9 Stellen bewilligt, verteilt auf 17 Personen.

b) Ergebnis

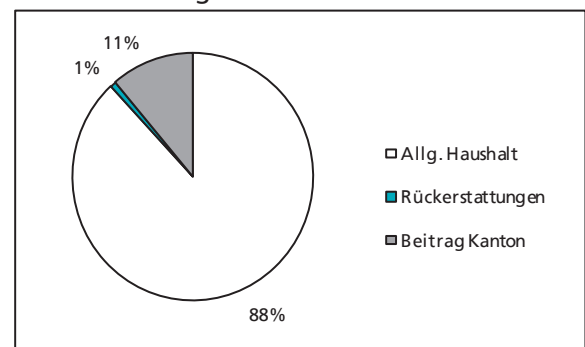
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	1'263'349	1'493'579	1'548'200	-54'621	-4%	230'230	15%
Ertrag	154'375	177'500	167'000	10'500	6%	23'125	13%
Ergebnis	-1'108'973	-1'316'079	-1'381'200	65'121	5%	-207'106	-16%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Arbeitsamtdossiers	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anfangsbestand	2'001	2'226	1'883	1'444	1'443	2'658	
Neuanmeldungen	2'703	2'445	2'513	2'344	2'706	3'173	
Abmeldungen	2'478	2'788	2'952	2'345	2'284	3'573	
Endbestand	2'226	1'883	1'444	1'443	1'865	2'258	+21%
Rentendossiers	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anfangsbestand	7'219	6'945	7'036	6'872	6'994	7'059	
Neuanmeldungen	336	540	461	529	412	1'379	
Abgänge	610	449	625	407	347	152	
Endbestand	6'945	7'036	6'872	6'994	7'059	8'286	+17%
Prämienverbilligung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anmeldungen	9'800	9'175	11'974	11'272	11'262	14'892	+32%

Ergänzungsleistungs-Dossiers	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anfangsbestand	3'346	3'327	3'341	3'304	3'293	3'398	
Neuanmeldungen	616	531	581	528	519	1'195	
Abgänge	635	517	618	539	414	362	
Endbestand	3'327	3'341	3'304	3'293	3'398	4'231	+24%
Revisionen	511	499	678	710	710	287	-60%
AHV-Unterstellung Selbstständigerwerbende	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anfangsbestand	3'861	4'363	4'813	5'352	5'799	6'457	
Neuanmeldungen	951	638	691	703	980	729	
Abgänge	448	188	152	256	322	260	
Endbestand	4'363	4'813	5'352	5'799	6'457	6'926	+7%
AHV-Unterstellung Nichterwerbstätige	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anfangsbestand	3'306	2'941	2'828	3'180	3'038	4'410	
Neuanmeldungen	661	812	1'069	634	1'372	759	
Abgänge	1'026	925	717	966	433	1'004	
Endbestand	2'941	2'828	3'180	3'038	3'977	4'165	+5%

e) Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende (FAZ)

Der Grosse Stadtrat hat mit B+A 18/2009 die FAZ wieder eingeführt. Das Reglement wird dann aufgehoben, wenn eine kantonale oder eidgenössische Lösung in Kraft treten wird. Die Anspruchsvoraussetzungen und die Höhe der Leistungen sind unverändert geblieben.

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen in Fr.	180'823	205'759	269'119	0	0	545'297	
Ausrichtung an:							
Anzahl Haushalte	86	99	123			329	
Anzahl Kinder	205	185	254			610	
Die jährlichen Leistungen betrugen im Durchschnitt in Fr.							
pro Haushalt	1'674	2'078	2'187			1'657	
pro Kind	882	1'112	1'059			894	

f) Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)

Die AHIZ haben den Zweck, Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt Luzern ein Mindesteinkommen, das analog zu den Ergänzungsleistungen berechnet wird, zu gewähren. Im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen wird bei der Anrechnung von Mietzins und Nebenkosten auf die städtischen Verhältnisse speziell Rücksicht genommen, indem der Höchstbetrag für Mieten höher angesetzt ist und die Nebenkosten effektiv angerechnet werden können. Damit soll dem sozialpolitischen Grundsatz, wonach betagte Personen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden verbleiben können, Rechnung getragen werden.

AHIZ-Haushalte	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)	0,72	0,75	0,66	0,70	0,82	1,29	
<i>Auszahlung an:</i>							
Anzahl Haushalte am 1.1.	373	392	419	337	341	380	
Neuanmeldungen	84	98	65	80	95	225	
Abgänge	65	71	147	76	56	99	
Anzahl Haushalte am 31.12.	392	419	337	341	380	506	+33%
Davon Anzahl Frauen	248	253	211	211	236	316	
Anzahl Männer	83	92	70	69	84	111	
Anzahl Ehepaare	61	74	56	61	60	79	
<i>Leistungen pro Haushalt/Jahr in Fr.</i>							
im Durchschnitt	1'598	1'796	1'962	2'074	2'176	2'563	
im Minimum	60	60	60	60	60	60	
im Maximum	6'400	5'000	5'000	5'000	5'000	5'000	

Mit B+A 44/2007 "Reform der Heimtaxen im Anschluss an die Finanzreform 08" hat das Parlament gleichzeitig einen Systemwechsel im Bereich der Finanzhilfen für Heimbewohnende ab Februar 2008 beschlossen. Überstiegen vorher die effektiven Heimkosten die Leistungen der Ergänzungsleistungen und der Krankenversicherungen, musste für die Deckung der Heimrechnungen beim Sozialamt Wirtschaftliche Sozialhilfe beantragt werden. Durch die Reglementsänderung kann ein allfälliger Differenzbetrag seither auch bei Heimaufenthalt durch AHIZ vergütet werden. Dadurch wird verhindert, dass Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Luzern nur aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit Sozialhilfe beziehen müssen.

AHIZ Heimbewohnende (seit Febr. 08)	2008	2009	2010	Veränd.
Höhe der Zusatzleistungen (in Mio. Fr.)	1,23	1,91	2,78	
<i>Auszahlung an:</i>				
Anzahl Heimbewohnende am 1.1.	0	148	185	
Neuanmeldungen	268	124	186	
Abgänge	120	87	154	
Anzahl Heimbewohnende am 31.12.	148	185	217	+18%
Davon Anzahl Frauen	107	139	164	
Anzahl Männer	41	46	53	
<i>Leistungen pro Person/Jahr in Fr.</i>				
im Durchschnitt	8'316	10'363	12'813	
im Minimum	732	732	732	
im Maximum	31'795	32'124	59'880	

g) Kommentar

Aufgrund der Fusion Littau-Luzern hatten Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtteils Littau und Reussbühl im Berichtsjahr erstmals auch Anspruch auf städtische Zusatzleistungen. Deshalb sind direkte Zahlenvergleiche mit den Vorjahren schwierig.

Im Arbeitsamt hat sich die Situation gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert. Es waren etwas mehr Abmeldungen als Anmeldungen zu verzeichnen. Allerdings haben sich die sehr positiven Prognosen nicht bewahrheitet.

Bei der AHV-Zweigstelle hat es sich erneut gezeigt, dass die Arbeitsbelastung im Bereich AHIZ für Heimbewohnende ziemlich intensiv ist. In vielen Fällen sind monatliche Neuberechnungen notwendig, was auch Rückforderungen und Verrechnungen zur Folge hat.

Die Zusatzleistungen für Familien und Alleinerziehende wurden Anfang Jahr rückwirkend für das Jahr 2009 berechnet, verfügt und ausbezahlt. Die Totalzahlen betreffen demzufolge zwei verschiedene Anspruchsjahre und ab dem Berichtsjahr eine grössere Bezügergruppe (Fusion). Der Aufwand für alle anderen Aufgabengebiete der AHV-Zweigstelle hat sich nicht massgeblich verändert.

4.1.4.4 Sozialamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern ist für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig. Das Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern schreibt folgende Aufgaben vor:

- Wirtschaftliche Sozialhilfe für die Existenzsicherung
- Persönliche Sozialhilfe zur sozialen und beruflichen Integration (Beratung und Dienstleistungen, soziale Sachhilfen)
- Sonderhilfen: Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe
- Generelle Sozialhilfe (z. B. Leistungsverträge)

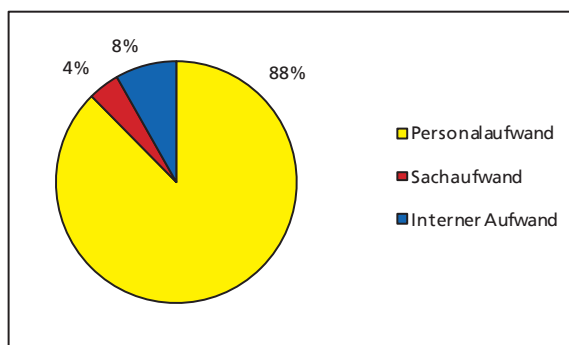
Das Sozialamt arbeitet in verschiedenen Gremien mit den Sozialdiensten der anderen Gemeinden, dem kantonalen Sozialamt und den privaten Sozialdiensten eng zusammen. Es unterhält auch regionale und nationale Fachkontakte. Im Stellenplan sind für die Durchführung dieser Aufgaben insgesamt 49,1 Stellen für Festangestellte, befristete Anstellungen und Praktikanten bewilligt.

b) Ergebnis

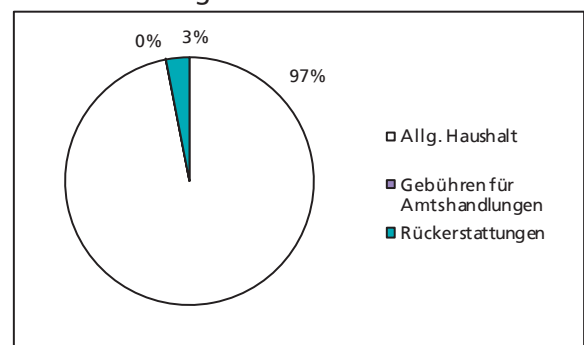
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	5'081'497	6'124'393	5'795'700	328'693	6%	1'042'895	21%
Ertrag	158'464	188'769	134'000	54'769	41%	30'305	19%
Ergebnis	-4'923'033	-5'935'624	-5'661'700	-273'924	-5%	-1'012'591	-21%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Bruttoausgaben pro Personaleinheit (WSH und Mutterschaftsbeihilfe)	1'654'944	1'351'739	1'351'248	726'731	719'807	781'431	8%
Nettokosten pro Personaleinheit	461'828	374'377	339'540	361'473	363'139	320'844	12%
Anzahl Personaleinheiten pro Mio. Franken Bruttoaufwand	0,60	0,74	0,74	1,40	1,38	1,36	1%
Anzahl offene Dossiers per 31.12.	1'407	1'454	1'358	989	998	1'350	35%

e) Kommentar

Der Grund für den Mehraufwand liegt darin, dass befristete Anstellungen in definitive Arbeitsverhältnisse umgewandelt wurden und dass Ausfälle wegen Krankheit und Mutterschaftsurlaub kompensiert werden mussten.

4.1.4.5 Wirtschaftliche Sozialhilfe (exkl. Mutterschaftsbeihilfe)

a) Aufgaben / Dienstleistungen

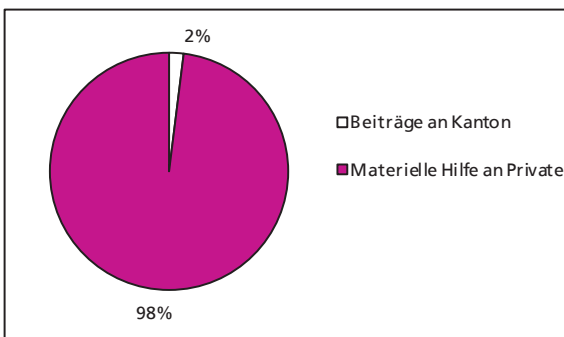
Das Sozialamt der Stadt Luzern hat den Auftrag, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern Wirtschaftliche und Persönliche Sozialhilfe anzubieten. Als Bemessungsgrundlage gelten die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Die Aufteilung nach Herkunft der Klientinnen und Klienten ist Voraussetzung für die Geltendmachung der Kostenersatzpflicht durch andere Gemeinwesen. Der Auftrag ist im Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern definiert.

b) Ergebnis

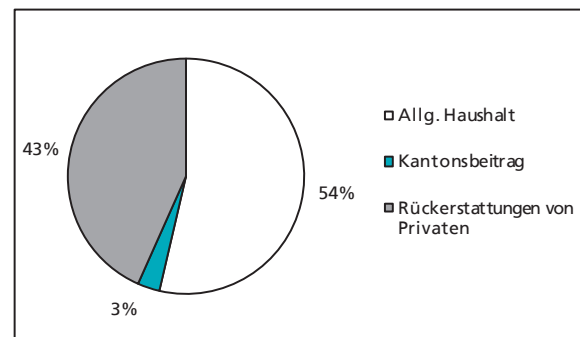
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	27'451'182	38'368'280	40'628'900	-2'260'620	-6%	10'917'098	40%
Ertrag	13'771'459	17'794'225	21'000'000	-3'205'775	-15%	4'022'766	29%
Ergebnis	-13'679'723	-20'574'055	-19'628'900	-945'155	-5%	-6'894'332	-50%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anzahl Dossiers per 31.12. (kum.)	1'938	1'995	1'954	1'773	1'412	1'839	30%
Stadtbürger/innen	478	488	480	408	265	315	19%
Kantonsbürger/innen	314	320	303	277	225	276	23%
Ausserkantonale	693	712	693	576	425	552	30%
Ausländer/innen	453	475	478	512	497	696	40%
Nettoaufwand pro Dossier in Fr.	7'219	7'450	7'099	8'094	9'695	11'187	15%

e) Kommentar

Die grossen Abweichungen sind auf die Fusion mit Littau zurückzuführen, die Struktur der Leistungsbeziehenden, mit der grössten Zunahme bei der Gruppe der Ausländer/innen, hat sich analog der Bevölkerungsstruktur verändert.

Dank den namhaften finanziellen Investitionen in Beschäftigungsmassnahmen und dem konsequenten Einfordern von Gegenleistungen konnte die Zahl der Sozialhilfebeziehenden von Januar bis Dezember 2010 stabil gehalten werden.

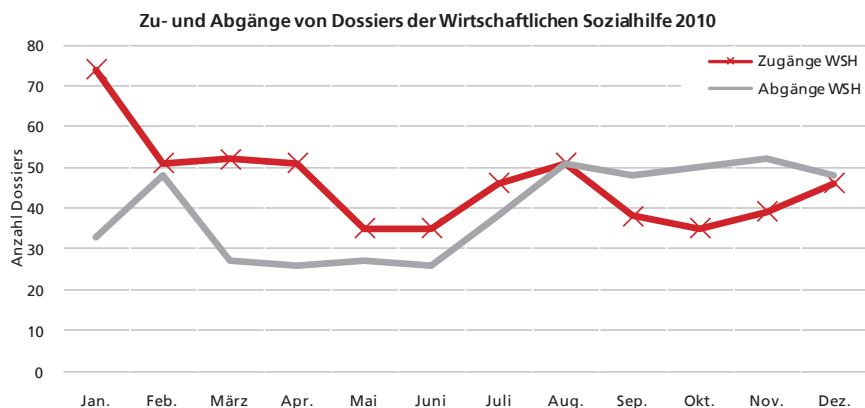
Grafische Darstellung der Entwicklung der Fallzahlen



Als Zahlfälle werden per Stichtag die Fälle gezählt, die im entsprechenden Monat eine bedarfsabhängige Sozialhilfeleistung beziehen.

Als Bestandesfälle werden per Stichtag die Zahlfälle und die Fälle gezählt, deren letzter Leistungsbezug nicht über sechs Monate zurückliegt (pendente Abschlüsse wegen hoher "Rückfallgefährdung"). Nach sechs Monaten werden die zweitgenannten Fälle definitiv abgeschlossen.

Grafische Darstellung der Entwicklung der Dossiers



Die Zahl der Abgänge hat sich verringert, Sozialhilfebeziehende finden kaum Stellen im 1. Arbeitsmarkt.

4.1.4.6 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Mutterschaftsbeihilfe sichert Müttern und Familien während zwölf Monaten ab Geburt des Kindes das soziale Existenzminimum, sofern dieses nicht durch Einkommen (Lohn, Lohnfortzahlung, Versicherungen) oder Vermögen gedeckt ist (§ 54 kant. Sozialhilfegesetz SHG).

Die Alimentenhilfe umfasst einerseits die Bevorschussung von Kinderalimenten, sofern diese nicht rechtzeitig oder nicht vollständig bezahlt werden (§ 45 ff. SHG). Andererseits hat das Sozialamt Inkassohilfe für Ehegattenalimente und/oder Kinderalimente (bevorschusste und nicht bevorschusste) zu leisten (§ 44 SHG).

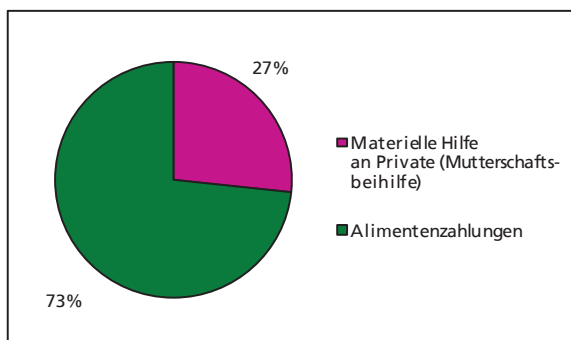
Die im Jahre 2006 in Kraft getretene Mutterschaftsversicherung führte zu einer Reduktion der Anzahl der Mutterschaftsbeihilfen.

b) Ergebnis

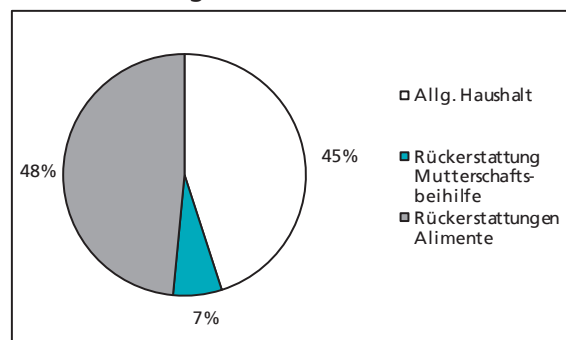
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	4'013'150	4'932'790	5'540'700	-607'910	-11%	919'640	23%
Ertrag	2'434'378	2'711'466	3'085'000	-373'534	-12%	277'088	11%
Ergebnis	-1'578'772	-2'221'324	-2'455'700	234'376	10%	-642'552	-41%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Mutterschaftsbeihilfe

	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anzahl MBH (kumuliert)	60	51	54	70	30%
Bruttoauszahlungen	990'384	986'254	1'125'189	1'315'906	17%
Einnahmen (Renten/Lohn/Taggeld)	366'842	291'367	388'258	319'942	-18%
Nettoauszahlungen	623'542	694'887	736'931	995'964	35%

Alimentenhilfe

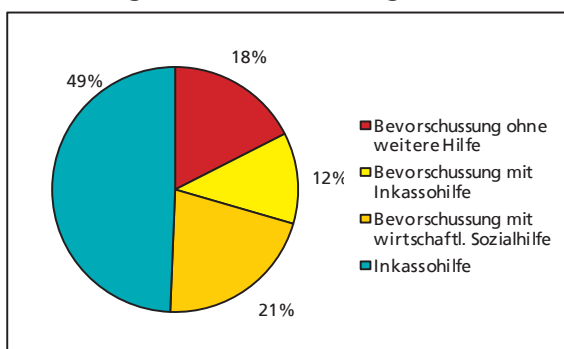
	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anz. Inkassodossiers (kumuliert)	826	825	809	1'004	24%
Anz. Bevorschussungsdossiers (kum.)	240	222	220	278	26%
Bevorschusste Alimente	1'812'445	1'711'653	1'520'611	2'000'454	31%
Rückerstattung / bez. Alimente	874'890	880'042	684'375	824'459	20%
Rückerstattungsquote	48%	51%	45%	41%	-9%
Anz. Inkassohilfemandate (kumuliert)	185	191	211	271	28%
Einkassierte Beträge (Inkassohilfe)	1'282'883	1'256'697	1'361'743	1'567'063	15%

e) Kommentar

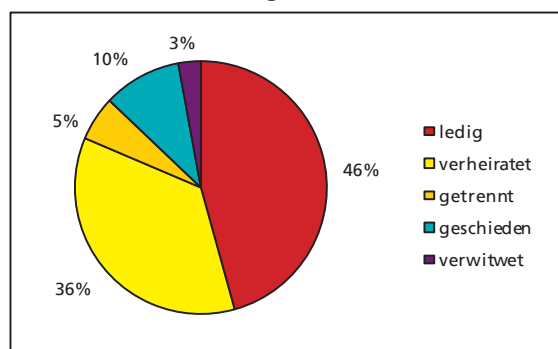
Die Veränderungen bei der Mutterschaftsbeihilfe sind auf die Fusion mit Littau zurückzuführen und sind mit der prekären Beschäftigungssituation der Leistungsbeziehenden zu erklären.

Die Erhöhung der Fallzahlen bei der Alimentenhilfe ist mit der Fusion mit Littau zu erklären. Dadurch sind auch höhere Kosten entstanden. Trotz unvermindertem Einsatz beim Inkasso ist aufgrund der wirtschaftlichen Situation die Rücklaufquote leicht zurückgegangen.

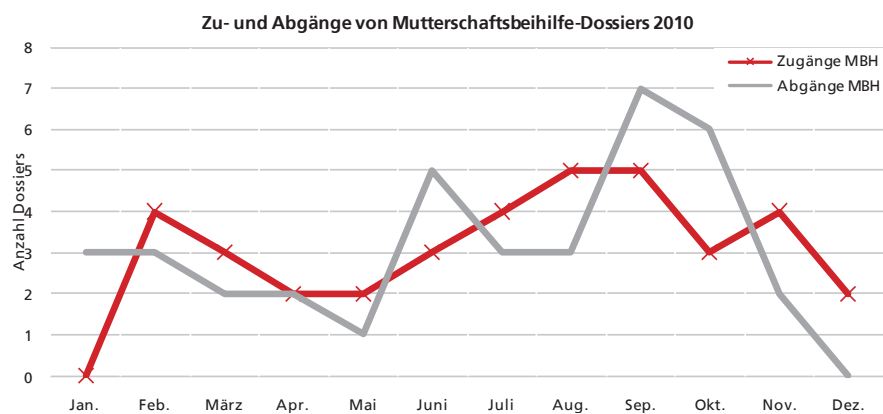
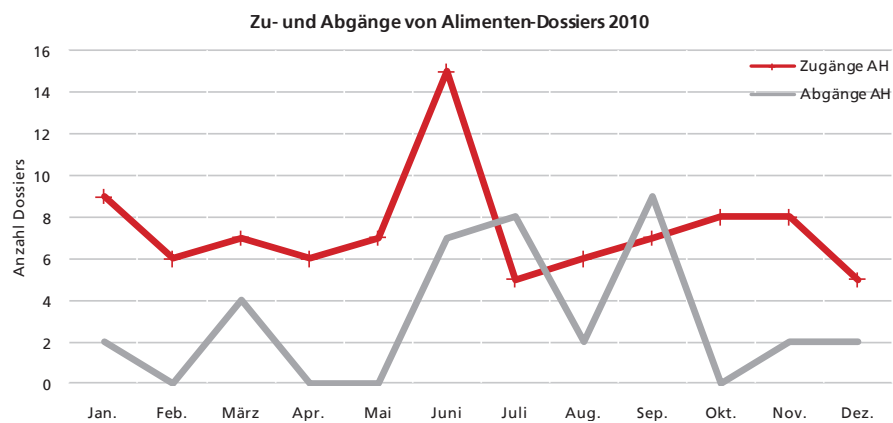
Aufteilung der Bevorschussung



Zivilstand der Bezügerinnen MBH



Entwicklung der Dossiers im Monatsvergleich



4.1.4.7 Kinder Jugend Familie

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Kinder Jugend Familie KJF ist das Kompetenzzentrum für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Luzern. Die folgenden Unterabteilungen setzen den Leitsatz "Die Stadt Luzern will eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadt sein" in ihrer täglichen Arbeit um:

- *Animation/Partizipation* (Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche, Ferienpass, Freizeitangebote, Kinderparlament, Jugendparlament, Jugendhaus Treibhaus).
- *Familienergänzende Kinderbetreuung* (Kindertagesstätten, Spielgruppen, Betreuungsgutscheine)
- *Beratung Kinder, Jugendliche und Familien* (Kinder- und Jugendschutz, Regionale Jugend- und Familienberatung CONTACT, Regionale Mütter- und Väterberatung).
- *Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg* (vgl. nachfolgendes Kapitel).

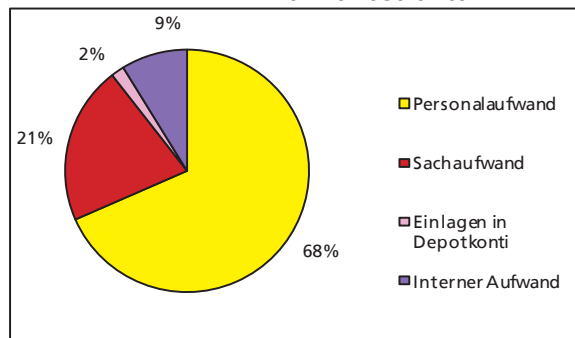
Insgesamt waren 2010 im Stellenplan 90,50 Stellen für Festangestellte bewilligt. Davon entfielen 41,30 Stellen auf die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg.

b) Ergebnis (Institutionen: 215, 221, 222, 223)

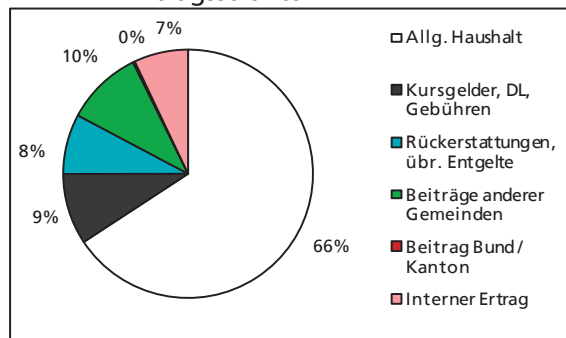
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	9'425'239	7'396'548	7'408'000	-11'452	0%	-2'028'691	-27%
Ertrag	2'892'080	3'422'739	2'522'000	900'739	26%	530'659	16%
Ergebnis	-6'533'160	-3'973'809	-4'886'000	912'191	23%	2'559'351	64%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Kinder- und Jugendschutz

Anzahl geführte Dossiers (Mandate)

2006

321

2007

346

2008

358

2009

352

2010

488

Veränd.

+39%

Kommentar

Die Erhöhung von 39 % ist in erster Linie auf die Fusion mit Littau zurückzuführen. Die Veränderung von Januar bis Dezember 2010 beträgt aber immer noch +7,7 %. Ein weiterer personeller Ausbau war unumgänglich. Mit der neuen Leiterin ab 1. Januar 2010 und dem neuen Leiter Beratung ab 1. Mai 2010 hat sich die personelle Situation stabilisiert. Prekär hingegen zeigt sich die Raumsituation, KJS arbeitet an drei verschiedenen Standorten.

Mütter- und Väterberatung MVB seit 1.1.2010

Geburten Stadt Luzern

Hausbesuche 1. Lebensjahr (LJ)

Hausbesuche 2. LJ und älter

Beratungen in Sprechstunden 1. LJ

Beratungen in Sprechstd. 2. LJ und älter

Telefonberatungen 1. LJ

Telefonberatungen 2. LJ und älter

Total Beratungen

2006

2007

2008

2009

2010

Veränd.

762

318

50

2'039

402

1'781

460

5'050

Kommentar

Die MVB erbringt ihre Leistungen für 13 weitere Gemeinden mit je einer eigenen Leistungsvereinbarung. Die Beratungen werden von acht Beraterinnen und zwei Stellvertreterinnen mit insgesamt 485 % geleistet (inkl. Leitung). Neu kommt ab 1. Januar 2011 die MVB Emmen dazu mit zwei weiteren Beraterinnen (140 %). Die Leitung muss 2011 aufgestockt werden. Sehr gute Erfahrungen werden in der Arbeit mit Interkulturellen Vermittlerinnen im Projekt Miges Balù gemacht.

Jugend- und Familienberatung CONTACT, seit 1.1.2010	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Familienberatung						
Neuanmeldungen					100	
Laufende Fälle Ende Dezember					74	
Jugendberatung						
Neuanmeldungen					184	
Laufende Fälle Ende Dezember					121	
Total Fälle					195	

Kommentar

CONTACT erbringt die Leistungen bei den Familienberatungen für weitere acht, bei der Jugendberatung für weitere 13 Gemeinden mit je einer eigenen Leistungsvereinbarung. Die Familienberatung, seit 1. Januar 2010 neu im Aufbau, bedient Familien mit 5- bis 12-jährigen Kindern (in Erziehungsfragen auch mit jüngeren) und ergänzt die MVB. Neu wird das Angebot auch für die Gemeinde Horw angeboten.

Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulbereich	2007	2008	2009	2010
Anzahl Institutionen (Kitas/TEV) ² Stadt Luzern	8	15	27	29
Anzahl Plätze in (subventionierten) Kinderkrippen	148	254	514	622
Davon subventionierte Plätze in Kindertagesstätten (Betreuungsgutscheine)	113	147	BG ³	BG
Anzahl Betreuungsstunden bei Tageseltern	49'000	62'435	63'700	78'075
Total Bruttoaufwand Kinderbetreuung Vorschulbereich	1'690'896	2'411'452	2'567'284	4'145'791

Kommentar

Von 1. April 2009 bis 31. Dezember 2012 läuft das Projekt Betreuungsgutscheine. Die Betreuungsgutscheine werden direkt an die Eltern und nicht mehr an einzelne Betreuungsinstitutionen ausbezahlt. In Luzern hat dadurch das Angebot der finanzierbaren Kita-Plätze zugenommen. Es bestehen fast keine Wartelisten mehr.

² Kindertagesstätten, Tageselternvermittlung.

³ Betreuungsgutscheine.

Animation/Partizipation	2007	2008	2009	2010
Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche				
Basel-/Bernstrasse/St. Karli				
Treffangebot: Anzahl Kinder, Jugendliche	620	772	1'390	1'270
Spielanlässe im Quartier: Anzahl Kinder ⁴	970	2'030	2'980	2'850
Quartieranlässe (z. B. BaBeL-Cup): Anz. Teilnehmende	220	340	450	240
Projekte mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche	403	311	1'013	1'420
Hubelmatt/Moosmatt/Säli				
Regelmässige Angebote:		294	365	580
Quartieranlässe: Anzahl Teilnehmende		260	230	450
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche	536	2'049	1'114	1'090
Würzenbach/Büttenen/Utenberg				
Quartieranlässe: Anzahl Teilnehmende		320	985	370
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche		376	1'290	1'120
Littau Dorf/Matt/Rönnimoos				
Regelmässige Angebote:				2'290
Raumvermietungen (inkl. Aktionsraum)				103
Projekte und Aktionen mit Kindern und Jugendlichen: Anzahl Kinder, Jugendliche				760
Spielnachmittage im Vögeligärtli: Anzahl Erwachsene und Kinder ⁵	1'928	1'505	1'481	1'534
Midnight Sports & Music, (Säli, Würzenbach, Ruopigen) ⁶	522	2'635	2'949	7'258

Kommentar

Die Quartierarbeit arbeitet an drei Standorten. Eine wichtige Partnerin in der Quartierarbeit ist die kath. Kirche. Die drei Standorte des Midnight-Projekts erfreuen sich sehr grosser Beliebtheit. Ruopigen hat sich zu einem der bestbesuchten Projektstandorte schweizweit entwickelt.

Kinder- und Jugendparlament	2007	2008	2009	2010
Kinderparlament				
Mitglieder	86	84	92	74
Kinder in Kommissionen (Teams)	43	40	46	39
Jugendparlament				
Mitglieder	12	12	12	10

Kommentar

Es werden nur noch die aktiven Mitglieder erfasst. Im KiPa sowie im JuPa konnten erfolgreich Littauer Kinder und Jugendliche integriert werden. Das Jugendparlament hat 2010 die Zusammenarbeit mit den Jungparteien verstärkt. Das JuPa hat sich intensiv mit dem Thema der Jugendgewalt auseinandergesetzt.

Ferienpass	2007	2008	2009	2010
Anzahl verkaufter Ferienpässe	5'967	7'250	7'572	7'654
Davon Ferienpässe	1'647	1'813	1'513	1'766
Davon Ferienpässe light	4'320	5'437	6'059	5'888
Davon Kinder/Jugendliche aus der Stadt Luzern	2'013	2'282	2'445	3'071

Kommentar

Erstmals sind Littauer Kinder bei der Stadt Luzern mitgezählt. Der Ferienpass wird vom Bereich Animation/Partizipation für insgesamt 16 Gemeinden der gesamten Agglomeration organisiert.

⁴ Verein Sentitreff (Dammgärtli und Sentitreff) und Verein BaBeL (Sagenmattrain, Grenzhof und Quartierwerkraum); Koordination und Mitarbeit Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche (QAKJ).

⁵ Verein Spielraum, 2009 wurde die Verantwortung für die Durchführung dem Verein Spielraum übertragen.

⁶ Verein Midnight Projekte Schweiz, seit 2009 insgesamt drei Standorte in Luzern.

	2007	2008	2009	2010
Freizeitangebote				
Osterkreativwoche				
Anzahl Teilnehmende	279	359	310	465
Freizeitkurse				
Anzahl Teilnehmende	385	356	366	-
Meitli-/Buebepowerwoche				
Anzahl Mädchen	109	126		-
Anzahl Knaben	69	87		-
Herbstkreativwoche				
Anzahl Teilnehmende			277	329
Tag des Kindes				
Kinder	180	520	40	1'000
Erwachsene	80	50	10	

Kommentar

Es werden keine Freizeitkurse mehr angeboten. Die Meitli-/Buebepowerwoche wurde durch die Herbstkreativwoche ersetzt. Die Zusammenarbeit mit den Sportangeboten wurde verstärkt. Die gesamte Administration wurde zusammengelegt und wird nun von Animation/Partizipation geführt. Die Angebote werden neu auch im Stadtteil Littau angeboten.

	2007	2008	2009	2010
Jugendhaus Treibhaus				
Mittagessen im Durchschnitt	58	53	55	82
Besucherinnen und Besucher pro Abend bei Veranstaltungen	175	180	223	214
Anzahl durchgeführte Veranstaltungen	47	62	99	85
Durchschnittliche Besucher/innen pro Veranstaltung	120	111	99	114
Fremdveranstaltungen	37	39	38	42
Vermietungen Bandräume (Doppelbelegungen)	6	6	6	6

Kommentar

Die Veranstaltungen werden von 13 verschiedenen Programmgruppen organisiert. Insgesamt sind 98 Aktive in verschiedenen Funktionen für das Treibhaus tätig. Zudem bietet das Treibhaus für 42 Jugendliche die Möglichkeit eines Nebenerwerbs.

4.1.4.8 Kinder- und Jugendsiedlung Uttenberg

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Auf den sechs Wohngruppen der **Kinder- und Jugendsiedlung Uttenberg** wohnen 45 Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen für eine bestimmte Zeit nicht in ihrer Familie aufwachsen können.

Auf der **Notaufnahme Uttenberg (NAU)** werden bis zu sieben Kinder und Jugendliche in einer akuten Gefährdungssituation rund um die Uhr aufgenommen. Zusätzlich stehen zwei Notfallbetten zur Verfügung. Die interne NAU-Schule ist dem Rektorat der Volksschule unterstellt.

In der **Wohnbegleitung Rank** finden sechs junge Erwachsene der KJU Aufnahme, die bereits weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich denken und handeln. Die Siedlung bietet ihnen mit den 1-Zimmer-Wohnungen die Möglichkeit, diese Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig das selbstständige Wohnen zu erproben.

Der interne **Sozialdienst** bereitet mit den Jugendlichen den Austritt aus der KJU vor und begleitet sie helfend und beratend auch nach ihrem Heimaufenthalt auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit.

Die Siedlung gilt als anerkannte, subventionsberechtigte Einrichtung des Bundesamtes für Justiz für Leistungen für den Straf- und Massnahmenvollzug. Für sämtliche Angebote hat die Siedlung mit der kantonalen Dienststelle für Soziales und Gesellschaft Leistungsverträge abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgt über das kantonale Gesetz über die sozialen Einrichtungen.

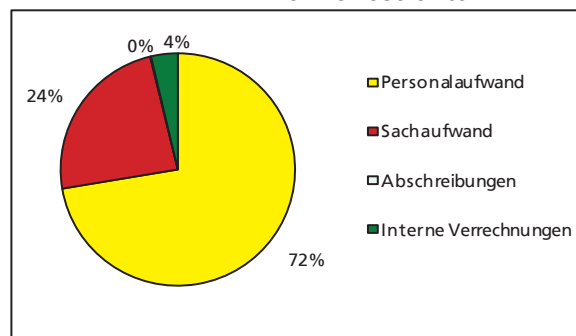
Für die Kinder- und Jugendsiedlung Uttenberg waren 2010 insgesamt 41,30 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

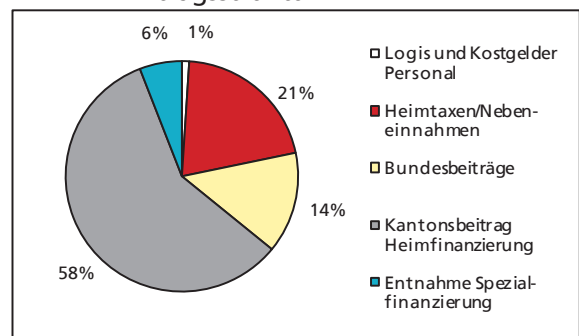
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	7'564'670	7'243'625	7'337'700	-94'075	-1%	-321'045	-4%
Ertrag	7'564'670	7'243'625	7'337'700	-94'075	-1%	-321'045	-4%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Eintritte 6 Wohngruppen + Rank	21	12	15	18	13	10
Austritte 6 Wohngruppen + Rank	29	8	15	13	11	12
Durchschnittliche Belegung	84%	89%	90%	92%	96%	94%
Eintritte NAU				29	75	50
Austritte NAU				24	70	50
Durchschnittliche Belegung NAU				87%	91%	97%
Platzangebot insgesamt (31. Dez.)	51	51	51	58	58	58

e) Kommentar

Im Jahr 2010 war die Belegung sowohl auf den Wohngruppen als auch auf der Notaufnahme weiterhin ausserordentlich hoch. Die KJU hat jedoch mit dem Kanton kleinere Tagespauschalen ausgehandelt, die die budgetierten Kosten nicht abdecken konnten. Dadurch mussten Fr. 245'000.– dem Spezialfonds entnommen werden. Dieser Fonds wurde durch die Gewinne aus den Jahren 2009 und 2008 geäuft.

4.2 Bildungsdirektion und Präsidiales

Vorwort von Urs W. Studer, Stadtpräsident und Bildungsdirektor

Die grösste Dienstabteilung der Direktion ist die Volksschule. Sie arbeitete im Berichtsjahr schwergewichtig am Projekt "Integrative Förderung". Es geht darum, das heutige System der Förderung von Lernenden in separativen Unterrichtsangeboten zu überwinden. Die Einführung der Integrativen Förderung ist ein langfristiger Prozess. Er wird das Schulsystem in weiten Teilen grundlegend verändern, zumal auf diesem Weg weitere vom Kanton vorgesehene Entwicklungen, wie beispielsweise die familienergänzende Betreuung, einbezogen werden. Die Einführung der Integrativen Förderung hat deshalb auch Auswirkungen auf die Anforderungen an die Schulhausinfrastrukturen sowie die spezifische Weiterbildung der Lehrpersonen. Das neue Schulsystem wird schrittweise zuerst auf der Primar- und dann auf der Sekundarstufe eingeführt.

Schulräume werden nicht bloss aufgrund bildungsstrategischer Neuerungen angepasst, sondern auch wegen demografischer Veränderungen. Die Entscheidung, das Schulhaus Grabenhof aufzulösen, sorgte in den betroffenen Quartieren in und um die Altstadt für Empörung. Durch geschickte Neuorganisationen in den Oberstufenzentren Mariahilf und Utenberg sowie einen Raumabtausch mit dem Kanton liess sich eine allseits zufriedenstellende, kostengünstige Lösung finden.

Die Schulpflege, die strategische Führungsbehörde der Volksschule, wurde Ende 2010 aufgelöst und durch die neu geschaffene Bildungskommission, eine ständige Kommission des Grossen Stadtrates, ersetzt. Damit werden die inhaltlichen Rahmenbedingungen in derselben Behörde geprüft, die auch über die finanziellen Ressourcen befindet.

Die Themen, für welche die Dienstabteilung Kultur und Sport einsteht, stehen überdurchschnittlich häufig im öffentlichen Interesse. Dazu gehört selbstverständlich der Neubau der Spitzensportinfrastrukturen auf der Allmend. Für den Standort Luzern ist es besonders erfreulich, dass ausgerechnet in dieser Zeit der FC Luzern die Vorrunde der Superleague als Wintermeister abschliessen konnte. Zusätzliche Aufmerksamkeit erhielten Spitzen- und Breitensport durch die neuerlichen Erfolge der Turnerin Ariella Käslin, die wiederum zur Sportlerin des Jahres gewählt worden war. Die beiden grossen Turnvereine der Stadt feierten im Jahr 2010 grosse Jubiläen: Der STV besteht seit 150 Jahren, der BTV seit 100 Jahren.

Zu den Entwicklungsaussichten des Rotsees als Ruderwettkampfstätte und Naherholungsgebiet wurde 2010 ein umfassender Bericht vorgelegt, der eine sachliche Diskussion ermöglicht.

Am meisten Diskussionen löste aber die Salle Modulable aus. Von Beginn an begeisterte die Idee durch das immense Potenzial, das darin für Luzern als Austragungsort erstklassiger Musikfestivals steckt. Ebenfalls von Beginn an polarisierte die Standortfrage, welche sich 2010 auf das Areal zwischen Strandbad Lido und Verkehrshaus konzentriert hatte. Der Rückzug der bis zu diesem Zeitpunkt nicht öffentlich in Erscheinung getretenen Gönnerschaft stellte im Herbst das Projekt gänzlich in Frage. Ohne private Finanzierung des Bauwerkes wird sich das Projekt in dieser Form nicht verwirklichen lassen.

Abseits der öffentlichen Wahrnehmung reorganisierten sich zwei Dienstabteilungen neu: Die Stadtkanzlei vollzog nach, dass im Nachgang zur Fusion die Parlamentsdienste eine gewichtigere Position erhalten haben. Die Dienstabteilung Personal (vorher Personalamt) hat aufgrund der verschiedenen Veränderungen der Stadtverwaltung (Fusion, Kantonalisierung der Stadtpolizei, Verschiebung des Tiefbauamtes zur Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit) seine Aufbau- und Ablauforganisation neu u. a. in Kompetenzzentren strukturiert.

Im Projekt "Starke Stadtregion Luzern" koordinierte der Direktionsstab die das ganze Jahr über laufenden Arbeiten innerhalb der Stadtverwaltung.

Ich nütze die Gelegenheit an dieser Stelle, den Mitarbeitenden aus allen fünf Direktionen, die in das Projekt eingebunden waren und sind, vielmals für ihren Einsatz zu danken. Sie alle mussten die zum Teil sehr aufwendigen Abklärungsaufgaben zusätzlich zu ihren ordentlichen Pflichten erfüllen.

4.2.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Personalentwicklung (Projektplan Nr. L02011)

Fünfjahresziel
A1.4

Das Konzept für eine systematische Personal- und Führungsentwicklung ist umgesetzt, ein umfassendes und koordiniertes Weiterbildungsangebot steht zur Verfügung.

Bereits im zweiten Jahr konnte das Konzept erfolgreich umgesetzt werden. Neu war im Jahre 2010, dass alle Weiterbildungsangebote der Dienstabteilung Personal, der Dienstabteilung Prozesse und Informatik PIT sowie der Heime und Alterssiedlungen in einem Programm ausgeschrieben wurden. Bewährt hat sich auch der Kurs "Neu als Führungskraft bei der Stadt Luzern". Dieser 4-tägige Kurs ist für alle neu angestellten Führungspersonen der Stadt Luzern obligatorisch. Er wird gemeinsam von den Dienstabteilungen Personal, Finanzverwaltung und Stadtentwicklung durchgeführt.

Neue Stadtgemeinde / Starke Stadtregion Luzern (Projektplan Nr. L02001)

Fünfjahresziel
A3.2, A4.1

Die Stadt Luzern arbeitet im Projekt "Starke Stadtregion Luzern" intensiv mit.

Adligenswil, Ebikon, Emmen, Kriens und Luzern prüfen gemeinsam, welche Vor- und Nachteile der Zusammenschluss und verstärkte Kooperationsbemühungen gegenüber dem Status quo hätten. Ziel des Projekts ist es, zwei Zukunftsszenarien (Fusion und Kooperation) zur nachhaltigen Stärkung der Stadtregion zu entwickeln. Die Analyseergebnisse sollen den politischen Behörden sowie den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern 2011 ermöglichen, auf objektiven und möglichst konkreten Grundlagen einen Grundsatzentscheid über die zukünftige Organisationsstruktur der Stadtregion zu fällen. 2010 wurden die umfangreichen Detailarbeiten in den verschiedenen Fachgruppen abgeschlossen. Die bisherigen Ergebnisse bestärken den Stadtrat in seiner Haltung, dass eine Fusion für die Region Luzern grössere Entwicklungschancen bietet als jede Form der Kooperation.

Metropolitanraum Zürich (Projektplan Nr. L02016)

Fünfjahresziel
A4.2, B2.1, D1.1

Die Zusammenarbeit mit dem Verein Metropolitanraum ist definiert.

Der Verein Metropolitanraum Zürich wurde im Juli 2009 durch acht Kantone sowie 65 Städte und Gemeinden gegründet. Ziel des Vereins ist es, den gemeinsamen Raum von Schaffhausen bis Luzern zu stärken und dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu erhalten. Die Stadt Luzern als drittgrösste Stadt ist im Verein sowohl im Metropolitanrat (ähnlich Exekutive) als auch im operativen Ausschuss (ähnlich Verwaltung) vertreten. Damit kann sichergestellt werden, dass die Anliegen der Stadtregion optimal einfließen. Weitere Informationen unter: www.metropolitanraum-zuerich.ch.

Der Verein hat Projekte in den Bereichen Lebensraum, Verkehr, Wirtschaft und Gesellschaft gestartet. 2010 wurden in Verkehr und Wirtschaft konkrete Ergebnisse erreicht:

- Im Bereich Verkehr wurde ein gemeinsamer Nenner in Bezug auf wichtige Schlüsselvorbaben im Verkehr zwischen den Zentren und zu anderen Metropolitanräumen gefunden. Für die verabschiedeten Verkehrsprojekte (Strasse und Schiene) wird jetzt an verschiedenen Stellen lobbyiert.
- Im Bereich Wirtschaft wurde beschlossen, den Metropolitanraum Zürich zu einer sogenannten Green Region zu machen, die sich durch ihre hervorragenden Standortqualitäten im Bereich Cleantech auszeichnet und verstärkt als solche positioniert werden kann. Insbesondere sollen vermehrt Cleantech-Unternehmen entstehen und sich erfolgreich entwickeln können. Dies wirkt sich nicht nur positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit des Metropolitanraums aus, sondern erhöht gleichzeitig die Lebensqualität, da Cleantech-Massnahmen dazu beitragen, die Umwelt und ihre Ressourcen zu schonen.

BaBeL-Quartierentwicklung, Projektierung 2009–2012
(Projektplan Nr. L79001.02)
Dammdurchbruch Dammstrasse–Lädelistrasse
(Projektplan Nr. I62046)

Fünfjahresziel
C2.1

Einige baulich-räumliche Aufwertungen im Gebiet Basel-/Bernstrasse sind realisiert. Der Entwicklungsbedarf im Stadtteil Littau wird abgeklärt und in die Planung integriert.

Der interdisziplinäre Quartierentwicklungsprozess BaBeL wurde weitergeführt. Einzelne Liegenschaften von Privaten wurden saniert. Das BaBeL-Gewerbe hat einen gemeinsamen Auftritt. Shop&Food und BaBeL-Kids sind sehr erfolgreich. Der Grosse Stadtrat lehnte am 11. November den Zusatzkredit für den Dammdurchbruch knapp ab und sprach sich am 16. Dezember mit einer Protokollbemerkung für die Aufwertung des Lädeliplatzes aus. Für das Gebiet Lindenstrasse/Fluhmühle wurde durch die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit und Metron AG ein Masterplan erarbeitet.

Integrationsförderung in der Stadt Luzern
(Projektplan Nr. L30903)

Fünfjahresziel
C1.4

Die Information für die Neuzuziehenden aus dem Ausland wird gemäss dem neuen Ausländergesetz optimiert.

Neuzuziehende werden an drei Begrüssungsveranstaltungen willkommen geheissen. Diejenigen, mit welchen der Kanton eine Integrationsvereinbarung abschliesst, werden durch die Stadt brieflich über weiterführende Beratungsstellen und Bildungsinstitutionen informiert. In mehreren Deutsch- und Integrationskursen von privaten Anbietern im ganzen Stadtgebiet lernen viele Zugewanderte Verständigung in deutscher Sprache und erhalten Orientierungshilfen für Fragen im Alltag.

Familienergänzende Kinderbetreuung, Vorschul- und Schulbereich
(Projektplan Nr. L58016)
– **Teilprojekt Schulbereich: Additive Tagesschule (L58016.02)**

Fünfjahresziel
C1.1, C3.1

Die additive Tagesschule wird weiter umgesetzt.

Die additive Tagesschule ist auf der ganzen Primarstufe umgesetzt. Für den weiteren Ausbau auf der Sekundarstufe I werden die nötigen Mittel im B 37/2006 "Volksschule: Entwicklungen und bauliche Konsequenzen" ausgewiesen. Die Tarifregelung ist überarbeitet.

Integrative Schulung 2011
(Projektplan Nr. L21901)

Fünfjahresziel
C3.1, C3.2

Die Umsetzung des Konzepts zur integrativen Förderung (IF) von Kindern mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten in den Regelklassen wird in den Schulhäusern vorbereitet. Erste Erfahrungen mit Pilotprojekten werden gesammelt.

Für die Primarstufe sind die konzeptionellen Grundlagen in den Schulhäusern erarbeitet. Im Kindergarten sowie auf den Primarstufen 1 und 2 wird IF im Schuljahr 2011/2012 praktisch umgesetzt. Auf der Sekundarstufe I finden erste Versuche statt.

Informatik Volksschule
(Projektplan Nr. I21990)

Fünfjahresziel
C3.2

Die Ausrüstung und der Betrieb der Informatikinfrastruktur in den Schulen der Stadt Luzern ist evaluiert, und die Anforderungen an das Projekt Eugen II als Nachfolger sind definiert.

Die Ausrüstung im ganzen Gemeindegebiet ist abgeschlossen. Alle Lernenden verfügen über einen Zugang zu Informatikmitteln gemäss dem Konzept Eugen I. Das Konzept Eugen II ist erarbeitet und ein Pilotschulhaus ausgerüstet.

Sport- und Freizeitanlagen, Bewirtschaftung
(Projektplan Nr. L34002)Fünfjahresziel
C3.4**Ein Gesamtkonzept für den Unterhalt und die Bewirtschaftung der Sport- und Freizeitanlagen (inkl. Schulräume) ist erstellt.**

Konzept und Reglementsentwurf wurden basierend auf einer umfassenden Analyse und einem detaillierten Kataster aller Anlagen erstellt. Im Herbst 2010 fanden Kommunikationsanlässe mit den Sportvereinen statt, zu denen auch die Sportkommission eingeladen wurde. Nachdem der Grosse Stadtrat ebenfalls im Herbst 2010 dem Stadtrat den Auftrag erteilt hatte, ein Sportleitbild zu erstellen, wurden die Arbeiten an der parlamentarischen Vorlage sistiert. Bis auf Weiteres wird auf Basis der geltenden Rechtsgrundlage, einer Verordnung, gearbeitet – die Integration der Littauer Vereine in dieses System ist mehr oder weniger problemlos erfolgt. Wo sinnvoll und nötig, könnte eine Detailanpassung der Verordnung erfolgen. Mit diesem Vorgehen kann auch die weitere Entwicklung hinsichtlich Stadtregion Luzern abgewartet werden – je nachdem könnte es sinnvoll sein, direkt eine grossräumigere Lösung zu suchen, ein Thema, das auch vom regionalen Entwicklungsträger LuzernPlus diskutiert wird.

4.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick Behörden, Stadtkanzlei, Personalamt

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K100 Grosser Stadtrat	618	525	93	18%	0	0	0		(618)	93	
K101 Stadtrat	3'969	3'828	141	4%	14	9	5	56%	(3'955)	136	
K111 Stadtkanzlei	4'779	4'676	104	2%	1'738	1'695	43	3%	(3'041)	60	
K112 Personalamt	2'712	2'624	88	3%	2'650	2'643	7	0%	(62)	81	
<i>Spezialaufgaben</i>											
K120 Leistungen Personal und Rentner	17'795	17'959	-165	-1%	2'199	2'291	-91	-4%	(15'595)		74
Total	29'872	29'612	260	1%	6'602	6'638	-36	-1%	(23'271)	370	74
Nettover- schlechterung											296

Die Ansätze für Sitzungsgelder, Spesen- und Fraktionsentschädigungen des Grossen Stadtrates sind an den Landesindex der Konsumentenpreise gekoppelt. Ende 2009 überstieg dieser Index knapp die festgelegte 5-Punkte-Marke, was zu einer automatischen Anpassung der Sitzungsgelder und Entschädigungen führte.

Dem ehemaligen Gemeinderat von Littau Beat Stocker wurde auf eigenen Wunsch die Hälfte der kapitalisierten Überbrückungsrente ausbezahlt. Auch die andere Hälfte in Form einer Rente konnte für das Jahr 2010 noch nicht budgetiert werden.

In der Stadtkanzlei führten Ersatzlösungen für lange Krankheitsabsenzen, Auszahlung von Überzeiten und Anerkennungsprämien sowie ein Beitrag an die TV-Produktion "Tatort" zu Mehrkosten. Ausserdem fielen die internen Verrechnungen von Prozesse und Informatik für Projektaufwendungen (neuer Internetauftritt und Dokumentenmanagementsystem) höher als budgetiert aus.

Höhere interne Verrechnungen von Prozesse und Informatik an die Abteilung Personal betreffen im Wesentlichen das neu eingeführte Personalinformationssystem Xpert.HRM. Die Personalaufwendungen fielen hingegen tiefer aus.

Ab Mitte Jahr 2010 wurden mehrere Lehrgänger/innen ohne Stelle temporär weiterbeschäftigt. Die Kosten dafür mussten nachkreditiert werden. Die Kosten für Übergangsrenten fielen im Jahr 2010 tiefer aus als angenommen. Tieferer Kosten für diverse Projekte trugen zudem zum guten Ergebnis des Bereiches "Leistungen Personal und Rentner" bei.

Bildungsdirektion

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K310 Stab Bildungs- direktion	1'096	1'110	-13	-1%	212	205	7	3%	(884)		21
K3110 Volksschule	85'755	86'071	-316	0%	20'998	20'140	858	4%	(64'757)		1'174
K3111 Heilpädagogische Sonderschule	5'783	6'196	-413	-7%	5'783	6'196	-413	-7%	0		
K3112 Sprachheil- kindergarten	317	295	23	8%	317	295	23	8%	0		
K3113 Schulgesundheits- dienst	107	171	-65	-38%	0	0	0		(107)		65
K3115 Elternschule	65	78	-13	-17%	15	24	-8	-33%	(50)		4
K312 Musikschule	8'164	8'469	-305	-4%	2'851	3'030	-179	-6%	(5'312)		126
K315 Kultur und Sport	4'111	4'363	-252	-6%	667	742	-75	-10%	(3'444)		177
K317 Kinder- und Jugendzahnklinik <i>Spezialaufgaben</i>	1'139	1'272	-133	-10%	531	666	-135	-20%	(609)	3	
K320 Stadtbibliothek	2'267	2'302	-35	-2%	397	555	-158	-28%	(1'870)	123	
K321 Musik- und Atelier- zentrum Sedel	179	165	14	8%	68	56	13	23%	(110)	1	
K322 Richard Wagner Museum	171	181	-11	-6%	61	49	12	24%	(109)		23
Total	109'152	110'671	-1'519	-1%	31'901	31'957	-56	0%	(77'252)	127	1'590
Nettoverbesserung										1'463	

Die Rechnung 2010 der Bildungsdirektion schliesst mit einem Aufwand von Fr. 109,2 Mio. und einem Ertrag von Fr. 31,9 Mio. ab. Die Nettobelastung liegt somit rund Fr. 1,5 Mio. unter der Budgetvorgabe. Dies ist auf das grossmehrerheitlich positive oder ausgeglichene Rechnungsergebnis der einzelnen Abteilungen zurückzuführen:

Die Kinder- und Jugendzahnklinik sowie das Musik- und Atelierzentrum Sedel präsentieren eine ausgeglichene Rechnung.

Beim Stab der Bildungsdirektion führen Einsparungen im Sachaufwand sowie höhere Rückerstattungen zu einem leichten Minderaufwand. Die Elternschule weist weniger Kursteilnehmende als prognostiziert aus. Dies führt zu tieferen Personal- und Sachkosten, welche die Ertragsausfälle überkompensieren.

Die Musikschule verzeichnet 2010 leicht tiefere Schülerzahlen als budgetiert, schliesst jedoch durch Einsparungen in den Unterhalts- und Liegenschaftskosten rund 2,4 % unter Budgetvorgabe ab. Der durch den Stadtrat vorgegebene Kostendeckungsgrad von mindestens 35 % ist mit 35,7 % eingehalten.

Die Volksschule hat das Globalbudget um 1,8 % durch Einsparungen im Sachaufwand und er-

höhte Bundes- und Kantonsbeiträge unterschritten. Tieferer Verrechnungen des Ressorts Aussensport (aufgrund Bauarbeiten Allmend) sowie geringere Aufwände im Bereich der freiwilligen Angebote Jugendsport führen bei Kultur und Sport zu einem Minderaufwand von rund 5 %. Der Schulgesundheitsdienst weist einen Minderaufwand aufgrund noch ausstehender Ärzte-Honorarrechnungen für das Jahr 2010 aus, die 2011 anfallen werden. Beim Richard Wagner Museum resultiert ein Minderaufwand von rund 18 % gegenüber der Budgetvorgabe, dies aufgrund einer Ertragssteigerung von rund 36 % gegenüber 2009 (Sonderausstellung).

Die Rechnungen der Heilpädagogischen Sonderschule sowie des Sprachheilkindergartens weisen entgegen dem Budget 2010 eine höhere Entnahme aus der jeweiligen Spezialfinanzierung zum Ausgleich der Rechnung aus. Die Stadtbibliothek hat die budgetierten Ausleihzahlen nicht erreicht. Der "Non-Book"-Bereich ist weiterhin rückläufig. Sie weist deshalb einen erneuten Ertragsrückgang gegenüber 2009 von rund 12 %.

4.2.3 Schulpflege

Auf das Kalenderjahr 2010 hin wurde die Schulpflege aufgrund der Fusion mit Littau neu und befristet auf ein Jahr gewählt (Roland Neyerlin, G/JG, Präsident; Henriette Ludin, FDP, Vizepräsidentin; Stephan Zopfi, SP; Nicole Hermetschweiler, SVP; Josefine Affentranger, CVP; Benedikt Elmiger, GLP; Urs W. Studer, Bildungsdirektor).

Die Schulpflege erledigte in ihrem letzten Amtsjahr an elf halbtägigen Sitzungen die anfallenden strategischen Arbeiten und begleitete die Entwicklung der städtischen Volksschule. Im Zentrum der Beratungen und Diskussionen stand die Umsetzung der Integrativen Förderung an der Volksschule der Stadt Luzern. Nebst diesem zentralen und wichtigsten Grossprojekt setzte sich die Schulpflege mit dem Leistungsauftrag und Globalbudget 2011, den geplanten Massnahmen des stadt-rätlichen Sparpakets 2011, der Weiterentwicklung der schulergänzenden Kinderbetreuung und mit der täglichen Sport- und Bewegungsstunde auseinander.

Nebst den diversen Stellungnahmen in den stadträtlichen Antworten zu parlamentari-

schen Vorstössen hat die Schulpflege zusammen mit dem Stadtrat eingehend Stellung zur Teilrevision des Volksschulbildungsgesetzes (u. a. Pflicht für zweites Kindergartenjahr, Modelle Sekundarstufe I, Kantonalisierung HPS) und zur geplanten Änderung der Verordnung über die Förderangebote bezüglich Integrativer Förderung genommen. Zudem entschied sie, an der Volksschule der Stadt Luzern keine Jokertage zuzulassen, und sprach sich für die Beibehaltung des Modells Basisstufe aus.

Mit Inkrafttreten der revidierten Gemeindeordnung am 1. Januar 2011 und der damit verbundenen Einführung einer parlamentarischen Bildungskommission wurde die Schulpflege als Behörde nach mehr als 100 Jahren Ende Dezember 2010 aufgelöst und durch den Stadtrat in der letzten Schulpflegesitzung verabschiedet.

Die Mitglieder der Schulpflege haben auf der strategischen Ebene mit viel Engagement und Einsatz die Entwicklung der städtischen Volksschule in den letzten Jahren mitgetragen und unterstützt. Für ihre wertvolle Arbeit wird ihnen gedankt.

4.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Bildungsdirektion und Präsidiales

Neben den Kernaufgaben eines Direktionsstabes liegt die Verantwortung für die folgenden Bereiche beim Stab BID+:

- Projektkoordination Stadt Luzern für die Starke Stadtregion
- Projektkoordination Stadt Luzern für den Metropolitanraum Zürich
- Geschäftsleitung Schulpflege und Übergabe an die parlamentarische Bildungskommission
- Teilprojektleitung Sparpaket BID+
- Geschäftsstelle Städteinitiative Volksschule Bildung
- Qualitätsmanagement KJKZ
- Ansprechstelle Quartiervereine
- Mitarbeit Quartier- und Stadtteilpolitik
- Projektleitung Social Media

Sie sind zum Teil an anderer Stelle beschrieben.

Städtepartnerschaften

Im Berichtsjahr standen für städtepartnerschaftliche Aktivitäten deutlich weniger Mittel zur Verfügung als gemäss Rahmenkredit 2007–2010 vorgesehen waren. Es zeigte sich, dass zwar Einsparungen möglich sind, jedoch nicht im erwünschten Umfang. Die Erfahrungen im

Jahr 2010 flossen in den Bericht an den Grossen Stadtrat ein. Dieser wurde jedoch von der Geschäftsprüfungskommission an den Stadtrat zurückgewiesen. Ein neuer Bericht wird dem Parlament im Frühling 2011 zugeleitet.

Stadtkanzlei

Am 1. Januar 2010 übernahm im Zuge des Projekts Fusion Littau-Luzern der ehemalige Gemeindeschreiber von Littau die Leitung des Sekretariates Grosser Stadtrat. Dieses ist seither als personell unabhängiger Bereich der Stadtkanzlei organisiert.

Im Berichtsjahr wurden 1'198 Stadtratsbeschlüsse, 1'265 Eingänge bei der Stadtratspost und 53 Berichte bzw. Berichte und Anträge verarbeitet. Das entspricht ungefähr dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die Fusion mit der Gemeinde Littau hat sich somit auf die Anzahl dieser Geschäfte nicht ausgewirkt. Ferner wurden 746 amtliche Beglaubigungen vorgenommen. Hinzu kommt, dass der ehemalige Gemeindeschreiber von Littau im bisherigen Rahmen gestützt auf die Bestandesgarantie gemäss Fusionsvertrag und auf der Basis einer

schriftlichen Vereinbarung weiterhin als Notar tätig sein kann.

Am 13. Juni 2010 stimmte die städtische Stimmbewölkerung der im Nachgang zur Fusion mit der Gemeinde Littau nötig gewordenen Teilrevision der Gemeindeordnung zu. Die Anpassungen des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates wurden unter Federführung einer Spezialkommission des Grossen Stadtrates erarbeitet und am 28. Oktober 2010 beschlossen.

Anlässe

Die Stadtkanzlei organisiert im Jahresverlauf jeweils verschiedene kleinere und grössere Empfänge oder Anlässe. Daraus sind im Berichtsjahr folgende erwähnenswert:

- Empfänge an folgenden zwei Anlässen des Europa Forums Luzern:
"Staatliche Unabhängigkeit in einer Welt der Abhängigkeiten" am 26.4.2010 und
"Bildung, Forschung, Innovation – Der Industriestandort Schweiz in Europa und der Welt" am 8./9.11.2010;
- Luzerner Empfang anlässlich LUCERNE FESTIVAL am Piano im KKL am 27.11.2010.

Der Stadtrat trifft sich jeweils 3–4 Mal pro Jahr mit den städtischen Mitgliedern des Kantonsrates und Vertretungen der städtischen Parteien. Am 25.11.2010 lud er überdies die im Grossen Stadtrat vertretenen Parteien zu einem Gedankenaustausch ein. Eine derartige Zusammenkunft soll künftig jeweils bei Bedarf stattfinden.

Am 31.3.2010 und am 24.11.2010 traf sich der Stadtrat mit der IG Seetal zu einem Austausch über Themen von beidseitigem Interesse.

Kommunikation

Im strategischen Projekt "Starke Stadtregion" nimmt die Kommunikation eine zentrale Rolle ein. Seit Beginn der Projektarbeiten im Jahr 2009 ist die Stelle für Kommunikation in die Organisation eingebunden. Zusätzlich begleitete die Stelle noch die letzten Umsetzungsarbeiten der Fusion Littau-Luzern (u. a. Umsetzung Teilrevision Gemeindeordnung, Umzug der Dienststellen in den Gebäuden der Stadtverwaltung).

Akzente setzt die Kommunikation auch im strategischen Projekt Ausbau Bahnknoten Luzern (Tiefbahnhof). Hier arbeitet die städtische Kommunikation mit den zuständigen Personen der Kantone Luzern, Ob- und Nidwalden sowie mit Vertretungen der SBB und des unterstützenden Komitees zusammen.

Neben den strategischen Projekten begleitete die Stelle für Kommunikation Projekte auf vielen Themen- und Projektfeldern wie All-

mendentwicklung, Schul- und Betagtenzentrenbauten, Strategie "Film und Fernsehen Luzern", Bau- und Zonenordnung. Eine besondere Herausforderung war die kommunikative Begleitung des Sparpakets. Auch 2010 nahm das kommunikative Coaching im Alltag wiederum zu. Die Stelle begleitet Mitglieder des Stadtrates, Direktionsstäbe und Dienstabteilungen bei den täglichen Herausforderungen der Kommunikation zwischen Stadt und den verschiedensten Anspruchsgruppen.

Wie jedes Jahr führte die Stelle für Kommunikation zwei Medienkurse und einen Kommunikationskurs für Kaderleute durch.

Stadtarchiv

Den Kernaufgaben konnte im üblichen Rahmen nachgekommen werden, namentlich die Er-schliessungsfortschritte verliefen gemäss Plan. Gleichzeitig wurden im Berichtsjahr diverse grössere Projekte in Angriff genommen:

- Am 1. Januar 2010 ging das Gemeindearchiv Littau in die Datenhoheit des Stadtarchivs über. Damit verbunden war der Aufbau einer Zweigstelle des Stadtarchivs in Ruopigen, da am Standort Luzern keine Raumkapazitäten für die physische Aufnahme vorhanden waren. Begonnen wurde auch mit der archivischen Aufarbeitung des Gemeindearchivs Littau gemäss den städtischen Standards (Zeithorizont: 10 Jahre). Dafür stehen dem Stadtarchiv zusätzliche personelle Ressourcen im Umfang von insgesamt 50 Stellenprozenten zur Verfügung.
- Mit der einstimmigen Annahme des B+A 22/2010 "Stadtarchiv: Neubau auf dem Areal Kantonsschule Reussbühl. Wettbewerbs- und Projektierungskredit" durch das Parlament ist der Grundsatzentscheid für die Lösung der akuten Raumprobleme des Stadtarchivs gefallen. Im Herbst 2010 wurde der Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Gemäss Fahrplan soll dem Grossen Stadtrat im Herbst 2011 der Baukredit beantragt und 2013 der Neubau dem Stadtarchiv übergeben werden.
- Das Stadtarchiv hält mittlerweile einen grösseren Bestand an elektronischen Daten – vor allem Digitalisate, aber auch Originale im Bildbereich –, die für die Langzeitarchivierung gesichert werden müssen (bit stream preservation). Mit dem Verbund-Projekt "arcun" unter Federführung der nationalen Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen (KOST) ist es gelungen, preisgünstigen Speicherplatz für die digitale Langzeitarchivierung zu beschaffen.

Im Geschäftsbericht 2009 hat das Stadtarchiv das nach wie vor hängige Problem des inkonsistenten Schriftgutmanagements angesprochen. Dass das Thema aus rechtlichen, aber auch aus Effizienzgründen dringlich ist, hat die im Sinne einer externen Evaluation durchgeführte Studie von IT & Law Consulting GmbH, Zug/Luzern, gezeigt. Mangels Ressourcen bei der federführenden Stelle und den Dienstabteilungen kann das Schriftgutmanagement-Projekt aber erst 2011 wieder aufgenommen werden.

Ungebrochen war im Berichtsjahr die Nachfrage nach den Schriftenlesekursen des Stadtarchivs: Es konnten zwei Anfänger- und zwei Fortgeschrittenenkurse durchgeführt werden.

Personal

Im Jahr 2009 lancierte die Dienstabteilung Personal eine Veranstaltungsreihe "Mittags-Forum" für Mitarbeitende. Im Berichtsjahr wurde dieses Angebot fortgeführt und in jedem Quartal ein Wirtschaftsdialog durchgeführt. Dazu wurden Vertreter von Firmen und Verbänden eingeladen, um den Dialog zwischen Privatwirtschaft und Verwaltung zu fördern. Organisiert wurden diese Foren zusammen mit dem Beauftragten für Wirtschaftsfragen.

Der Kurs "Neu als Führungskraft bei der Stadt Luzern" wurde von allen neu eintretenden Führungspersonen obligatorisch absolviert. Die Abteilung Personal vermittelt in Zusammenarbeit mit externen und internen Referenten der Finanzverwaltung und Stadtentwicklung Grundlagen zur Tätigkeit als Führungsperson. Speziell geschätzt wird auch, dass Vertreter der Abteilung Personal persönlich anwesend sind. So ist der Personalchef persönlich an diesem Kurs beteiligt, was ein gegenseitiges Kennenlernen ermöglicht.

Im Rahmen des Projekts SENSOHR wurden Weiterbildungskurse im Bereich des Umgangs mit Belastungen angeboten. Auch wurden die Absenzen der Mitarbeitenden näher analysiert und mit den Leitungen der Dienstabteilungen besprochen, wenn grössere Schwankungen aufgetreten sind. Für das Tiefbauamt wurde ein Pilotprojekt "Gesundheit am Arbeitsplatz" vorbereitet, das 2011 gestartet wird.

Der Berufsbildungsbereich ist weiterhin ein Schwerpunkt. Die Stadt bildet in 20 Berufen rund 130 Lernende aus und beschäftigt ebenfalls gut 100 Praktikantinnen und Praktikanten. Die Anzahl der Ausbildungsplätze konnte in diesem Jahr um 13 Plätze ausgebaut werden, v. a. im Bereich der Pflegeberufe. Die Stadt Luzern übernimmt hier im Ausbildungs-

bereich als öffentliche Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion und leistet einen sinnvollen Beitrag zur Ausbildung Jugendlicher.

Das städtische Personalrecht wurde im Rahmen der Fusion von Bürger- und Einwohnergemeinde Luzern das letzte Mal 1998 revidiert. In der Zwischenzeit hat sich im Ausbildungsbereich, aber auch in der Arbeitswelt sehr viel geändert. Neue Berufsprofile sind entstanden, Kundinnen und Kunden stellen andere Anforderungen an die Dienstleistungen der Stadtverwaltung. Darum hat der Stadtrat den Auftrag erteilt, eine Teilrevision des Besoldungssystems durchzuführen. Das Ziel der Revision ist es, dass die Stadt Luzern auch zukünftig eine attraktive und wettbewerbsfähige Arbeitgeberin ist und über entsprechend motivierte und leistungsbereite Mitarbeitende verfügt. Die Dienstabteilung Personal hat diese Teilrevision vorbereitet und wird sie im Rahmen einer Projektorganisation in den Jahren 2011–2012 durchführen.

Die Dienstabteilung Personal hat sich neu organisiert und sich in drei Kompetenzzentren Personalgewinnung, Führungsberatung, Gesundheitsmanagement/Sozialversicherungen sowie im Supportzentrum Administration neu aufgestellt. Damit sollen die spezialisierten Dienstleistungen noch kunden- und zeitgerechter erstellt werden. Auch der Abschluss der Einführung des neuen Personalinformationssystems Xpert.HRM unterstützt diesen Prozess.

Volksschule

Die Informationen über das Geschäftsjahr 2010 der Volksschule sind im Bericht über den Leistungsauftrag mit Globalbudget für die Rechnung 2010 ausführlich dargestellt und diesem Bericht zu entnehmen. Nachfolgend wird nur über die Heilpädagogische Schule (HPS) berichtet, da diese nicht im Leistungsauftrag und Globalbudget enthalten ist. Gemäss Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Luzern wurden durch die HPS 22 Lernende mit geistiger Behinderung in Regelklassen integriert gefördert. Die Kantonalisierung der vier heilpädagogischen Schulen Luzern, Emmen, Sursee und Willisau ist, sofern die Teilrevision des Gesetzes über die Volksschulbildung durch den Souverän angenommen wird, auf das Schuljahr 2011/2012 vorgesehen.

Musikschule

Im Zusammenhang mit der Fusion der Musikschulen Littau und Luzern wurden auch die

beiden Musikschulkommissionen vereinigt. Die neue Musikschulkommission steht unter der Leitung des bisherigen Präsidenten der Littauer Musikschule, Bruno Bachmann. Auf die Fusion der beiden Schulen hin hat der Grosse Stadtrat ein neues Musikschulreglement und der Stadtrat eine neue Musikschulverordnung verabschiedet. Beide Dokumente regeln das Funktionieren der seit 1. Januar 2010 vereinigten grossen Musikschule mit 3'268 Lernenden und 120 Lehrenden. Organisatorisch wird die Vereinigung der beiden Schulen seit dem Schuljahr 2010/2011 gelebt.

Die im Teilzentrum Südpol irrtümlich in der falschen Qualität verlegten Dämmmaterialien in den Bodenkonstruktionen des Musikschultrakts wurden vom Generalunternehmer ausgetauscht. Die Trittschallprobleme zwischen den Sälen im Erdgeschoss und den Musikzimmern im Obergeschoss konnten damit behoben werden. Der Unterricht des Fachs Drums/Percussion und gleichzeitig Konzerte in den Sälen sind jedoch weiterhin nur beschränkt möglich. Die Lösung dieser verbleibenden akustischen Probleme ist zum Zeitpunkt der Berichterstattung Gegenstand umfangreicher Abklärungen.

An regionalen, nationalen und internationalen Musikwettbewerben erspielen sich Musikschülerinnen und Musikschüler 16 Podestplätze. Besonders zu erwähnen sind die ersten Preise des Jugendblasorchesters der Stadt Luzern am Luzerner Kantonalen Jugendmusikfest in Willisau und am Musikfestival in Göteborg.

Kultur und Sport

Die Dienstabteilung Kultur und Sport befasste sich intensiv mit den kulturpolitischen Themen rund um die Zukunft des KKL Luzern sowie Salle Modulable. Nachdem im Sommer 2010 deutlich wurde, dass die Thematik einer neuen Theaterinfrastruktur unabhängig von Salle Modulable früher oder später auf dem Tisch der politischen Entscheidungsträger stehen wird und dass diese Thematik – wie die Zukunft des KKL Luzern – einer umfassenden und übergreifenden kulturpolitischen Grundsatzdiskussion bedarf, entwickelten die Verantwortlichen Skizzen und Ideen für das Vorgehen bei einer kulturpolitischen Standortbestimmung. Das Projekt mit dem Arbeitstitel Agenda 2020 wird im Jahr 2011 starten und sollte bis Herbst 2011 die Skizzierung erster Massnahmen und Szenarien erlauben. Die laufenden Förderentscheide und Gesuchsbehandlungen im Kultur- und Sportbereich waren stark vom Sparpaket geprägt – obwohl

viele Wünsche und Ideen vorhanden sind, sieht die Stadt kaum zusätzliche finanzielle Möglichkeiten, diese zu erfüllen. Erfreulicherweise gelang es aber, die neuerliche Raumrochade der Kunsthalle zurück in die Bourbaki-Liegenschaft möglich zu machen.

Im Sportbereich prägte die Allmend-Entwicklung die Tätigkeit der Abteilung sowohl operativ als auch strategisch. Vor Ort auf der Baustelle gilt es laufend, die richtigen Detailentscheide zu treffen, um optimale Anlagen zu erhalten. Erste Teile, wie beispielsweise die vollständig neue Tennisanlage, konnten in Betrieb gehen. Strategisch wirkte die Abteilung in der Steuerungsgruppe für das Allmend-Projekt mit, wo es laufend zahlreiche übergreifende Themen und Fragen zu lösen gibt. Ein Kunst-und-Bau-Wettbewerb für die Vorzone wurde ausgeschrieben.

Investitionsbedürfnisse hat auch der Rotsee; die entsprechende Metron-Studie wurde im Frühling veröffentlicht. In einem nächsten Schritt geht es nun darum, ein Vorprojekt zu entwickeln, um auf sicheren Grundlagen über die Finanzierung und andere Grundlagen für die Realisierung zu entscheiden. Verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kultur und Sport waren in die Arbeiten rund um die neuen Grundlagen für das Sportstättenmanagement involviert; die Projektarbeit brachte viele Einsichten, die im täglichen Ablauf auch zu Vereinfachungen führen werden.

Die Chefin Kultur und Sport wirkte mit in der Gruppe, welche die neue Gesamtplanung des Stadtrates entwickelte. So wurden die Aufgabenbereiche von KUS vermehrt auch als Querschnittsthema mit grosser Aussenwirkung positioniert.

Im Integrationsbereich fand die Konsolidierung nach der Fusion mit Littau statt. Vorbereitungen für das 10-Jahr-Jubiläum im nächsten Jahr, das die Integrationsarbeit der Stadt wieder vermehrt ins öffentliche Bewusstsein rücken will, wurden getroffen.

Kinder- und Jugendzahnklinik

Das vergangene Jahr stand im Zeichen der Fusion Littau-Luzern. Die Zusammenführung der beiden unterschiedlichen Systeme in der Schulzahnpflege konnte auf den ersten Januar 2010 mehrheitlich problemlos umgesetzt werden. Einzelne Details, insbesondere im Zusammenhang mit der Gewährung der Sozialrabatte, wurden im Laufe des Jahres noch angepasst. Die Zusammenarbeit mit den Schulzahnärzten von Littau ist gut.

Im Frühjahr 2010 trat Frau Rosmarie Jenzer, Dentalassistentin, nach 25 Dienstjahren in den Ruhestand.

In den Sommermonaten war wie schon 2009 die Praxisauslastung deutlich vermindert, mit entsprechendem Umsatzrückgang. Die Ursachen sind vielschichtig und komplex. Einzelne Massnahmen, die auf eine bessere Wahrnehmung der Klinik in der Öffentlichkeit abzielen, sind ergriffen worden. Ein Flyer wurde gestaltet, der

Internetauftritt ist in Vorbereitung, für 2011 sind vorsorglich Pensenreduktionen beschlossen worden.

Seit Herbst 2010 läuft die Erarbeitung eines Q-Management-Systems in der Klinik unter Federführung des Stabs BID+.

4.2.5 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.2.5.1 Stadtkanzlei

a) Aufgaben / Dienstleistungen

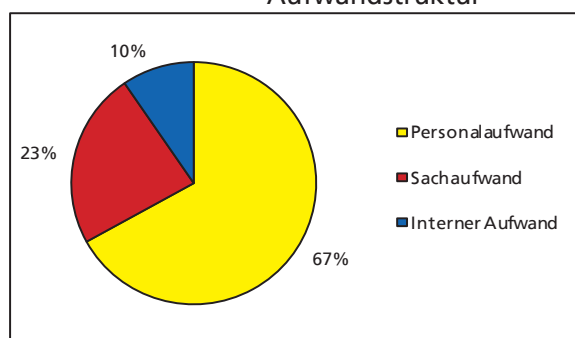
Die Stadtkanzlei ist eine wichtige Anlaufstelle für Fragen aus der Bevölkerung. Als Stabsstelle erbringt die Stadtkanzlei Dienstleistungen für den Stadtrat und die Verwaltung und führt das Sekretariat des Grossen Stadtrates von Luzern. Der Stadtkanzlei sind zwei Bereiche angegliedert: Die Stelle für Kommunikation stellt die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Luzern sicher, das Stadtarchiv gewährleistet mit der Sicherung, Aufbewahrung, Erschliessung, Auswertung und Beratung die langfristige Zugänglichkeit des überlieferungswürdigen städtischen und stadtbezogenen Schriftguts. In der Stadtkanzlei arbeiten 31 Personen (2'175 Stellenprozente).

b) Ergebnis

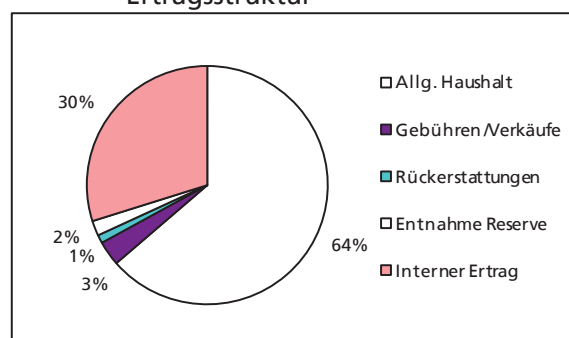
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	4'818'146	4'779'129	4'675'600	103'529	2%	-39'017	-1%
Ertrag	1'702'045	1'738'438	1'695'200	43'238	3%	36'393	2%
Ergebnis	-3'116'100	-3'040'691	-2'980'400	-60'291	-2%	75'410	2%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Kanzleidienste					
Ausgefertigte Stadtratsbeschlüsse inkl. Berichte und Anträge (B+A) und Protokollnotizen	1'316	1'193	1'234	1'169	1'198
Anzahl Beglaubigungen	486	714	705	723	746
KOMM					
Anzahl Medienorientierungen	21	38	49	37	21
Anzahl Medienmitteilungen	309	370	371	372	368
Stadtarchiv					
Neuzugang Aktenbestand in Laufmetern	94,75	85,41	57,02	110,31	742,51
Auskünfte (Benutzungstage)	1'169	1'342	1'400	1'215	1'377
Pensenaufwand für Auskünfte	50%	60%	65%	60%	68%

e) Kommentar

Trotz Fusion mit Littau hat die Anzahl ausgefertigter Stadtratsbeschlüsse (StB) nur leicht zugenommen. Einige StB-Typen wiesen allerdings in der Vergleichsperiode grössere Zunahmen auf: So hat die Anzahl der ausgefertigten Baubewilligungs-Beschlüsse wegen der Gebietsvergrößerung um +34 oder +20 % zugenommen. Die Anzahl Antworten auf und Stellungnahmen zu parlamentarischen Vorstössen erhöhte sich mit dem neuen Parlament um +23 oder +22 %.

Bei der Medienarbeit bestanden die Schwergewichte in der BZO-Revision, dem Sparpaket der Stadt Luzern, der Starken Stadtregion und der Sportarena Allmend.

Der Grossteil des Zuwachses beim Stadtarchiv ist auf die Übernahme des Gemeindearchivs Littau zurückzuführen (abgangsbereinigt rund 660 Laufmeter). Im Vergleich zum Vorjahr haben nicht nur die Benutzungstage zugenommen. Eklatant war der Anstieg bei den schriftlichen Anfragen, zum Teil mit erheblichem Komplexitätsgrad.

4.2.5.2 Musikschule

a) Aufgaben / Dienstleistungen

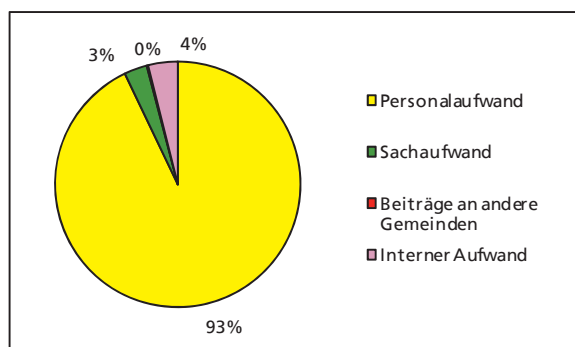
An der Musikschule werden Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt Luzern bis zum erfüllten 20. Lebensjahr zu einem vergünstigten Jugendtarif unterrichtet. Lernende von kantonalen Mittelschulen und von Aussengemeinden können zu lohnkostendeckenden Tarifen aufgenommen werden. Seit 1986 wird auch Erwachsenen Musikunterricht zu lohnkostendeckenden Schulgeldtarifen erteilt. Hauptangebot ist der Instrumental-, Gesangs- und Ensembleunterricht. Als Lehrkräfte sind diplomierte Musiklehrpersonen nach kantonalem Recht im öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis angestellt. Das Schulgeld wird in Abstimmung mit den Agglomerationsgemeinden und den kantonalen Richtlinien vom Stadtrat festgesetzt. In begründeten Fällen werden für Kinder und Jugendliche aus Luzern Schulgeldermässigungen gewährt. Der Unterricht der Musikschule findet in den Teilzentren Südpol, Dula, Spitalmühle, Warteggsschlössli, Utenberg, Unterlöchl, Moosmatt, Würzenbach, Littau Dorf, Matt, Ruopigen und Staffeln statt.

b) Ergebnis

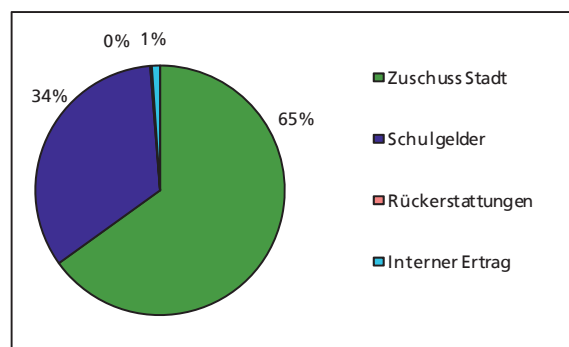
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	6'923'087	8'163'569	8'468'800	-305'231	-4%	1'240'482	18%
Ertrag	2'699'040	2'851'157	3'030'400	-179'243	-6%	152'118	6%
Ergebnis	-4'224'047	-5'312'412	-5'438'400	125'988	2%	-1'088'365	-26%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	2006 2005/06	2007 2006/07	2008 2007/08	2009 2008/09	2010 2009/10	Veränd.
Anzahl Schüler/innen total	2'867	2'930	2'950	2'856	3'268	+412
davon Erwachsene	261	273	257	315	270	-45
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	2'114	2'183	2'308	2'349	2'498	+149
Kostendeckungsgrad insgesamt	38,1%	39,8%	38,2%	40%	35,7%	-4,3%
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	40,85	41,76	41,69	41,34	48,83	+7,49

e) Kommentar

Der Kostendeckungsgrad beträgt 35,7 %. Damit wird die langjährige Vorgabe von 35 % eingehalten. Die auch in diesem Berichtsjahr im Vergleich zum Budget bessere Rechnung (+ Fr. 126'000.-) ist eine Folge der ständigen Bemühungen, die Einnahmenseite zu optimieren und diese Schule zumindest im Gruppenunterricht und im Erwachsenenunterricht über dem vereinbarten Kostendeckungsgrad zu bewirtschaften. Dies bedeutet, dass sich unsere Prognose, eine Schulgelderhöhung sei auch für das Schuljahr 2011/2012 kein Thema, erfreulicherweise bewahrheitet hat.

Der markante Anstieg der Schülerzahlen auf das Schuljahr 2010/2011 ist auf die Fusion der Musikschulen Littau und Luzern zurückzuführen.

4.2.5.3 Kultur und Sport

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Seit dem 1. Juli 2006 besteht die Dienstabteilung Kultur und Sport. Eine Organisationsentwicklung im Jahr 2008 führte zu einer Gliederung in die Bereiche Förderung und Infrastruktur. Alle Fragen rund um Kulturanlässe, -projekte und -angebote, aber auch Sportveranstaltungen und -events sowie das umfangreiche Beitragswesen sind dem Bereich Förderung zugewiesen. Der Bereich Infrastruktur verwaltet die städtischen Turn- und Sportanlagen sowie die Aulen, Singsäle, Küchen und Schulzimmer ausserhalb der Schulzeit und ist Fachstelle für Bau und Betrieb von Sportanlagen. Die Organisation der Schulsportanlagen ausserhalb der Schulzeit und die Ferien-Sportwochen sind eine gemeinsame Aufgabe. Die Stadtbibliothek als externer Betrieb in der Bourbaki-Liegenschaft fungiert zum einen als Gemeindebibliothek und zum anderen als Zentralstelle des interkommunalen Bibliotheksverbandes.

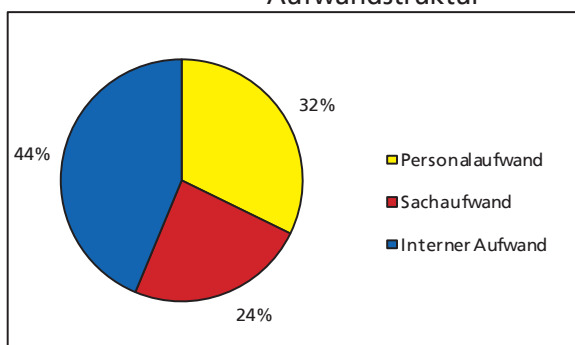
Mit zur Dienstabteilung gehört auch die Integrationsbeauftragte, welche die Aufgaben und Leistungen gemäss den periodisch vom Parlament beschlossenen Berichten und Anträgen zur Integrationspolitik erfüllt.

b) Ergebnis

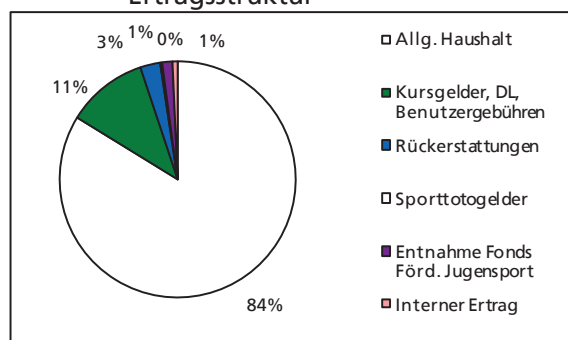
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	4'152'584	4'110'787	4'362'600	-251'813	-6%	-41'797	-1%
Ertrag	886'748	667'231	742'000	-74'769	-10%	-219'517	-25%
Ergebnis	-3'265'835	-3'443'556	-3'620'600	177'044	5%	-177'720	-5%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Die Zahlen zum Beitragswesen in der Kulturförderung werden seit einigen Jahren gemäss Grundlagenbericht Kultur-Standort Luzern vom Mai 2001, Seite 25, dargestellt, jedoch ohne anteiligen administrativen Aufwand: Aufgerechnet werden zunächst die Aufwendungen im Beitragswesen sowie ferner die Aufwendungen für das Probe- und Atelierzentrum Sedel und für den Kunstpreis. Es handelt sich weitestgehend um Subventionen bzw. Beiträge an Dritte – die Rechnungszahlen bei den entsprechenden Konti geben Auskunft über Bezüger und Höhe der Beträge im Einzelnen.

Beitragswesen Kulturförderung

	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Kulturförderung aus LR	17'582'353	16'595'645	16'578'100	17'545	0%	-986'708	-6%
Kulturförderung aus Billettsteuer	3'380'666	3'656'059	3'171'200	484'859	15%	275'393	8%
Total	20'963'020	20'251'705	19'749'300	502'405	3%	-711'315	-3%

Beitragswesen Sportförderung

	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Sportförderung aus LR	2'875'758	3'255'850	3'131'100	124'750	4%	380'092	13%
Sportförderung aus Billettsteuer	1'240'926	1'430'666	1'273'800	156'866	12%	189'740	15%
Total	4'116'684	4'686'515	4'404'900	281'615	6%	569'831	14%

Im Folgenden werden im Sinne der Fortschreibung der früheren Kennzahlen nur ganz wenige und punktuelle Leistungen der Dienstabteilung Kultur und Sport beleuchtet. Kenngrössen mit mehr Aussagekraft sind im Kulturbereich den Berichten und Rechenschaftspapieren der unterstützten Institutionen zu entnehmen, die zumeist als Vereine oder Stiftungen organisiert sind. Für das Controlling derselben durch die Verwaltung findet das Reglement über das Beteiligungs- und Beitragscontrolling Anwendung.

Kulturförderung

Rechnungsjahr	2007	2008	2009	2010	Abw.
Aufwand (exkl. Abschreibungen und Zinsen auf Kulturbeiträgen, netto) für Kulturförderung pro Einwohner/in der Stadt in Fr.	401.85	424.68	410.03	315.10	-94.93

Hallenbelegungen

	2007		2008		2009		2010		Veränderung
<i>Drittbelegung</i>	Std./Woche	Std./Jahr	Std./Woche	Std./Jahr	Std./Woche	Std./Jahr	Std./Woche	Std./Jahr	in %
Belegungen Erwachsene (E)	632	29'072	653	30'038	648	29'808	782	35'973	20.7
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	519	23'874	514	23'644	505	23'218	614	28'265	21.8
Belegungen Jugendliche (J)	908	41'768	757	34'822	800	36'806	946	43'528	18.3
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	573	26'358	593	27'278	625	28'769	779	35'823	24.5
Total E und J	1'540	70'840	1'410	64'860	1'448	66'614	1728	79'501	19.3
davon Vereinsbelegungen Turnhallen (46 Kalenderwochen)	1'092	50'232	1'107	50'922	1'130	51'987	1393	64'088	23.3
Vergleich: Schulbelegungen (40 Kalenderwochen)	1'144	45'760	1'183	47'320	1'178	47'120	1570	62'826	33.3

e) Kommentar

Durch die Fusion mit der ehemaligen Gemeinde Littau fallen die Sporthallen der Schulhäuser Littau Dorf, Fluhmühle, Matt, Rönimoos, Ruopigen und Staffeln seit 2010 in die Zuständigkeit der Stadt Luzern. Dabei handelt es sich um eine 3-fach-Turnhalle und sieben Einfachhallen. Diese Turnhallen sind bereits vor der Fusion stark ausgelastet gewesen. Die Belegungen sind vollständig übernommen worden. Der Rückgang beim Aufwand für Kulturförderung pro Einwohner/in in der Stadt Luzern lässt sich durch die Fusion Littau-Luzern und den damit zusammenhängenden Anstieg der Einwohnerzahl erklären.

4.2.5.4 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten

a) Beschreibung

Der FUKA-Fonds ist im Bereich der städtischen Kulturförderung das zentrale Instrument der Stadt Luzern für die Veranstaltungs- und Projektförderung. Der FUKA-Fonds bezweckt die Förderung und Unterstützung kultureller Projekte und kultureller Aktivitäten. Er fördert ein möglichst breites Spektrum kultureller Aktivitäten von Kulturschaffenden und Veranstaltern mit Bezug zur Stadt Luzern; dies in Form von Produktions- und Veranstaltungsbeiträgen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Innovationsförderung und auf Anschubfinanzierungen.

Herkunft der Mittel

Der Fonds wird aus dem Billettsteuerertrag der Stadt Luzern gespeist. 15 % der entsprechenden Erträge werden jährlich in den Fonds eingelegt. Die Billettsteuer wird bei den steuerpflichtigen Veranstaltern der Stadt Luzern erhoben und kommt vollends der Sport- und Kulturförderung zugute. Es handelt sich um ein Instrument, das einen finanziellen Ausgleich zwischen Sport- und Kulturförderung schafft und gleichzeitig eine verursacherbezogene Finanzierung der entsprechenden Kosten ermöglicht (Finanzierung zulasten der Veranstaltungsbesuchenden und nicht zulasten der städtischen Steuerzahlenden).

Fondsverwaltung

Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Kulturszene verfügen und als Kulturvermittler/innen in der Lage sind, über die eingehenden Gesuche zu entscheiden. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die Abteilung Kultur und Sport (Kulturförderung) ist in der Fondsverwaltung vertreten. Ihr obliegt die notwendige Koordination mit den übrigen Instrumenten städtischer, regionaler und kantonaler Kulturförderung.

b) Ergebnis

	2006	2007	2008	2009	2010
Einlage in den FUKA-Fonds (Billettsteuer)	740'230.20	720'482.05	722'181.10	693'238.80	763'008.75
Rückerstattungen	0	0	2'600.00		
Darlehen/Rückstellungen	0	0			
Total Fondseinlagen	740'230.20	720'482.05	722'181.10	693'238.80	763'008.75
Geleistete Beiträge pro Jahr	869'740.45	730'123.30	769'129.60	692'057.70	943'437.10
Fondsreserve per 1.1.	1'017'356.65	887'846.35	878'205.10	833'856.60	837'075.70
Fondsreserve per 31.12.	887'846.35	878'205.10	833'856.60	835'037.70	656'647.35

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den FUKA-Fonds geförderten kulturellen Sparten ergeben folgende Werte (in %-Anteilen):

Sparte	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Ausstellungen/Installationen	11	13	12	10	10	0
Musik inkl. CDs (alle Sparten)	24	24	25	35	23	-12
Theater/Tanz/Performance	29	28	21	25	23	-2
Film/Video	7	7	6	6	6	0
Druckkosten (inkl. Literatur)	11	5	9	8	8	0
Spartenübergreifende/diverse Projekte	18	14	23	11	23	+12
Kulturvermittlung/Verwaltung		3/6	2/2	2/3	2/5	0/+2

d) Kommentar

Im Jahr 2010 wurden an sieben Fondssitzungen rund 340 Gesuche geprüft. Zusätzlich hat eine Sitzung stattgefunden, um grundsätzliche Fragestellungen zur Förderpraxis zu diskutieren. Der FUKA-Kiosk erfreut sich weiterhin grosser Beliebtheit in der Bevölkerung, insgesamt haben im Jahr sieben Kiosköffnungen in der Heiliggeistkapelle stattgefunden. Das Kulturvermittlungsprojekt "Kostprobe" konnte vier Mal angeboten werden.

4.2.5.5 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes

a) Beschreibung

Beitragsberechtigt sind Sportvereine, Klubs und Interessengemeinschaften mit Sitz in der Stadt Luzern, die Schüler- und Jugendabteilungen für Mitglieder im Alter von 7 bis 20 Jahren führen und einen regelmässigen Trainingsbetrieb aufrechterhalten. Die Aktivitäten und Mitglieder müssen unter der Obhut von qualifizierten Leitenden stehen. Nur teilweise beitragsberechtigt sind Organisationen, die nur teil- oder zeitweise ein sportliches Programm anbieten (z. B. Pfadfinder).

Mittelverwendung

Die Fondseinlage beträgt 15 % der Billettsteuererträge, wovon in einem ersten Schritt die Vereinsbeiträge, in einem zweiten Schritt die Kopfquotenbeiträge und in einem dritten Schritt die Aufwendungen der Sportorganisationen für Angebote im Jugendsport ausgerichtet werden. Sofern danach noch Mittel vorhanden sind, kann die Fondsverwaltung weitere Beiträge an Projektgesuche sprechen.

Der Vereinsbeitrag ist ein abgestufter Grundbeitrag (Stufe I: bis 50 Aktivmitglieder, Stufe II: 51–300 Aktivmitglieder, Stufe III: ab 301 Aktivmitgliedern). Der Kopfquotenbeitrag ist ein Beitrag an die Leiterentschädigung, der sich nach der Gesamtzahl der erfassten Jugendlichen richtet.

Fondsverwaltung

Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Sportszene verfügen. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die Abteilung Kultur und Sport ist in der Fondsverwaltung vertreten.

b) Ergebnis

	2007	2008	2009	2010
Total Fondseinlagen/Billettsteuern	720'482.05	722'181.10	693'238.80	763'008.75
Ausbezahlte Beiträge pro Jahr	476'570.00	487'983.00	506'349.75	556'470.00
Entnahme für K+S Sportteil		500'000.00		
Entnahme für Jugendsport	300'310.00	238'151.20	315'292.75	64'000.00
Fondsreserve (2036.13) per 1.1.	894'767.16	838'369.21	334'416.11	206'012.41
Fondsreserve per 31.12.	838'369.21	334'416.11	206'012.41	348'551.16

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den Jugendsport-Fonds geförderten Sparten sind sehr unterschiedlich. In Franken und prozentmässig ergeben sich folgende Werte:

Sparte	2007	Anteil in %	2008	Anteil in %	2009	Anteil in %	2010	Anteil in %
Ballsportarten (Hallen, Rückschlagspiele)	96'480	20,2	104'695	21,7	95'930	18,9	123'855	22,3
Fussball und Landhockey	107'310	22,6	100'530	20,8	100'065	19,9	131'250	23,6
Leichtathletik, Turnen und polysportive Arten	86'780	18,2	81'965	17,0	88'095	17,4	91'345	16,4
Schnee-, Eis-, Bergsport	60'115	12,6	71'090	14,7	81'920	16,2	32'125	5,8
Radsport	3'915	0,8	3'685	0,8	4'255	0,8	7'885	1,4
Wassersport	50'230	10,5	48'050	10,0	55'920	11,0	39'475	7,1
Schiesssport	2'945	0,6						
Kampfsport	19'520	4,1	27'500	5,7	29'210	5,8	28'580	5,1
Diverse ⁷	44'490	9,4	40'485	8,4	47'205	9,3	95'760	17,2
Assoziierte	4'785	1,0	4'845	1,0	3'760	0,7	6'195	1,1
Total	476'570	100	482'845	100	506'360	100	556'470	100

d) Kommentar

Der Grosse Stadtrat hat am 25. Juni 2009 ein neues Reglement über den Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes verabschiedet. Dieses wurde im Jahr 2010 erstmals angewendet.

⁷ Behindertensport, Billard, OL, Golf, Fechten, Frisbee, Reiten, Rugby, Schach, Schwingen.

4.2.5.6 Stadtbibliothek

a) Aufgaben / Dienstleistungen

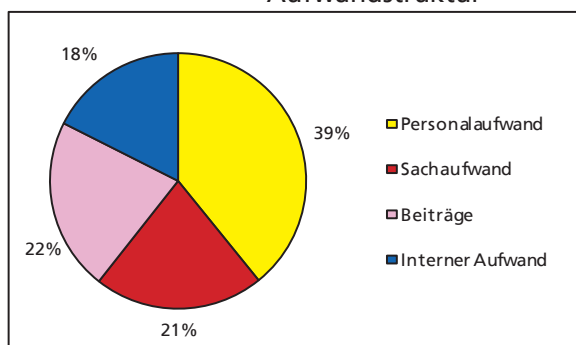
Die Stadtbibliothek Luzern ist Mitglied des Bibliotheksverbandes Region Luzern (BVL). Von den 106'000 BVL-Medien für die sieben Verbandsgemeinden waren per Ende 2008 64'200 Einheiten der Stadtbibliothek zugeteilt. Zu diesem Angebot kommen der Eigenbestand von 20'600 Medien sowie 150 Zeitungen und Zeitschriften. Den 21'000 aktiven Kundinnen und Kunden der Stadtbibliothek Luzern stehen somit insgesamt 85'000 verschiedene Medien für alle Altersstufen zur Verfügung.

b) Ergebnis

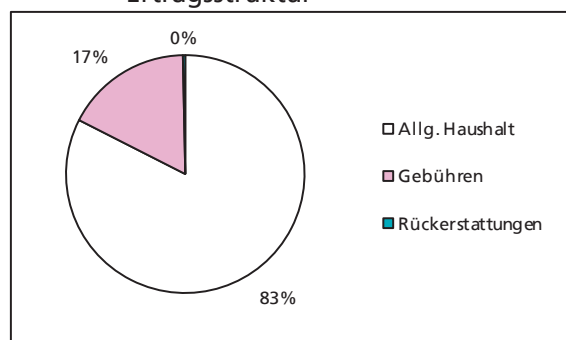
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	2'078'755	2'266'630	2'302'000	-35'370	-2%	187'875	9%
Ertrag	449'326	396'747	555'000	-158'253	-29%	-52'579	-12%
Ergebnis	-1'629'429	-1'869'884	-1'747'000	-122'884	-7%	-240'454	-15%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl Ausleihen	587'194	542'981	527'645	526'800	517'067	562'786
Bestandeszahl	88'333	89'351	85'922	84'821	85'635	97'446
Umsetzung des Bestandes	6,65-mal	6,08-mal	6,14-mal	6,21-mal	6,04-mal	5,77-mal
Ø Kosten pro Ausleihe	Fr. 3.29	Fr. 3.67	Fr. 3.73	Fr. 3.70	Fr. 4.02	Fr. 4.03
Eintritte	282'296	266'388	256'992	254'751	254'157	257'854
Kunden, aktive	21'985	21'550	20'998	20'752	20'312	21'715
Zusammensetzung						
Anteil Stadt	50,2%	49,8%	49,5%	50,3%	50,7%	56,8%
Anteil BVL	20,2%	21,0%	21,1%	20,2%	19,6%	15,9%
Anteil übrige	29,6%	29,2%	29,4%	29,5%	29,8%	27,3%

e) Kommentar

Da im Berichtsjahr erstmals auch die Zahlen der Bibliothek Ruopigen mitgerechnet wurden, ist ein direkter Vergleich mit den Vorjahren nicht mehr möglich.

Gut zehn Jahre nach dem Einzug ins Bourbaki Panorama konnte mit zwei Massnahmen im Frühling 2010 das Raumklima drastisch verbessert werden: Neue Sonnenstoren an der Hauptfassade sowie der Einbau von zwei Kühlgeräten machen nun den Aufenthalt auch im Sommer angenehm. Obwohl die Ausleihzahlen leicht gestiegen sind, sank der Ertrag erneut. Grund sind weiterhin die sogenannten Non Books, namentlich die DVDs, welche weniger stark gefragt sind bzw. zu günstigeren Konditionen ausgeliehen werden müssen.

4.2.5.7 Kinder- und Jugendzahnklinik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

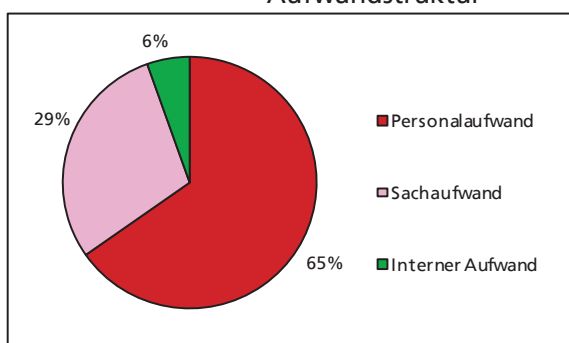
Gestützt auf das Gesundheitsgesetz vom 13. September 2005 (§ 52 Schulzahnpflege) sorgt die Kinder- und Jugendzahnklinik für die regelmässige zahnmedizinische Prophylaxe und Untersuchung im Rahmen der Schulzahnpflege. Sie ermöglicht allen vorschul- und schulpflichtigen Kindern mit Wohnsitz in der Stadt Luzern eine gute zahnärztliche Betreuung. Die Leistungen werden nach dem SSO-Tarif für Schulzahnpflege abgerechnet. Der Taxpunktwert beträgt Fr. 3.25. Die Erziehungsberechtigten tragen bis zu einem Betrag von Fr. 150.– die vollen Kosten. Behandlungskosten über Fr. 150.– werden den Erziehungsberechtigten zu abgestuften Ansätzen in Rechnung gestellt, massgebend ist die Höhe des steuerpflichtigen Einkommens plus 20 % des Reinvermögens. Die Dienstabteilung KJZK beschäftigt momentan 6 Personen (530 Stellenprozente) sowie 7 Schulzahnpflegeinstruktorinnen stundenweise.

b) Ergebnis

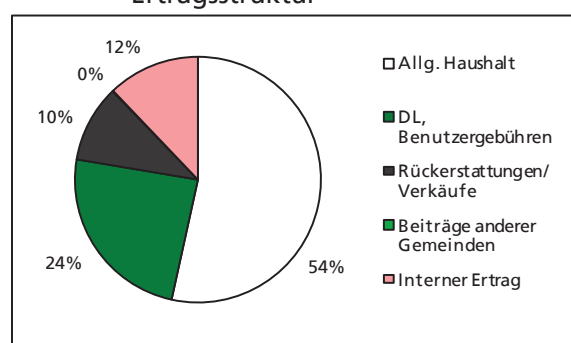
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	1'089'979	1'139'425	1'272'000	-132'575	-10%	49'445	5%
Ertrag	559'361	530'505	665'700	-135'196	-20%	-28'856	-5%
Ergebnis	-530'619	-608'920	-606'300	-2'620	0%	-78'301	-15%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anzahl untersuchte Lernende	4'299	4'236	3'911	4'038	3'550	-488
Anzahl Patienten der KJZK	1'777	2'541	2'783	2'717	2'681	-36
Anzahl Behandlungen pro Jahr	1'233	1'337	1'393	1'313	1'225	-88
Anzahl Behandlungen in Lachgas	112	97	32	62	74	+12
Anzahl Behandlungen in Vollnarkose	35	25	34	18	16	-2
Anzahl KFO-Fälle	202	160	0	0	0	0

e) Kommentar

Das budgetierte Ergebnis konnte ziemlich genau erreicht werden, allerdings nur deshalb, weil parallel zur Ertragseinbusse die Ausgaben in ähnlichem Umfang reduziert werden konnten. Die Ertragseinbusse widerspiegelt eine verminderte Klinikauslastung, was auch aus den spezifischen Kennzahlen ersichtlich ist. Anzahl Untersuchte, Patienten und Behandlungen haben deutlich abgenommen. Die Ursachen sind vielschichtig und komplex. Sicherlich hat die mit dem seit 2008 in Kraft getretenen Gesundheitsgesetz einhergehende Liberalisierung der Schulzahnpflege auch zu dieser Situation beigetragen. Beim Aufwand spielten verminderte Personalkosten (Mutationsgewinn, Nichtbesetzen einer Stelle) und (noch) nicht beanspruchte Sozialrabatte durch Patienten im neuen Stadtteil Littau eine zentrale Rolle.

4.3 Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit

Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Direktorin Umwelt, Verkehr und Sicherheit

Am 1. Januar 2010 wurde aus der Sicherheitsdirektion die Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit. Damit hat die Direktion nicht nur einen neuen Namen, sondern auch neue Themen- und Aufgabenbereiche erhalten. Diese umfassen neu die Bewirtschaftung des gesamten öffentlichen Raums in der Stadt Luzern. Neben dem Umweltbereich, der bereits in der ehemaligen Sicherheitsdirektion angesiedelt war, stellt der Verkehr eine neue Komponente im Direktionsportfolio dar.

Eine der Herausforderungen des vergangenen Jahres bildete die Integration des Tiefbauamtes. Neue Mitarbeitende für die Direktion und für diese die Zugehörigkeit zu einer neuen Direktion erforderte Anpassungsfähigkeit und Respekt, um von beiden Seiten möglichst viel Positives in die zukünftige Zusammenarbeit zu übernehmen.

Das Tiefbauamt brachte auch für mich als Direktionsvorsteherin neue Schwerpunkte in meine Arbeit. Neben der Verkehrspolitik war ich 2010 deutlich intensiver in Fragen zum Unterhalt von Strassen, Plätzen, Grünanlagen sowie in Themen wie Abfalllogistik oder Werkleistungssanierungen involviert. Gemeinsam mit den anderen Dienstabteilungen gelang es, im Laufe des Jahres die Kultur in der neuen Direktion zu entwickeln. Nebst diesen Aufgaben galt es auch, sich im Bereich Sicherheit auf die neue Organisation mit der Polizei beim Kanton einzustellen. Gleichzeitig forderte das Projekt Sparpaket alle heraus, in ihrem Bereich konkrete Vorschläge zu machen, die politisch mehrheitsfähig sein können. Ich bin mir darüber im Klaren, dass einige Massnahmen einschneidend und schmerzhaft sind.

In diesem Sinn blicke ich auf ein bewegtes, dynamisches Jahr zurück. Ein Jahr, dessen offiziellen Start wir mit allen Mitarbeitenden am 6. Januar 2010 gefeiert haben, um anschliessend die Herausforderungen gemeinsam anzupacken.

Erfolgreicher Abstimmungskampf zur nachhaltigen städtischen Mobilität

Bereits Ende Januar 2010 durfte ich mit der Unterzeichnung der Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität meinen ersten Meilenstein im Bereich "Verkehr" setzen. Die Städteinitiative, die den Prozess ausgelöst hatte, begleitete mich das ganze Jahr hindurch. Der Gegenvorschlag vermochte sich schliesslich Ende Septem-

ber in der Volksabstimmung erfolgreich durchzusetzen. Zwei Drittel der Stimmberechtigten befürworteten das neue Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität, welches somit seit dem 1. Oktober 2010 in Kraft ist.

Sichere Stadt gemäss Sicherheitsbericht

Der vor drei Jahren erstmals erstellte Sicherheitsbericht wurde im vergangenen Jahr überarbeitet und aktualisiert. Ende August konnten wir der Öffentlichkeit bekannt geben, dass die Stadt Luzern nach wie vor als verhältnismässig sicher beurteilt wird. Zahlreiche Massnahmen, die in den vergangenen Jahren umgesetzt worden sind, haben dazu beigetragen. Nun gilt es, die neuen im aktuellen Bericht vorgeschlagenen Massnahmen anzugehen.

Neues Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes

Dank dem Einbezug der betroffenen Anspruchsgruppen sowie einer breiten externen Vernehmlassung konnte das neue Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes verabschiedet werden. Mit den neuen Vorgaben wird den veränderten Bedürfnissen im Zusammenhang mit der Nutzung des öffentlichen Grundes Rechnung getragen.

Zusammenarbeitsprojekt im neuen Verband für Kehrlichtbeseitigung

Die beiden bisherigen Gemeindeverbände für Kehrlichtbeseitigung und für Abwasserreinigung der Region Luzern fusionierten zum neuen Verband REAL – Recycling, Entsorgung, Abwasser Luzern. Unter dem Namen Renergia soll eine moderne und umweltverträgliche Kehrlichtverbrennungsanlage entstehen. Dank ihrer Nähe zur Papierfabrik Perlen AG kann diese mit Dampf beliefert werden, wodurch sich eine vorbildliche Energieeffizienz ergibt. Mit einem Schlag werden damit die aktuellen Ziele des Kantons betreffend CO₂-Reduktion erreicht. Dieses Projekt wird sich nicht nur energetisch, sondern auch als Zusammenarbeitsprojekt der Zentralschweiz als Leuchtturm erweisen.

Schlussendlich sind es jedoch neben den Ereignissen vor allem die Personen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Lauf eines Jahres prägen. Ich danke daher an dieser Stelle allen Mitarbeitenden der Direktion, aber auch den Partnerinnen und Partnern in den anderen Direktionen und ausserhalb der Stadtverwaltung für ihren Einsatz im vergangenen Jahr.

4.3.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Nachhaltige Entwicklung, Strategie
(Projektplan Nr. L79101)

Fünfjahresziel
A1.1

Eine Methode zur Nachhaltigkeitsbeurteilung von Einzelvorhaben ist in der Stadtverwaltung eingeführt.

Planungen und Projekte mit potenziell relevanten Auswirkungen in wirtschaftlicher, sozialer oder ökologischer Hinsicht sollen durch die zuständigen Dienstabteilungen bezüglich Nachhaltigkeit beurteilt und allenfalls optimiert werden können. Als erstes Projekt wurde die Revision der Bau- und Zonenordnung einer Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen. Die Resultate sind im entsprechenden Erläuterungsbericht festgehalten und standen dem Kanton für die Vorprüfung und der Bevölkerung für die öffentliche Mitwirkung zur Verfügung.

Luftreinhaltung/Klimaschutz
(Projektplan Nr. L78903)

Fünfjahresziel
A1.2

Der Aktionsplan Luftreinhaltung und Klimaschutz der Stadt Luzern ist gemäss den Beschlüssen des Stadtrates in Umsetzung.

Die Umsetzung des Aktionsplans ist auf Kurs. Der erste Standbericht per Ende September 2009 zeigte gesamthaft ein positives Bild. Seither konnten weitere Massnahmen umgesetzt werden. Für die Kommunikation liegt ein übergeordnetes Konzept vor, das für zwei Massnahmen bereits erfolgreich umgesetzt wurde: "Solar heizen" und "Richtig feuern". Weitere Massnahmen konnten im Rahmen der Revision der Bau- und Zonenordnung, mit dem Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität und mit dem Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes entscheidend vorangetrieben werden.

Eventkoordination
(Projektplan Nr. L02923)

Fünfjahresziel
C3.3

Dem Parlament ist ein überarbeitetes Reglement für Veranstaltungen und die Nutzung des öffentlichen Raumes unterbreitet.

Im Oktober 2010 wurde dem neuen Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes im Stadtparlament mit grosser Mehrheit zugestimmt. Nach der Genehmigung des Reglements durch den Regierungsrat des Kantons Luzern werden die neuen Rechtsgrundlagen in Kraft treten.

Natur- und Erholungsraum Allmend
(Projektplan Nr. I77001)

Fünfjahresziel
C3.4

Erste Massnahmen aus dem B+A 24 vom 1. Juli 2009: "Natur- und Erholungsraum Allmend" sind umgesetzt.

Der Eichwald wurde als Sonderwaldreservat ausgeschieden, ein entsprechendes Massnahmenkonzept ist erarbeitet. Unter Beteiligung der relevanten Nutzergruppen der Allmend-Freiräume wurde ein runder Tisch eingerichtet, dessen Ziele die laufende Information, die Koordination der verschiedenen Nutzerinteressen und die Lösung von Konflikten (u. a. Hundenutzung) sind. Die Sanierung und Umnutzung der ehemaligen Häuserkampfanlage zur "Lernburg" (Lernort für Schulen) musste wegen Verzögerungen bei den Verhandlungen zum Waffenplatzvertrag auf 2011/2012 verschoben werden.

Sicherheitsstrategie, Realisierung
 (Projektplan Nr. L11303)

 Fünfjahresziel
 C4.1

Dem Stadtrat ist es gelungen, seine Anliegen und Forderungen an die fusionierte Luzerner Polizei im Rahmen des Sicherheitsausschusses einzubringen.

Der Sicherheitsausschuss von Stadtrat und Regierungsrat hat sich 2010 zu drei Sitzungen getroffen. Die Stadt brachte ihre Anliegen bei diesen Treffen ein. Die Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit ist zudem in regelmässigem Kontakt mit dem Kommandanten der Luzerner Polizei und dem Chef Sicherheitspolizei Stadt. Offene Fragen im Zusammenhang mit dem Vollzug von Strafbestimmungen städtischer Reglemente werden noch näher abgeklärt.

Der Sicherheitsbericht wurde überarbeitet und auf den Stadtteil Littau ausgeweitet. Von den 58 im Sicherheitsbericht 2007 zur Umsetzung empfohlenen Massnahmen wurden die allermeisten realisiert, einige eingehend geprüft.

Vandalismus und Sicherheit im öffentlichen Raum
 (Projektplan Nr. L11902)

 Fünfjahresziel
 C4.2

Durch die Zusammenführung der Massnahmen für Sicherheit und Sauberkeit in einer Direktion konnten Effizienz und Effektivität gesteigert werden.

Die Zusammenführung in einer Direktion hat die Zusammenarbeit zwischen den Dienstabteilungen Tiefbauamt, Stadtraum und Veranstaltungen sowie der Stelle für Sicherheitsmanagement vereinfacht. Mit dem vom Parlament verabschiedeten neuen Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes können ab 2011 Take-away-Betriebe verstärkt in die Pflicht genommen werden, ihren Beitrag für Sicherheit und Sauberkeit zu leisten. Da sich die Situation rund um die beiden Ausgehlokale Opera am Pilatusplatz und Knascht am Löwengraben für die Anwohnerinnen und Anwohner zunehmend verschlechtert hat, hat der Stadtrat vom Kanton gefordert, den beiden Klubs keine Bewilligungen für Verlängerungen mehr zu geben.

Agglomerationsprogramm (Mobilität)
 (Projektplan Nr. L69036)

 Fünfjahresziel
 A0.1, A4.1,
 B1.1, B2.1

Grundsatzentscheide zu Bypass, Spange Süd und Bahnzufahrt (Zürich) sind gefällt.

Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und der Kanton gaben im Herbst 2010 bekannt, dass sie die Erarbeitung des generellen Projekts für die Spange Nord und den Bypass im Jahr 2011 starten wollen. Offen ist, welchen Status die Spange Süd dabei hat.

Die SBB zeigt im Rahmenplan Bahnhof Luzern auf, dass eine wirtschaftliche Kapazitätssteigerung im Bahnknoten Luzern für eine Taktverdichtung im Fernverkehr und den Viertelstundentakt der S-Bahn Luzern nur mit einem Infrastrukturausbau möglich ist. Als Bestvariante resultiert eine neue Durchmesserlinie, die in Ebikon von der Stammlinie abzweigt, unter dem bestehenden Bahnhof einen Tiefbahnhof vorsieht und zwischen Paulusplatz und Gütschtunnel wieder in die bestehende Stammlinie mündet. In einer ersten Etappe soll der Tiefbahnhof als Sackbahnhof realisiert werden. Die Stadt Luzern ist Mitglied der Metropolitankonferenz des Metropolitanraumes Zürich. In der Arbeitsgruppe Verkehr wurden die prioritären Ausbauprojekte bei Schiene und Strasse erarbeitet. Dazu gehört der Bau des Zimmerbergbasistunnels mit einer Kapazitätssteigerung im Bahnknoten Luzern (z. B. Tiefbahnhof).

Die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms 2. Generation wurde in Angriff genommen. Das Zukunftsbild 2030 ging Ende 2010 in die Vernehmlassung.

Städte-Allianz öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz
 (Projektplan Nr. L79001)

 Fünfjahresziel
 A4.1, A4.2,
 B1.1, B2.1

Der Bund wählt für die Vorlage Bahn 2030 die Variante mit Kosten von 21 Mrd. Franken, d. h. mit Berücksichtigung des Regionalverkehrs, und die Beschleunigung Luzern–Zürich ist Gegenstand der Vorlage.

Im März 2010 gab das Bundesamt für Verkehr (BAV) die Prioritäten der Bahn-2030-Projekte aus Sicht des Bundes bekannt. Er wählt die Variante mit Kosten von Fr. 21 Mia., d. h. mit Berücksichtigung des Regionalverkehrs. Die Beschleunigung Luzern–Zürich ist Gegenstand der Vorlage. Das Projekt Tiefbahnhof wird im Rang 19 eingereiht. Bei einem Kredit von 21 Mrd. Franken können Projekte bis zum Rang 11 realisiert werden. Fazit für die Zentralschweiz: Nur bei einer bedeutenden Mitfinanzierung hat der Ausbau des Bahnknotens Luzern Realisierungschancen.

"Rotsee kurz"
 (Projektplan Nr. I64001)

 Fünfjahresziel
 B1.1, B2.1

Erste Studien für die Variante "Rotsee kurz" und der Kostenteiler für die Beiträge aus der Zentralschweiz sind erarbeitet.

Das Projekt für den Ausbau des Bahnknotens Luzern heisst Tiefbahnhof (früher "Rotsee kurz"). Im ersten Projektierungsschritt "Grundlagen für ein Vorprojekt" ist die Machbarkeit dieser Lösung nachgewiesen. Die Ergebnisse werden im Februar 2011 veröffentlicht. Die Erarbeitung des Kostenteilers wurde im Teilprojekt "Finanzierung" in Angriff genommen.

4.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick

<i>in Fr. 1'000.–</i>		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
<i>Dienst-</i> <i>abteilungen</i>		R 10	B 10	Abwei- chung	in %	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K410	Stab UVS	1'211	1'266	-55	-4%	31	30	1	3%	(1'180)		56
K411	Stadtpolizei	11'243	9'003	2'240	25%	3'799	0	3'799		(7'444)		1'559
K412	Bevölkerungs- dienste	4'050	4'436	-386	-9%	1'782	2'752	-970	-35%	(2'268)	584	
K413	Umweltschutz	4'529	4'668	-139	-3%	1'708	1'927	-219	-11%	(2'821)	79	
K414	Tiefbau	55'011	52'686	2'325	4%	33'934	32'469	1'465	5%	(21'077)	860	
K415	Stadtraum und Veranstaltungen <i>Spezialaufgaben</i>	3'398	3'358	40	1%	4'730	4'404	326	7%	1'331		286
K420	Zivilschutz	325	332	-7	-2%	117	65	52	80%	(208)		59
K421	öko-forum	500	466	34	7%	407	367	40	11%	(92)		7
	<i>Spezial-</i> <i>finanzierungen</i>											
K490	Parkingmeter	5'884	7'090	-1'206	-17%	5'884	7'090	-1'206	-17%	0		
K491	Feuerwehr	5'196	5'440	-244	-4%	5'196	5'440	-244	-4%	0		
K492	Kehricht- beseitigung	9'655	9'476	179	2%	9'655	9'476	179	2%	0		
K493	Stadtentwässerung	9'091	10'756	-1'665	-15%	9'091	10'756	-1'665	-15%	0		
Total		110'093	108'977	1'115	1%	76'334	74'774	1'560	2%	(33'759)	1'523	1'967
Nettoverbesserung											443	

Die Rechnung der Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit schliesst insgesamt besser ab als budgetiert. Die im Vergleich zum Budget um Fr. 1,15 Mio. höher ausgefallenen Aufwände konnten durch zusätzliche Erträge in der Höhe von 1,56 Mio. mehr als kompensiert werden.

Die Ergebnisverbesserung beim Stab lässt sich hauptsächlich mit einem geringeren Personalaufwand erklären.

Die Rechnung des Kontos der ehemaligen Stadtpolizei schliesst mit einem Ertragsüberschuss ab. Dieser ist darauf zurückzuführen, dass die Auflösung der Rückstellung für die Kosten der Unterdeckung der Pensionskasse den Aufwand deutlich übertraf.

Die Bevölkerungsdienste verzeichnen eine Ergebnisverschlechterung. Zu Einnahmeausfällen führte hier die Kantonalisierung des Pass-/ID-Geschäfts. Im Weiteren trägt zum negativen Ergebnis bei, dass in der ehemaligen Gemeinde Littau die Vorauszahlungen für Einbürgerungsgesuche bereits direkt als Einnahmen verbucht wurden.

Bei der Rechnung des Umweltschutzes führten die Auszahlung von nicht mehr kompensierbaren Überzeitguthaben und höhere Raumkosten am neuen Standort zum leicht verschlechterten Ergebnis.

Das Tiefbauamt schliesst mit einem deutlichen Mehraufwand ab. Auf der Einnahmeseite fehlen hier die budgetierten Bestattungsge-

bühren in der Höhe von Fr. 0,5 Mio. Zudem wurde der Personalaufwand zu tief budgetiert. Weitere Informationen zum Tiefbauamt inklusive der Spezialfinanzierungen Kehrichtbeseitigung und Stadtentwässerung können dem detaillierten Bericht zum Globalbudget entnommen werden.

Die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen erreicht eine Ergebnisverbesserung. Diese ist einerseits auf den geringeren Personalaufwand, andererseits auf einen deutlichen Mehrertrag im Bereich der Parkkarten zurückzuführen.

Bei der Spezialfinanzierung Parkingmeter zeigt die Auswertung der Parkgebühren aus dem ersten ganzen Kalenderjahr nach der Einführung der neuen Parkraumbewirtschaftung (Umwandlung blaue in weisse Parkfelder), dass die Einnahmen nicht im geplanten Umfang gesteigert werden konnten. Die Gründe liegen bei den verhältnismässig zu tiefen Preisen für Tageskarten. Anpassungen der Preisstruktur sind in Planung.

Die Rechnung der Feuerwehr Stadt Luzern schliesst gegenüber dem Budget um Fr. 1,1 Mio. besser ab. Dies ist auf geringeren Aufwand für Langzeiteinsätze und die erschwerte Budgetierung durch die unterschiedlichen Ansätze für die Pflichtersatzabgabe in Luzern und Littau zurückzuführen.

4.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab

Der Stab unterstützt die Direktorin Umwelt, Verkehr und Sicherheit bei ihrer politischen Arbeit, der Führung sowie in Fragen von Strategie und Kommunikation. Er nimmt die administrative Leitung der Direktion wahr und koordiniert innerhalb der Direktion, der Stadtverwaltung und gegen aussen.

Neben den Kernaufgaben engagierte sich der Stab stark für die Projekte Starke Stadtregion, Sparpaket und Überarbeitung der Gesamtplanung. Eine zentrale Rolle spielte zudem die Integration des Tiefbauamtes in die neue Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit. Der Stab setzte sich intensiv mit Fragen der Verkehrspolitik sowie der Nutzung und des Unterhalts von Strassen, Plätzen, Grünanlagen und Kanalisation auseinander. Er unterstützte dabei das Tiefbauamt und die Direktionsvorsteherin.

Im Sommer hat der Stadtrat das Projekt "Parkraumbewirtschaftung" in Auftrag gegeben. Damit werden die Bewirtschaftung des Parkraums und die Regelungen der Zufahrten zur Altstadt überprüft, vereinheitlicht und vereinfacht.

Der Rechtsdienst leitete die Revision des Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grundes. Der Grosse Stadtrat hat das revidierte Reglement am 28. Oktober 2010 beschlossen.

Die Stelle für Sicherheitsmanagement koordinierte die Überarbeitung des Sicherheitsberichts aus dem Jahr 2007. Der Bericht umfasst nun auch den Stadtteil Littau und ist auf der Internetseite der Stadt abrufbar. Von den 58 im Sicherheitsbericht 2007 zur Umsetzung empfohlenen Massnahmen sind inzwischen die meisten realisiert.

Gemeindeführungsstab

Für die Arbeit des Gemeindeführungsstabes gilt seit dem 1. Januar 2010 die neue Verordnung über die Bewältigung von Katastrophen, Notlagen und anderen Grossereignissen. Schwerpunkte der Arbeit bildeten 2010 die Auswertung der Pandemiebewältigung 2009 und die Lehren daraus sowie eine umfangreiche Stabsübung zu den Auswirkungen eines grossflächigen Stromausfalls in der Stadt Luzern. Dabei kam erstmals die neu geschaffene Führungsunterstützung zum Einsatz. Für diese Aufgabe wurden rund 20 Angehörige der ZSOpilatus ausgebildet.

Der Gemeindeführungsstab hat zudem die Einsatz- und Führungsdokumentation überarbeitet und auf die Erfordernisse einer Ereignisbewältigung im urbanen Raum ausgerichtet.

Bevölkerungsdienste

Die Eingliederung der Gemeinde Littau in die Fachbereiche der Bevölkerungsdienste erfolgte reibungslos und aufgrund der Rückmeldungen der Bevölkerung zur vollen Zufriedenheit.

Die Einwohnerdienste waren mit der Umsetzung des letzten Meilensteins im Projekt Registerharmonisierung besonders gefordert. Dank dem enormen Effort aller Beteiligten konnten die Zielvorgaben des Bundes und des Kantons eingehalten werden. Neu sind alle Einwohnerinnen und Einwohner einer Wohneinheit (Wohnung/Einfamilienhaus) zugeordnet. Die Grundsteine für die neue Volkszählung sind somit gelegt. Neu werden die Daten aus den bestehenden Verwaltungsregistern mit Stichprobenerhebungen bei Personen und Haushalten kombiniert.

Am 27. und 28. September 2010 führte die Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen beim Regionalen Zivilstandsamt Luzern eine Inspektion durch. Diese findet mindestens alle zwei Jahre statt. Die Aufsichtsbehörde kontrollierte die Beurkundungen der Jahre 2008 und 2009 stichprobenartig und attestierte den Mitarbeitenden des Regionalen Zivilstandsamtes unter der Leitung von Madlen Brunner gute Arbeit. Diese wird pflichtbewusst, speditiv und gesetzeskonform erledigt.

Die neuen Mitglieder der Bürgerrechtskommission haben sich Anfang Jahr rasch in die Materie eingearbeitet. Die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und der Verwaltung war äusserst angenehm und speditiv. Dadurch konnten sämtliche pendenten Gesuche der Jahre 2005 und 2006 aus dem Stadtteil Littau behandelt werden. Die behandelten Gesuche aus dem übrigen Stadtgebiet wurden in den Jahren 2008 und 2009 beim Ressort Bürgerrechtswesen eingereicht.

Durch die Fusion erhöhte sich die Anzahl Stimmberechtigter um über 9'000 Personen auf rund 51'200 Stimmberechtigte. Das Niveau der Stimmbeteiligung der neuen Stadt lag trotz der tieferen Stimmbeteiligung im Stadtteil Littau im langjährigen Vergleich nur leicht unter dem gewohnten Stand der bisherigen Stadt Luzern. Der Urnengang vom 13. Juni 2010 wies mit 25 % die tiefste Stimmbeteili-

gung (keine eidg. Vorlagen) aus, derjenige vom 28. November 2010 mit 56 % die höchste. Mit der neuen erweiterten Kreisorganisation wurden auch die einzelnen Kreise des neuen Stadtteils Littau gesondert ausgezählt. In der früheren Gemeinde Littau gab es nur ein Gesamtergebnis.

Das neue Urnenlokal am Sonntagmorgen in der Heiliggeistkapelle beim Stadthauspark, welches das bisherige im Mittelschulzentrum Hirschengraben ablöste, hat sich bewährt.

Umweltschutz / öko-forum

Am goldenen Energiesamstag vom 9. Januar 2010 feierten die Luzernerinnen und Luzerner die Übergabe des "European Energy Award Gold", der höchsten Auszeichnung für Energiestädte in Europa. Als Energiestadt und Mitglied des europäischen Klimabündnisses ist die Stadt Luzern auf detaillierte Kenntnisse zu den Energieverbräuchen und den Treibhausgasemissionen angewiesen. Mit EcoRegion steht dem Umweltschutz neu ein internetbasiertes EDV-Hilfsmittel zur jährlichen Erfassung und Bilanzierung der relevanten Daten zur Verfügung.

Die Daten bilden eine wichtige Grundlage für die laufende Erarbeitung der städtischen Energie- und Klimastrategie, die dem Stadtparlament 2011 als Gegenvorschlag zur Initiative "Luzern mit Strom ohne Atom" unterbreitet wird.

Bei der Umsetzung des Aktionsplans Luftreinhaltung und Klimaschutz konnten weitere Fortschritte erzielt werden:

- Unter einem gemeinsamen kommunikativen Dach wurden die Programme "Solar heizen" und "Richtig feuern" lanciert.
- Grossveranstaltungen sollen in Zukunft vor allem mit öffentlichen Verkehrsmitteln besucht werden. Das neue Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes legt hierzu die rechtliche Basis.
- Zwei Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs und zur Förderung erneuerbarer Energieträger im Gebäudebereich werden mit der Revision der Bau- und Zonenordnung umgesetzt.

Die 2009 eingeführten Umweltkontrollen auf Baustellen konnten 2010 auf den Tiefbau ausgedehnt werden. Damit wird jetzt auf sämtlichen Baustellen in der Stadt Luzern stichprobenmässig die Einhaltung der Umweltvorschriften kontrolliert. An sechs Kontrolltagen wurden 34 Baustellen mit total 128 Baumaschinen kontrolliert. 10 % der kontrollierten Maschinen mussten beanstandet werden –

doppelt so viele wie im Vorjahr. Der Grund dürfte in neuen und strengeren gesetzlichen Anforderungen zu finden sein.

Parallel mit den laufenden Arbeiten zur neuen Gesamtstrategie für die städtischen Familiengärten wurde für die im Bereich der ehemaligen städtischen Kehrdeponie im Friedental liegenden Familiengartenareale ein umfassendes Entwicklungskonzept (Freiraum- und Gestaltungskonzept, Sanierungsprojekt) erarbeitet. Weitere Arbeiten betreffen die Neuordnung des Bauens in den Arealen, die Evaluation möglicher Ersatzareale sowie die Klärung verschiedener organisatorisch-rechtlicher Fragen.

Im Rahmen des Internationalen Jahres der Biodiversität organisierte der Umweltschutz zusammen mit Partnerorganisationen fünf Veranstaltungen, die mit insgesamt über 2'000 Besuchern bei der Bevölkerung auf ein grosses und sehr positives Echo stiessen.

Im Hinblick auf die Förderung und bessere Vernetzung ökologischer Ausgleichsflächen wurde unter Beteiligung der Landwirte ein Vernetzungsprojekt (gemäss Öko-Qualitätsverordnung) erarbeitet. Die Umsetzung startet nach Genehmigung durch den Kanton im Frühjahr 2011.

Weitere Tätigkeiten des Umweltschutzes im Jahr 2010 waren unter anderen:

- Erarbeitung von fachlichen Grundlagen für die laufende BZO-Revision
- Ökologische Baubegleitung, Planung und Umsetzung von Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen bei grösseren Bauvorhaben (z. B. Ausbau Zentralbahn, Sanierung Muesgmauer, A2-Cityring)
- Grössere ökologische Aufwertungsmassnahmen (z. B. Rotsee-Friedental, Dorenbach, Dietschiberg, Unterlöchli)
- "Luzern grünt"-Jahreskampagne "Pioniere" (Wildgehölzabgabe, Kurse, Exkursionen).
- Mitwirkung bei der Totalrevision der kantonalen Schutzverordnung Rotsee

Auch unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung hat sich der Umweltschutz mit der Revision der Bau- und Zonenordnung beschäftigt. Mittels einer Nachhaltigkeitsbeurteilung wurden die Auswirkungen der vorgesehenen Revision in gesellschaftlicher, ökologischer und ökonomischer Hinsicht qualitativ beurteilt und dokumentiert.

Die Anzahl der Beratungen durch das öko-forum belief sich auf 13'300. Die Umweltbib-

liothek verzeichnete 11'100 Ausleihen. Das Angebot der beliebten Tageskarten Gemeinde wurde im Zuge der Fusion mit Littau von 12 auf 19 Karten weiter ausgebaut.

Tiefbauamt

Im Herbst entschied sich der Souverän gegen die VCS-Initiative und nahm den Gegenvorschlag der Stadt an. Dieser formuliert die Grundsätze für eine nachhaltige städtische Mobilität in einem Reglement behördenverbindlich und beauftragt die Stadt, quantitative Ziele für die Mobilitätsentwicklung in einer Gesamtverkehrssicht abgestimmt mit der Agglomeration zu formulieren.

Das Projekt Schweizerhofquai wurde bis auf den Deckbelageinbau abgeschlossen, der Neubau der Langensandbrücke fertiggestellt. Der sanierte Mühlenplatz konnte der Öffentlichkeit übergeben werden, und die Werkleitsanierung in der Altstadt kam um eine Etappe voran. Die Ausführungsprojektierung der Vorzone Allmend gestaltete sich anspruchsvoll. Das Projekt "Fiber to the Home" von ewl und Swisscom, in dessen Rahmen das Glasfasernetz ausgebaut wird, forderte die Baukoordination enorm: Statt rund zehn Aufgrabungen jährlich waren es mehrere Hundert. Die Arbeiten für die städtebauliche Aufwertung der Achse Grendel-Grabenstrasse wurden wieder aufgenommen. Weniger glücklich verliefen andere Projekte: Abbruch Schlossberg, Abbruch Dammdurchbruch, Verzögerungen Sanierung Spreuerbrücke, Verzögerungen Bus Büttene. Die Ressourcen für Verkehrsplanung und Projektentwicklung waren sehr stark überlastet, und für eine Aufarbeitung der Mobilitätssituation im neuen Stadtteil Littau/Reussbühl blieb noch keine Zeit.

In den Regiebetrieben Stadtgärtnerei und Strasseninspektorat wurden die neuen Strukturen aus der Fusion konsolidiert und die neuen Mitarbeiter vollständig integriert. Die Stadtgärtnerei bezog den neuen Standort Ried und konnte die in Aussicht gestellten Synergien durch verbesserte betriebliche Abläufe vollumfänglich realisieren.

Ausserordentlich war der Winter (viermal grösserer Aufwand als das langjährige Mittel). Stark gefordert war die Abfalllogistik, welche die Umstellung auf die Einmalsammlung zeitgerecht umsetzte. Für die Stationierung der Ressourcen im Stadtteil Littau/Reussbühl wurde ein neuer Standort evaluiert. Die Stadtentwicklung im Zentrum führte zur Kündigung des alten Standorts.

Die Zusammenführung und Aktualisierung der Friedhofreglemente Luzern und Littau wurde vom Parlament abgelehnt. Damit können dringende Sanierungen und Modernisierungen an den Friedhofanlagen nicht im vorgesehenen Umfang realisiert werden.

Für die Werterhaltung der riesigen Inventare bewilligte das Parlament einen Rahmenkredit von Fr. 2,8 Mio. für die Sanierung von 20 kleineren Kunstbauten und von Fr. 4,05 Mio. für die Sanierung verschiedener Kanalisationsabschnitte im Stadtteil Littau/Reussbühl.

Der neu geschaffene Bereich Siedlungsentwässerung/Naturgefahren übernimmt die Verantwortung für das grösste Inventar mit einem Wiederbeschaffungswert von etwa Fr. 1,2 Mia., baut die Kompetenzen im Umgang mit Naturgefahren wie Hochwasser, Sturz/Rutsch, Erdbeben auf und entlastet den überforderten Bereich Verkehr und Infrastrukturprojekte.

Das Sparpaket 2011 gab den Anstoss, das Globalbudget weiterzuentwickeln und den Leistungsauftrag konsequent auf die vier Infrastrukturen (Strassennetz, Siedlungsentwässerung/Naturgefahren, Grünräume, Abfallbewirtschaftung) in der Zuständigkeit des Tiefbauamts auszurichten. Damit entsteht eine grössere Kosten-Leistungs-Transparenz für die Steuerung. Die Projektabwicklung orientiert sich neu am Phasenmodell SIA 112 (Branchenstandard). Für jedes Projekt wird ein Projektauftrag erstellt. Der Aufbau des zugehörigen Projektcontrollings ist für das kommende Jahr geplant.

Stadtraum und Veranstaltungen

Die Dienstabteilung STAV umfasst die Bereiche Managementsupport, Stadtrauminspektorat und SIP mit insgesamt 2'000 Stellenprozenten. Unterstützt werden die Mitarbeitenden durch Zivildienstleistende, Berufs- und Hochschulpraktikanten.

Verschiedene Baustellen prägten den Start und den Aufbau der neuen Dienstabteilung. Der zweimalige Umzug (vom Hirschengraben an die Winkelriedstrasse 7 und schliesslich an die Winkelriedstrasse 12a) ermöglichte einerseits, jeweils Optimierungen vorzunehmen, andererseits musste der volle Dienstleistungsbetrieb jederzeit gewährleistet werden. Verschiedene Schnittstellen (Aufgaben ehemalige Gewerbe- und Gesundheitspolizei, Luzerner Polizei, Baudirektion) konnten im Dialog bereinigt werden. Die erneut stark wachsende

Zahl von Gesuchen für die vielfältige Inanspruchnahme von öffentlichem Grund, die Zunahme von Boulevardrestaurants sowie die hohe Zahl verkaufter Parkkarten (Anwohner, Tageskarten) hat die Abteilung in der Aufbau-phase sehr gefordert. Verschiedene Rückmeldungen der Öffentlichkeit zu Geschäftsauslagen und zum Taxibereich haben in der Folge zu Kontrollen mit entsprechenden Massnahmen geführt. Es wurde ein intensiver Dialog mit den Medien, Quartiervereinen, Wirtschaftsverbänden und weiteren Partnern gepflegt. Die enorme Zunahme des Cartourismus hat diverse Optimierungsmassnahmen beim Einsatz der Parkplatzwärter veranlasst.

Die Weiterentwicklung des neuen Reglements über die Nutzung des öffentlichen Grundes wurde aus der Praxis mitbegleitet. Die Abteilung arbeitet mit verschiedenen internen und externen Stellen zusammen. Sie pflegt auch einen engen Dialog zu gleichartigen Stellen in anderen Städten und zum Städteverband.

Zivilschutz

Die ZSOpilatus ist eine Nothilfeorganisation und versteht sich als bedürfnisorientierter Dienstleistungsbetrieb. Mit Dienstanlässen wird nebst dem Beüben der fachdienstlichen Tätigkeit immer auch eine Wertschöpfung für die Gemeinschaft angestrebt. Ausbildungssequenzen auf Übungspisten und in Theorie-lokalen werden auf das absolut notwendige Minimum beschränkt.

Für die Gemeinden Horw, Kriens und Luzern erbrachte die ZSOpilatus an insgesamt 3'270 Diensttagen Arbeitsleistungen in Form von Einsätzen für Veranstaltungen, sozialdienstlichen Einsätzen, Pflege von Wald und Landschaft, Wartung und Unterhalt von Schutzanlagen der Gemeinden sowie Unterstützung kommunaler Führungsorgane und Kulturgüterschutz. Das entspricht einem Leistungsumfang von ungefähr 13,5 Personenjahren.

Der Betreuungsdienst der ZSOpilatus unterstützte die Betagtenzentren der Stadt, indem bei Bedarf zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt wurde. Sie halfen mit, als das BZ Dreilinden 2010 für seine Bewohner eine Hotel-Erlebniswoche durchführte. Mithilfe des Zivilschutzes konnte das BZ Wesemlin den Bewohnern beim Umzug aus den Provisorien Hirschpark und Eichhof eine Eins-zu-eins-Betreuung gewähren.

Während zweier Wochen halfen 30 Pioniere der ZSOpilatus dem Familiengärtnerverein Kriens, die Gartenanlage in den Roggern zu renaturieren. Dazu mussten Gartenhäuschen abgebaut, Fundamente, Gehwege, Leitungen, Hecken, Bäume und Hangverbauungen entfernt und das Gelände geebnet werden. Im Bireggwald wurden verlandete Bachläufe gesäubert und die darin verbauten Bachrechen erneuert.

Bei den Wartungs- und Unterhaltsarbeiten von Schutzbauten kam es im vergangenen Jahr zu einer erheblichen Mehrbelastung. Mit dem Gebiet Littau kamen drei weitere Bauten dazu, und seit dem Sommer wird auch die Zivilschutzanlage Sonnenberg wieder durch die ZSOpilatus gewartet. Diese Entwicklung war vorhersehbar, und die Anpassungen im Arbeitskonzept konnten frühzeitig vorgenommen und erprobt werden.

Die Nothilfeformation "Cobra" war für eine Woche im Urserntal im Einsatz. Rund 50 Personen leisteten während einer Woche wertvolle Hilfe beim Wiederaufbau der von den Schneemassen beschädigten Infrastruktur.

Die Ausbildung von Stabsassistenten gehört zu den Aufgaben, die vorwiegend in Theorie- und Schulungsräumen stattfinden. Die ZSOpilatus hat im letzten Jahr 60 Zivilschützer zur Unterstützung der Führungsorgane in den Gemeinden Kriens, Horw und Luzern ausgebildet. An der Stabsübung der Stadt im vergangenen Herbst kamen sie erstmals zum Einsatz und haben erfolgreich zum Gelingen der Übung beigetragen.

Feuerwehr

Im Berichtsjahr 2010 bewältigte die Feuerwehr Stadt Luzern 534 alarmmässige und 249 geplante Einsätze wie Bereitschaftsdienste bei Grossanlässen oder Wachdienste im Luzerner Theater. Die konsequente Auswertung der Einsätze und das Einfließen der Erkenntnisse in die Ausbildung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Auch 2010 konnten wertvolle Lehren gezogen werden. Es darf aber auch festgestellt werden, dass nebst den Alltagsereignissen auch die grösseren und anspruchsvollen Einsätze sehr gut bewältigt wurden. Trotz einer hohen Zahl an Personenrettungen kam niemand schwerwiegend zu Schaden.

In über 60 Projekten und Verbesserungsmassnahmen wurden die Organisation und Einsatzmittel überprüft und weiter optimiert. Dazu gehören beispielsweise:

- Gesundheits-Check für Feuerwehrleute
- Einführung eines zusätzlichen Arbeitsfunkkanals, der eine lückenlose Funkverbindung sicherstellt
- Überprüfung der Organisation der Dienstabteilung inkl. Nachfolgeplanung
- Öffentlichkeitsarbeit durch einen interessant gestalteten Feuerwehr-Aktionstag
- Einbau von Navigationsgeräten in Fahrzeugen
- Neu- und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Einsatzmitteln
- Umbau von Werkstätten und Garderoben
- Elektronisches Anzeigesystem mit Grossbildschirm in den Fahrzeughallen
- Aktualisierung des Sicherheitsberichts

Mit sehr hohem Engagement in allen Bereichen und auf allen Stufen wurde Überdurchschnittliches erreicht. Die sehr guten Ergebnisse waren nur dank dem hochmotivierten Einsatz aller Feuerwehrangehörigen und einer gemeinsamen, für Veränderungen offenen Haltung möglich.

Die laufenden Anpassungen der Einsatzdispositive für die Grossbaustellen Cityring A2, Stadion- und Hochhäuserbau Allmend sowie Allmendtunnel Zentralbahn stellen nebst der Vielzahl von laufenden Anpassungen an der Einsatzplanung für die Altstadt, den Kulturgüterschutz und die Neubauten eine Herausforderung dar, die mit grossem Aufwand bewältigt wird.

Trotz den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gelingt es noch immer, neue Leute für den aktiven Feuerwehrdienst zu motivieren und so austrittsbedingte Lücken im Miliz-Korps zu schliessen.

Zwei Jahre nach der Fusion der Feuerwehren Stadt Luzern und Littau wurde deren Konsolidierung abgeschlossen. Die Kulturen der beiden Wehren haben begonnen, sich zu durchmischen. Trotzdem bleiben die Erhaltung und Förderung der guten Motivation, des Zusammengehörigkeitsgefühls und der Kameradschaft eine Daueraufgabe, bei der alle Führungskräfte gefordert sind.

4.3.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.3.4.1 Stadtraum und Veranstaltungen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen (STAV) ist verantwortlich für die Umsetzung des Reglements über die vorübergehende Benützung des öffentlichen Grundes, des Reglements über das Taxiwesen, des Marktreglements und dessen Verordnung sowie des Reglements und der Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung beim Dauerparkieren auf öffentlichem Grund. Sie bearbeitet Bewilligungen für die temporäre Nutzung des öffentlichen Grundes (Standaktionen, Promotionen, Goodwill-Aktionen, kleinere, mittlere und grosse Anlässe, Plakate, temporäre Illuminationen). Sie koordiniert und erteilt Bewilligungen für die Durchführung der traditionellen Märkte sowie der Herbstmesse. Im Weiteren bewirtschaftet sie die kommerzielle Nutzung des öffentlichen Grundes (Boulevard-Restaurants, Geschäftsauslagen, Verkaufsstände) inkl. Bewilligungen und Kontrolle. Sie fakturiert sämtliche temporären Inanspruchnahmen des öffentlichen Grundes durch Baustellen. Bei Events und grösseren Veranstaltungen unterstützt sie die Veranstalter durch Vermittlung von Kontakten und Koordination von Bedürfnissen seitens der Veranstalter und der Stadt. Sie erteilt die Bewilligung hierfür und ist verantwortlich für die Kontrolle. Auf der Basis des Taxireglements erteilt sie Bewilligungen im Taxiwesen, nimmt Chauffeurprüfungen ab und setzt die gesetzlichen Grundlagen um. Die Abteilung bewirtschaftet den gesamten öffentlichen Parkraum und erteilt die Ausnahmegewilligungen im Strassenverkehr. Die Parkplatzwärter gewährleisten die Organisation des Carbetriebes in der Stadt. In der Pilzsaison zeichnet die Abteilung STAV für die Pilzkontrolle verantwortlich. Durch die SIP wird das Sicherheitsgefühl und die gegenseitige Rücksichtnahme im öffentlichen Raum gefördert. Dies erfolgt durch Vermittlung bei Konflikten, die Kommunikation von Verhaltensregeln und die Förderung der friedlichen Koexistenz.

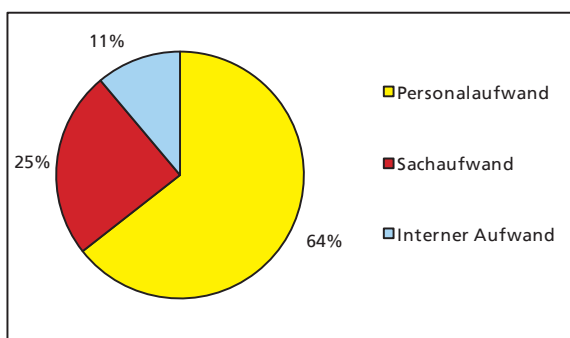
Die Abteilung STAV beschäftigt 22 Personen mit 2'000 Stellenprozenten. Im Sommer erhöht sich die Anzahl der beschäftigten Personen durch SIP-Teilzeitangestellte innerhalb der bewilligten Stellenprozente.

b) Ergebnis

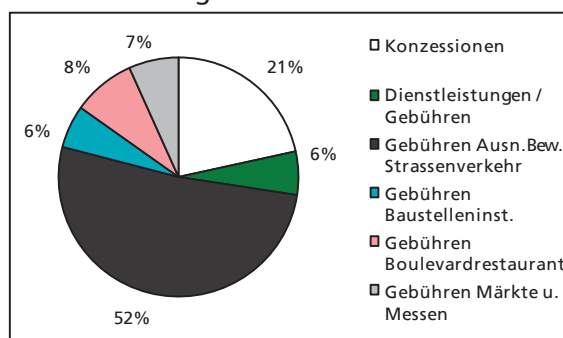
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand		3'398'466	3'358'400	40'066	1%		
Ertrag		4'729'929	4'404'000	325'929	7%		
Ergebnis		1'331'464	1'045'600	285'864	27%		

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Stadtraum und Veranstaltungen

bis 30.6.2009 Gewerbe- und Gesundheitspolizei

Anz. Bewilligungen für Benützung öffentl. Grundes

Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe

- durch STAV

- durch das Amt für Gastgewerbe (Kanton)

	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anz. Bewilligungen für Benützung öffentl. Grundes	757	798	834	854	976	14%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe	1'612	1'728	1'381	1'439	1'673	16%
- durch das Amt für Gastgewerbe (Kanton)	585	824	632	820	476	-42%

e) Kommentar

Wegen der hohen Attraktivität und der grossen Beliebtheit der Stadt Luzern hat die Gesuchszahl für die vielfältige Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes im Jahr 2010 mit einem Plus von 14 % erneut stark zugenommen. Im 5-Jahres-Vergleich ist die Gesuchszahl um gegen 30 % gestiegen, was eine hohe Belastung der knappen Ressourcen mit sich brachte. Zudem erfordern die zahlreichen Gesuche eine präzise Planung und führen oftmals infolge Übernutzung des öffentlichen Raumes zu einer Absage an die Gesuchstellenden.

4.3.4.2 Bevölkerungsdienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Bevölkerungsdienste umfassen die Bereiche Einwohnerdienste, Regionales Zivilstandsamt, Bürgerrechtswesen sowie Wahlen und Abstimmungen. Die Dienstabteilung beschäftigt 30 Personen (2'690 Stellenprozente).

Die *Einwohnerdienste* führen das Einwohnerregister. Darunter fallen das Registrieren von Zu-, Weg- und Umzügen, die administrative Verarbeitung von zivilrechtlichen Ereignissen der Einwohnerinnen und Einwohner, das Erstellen von Ausweisen, Zeugnissen und Bescheinigungen, das Registrieren von Aufenthaltsbewilligungen von ausländischen Staatsangehörigen, die Bearbeitung von Adressanfragen und das Erteilen von Auskünften an Amtsstellen. Im Weiteren veranlassen die Einwohnerdienste die Mitteilung der Einwohnerdaten an Amtsstellen, das Erstellen von Einwohnerstatistiken und das Organisieren von Zählungen und Erhebungen. Zum weiteren Aufgabenbereich gehören das Führen des Hunderegisters, das Inkasso der Hundesteuer sowie die Stimmrechtskontrolle bei Initiativen und Referenden von Bund, Kanton und Stadt.

Das *Regionale Zivilstandsamt* ist zuständig für die Beurkundung des Personenstandes der Bürgerinnen und Bürger und Einwohnerinnen und Einwohner des Zivilstandskreises Luzern (Geburt, Anerkennung, Eheschliessung, Tod). Weitere Aufgaben sind Beratung in ehe-, namens- und bürgerrechtlichen Angelegenheiten aufgrund von Geburten und Eheschliessungen sowie Durchführung von Ziviltrauungen. Dem Regionalen Zivilstandsamt ist das Bestattungsamt der Stadt Luzern angegliedert. Die Eintragungen in den Zivilstandsregistern bilden die Grundlage für die Ausstellung von Zivilstandsdokumenten zum Beweis der personen- und familienrechtlichen Stellung jeder Bürgerin und jedes Bürgers, für den Nachweis des Bürgerrechtes in der Heimatgemeinde und damit des Schweizer Bürgerrechtes, für die Abgabe von Ausweispapieren wie Heimatscheinen, Identitätskarten, Reisepässen, für vormundschaftliche Massnahmen, für die Feststellung der Erben, das Bestattungswesen, die militärische Aushebung, die Bevölkerungsstatistik, genealogische Forschungen und wissenschaftliche Erhebungen usw.

Anlaufstelle für einbürgerungswillige Personen schweizerischer und ausländischer Nationalität ist der Fachbereich *Bürgerrechtswesen*. Er ist zuständig für den administrativen Bereich bei der Zusage/Erteilung des Stadtluzerner Bürgerrechtes, von der Beratung der Gesuchstellenden, der Kontrolle und der Ergänzung der Unterlagen, den dazu erforderlichen Abklärungen, der Vorbereitung der Sitzungen der Bürgerrechtskommission und des Stadtrates bis zur positiven Entscheidung an die Gesuchstellenden nach dem Beschluss des Grossen Stadtrates.

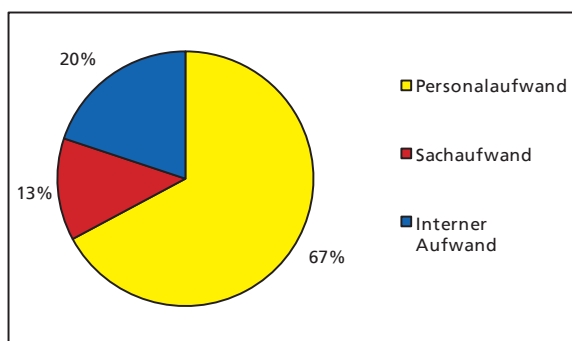
Dem Ressort *Wahlen und Abstimmungen* obliegt die Organisation und Durchführung aller Wahlen und Abstimmungen von Bund, Kanton, Stadt und Kirchgemeinden in der Stadt Luzern. Die gesamten Aufwendungen im Personal- und Sachaufwand für andere Körperschaften werden diesen vollumfänglich in Rechnung gestellt.

b) Ergebnis

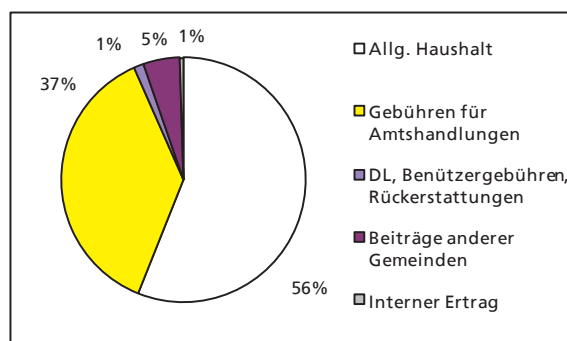
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	4'374'217	4'050'250	4'436'300	-386'050	-9%	-323'967	-7%
Ertrag	1'995'966	1'781'773	2'751'500	-969'727	-35%	-214'193	-11%
Ergebnis	-2'378'251	-2'268'477	-1'684'800	-583'677	-35%	109'775	5%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Einwohnerdienste	2006	2007	2008	2009	2010	Abw.
Gesamtbevölkerung Stand per 31.12.	60'779	61'248	61'874	62'166	80'226	29%
Anzahl Ausländer Stand per 31.12.	11'939	12'191	12'455	12'458	19'026	53%
Zuzug Wochenaufenthalter	865	857	827	827	752	-9%
Änderung Wochenaufenthalt in Wohnsitz	265	225	269	257	253	-2%
Anzahl Wochenaufenthalter Stand per 31.12.	1'770	1'847	1'941	1'969	2'129	8%
Zivilstandsamt	2006	2007	2008	2009	2010	Abw.
Geburten	2'311	2'396	2'472	2'546	2'579	1%
Eheschliessungen	539	532	586	581	613	6%
Registrierte Partnerschaften		22	13	11	8	-27%
Todesfälle	1'247	1'292	1'302	1'433	1'386	-3%
Bürgerrechtswesen	2006	2007	2008	2009	2010	Abw.
Erteilung bzw. Zusicherung des Stadtbürgerrechtes	227/432	229/399	247/438	216/400	311/597	44%/49%
(behandelte Gesuche)						
an Schweizer (Gesuche/Personen)	59/87	67/101	67/105	61/98	93/149	52%/52%
an Ausländer (Gesuche/Personen)	168/345	162/298	180/333	155/292	218/448	40%/53%
davon erleichterte Einbürgerungen	73	84	91	76	84	10%
Einbürgerungsgesuche Ausländer						
Neu eingegangene Gesuche	142	162	131	101	164	62%
Pendente Gesuche Stand per 31.12.	429	422	356	277	391	41%
Wahlen und Abstimmungen	2006	2007	2008	2009	2010	Ø
Stimmberechtigte	41'120	41'384	41'543	41'823	51'217	43'417
Stimmbeteiligung (gerundet)	45%	44%	50%	44%	40 %	45%
Stimmende	18'644	18'056	20'915	18'838	20'523	19'395
Gesamtkosten pro Abstimmung	89'281	126'734	99'265	166'176	157'454	127'782
Kosten pro Stimmberechtigte/n	Fr. 2.17	Fr. 3.06	Fr. 2.46	Fr. 3.95	Fr. 3.07	Fr. 2.94
Kosten pro Stimmabgabe	Fr. 4.76	Fr. 7.01	Fr. 4.93	Fr. 9.92	Fr. 8.42	Fr. 7.01
Anzahl Urnengänge p.a.	4	6	4	5	4	4.6

e) Kommentar

Die Gemeinden Greppen, Weggis und Vitznau haben sich auf den 1. Januar 2010 dem Zivilstandskreis Luzern (Malters, Meggen, Schwarzenberg, Luzern) angeschlossen.

4.3.4.3 Umweltschutz

a) Aufgaben / Dienstleistungen

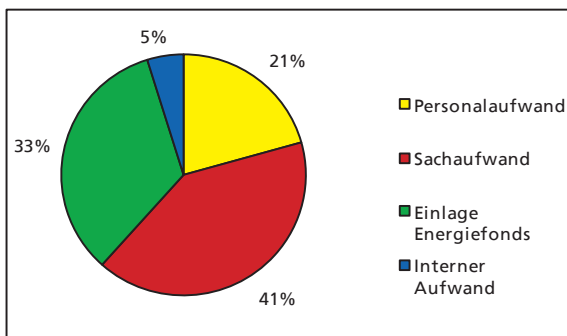
Die Hauptaufgaben der Dienstabteilung Umweltschutz liegen im Gesetzesvollzug, in der Grundlagenbeschaffung zur Umweltsituation und in der umfassenden Umweltinformation. Der Umweltschutz ist die städtische Fachstelle für den Natur- und Landschaftsschutz und den technischen Umweltschutz. Daueraufgaben und Projekte dienen der Reduktion der Umweltbelastung und der Aufwertung des städtischen Lebensraums für Mensch und Natur. Umweltinformation und -beratung erfolgen primär durch die Mitarbeitenden des öko-forums. Die Dienstabteilung Umweltschutz beschäftigt elf Personen (840 Stellenprozente).

b) Ergebnis

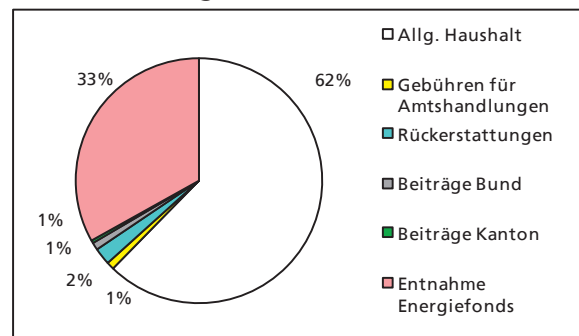
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	4'427'493	4'529'081	4'668'100	-139'019	-3%	101'588	2%
Ertrag	2'067'871	1'708'488	1'927'000	-218'512	-11%	-359'383	-17%
Ergebnis	-2'359'622	-2'820'593	-2'741'100	-79'493	-3%	-460'971	-20%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Energie					
<i>Energiefonds</i>					
Neu zugesicherte Förderbeiträge [Fr.]	479'363	369'264	2'915'687	1'191'222	-59%
Ausbezahlte Förderbeiträge [Fr.]	1'293'742	774'061	1'406'131	1'500'437	6%
Unterstützte Projekte	108	62	91	67	-26%
Stand Energiefonds per Ende Jahr	4'133'115	3'859'054	3'462'579	3'484'556	1%
Natur- und Landschaftsschutz					
<i>Projekt "Luzern grünt"</i>					
Beratungen vor Ort	33	43	52	46	-12%
Abgegebene Pflanzen	2'240	1'530	1'405	1'837	31%
Emissionsschutz					
<i>Anzahl Feuerungskontrollen</i>					
Anteil Beanstandungen	2'785	2'149	2'637	2'646	0%
bei Ölfeuerungen	39%	36%	27%	14%	-48%
bei Gasfeuerungen	22%	24%	16%	14%	-12%
Mobilfunkantennen					
Beurteilte Baugesuche	10	7	8	8	0%
Beurteilte Messberichte	4	5	4	6	50%
Standorte insgesamt per Ende Jahr	36	40	42	64	52%

e) Kommentar

Aufwand und Ertrag der Dienstabteilung Umweltschutz lagen leicht unter dem Budget. Der Hauptgrund liegt beim Energiefonds, wo die ausbezahlten Förderbeiträge (und damit auch die Entnahme aus dem Fonds) nicht ganz die budgetierte Summe erreichten.

Der Stand des Energiefonds blieb dank der vorübergehenden zusätzlichen Äufnung (bis 2014) stabil. Zwar liegen noch über Fr. 3 Mio. im Fonds, tatsächlich verfügbar (= keinen Projekten zugesichert) sind aber lediglich noch rund Fr. 0,6 Mio.

Das Projekt "Luzern grünt" ist in der Bevölkerung nach wie vor sehr beliebt. Die Anzahl der abgegebenen Pflanzen und persönlichen Beratungen vor Ort bewegte sich im Rahmen der Vorjahre. In den geraden Jahren werden anteilmässig weniger Feuerungsanlagen kontrolliert als in den ungeraden Jahren. Weil für 2010 erstmals auch die Kontrollen auf dem Gebiet der ehemaligen Gemeinde Littau ausgewiesen werden, ist die absolute Anzahl der durchgeführten Feuerungskontrollen aber praktisch gleich hoch wie im Vorjahr. Seit der letzten Verschärfung der lufthygienischen Anforderungen im 2005 nimmt die Beanstandungsquote kontinuierlich ab. Bei den Ölfeuerungen war der Rückgang von 2009 bis 2010 besonders stark. Dies zeigt, dass beanstandete Anlagen laufend saniert oder ersetzt werden.

Das Netz der Mobilfunkantennen-Standorte auf Stadtgebiet wird nach wie vor weiter verdichtet. Zusätzlich kamen mit der Fusion zwölf Antennenstandorte auf dem ehemaligen Littauer Gemeindegebiet hinzu. Die Anzahl an Baugesuchen für den Neubau oder die Umrüstung von Antennen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

4.3.4.4 Zivilschutz

a) Aufgaben / Dienstleistungen

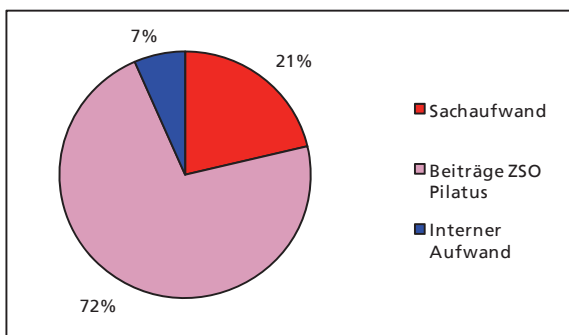
Am 1. Juli 2001 haben sich die drei Gemeinden Horw, Kriens und Luzern zusammengeschlossen und eine zeitgemässe, effiziente und kostengünstige Organisation – die ZSOpilatus – gegründet. Die ZSOpilatus erfüllt für die Vertragsgemeinden die nach der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons erforderlichen Zivilschutzaufgaben. Finanziert werden diese durch Beiträge an die ZSOpilatus. Für die Bereitstellung der erforderlichen Schutzbauten für die Bevölkerung, die nicht durch die ZSOpilatus wahrgenommen werden, ist die Stadt Luzern selber verantwortlich. Die dabei anfallenden Kosten beziehen sich hauptsächlich auf den baulichen Unterhalt. In den nachfolgenden Ausführungen sind sowohl diese Kosten für Wartung und Unterhalt (Sachaufwand, interner Aufwand) sowie die Beiträge an die ZSOpilatus im Sinne einer ganzheitlichen Darstellung zusammengefasst.

b) Ergebnis

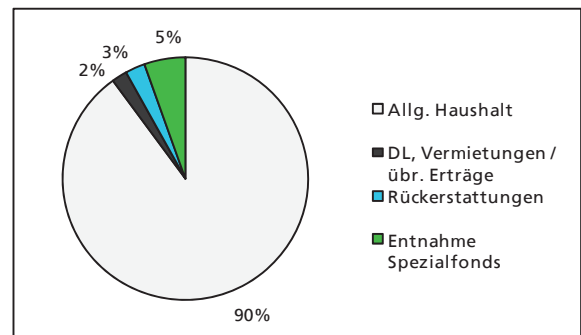
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	1'042'098	1'163'767	1'146'300	17'467	2%	121'669	12%
Ertrag	82'770	116'844	64'600	52'244	81%	34'074	41%
Ergebnis	-959'328	-1'046'923	-1'081'700	34'777	3%	-87'595	-9%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen (gem. Jahresrechnung ZSOpilatus)

	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Kostenanteil Stadt Luzern an der ZSOpilatus	876'121	910'755	710'531	746'499	824'028	10%
Kosten pro Einwohner in Fr.	15.08	15.59	12.01	12.48	10.76	-14%
Einsatztage ZSOpilatus	5'417	2'637	3'899	2'997	3'256	9%
Kosten pro Einsatztag in Fr.	13.10	21.35	16.92	20.89	21.54	3%
Kosten für städtische ZS-Bauten	299'083	277'237	504'714	302'102	325'000	8%

e) Kommentar

Die Kosten der ZSOpilatus werden im Verhältnis der Anzahl Einwohner unter den Gemeinden Horw, Kriens und Luzern aufgeteilt. Die Fusion mit Littau hatte zwar eine Reduktion der Kosten pro Einwohner zur Folge. Gleichzeitig führte sie aber zu einer Verschiebung des prozentualen Anteils der Stadt Luzern von bisher 61 % auf neu 66 % der Gesamtkosten. Auch der Sanierungsbeitrag an die Pensionskasse trug wesentlich zur Verschlechterung des Geschäftsergebnisses bei. Mit der Fusion erhöhte sich die Anzahl der Schutzbauten der Stadt Luzern, was zu einem Anstieg der Kosten für Wartung und Unterhalt der städtischen Zivilschutzbauten führte.

4.3.4.5 öko-forum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das 1987 gegründete öko-forum ist die erste Anlaufstelle für Fragen aus den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Energie. Seit dem Jahre 1999 ist das öko-forum die offizielle stationäre und telefonische Umweltberatungsstelle für den ganzen Kanton Luzern und seit April 2007 die Erstanlaufstelle für die kantonalen Förderprogramme im Energiebereich. Der Kanton leistet für diese Ausweitung des Leistungsauftrages finanzielle Entschädigungen.

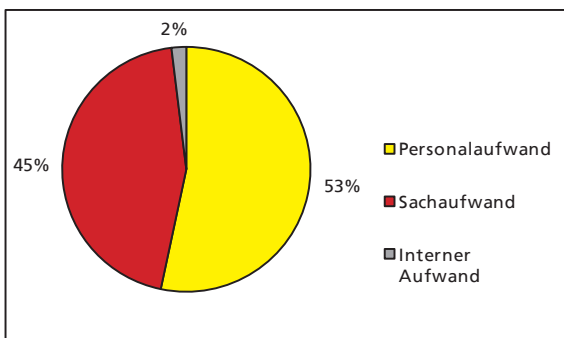
Das öko-forum ist organisatorisch Teil der städtischen Dienstabteilung Umweltschutz.

b) Ergebnis

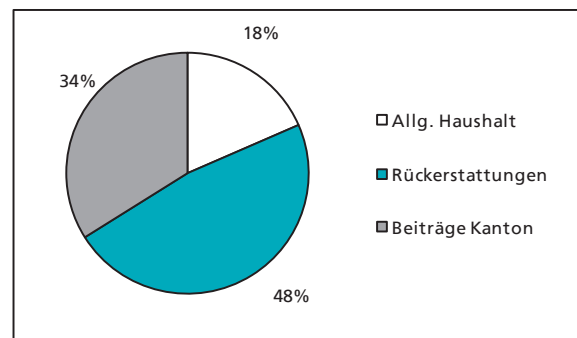
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	456'722	499'596	465'900	33'696	7%	42'874	9%
Ertrag	360'475	407'425	367'200	40'225	11%	46'949	13%
Ergebnis	-96'246	-92'171	-98'700	6'529	7%	4'075	4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anzahl Beratungen	12'291	12'627	12'734	15'677	13'316	-15%
davon Stadtbevölkerung	7'514	8'019	7'684	7'736	6'949	-10%
Anzahl Ausleihen von Medien	10'834	11'323	11'714	11'411	11'109	-3%

e) Kommentar

Der Anteil der Stadt Luzern an der Finanzierung des öko-forums konnte seit dem Jahre 2000 von etwa 70 % auf unter 20 % reduziert werden. Vier Fünftel der Kosten werden heute durch den Kanton, durch Gemeinden und Private getragen.

Der Aufwandüberschuss lag mit Fr. 92'171.– leicht unter dem budgetierten Betrag von Fr. 98'700.–. Mehreinnahmen haben dieses Ergebnis ermöglicht (Verkauf SBB-Tageskarten).

Die Anzahl der Umweltberatungen ging gegenüber dem Vorjahr um 15 % zurück. Der Rückgang erfolgte ausschliesslich im Energiebereich, was nach dem ausserordentlichen Vorjahr (Konjunkturspritze) keine Überraschung darstellt.

Die Anzahl der Ausleihen von Medien nahm leicht ab. Sie liegt heute aber mehr als dreimal so hoch wie noch vor neun Jahren.

4.3.4.6 Feuerwehr

a) Aufgaben / Dienstleistungen

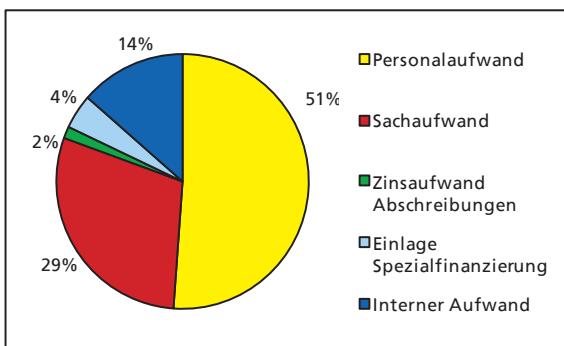
Die Feuerwehr Stadt Luzern ist, wie jede andere Feuerwehr, zur Rettung von Menschen, Tieren und Sachwerten verpflichtet. Die Aufgaben der Feuerwehr sind im Feuerschutzgesetz umschrieben. Im Vordergrund stehen Einsätze bei Bränden und Explosionen, bei Elementar- und sonstigen Ereignissen, welche Personen, Tiere oder die Umwelt schädigen oder gefährden. Hinzu kommen Einsätze für Bereitschafts-, Wach-, Kontroll- und Verkehrsdienste sowie technische Hilfeleistungen. Als Stützpunktfeuerwehr nimmt die städtische Feuerwehr auch kantonale Stützpunktaufgaben und Einsätze auf der Autobahn und dem Schienennetz wahr. Dazu gehören die Strassenrettung, Ölwehr, Strahlenwehr und Langzeit-Atemschutzgeräte. Bei der Feuerwehr sind zehn Personen mit 1'000 Stellenprozenten als Verwaltungspersonal fest angestellt. Das Feuerwehrkorps ist nach dem Milizsystem zusammengesetzt und wird für den Ernstfalleinsatz mit Pager- und Telefonalarm aufgerufen.

b) Ergebnis

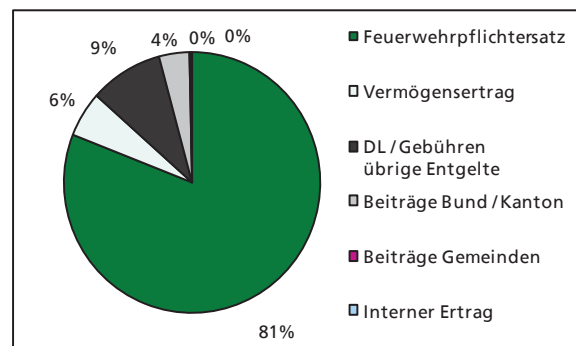
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	4'945'935	5'195'721	5'440'000	-244'279	-4%	249'786	5%
Ertrag	4'945'935	5'195'721	5'440'000	-244'279	-4%	249'786	5%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Alarmeingänge	453	520	529	545	534	-2%
davon Fehlalarme (aber Ausrücken des Polizei-Löschpiketts oder Teile der Feuerwehr)	280	275	225	248	240	-3%
Einsätze total (Alarmeinsätze + im Voraus geplante)	774	835	785	803	783	-2%
Einsatzstunden total (inkl. Polizei-Löschpikett)	7'487	8'420	10'279	14'943	13'427	-10%
Besoldete Stunden für Übungen, Kurse und Rapporte	17'698	20'297	19'713	24'008	26'035	8%
Besoldete Stunden für Retablierung, AVOR, Fourier- und Doku-Dienst	3'585	3'789	2'055	3'314	3'187	-4%

e) Kommentar

Die Rechnung der Feuerwehr schliesst mit einer deutlichen Besserstellung gegenüber dem Budget ab. Anstelle der geplanten Entnahme von Fr. 910'200.– konnte eine Einlage von Fr. 227'247.44 in die Spezialfinanzierung der Feuerwehr getätigt werden. Die hohe Abweichung und Verbesserung des Ergebnisses hat mehrere Gründe: geringerer Sanierungsaufwand an den Feuerwehrgebäuden wegen Sistierung von Renovationsarbeiten aufgrund der erstellten Entwicklungs- und Nutzungsszenarien für das Feuerwehrgebäude Kleinmatt, höhere Erträge als budgetiert aus der Feuerwehrpflichtersatz-Abgabe, weniger Langzeiteinsätze für Unwetterereignisse und damit verbunden geringere Soldkosten.

Während des Geschäftsjahres 2010 konnten über die Laufende Rechnung die notwendigen Ersatz- und Neuanschaffungen im Betrag von Fr. 397'702.– realisiert werden.

Die spezifischen Kennzahlen beinhalten ab 2009 die Leistungen der fusionierten Feuerwehr, d. h. auch für das Gebiet Littau und Littauer Berg. Mit 534 ist die Anzahl der Alarmeinsätze leicht geringer als im Vorjahr. Auch die damit verbundenen Einsatzstunden sind etwas weniger hoch ausgefallen. 2010 nahm jedoch die Anzahl der Personen- und Tierrettungen deutlich zu. Es konnten 46 Personen (Vorjahr 10) und 13 Tiere (Vorjahr 6) aus bedrohlichen Notlagen gerettet werden. Dazu kamen 22 Patientenrettungen für den Rettungsdienst 144, bei welchen die Autodrehleiter eingesetzt werden musste.

4.4 Baudirektion

Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor

Das Berichtsjahr 2010 stellte vor allem in folgenden Bereichen Herausforderungen an die Baudirektion:

- Umsetzung der Fusion Littau-Luzern
- Sparpaket
- Gesamtplanung 2011–2015
- Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO)
- Bauten auf der Allmend

Umsetzung Fusion Littau-Luzern

In einzelnen Verwaltungsbereichen wurden die neuen Strukturen schon vor dem Jahre 2010 gelebt. Mehrheitlich erfolgte die Umsetzung jedoch ab 1. Januar 2010. Auf der operativen Ebene funktionierte der Übergang, abgesehen von einigen "Holperern", sehr gut. Eine besondere Herausforderung stellten die Masterpläne, welche der Bau- und Zonenordnung des Stadtteils Littau eigen sind, dar. Auf der politisch-strategischen Ebene waren keine Überraschungen zu verzeichnen.

Sparpaket

Das Schnüren eines erneuten Sparpakets stellte auch die Baudirektion vor grosse Herausforderungen. Es musste darauf geachtet werden, dass nicht "Schein"-Massnahmen ergriffen werden, die sich nicht nachhaltig ausgewirkt hätten. Insbesondere ging es darum, keine Sparbemühungen zuzulassen, die langfristig zulasten der Substanz der Hoch- und Tiefbauten gegangen wären. Dieses der Baudirektion wichtige Ziel konnte erreicht werden.

Gesamtplanung 2011–2015

Die Gesamtplanung 2011–2015 wurde auch formell neu konzipiert. Insbesondere wurde angestrebt, die Gesamt- und die Finanzplanung näher zueinander zu bringen. Mit dem Neuaufbau der Gesamtplanung soll vorab aufgezeigt werden, was der Stadtrat als Grundaufträge in den einzelnen politischen Handlungsfeldern versteht. Auch sollte besser herausgeschält werden, welche grundlegenden Stossrichtungen und Fünfjahresziele für die Weiterentwicklung der Stadt entscheidend sind. Es sollen damit die Voraussetzungen geschaffen werden, um in Zeiten knapper werdender finanzieller Mittel Prioritäten setzen zu können. Für den Baudirektor zentral ist, dass der Tiefbahnhof realisiert werden kann. Dies aus zweierlei Gründen: Einerseits kann dadurch die Anbindung an den Metropolitanraum Zürich optimiert werden. Andererseits können dadurch die Voraussetzungen geschaffen werden, um den regionalen Ver-

kehr dank einem funktionierenden S-Bahn-System durch den schienengebundenen ÖV sicherzustellen. Dies ist die wichtigste Voraussetzung, um die regionalen Verkehrsprobleme in den Griff zu bekommen.

Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO)

Im Berichtsjahr konnte ein bereinigter Entwurf der BZO-Revision in ein Vernehmlassungsverfahren gegeben werden. Dieses löste über 200 Stellungnahmen mit gut 500 Anträgen aus. Diese Mitwirkungsbeiträge können nun sorgfältig beurteilt werden. Die für den Sommer 2011 vorgesehene öffentliche Auflage sollte bei diesen Vorarbeiten nicht mehr allzu viele Einsprachen auslösen. Ziel bleibt, bis Ende 2012 über die revidierte BZO verfügen zu können.

Bauten auf der Allmend

Die Realisierung der Bauten auf der Allmend (Fussballstadion, Sportgebäude mit Hallenbad, Wohn-Hochhäuser, Leichtathletiktribüne) ist für alle Beteiligten höchst anspruchsvoll. Aufgrund der adäquaten Projektorganisation der Stadt und angesichts der sorgfältig ausgehandelten Verträge konnten alle bisher aufgetauchten Fragestellungen für die Stadt zufriedenstellend gelöst werden.

All diese Teilerfolge waren nur möglich aufgrund des überdurchschnittlichen Engagements der Mitarbeitenden der Baudirektion: Alle haben an ihrem Platz das Beste gegeben. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung.

4.4.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

BZO-Revision, Phase II
(Projektplan Nr. I79078)

Fünfjahresziel
A0.1, A1.3, C4.2,
C4.3, D2.1, D3.1

Die Bau- und Zonenordnung (BZO) von 1994 ist revidiert.

Im Herbst 2010 wurde ein erster Entwurf der revidierten Bau- und Zonenordnung in die öffentliche Mitwirkung gegeben. Die rund 500 Eingaben werden im Winter 2010/2011 verarbeitet, so dass frühestens im Sommer 2011 das Einspracheverfahren durchgeführt werden kann.

Planungsbericht Quartier- und Stadtteilpolitik
(Projektplan Nr. L79004)

Fünfjahresziel
A5.1

Der Planungsbericht ist vom Parlament zustimmend zur Kenntnis genommen worden.

Wegen eines personellen Wechsels in der Projektleitung mussten die Arbeiten am Planungsbericht rund ein halbes Jahr sistiert werden. Seit Sommer 2010 werden die Arbeiten unter der Federführung der Baudirektion fortgeführt. Der Planungsbericht wird dem Parlament voraussichtlich im Herbst 2011 unterbreitet.

Obere Bernstrasse
(Projektplan Nr. L94104)

Fünfjahresziel
A0.1, A1.3,
C2.1, D3.1

Der nächste Schritt für die Überbauung der oberen Bernstrasse ist eingeleitet.

Die Studie über die Realisierungsmöglichkeiten an der oberen Bernstrasse liegt vor.

Von den angeschriebenen Wohnbaugenossenschaften von Luzern und Littau beteiligten sich vier an einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie zur Abklärung von Realisierungsmöglichkeiten im vorgesehenen Bebauungsperimeter. Diese Studie lag Ende 2010 im Entwurf vor. Nach deren Überarbeitung wird im Frühjahr 2011 über das weitere Vorgehen bezüglich einer Partnerschaft mit den noch interessierten Baugenossenschaften entschieden.

Wettbewerb Entwicklung Inseliqual–Alpenqual
(Projektplan Nr. I79014)

Fünfjahresziel
A0.1, A1.3, C4.2

Seeuferplanung für den Abschnitt Inseli bis technischer Sporn: Der Wettbewerb ist gestartet.

Der Start des Wettbewerbsverfahrens wurde aufgrund der laufenden Standortabklärungen für die Halle Modulare aufgeschoben.

Stadtarchiv
(Projektplan Nr. I09005)

Fünfjahresziel
A1.4

Die Lösung für ein neues Stadtarchiv ist erarbeitet.

Für einen Neubau des Stadtarchivs auf dem Areal der Kantonsschule Reussbühl konnte mit dem Kanton ein Baurechtsvertrag abgeschlossen werden. Der Architekturwettbewerb für ein Neubauprojekt wurde gestartet und wird im Februar 2011 zum Abschluss kommen.

Fortsetzung langfristiges Sanierungsprogramm für die Betagtenzentren (Projektplan Nrn. I41507, I41506 und I41525)	Fünfjahresziel C2.2
---	-------------------------------

Die Erneuerung für das BZ Wesemlin sowie das Alterszentrum Staffelnhof und Planungen für das BZ Dreilinden sind im Gange.

Das sanierte Haus Morgenstern im BZ Wesemlin konnte im Herbst wieder dem Betrieb übergeben werden. Die Ausbau- und Erneuerungsarbeiten beim AZ Staffelnhof laufen termingemäss. Die Projektierung für den Ersatzneubau der Häuser "Rigi" im BZ Dreilinden ist abgeschlossen und der Kreditantrag für die Ausführung in Vorbereitung.

Umsetzung bauliche Entwicklung Schulhäuser gemäss Gesamtkonzept (Projektplan Nrn. I21729, I21730, I21733 und I21748)	Fünfjahresziel C3.2
--	-------------------------------

Die Erneuerung der Schulbauten wird vorangetrieben.

Der Architekturwettbewerb zur Sanierung und zum Ausbau der Schulanlage Felsberg konnte gestartet werden. Der Antrag für den Ausführungskredit zur Sanierung und zum Ausbau der Schulanlage Maihof konnte zuhanden des Grossen Stadtrates erstellt werden. Die Planungsarbeiten zur Sanierung der Schulanlage Geissenstein sind leicht in Verzug. Die Priorisierung zur Sanierung des Schulhauses Staffelnhof wird aufgrund der Schulraumplanung nochmals überprüft.

Sportarena Allmend, Ausführungskredite (Projektplan Nr. I34023)	Fünfjahresziel C3.4
Entwicklung Allmend, Ersatzmassnahmen und Transformationsprozesse (Projektplan Nr. I34024)	

Die Sportarena Allmend wird fristgerecht gebaut; die übrigen Allmend-Projekte werden zielorientiert umgesetzt bzw. weiterverfolgt.

Die Rohbauarbeiten für die Sportarena wurden gestartet und sind programmgemäss im Gang. Die Ersatzmassnahmen Bocciodromo, für das Strasseninspektorat (STIL) und den Tennisclub Allmend konnten erstellt werden. Sämtliche Jahresziele wurden erreicht.

Masterplan Öffentliche WC-Anlagen (Projektplan Nr. I09011)	Fünfjahresziel C4.2
--	-------------------------------

Die Versorgung der Stadt Luzern mit modernen, sauberen und sicheren öffentlichen WC-Anlagen in ausreichender Zahl für den täglichen Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Besucherinnen und Besucher ist sichergestellt.

Der B+A 47/2009 wurde am 4. März 2010 durch das Parlament beschlossen und ein Rahmenkredit bewilligt. Die Umsetzung wird zwischen 2011 und 2015 realisiert. Die Ausschreibung und Vergabe der WC-Module ist Ende 2010 erfolgt.

4.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/E- rtrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
K510 Stab Baudirektion	1'380	1'582	-201	-13%	550	541	9	2%	(830)		211
K512 Städtebau	3'751	3'784	-33	-1%	2'129	2'244	-115	-5%	(1'622)	82	
K514 Immobilien	5'689	5'567	122	2%	2'245	2'365	-120	-5%	(3'444)	242	
Geoinformations- zentrum	3'415	3'483	-68	-2%	3'697	3'833	-136	-4%	282	68	
K520 Liegenschaften Verwaltungsverm.	15'839	16'977	-1'138	-7%	20'971	20'423	548	3%	5'132		1'686
K521 Liegenschaften Finanzvermögen Spezialfinanzie- rungen	10'040	9'293	747	8%	10'040	9'293	747	8%	0		
K592 Fernwärme- versorgung	464	1'247	-784	-63%	464	1'247	-784	63%	0		
Total	40'578	41'933	-1'355	-3%	40'096	39'946	150	0%	(482)	392	1'897
Nettoverbesserung										1'505	

Die Rechnung der Baudirektion schliesst mit einer Nettoverbesserung von Fr. 1,505 Mio. ab. Mehraufwendungen und Mindererträgen von Fr. 0,392 Mio. stehen Mehrerträge und Minderaufwendungen von Fr. 1,897 Mio. gegenüber. Beim Aufwand verzeichnet die Rechnung Minderausgaben von Fr. 1,355 Mio. Darin enthalten sind auch noch Nachtragskredite des Stadtrates in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. b GO von Fr. 0,16 Mio. und gemäss Art. 60 Abs. 2 lit. c GO von Fr. 0,88 Mio.

Von den Minderausgaben fallen Fr. 201'000.– beim Stab (teilweise nicht besetzte Stellen), Fr. 33'000.– beim Städtebau (Mutationsgewinne infolge Personalwechsel), Fr. 68'000.– beim GIS (Drittleistungen und MWSt), Fr. 1'138'000.– bei den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens (Personalaufwand, MWSt, Unterhaltsaufwendungen und interne Verrechnungen) sowie Fr. 784'000.– bei der Fernwärmeversorgung (Betrieb nur bis 30. Juni 2010 bei der Stadt) an.

Demgegenüber stehen Mehrausgaben von Fr. 122'000.– bei den Immobilien (Nachtragskredit und vorübergehende Doppelbesetzung einer Stelle) und von Fr. 747'000.– bei den Liegenschaften des Finanzvermögens (Rückver-

gütung Baurechtszins und baulicher Unterhalt).

Beim Ertrag schliesst die Rechnung mit Mehreinnahmen von Fr. 0,15 Mio. ab. Die grössten Abweichungen betreffen die Liegenschaften des Finanzvermögens (Fr. 747'000.–, Kantonsbeitrag Denkmalpflege und Entnahme aus Rückstellungen) sowie die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens (Fr. 548'000.–, geringere Mietzinseinnahmen, dafür höhere Konzessionsgebühren Kabelnetze und ausserordentliche Rückerstattungen). Im Weiteren verzeichnet der Stab einen Mehrertrag von Fr. 9'000.– (diverse Dienstbarkeitsvereinbarungen).

Schliesslich resultieren einige Mindererträge bei einzelnen Konti, nämlich Fr. 115'000.– beim Städtebau (Wenigerverrechnungen für die Benützung des öffentlichen Grundes und weniger beitragswürdige Objekte Denkmalpflege), Fr. 120'000.– bei den Immobilien (durch Aufwandseinsparungen bei ausserordentlichen Unterhaltskrediten kleinere interne Verrechnungen) sowie Fr. 136'000.– beim GIS (geringere Dienstleistungsverrechnungen entsprechend dem Minderaufwand). Bei der Fernwärmeversorgung (Spezialfinanzierung) entspricht der Minderertrag von Fr. 784'000.– dem Minderaufwand.

4.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Baudirektion

Am 1. Juni 2010 nahm Walter Brun als neuer Stabschef in der Baudirektion die Arbeit auf. Aufgrund der neuen Zuteilungen gewisser Abteilungen innerhalb der Stadtverwaltung (neue Dienstabteilung Stadtentwicklung bei der Baudirektion, Wechsel des Tiefbauamtes zur Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit) wurde der Bereich Finanzen und Controlling per 1. Januar 2010 in die Stabsabteilung der Baudirektion integriert.

Der Stab beschäftigte sich im vergangenen Jahr insbesondere mit der Umsetzung der Fusion Littau-Luzern, der BZO-Revision und den Bauprojekten Allmend.

Finanzen und Controlling

Im Bereich Finanzen und Controlling wurden nebst den üblichen Kernaufgaben insbesondere folgende Projekte bearbeitet:

- Vorbereitungsarbeiten Globalbudget mit Leistungsauftrag GIS zusammen mit der Fachabteilung und der Finanzverwaltung
- Projektabschluss und Festlegung des weiteren Vorgehens im Beschaffungswesen der Stadt Luzern
- Finanzielle und administrative Eingliederung der Dienstabteilung Stadtentwicklung sowie der Aufgaben der bisherigen Gemeinde Littau
- Neuordnung der Buchhaltung im Bereich Gebäudemanagement der Dienstabteilung Immobilien
- Erarbeitung von Massnahmenvorschlägen der Baudirektion im Projekt Sparpaket 2011, welches am 2. Dezember 2010 vom Grossen Stadtrat beschlossen wurde und ab dem Jahr 2011 umgesetzt wird.

Städtebau

Die Dienstabteilung Städtebau arbeitet seit Mai 2010 in der neuen Organisationsform mit den vier Ressorts Stadtgestaltung/öffentlicher Raum, Denkmalpflege/Kulturgüterschutz, Baugesuche und Zentrale Dienste. Jean-Pierre Deville, Stadtarchitekt und Leiter Dienstabteilung Städtebau, wurde auf Ende 2010 pensioniert. Sein Nachfolger Jürg Rehsteiner hat im November 2010 die Arbeit aufgenommen und übernimmt das Amt ab 1. Januar 2011.

Das Entwicklungskonzept für das Schlüsselareal Steghof konnte in der Berichtsperiode abgeschlossen werden. Die Dienstabteilung Städtebau war zudem in folgenden grossen Planungen und Wettbewerbsverfahren invol-

viert: Bebauung Grossmatte West Littau, Standort-Detailabklärungen Salle Modulaire, Studienauftrag Mattpark Littau, Studienauftrag SBB RailCity Bahnhof Luzern, Umnutzung EG, Studienauftrag Hirslanden Klinik St. Anna, LUKS Gesamtplanungsstudie Kantonsspital Luzern, Projektwettbewerb Gesamtanierung Schulhaus Felsberg, Studienauftrag Ergänzungsbau RomeroHaus, Projektwettbewerb St. Josef Maihof.

Zusammen mit dem Tiefbauamt wurden die Planungen Grendel/Löwengraben, Langsamverkehrsachse Trasse Zentralbahn und das Projekt Nutzungen öffentlicher Raum gestartet. Zudem wird das Freiraumkonzept und das Beleuchtungskonzept für das Masterplangebiet Luzern Nord begleitet. Die Seeuferplanung für den Abschnitt Inseli bis technischer Sporn wurde bis zum Abschluss der Standortabklärungen Salle Modulaire Ende 2010 zurückgestellt. Die Ressourcensituation im Bereich Stadtgestaltung/öffentlicher Raum ist äusserst angespannt.

In der Stadtbaukommission wurden an zwölf Sitzungen 45 Sachgeschäfte und diverse Informationstraktanden behandelt. Marc Syfrig, Präsident der Stadtbaukommission, hat Ende 2010 seinen Rücktritt auf April 2011 bekannt gegeben.

Das Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz hat im Rahmen des Bauinventars sämtliche Quartierrundgänge abgeschlossen. Im Zusammenhang mit der laufenden Revision der Bau- und Zonenordnung sind die Schutz-zonen überprüft worden. Damit wird es möglich sein, das Inventar 2011 beschliessen zu lassen.

Denkmalpflegerisch standen zwei städtische Objekte im Zentrum der Arbeiten: Im Winter 2010 wurde im Vorzimmer im 1. Obergeschoss des Luzerner Rathauses der historische Tafelparkettboden konserviert und restauriert. Im Sommer 2010 wurden in der Kornschütte die historischen Fenster konserviert und restauriert.

Die umfassenden Instandstellungsarbeiten des sogenannten Bramberg-Schlössli konnten abgeschlossen werden. Im Sommer erfolgte der Bezug durch die Stiftung "Der rote Faden".

In der Berichtsperiode ist folgendes Objekt in das kantonale Denkmalverzeichnis aufgenommen worden:

- Leumatt 646 (Gesamtbauwerk)

Im Berichtsjahr wurden total 451 Baugesuche zur Bearbeitung eingereicht. In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Vorprojekte, Fensterersatz usw. Vom Ressort Baugesuche wurden total 468 Gesuche behandelt, davon 51 mit Einsprachen. Es mussten fünf Baugesuche vom Stadtrat abgewiesen werden. Zudem wurden zehn nicht bewilligungsfähige Gesuche von den Gesuchstellern zurückgezogen. Das Bauvolumen betrug rund Fr. 419 Mio. Die Bearbeitung der Bauvorfragen und Baugesuche umfasste auch die Beratung und Unterstützung von Bauvorhaben in baurechtlicher und städtebaulich-architektonischer Hinsicht. Zudem wurden im vereinfachten Verfahren 43 Gesuche für Plakatstellen und Reklameanlagen bearbeitet und bewilligt, fünf für erledigt erklärt und zwei abgewiesen, 25 Planbegutachtungen vorgenommen sowie die Entfernung von 16 unbewilligten Anlagen erwirkt.

Mit der Fusion erweiterte sich für das Ressort Baugesuche das Aufgabenfeld. So waren bisher z. B. Baugesuche ausserhalb einer Bauzone (Landwirtschaftszone) eher Einzelfälle oder Gesuche für Deponien gänzlich unbekannt. Dank der guten Vorbereitung und dem grossen Einsatz der direkt betroffenen Personen konnte die Integration der Bewilligungsverfahren der ehemaligen Gemeinde Littau dennoch ohne grosse Probleme vollzogen werden, und die Rückmeldungen der betroffenen Personen (Gesuchsteller, Projektverfasser usw.) sind überwiegend positiv.

Im Januar 2010 folgten die Finish-Arbeiten für die Übernahme der Daten in die fusionierte Gemeinde und die Implementierung der Daten in die Software NEST und GemDat. Mitte Februar 2010 konnte der Datenstamm vollständig übernommen werden. Die Datenbereinigung für die Registerharmonisierung (RHG) im eidg. Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) wurde im Jahre 2010 wiederum mit temporären personellen Ressourcen fortgesetzt. Es waren viele Zusatzarbeiten notwendig, da die Daten, welche die Post lieferte, ungenügend waren.

Stadtentwicklung

Die neue Dienstabteilung Stadtentwicklung (STEN) hat im Mai 2010 ihre operative Tätigkeit mit sechs Personen (475 Stellenprozenten) aufgenommen.

Die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) beschäftigte die Stadtentwicklung auch im Berichtsjahr intensiv. Gestützt auf den im Januar

2009 beschlossenen B+A 48/2008 wurde ein erster Entwurf der revidierten BZO in das Mitwirkungsverfahren gegeben. In diesem Rahmen wurden verschiedene Informationsveranstaltungen und eine öffentliche Ausstellung im Innenhof des Stadthauses durchgeführt. Bis Ende Dezember sind rund 220 Stellungnahmen mit rund 500 Anträgen eingegangen, die über den Winter 2010/2011 verarbeitet werden müssen.

Im Weiteren wurde unter der Federführung der Stadtentwicklung die Gesamtplanung inhaltlich und methodisch gesamthaft überprüft. Neu richtet sich die Gesamtplanung an den drei Nachhaltigkeitsdimensionen und an den zehn Politikbereichen der funktionalen Gliederung aus. Die Gesamtplanung 2011–2015 wurde vom Grossen Stadtrat am 16. Dezember 2010 in der neuen Form beschlossen. Wichtige Meilensteine wurden im Berichtsjahr auch bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Luzern Süd und Luzern Nord erreicht. Im Süden wurde das Leitbild "Luzern Süd" von den Gemeinden Horw, Kriens und Luzern unterzeichnet und die Federführung für die Gebietsentwicklung an LuzernPlus übergeben. Im Norden konnten die Arbeiten am Masterplan "Stadtzentrum Luzern Nord" abgeschlossen und vom Stadtrat am 22. Dezember 2010 beschlossen werden.

Mit der Fusion Littau hat die Stadtentwicklung die Umsetzung der Ortsplanung Littau übernommen, welche im Mai 2009 vom Regierungsrat genehmigt worden war. Damit wurde u. a. auch der Masterplan als neues Planungsinstrument eingeführt. Der erste Masterplan über das Gebiet Littau Zentrum wurde am 11. November 2010 vom Grossen Stadtrat genehmigt.

Immobilien

Schwerpunktmässig hat sich die Abteilungsleitung mit der organisatorischen Bewältigung der Fusion und den Auswirkungen des Sparpakets beschäftigt. Zudem wurden weitere Hauptprozesse bearbeitet, ein Konzept Portfoliomanagement erstellt und verschiedene Teilstrategien für Spezialnutzungen entworfen. Eine Vielzahl von Nutzungsverträgen wurde gemäss den neuen internen Richtlinien neu verhandelt.

Bereich GM

(Immobilien Gebäudemanagement)

Anfang 2010 wurde zusammen mit der Fusion Littau-Luzern gleichzeitig auch die neue Organisation Gebäudemanagement (GM) gestartet. Neu sind folgende drei auf die Nut-

zung bezogene Ressorts verantwortlich für den Unterhalt und Betrieb der Gebäude im Verwaltungsvermögen:

- *Sozial- und Spezialbauten*
(Ressortleiter Urs Käppeli)
- *Bildungsbauten*
(Ressortleiter Kurt Hürlimann)
- *Verwaltungs- und Kulturbauten*
(Ressortleiter Patrick Brüniger)

Mit den Informatikinstrumenten CAFM (u. a. Flächenmanagement) und STRATUS (Strategische Unterhaltsplanung) wurden sämtliche Schulbauten, Betagtenzentren und Verwaltungsbauten erfasst. Erste Auswertungen können ab 2011 erwartet werden.

Ressort Sozial- und Spezialbauten

Nebst den üblichen grösseren und kleineren Wartungs- und Unterhaltsarbeiten standen 2010 speziell statische Gebäudeüberprüfungen und verschiedene Modernisierungen der technischen Einrichtungen in den Betagtenzentren und die Neugestaltung der Piazza der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg im Vordergrund.

Ressort Bildungsbauten

Neben den üblichen Arbeiten wurde ein Schwerpunkt auf Sicherheits- und Organisationsfragen gelegt. Die Hauswarte wurden in den Grundlagen der Arbeitssicherheit geschult und die Schulanlagen in Bezug auf Brandschutz und Personensicherheit sowie Umsetzung der EKAS-Vorschriften überprüft. Zudem wurde die Übergabe der Führungsverantwortung an die leitenden Hauswarte vorangetrieben.

Ressort Verwaltungs- und Kulturbauten

Der Schwerpunkt lag 2010 insbesondere im Kontext mit der Fusion Littau-Luzern (FLL) und den dazugehörigen Umbauten und Vermietungen im Stadthaus sowie im Haus der Informatik (HDI) in Littau. Daneben wurden grössere wärmetechnische Sanierungen von Gebäuden (Sozialzentrum REX, Bürotrakt Werkhof Ibach) durchgeführt.

Bereich IPM

(Immobilien Bauprojektmanagement)

Im Berichtsjahr wurde das geplante Investitionsvolumen realisiert. Für die Sanierung und den Ausbau der Schulanlage Felsberg konnte ein Lösungskonzept entwickelt und die Zustimmung durch die zuständigen Instanzen erwirkt werden. Im Herbst 2010 konnte dadurch der Architekturwettbewerb gestartet werden. Die Detailprojektierung wird 2011 erfolgen.

Die Projektierungsarbeiten zur Sanierung der Schulanlage Maihof konnten mit dem Antrag für den Ausführungskredit abgeschlossen werden.

Für den Neubau des Stadtarchivs konnte ein Lösungskonzept – Neubau auf dem Areal der Kantonsschule Reussbühl (Baurecht mit Kanton) – verabschiedet und das Wettbewerbsverfahren eingeleitet werden.

Nach rund zweijähriger Bauzeit konnte das sanierte Haus Morgenstern des BZ Wesemlin im Herbst 2010 wieder in Betrieb genommen werden.

Bereich IFL (Immobilien

Finanzliegenschaftenmanagement)

Im Geschäftsjahr 2010 konnte, nach Abweisung einer letzten Beschwerde zur Umzonung, das Verkaufsgeschäft Wettsteinpark definitiv abgeschlossen werden. Weiter wurden Grundstücke an der Mettenwylstrasse, im Stadtteil Littau und eine kleine Teilfläche in Horw veräussert. Die umfassende Sanierung der Bramberghöhe 4 konnte abgeschlossen und einer Beratungs- und Anlaufstelle für Demenzkranke übergeben werden.

Die Volksinitiative für den Erhalt der Liegenschaft Pilatusstrasse 47 (Schmiede) wurde im September 2010 von den Stimmberechtigten deutlich abgelehnt. Der Gebäuderückbau wird im Frühjahr 2011 in Angriff genommen. Nebst der Schmiede kam es in weiteren städtischen Gastronomiebetrieben zu Veränderungen: Sowohl beim Restaurant Hopfenkranz als auch beim Restaurant Geissmatt fanden Wirtewechsel und Wiederinbetriebnahmen statt.

Für weitere Ausführungen aus dem Bereich IFL wird auf das Kapitel 5.4 verwiesen.

Geoinformationszentrum

Als Kompetenzzentrum mit direktionsübergreifender Querschnittsfunktion bearbeitete das Geoinformationszentrum (GIS) in den Bereichen Geodatenprodukte, Vermessungen, Netzinformationen und Geoapplikationen im Berichtsjahr verschiedenste Projekte. Es konnte dabei mittels Aufträgen der städtischen Verwaltung, der Werkleitungsbetreiber (TBA, ewl, Swisscom, Cablecom, Sunrise) sowie privater Kunden ein sehr erfreuliches Rechnungsergebnis erwirtschaftet werden.

Mit der Fusion Littau-Luzern wurde dem GIS eine Aufstockung des Stellenplans um 200 Stellenprocente bewilligt. Dies führte u. a. zu einer Ertragssteigerung von rund Fr. 0,5 Mio. Die Organisationsform des GIS mit den vier erwähnten Bereichen und der damit verbundenen Aufbau- und Ablauforganisation so-

wie den definierten Arbeitsprozessen hat sich sehr bewährt und konnte weiter konsolidiert werden.

Das GIS führte über die Jahre 2009 und 2010 ein directionsübergreifendes Querschnitts-Analysenprojekt durch, um ein markt- und kundengerechtes sowie nachhaltiges Dienstleistungsangebot innerhalb der Verwaltung bereitstellen zu können. Der Abschluss und die Ergebnisse des Projekts sind in einem Bericht festgehalten worden.

Sämtliche Geodatenprodukte wurden wie gewohnt nachgeführt und befinden sich auf aktuellem Stand.

Nebst der gezielten Unterhaltspflege des städtischen Vermessungsfixpunktnetzes führte der Bereich Vermessungen verschiedene Leitungs-, Bau- und Ingenieurvermessungsarbeiten sowie thematische Vermessungen durch.

Der Bereich Netzinformationen war geprägt von einer regen Bautätigkeit. Der Arbeitsanfall und die damit verbundene Auslastung bzw. Belastung der Mitarbeitenden für die Dokumentation (inkl. Leitungsvermessung)

des Leitungskatasters und der Werkinformationen war enorm hoch. Speziell zu erwähnen sind z. B. neu dazugekommene Arbeiten im Zusammenhang mit dem städtischen Glasfasernetz FTTH (Fiber to the Home, ewl/Swisscom) oder Datenmigrationen des Stadtteils Littau (Stadtentwässerung) auf das städtische geografische Informationssystem.

Im Bereich Geoapplikationen konnten dienststellenübergreifend verschiedene Themen und Aufgaben mittels GIS bearbeitet bzw. gelöst und auf dem WebGIS als Basisinformationen zur Verfügung gestellt werden. Die Revision der BZO (Nutzungsplanung, Erschliessungsrichtplan) wurde auf dem geografischen Informationssystem digital aufgearbeitet. Für das Mitwirkungsverfahren der Luzernerinnen und Luzerner zum BZO-Entwurf wurde eine spezielle WebGIS-Applikation entwickelt und öffentlich zur Verfügung gestellt.

4.4.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen der einzelnen Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.4.4.1 Städtebau/Stadtentwicklung

a) Aufgaben / Dienstleistungen

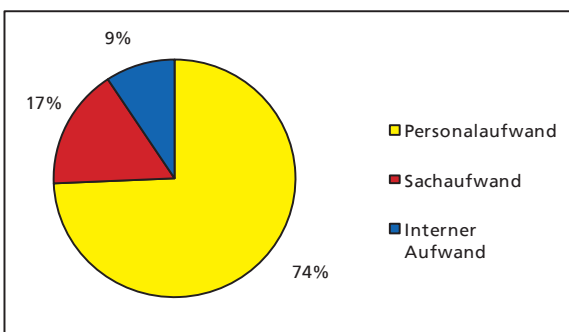
Der Städtebau und die Stadtentwicklung fördern und unterstützen mit ihren Dienstleistungen die nachhaltige, qualitätsvolle bauliche Entwicklung der Stadt. Der Städtebau behandelt alle städtebaulichen, architektonischen und baurechtlich relevanten Fragen. Zudem berät er intern und extern in Fragen der Denkmalpflege und des Kulturgüterschutzes. Bauwillige werden bei ihren Planungen und Projekten beraten und begleitet. Die Dienstabteilungen Städtebau und Stadtentwicklung bereiten Berichte und Anträge des Stadtrates an das Stadtparlament vor; zudem organisiert und koordiniert der Städtebau Wettbewerbsverfahren. Die seit 1. Mai 2010 neue Dienstabteilung Stadtentwicklung koordiniert die rollende Überarbeitung der Gesamtplanung als zentrales Führungsinstrument des Stadtrates. Sie leitet und begleitet Projekte, die ihr über die Gesamtplanung zugewiesen werden. Zudem erarbeitet und koordiniert sie räumliche Entwicklungskonzepte sowie Richt- und Nutzungspläne, erteilt intern und extern Auskunft zu Planungsfragen, beantwortet politische Vorstösse und gibt Stellungnahmen im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren von Dritten ab. Die beiden Dienstabteilungen beschäftigen 26 Personen (2'070 Stellenprozente).

b) Ergebnis

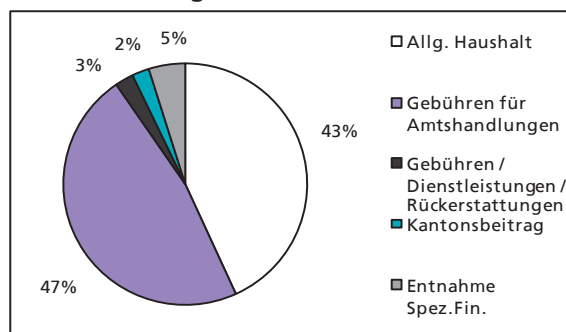
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	2'791'449	3'751'077	3'784'100	-33'023	-1%	959'628	34%
Ertrag	1'579'221	2'129'399	2'243'900	-114'501	-5%	550'178	35%
Ergebnis	-1'212'228	-1'621'678	-1'540'200	-81'478	-5%	-409'450	-34%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2006	2007	2008	2009	2010
Total eingegangene Baugesuche	415	416	418	385	451
Total Anzahl behandelte Baugesuche	419	417	427	364	468
- davon mit Einsprachen	59 (14%)	60 (14%)	61 (14%)	47 (13%)	51 (11%)
- abgewiesene Baugesuche	11	1	7	3	5
- zurückgezogene Baugesuche	21	18	14	12	10
Bewilligtes Bauvolumen	281 Mio.	375 Mio.	539 Mio.	314 Mio.	419 Mio.
Total offene Baugesuche per 31.12.	99	90	120	139	157
Erledigte Baugesuche⁸	2006	2007	2008	2009	2010
Ordentl. Verfahren innert 40 Arbeitstagen (AT)	39%	48%	44%	55%	39%
Ordentl. Verfahren über 40 AT	61%	52%	56%	45%	61%
Vereinfachtes Verfahren innert 25 AT	44%	39%	45%	44%	41%
Vereinfachtes Verfahren über 25 AT	56%	61%	55%	56%	59%
Einsprachen im ordentlichen Verfahren	51	47	48	40	41
Einsprachen im vereinfachten Verfahren	8	13	13	7	10

⁸ In diesen Zahlen enthalten sind auch Projektänderungen, Verlängerungen von Baubewilligungen, Fassadenrenovationen, Fensterersatz usw.

Stadtentwicklung	2006	2007	2008	2009	2010
Leitung/Begleitung Nutzungsplanverfahren					9
Leitung/Begleitung räumliche Entwickl.konzepte					5
Leitung/Begleitung Stadtentwicklungsprojekte					3
Auskünfte Volumenberechnungen					25
Stellungnahmen/politische Vorstösse					10

e) Kommentar

Die Kennzahlen 2010 "Baugesuche" weisen gegenüber 2009, bedingt durch die Fusion Littau-Luzern, einen Anstieg der eingegangenen bzw. behandelten Baugesuche und des Bauvolumens auf. Für den Stadtteil Littau wurden im Jahr 2010 total 64 Baugesuche eingereicht. 98 Baugesuche, von der ehemaligen Gemeinde Littau nicht abgeschlossen, wurden beim Städtebau integriert. Aufgrund der Mehrbelastung durch die BZO-Revision, der Integration von Littau sowie unfallbedingter Absenzen konnte der positive Trend bei der Behandlungsdauer der Gesuche nicht fortgesetzt werden.

Neu sind die spezifischen Kennzahlen der seit Mai 2010 operativ tätigen Dienstabteilung Stadtentwicklung (STEN). Die Betreuung der Gesamtplanung war vorher Aufgabe der Stadtkanzlei, und die räumliche Stadtentwicklung gehörte zur Stadtplanung, die im Zuge der Reorganisation der Baudirektion neu Dienstabteilung Städtebau heisst.

4.4.4.2 Immobilien

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Immobilien betreut sämtliche städtischen Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. Sie muss die vorgesehene Gebäudenutzung sicherstellen sowie Werthaltigkeit und optimalen Substanzerhalt gewährleisten.

Für die Vermietung der Wohnungen, Parkplätze und Gewerberäume, die sich im Eigentum der Stadt Luzern befinden, ist der Bereich *Finanzliegenschaften-Management (IFL)* zuständig. Kauf und Verkauf von Liegenschaften inner- und ausserhalb der Stadt gehören ebenfalls zu seinen Aufgaben. Wie im Vorjahr wurden die Liegenschaften des Finanzvermögens auch im Berichtsjahr mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Im Rahmen der städtischen Investitionstätigkeit übernimmt der Bereich *Bauprojekt-Management (IPM)* die Projektleitungen und ist gemäss den definierten Zielen verantwortlich für eine ordnungsgemässe Projektrealisierung bezüglich Terminen, Qualität und Kosten. Der Bereich *Gebäudemanagement (GM)* ist verantwortlich für den Betrieb (Hauswartung, Reinigung, Verwaltung usw.) und den baulichen und technischen Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. In der Dienstabteilung Immobilien arbeiten 197 Personen (total 9'200 Stellenprozente).

b) Ergebnis (Abteilungen 514, 520, 521)

	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	26'648'752	27'004'333	27'084'700	-80'367	0%	355'581	1%
Ertrag	29'458'501	33'255'739	32'081'000	1'174'739	4%	3'797'239	13%
Ergebnis	2'809'749	6'251'407	4'996'300	1'255'107	25%	3'441'658	122%
Baul. U'halt	8'305'001	7'574'795	7'435'400	139'395	2%	-730'206	-9%

In obigen Zahlen sind auch Fr. 10'039'921.– für den Bereich Finanzliegenschaften (Umsatz Konto 521) enthalten; dieser Teilbereich der Dienstabteilung Immobilien wird mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt und separat kommentiert (siehe Kapitel 5.4).

Aufwendungen GM für den baulichen Unterhalt (Konti 314.00, 314.02, 314.03 und 314.10)

Funkt. Gliederung	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Verwaltung	2'547'606	2'693'003	2'658'600	34'403	1%	145'397	6%
Sicherheit	87'000	182'218	409'600	-227'382	-56%	95'218	109%
Bildung	1'224'997	1'650'752	1'876'100	-225'348	-12%	425'755	35%
Kultur und Freizeit	218'371	90'248	149'000	-58'752	-39%	-128'123	-59%
Soziale Wohlfahrt	2'023'906	1'844'180	2'032'700	-188'520	-9%	-179'726	-9%
Verkehr	59'241	32'518	75'000	-42'482	-57%	-26'723	-45%
Volkswirt- schaft	333'529	52'794	61'000	-8'206	-13%	-280'735	-84%
Finanzen	12'655	28'070	27'900	170	1%	15'415	122%
Zwischen- total	6'507'305	6'573'783	7'289'900	-716'117	-10%	66'478	1%
./. Aufwand Art. 60 GO	-307'799	-490'728		-490'728		-182'929	59%
Total¹	6'199'506	6'083'055	7'289'900	-1'206'845	-17%	-116'451	-2%

¹ Reiner baulicher Unterhalt.

Vergleich Rechnung 2010 zu Budget 2010

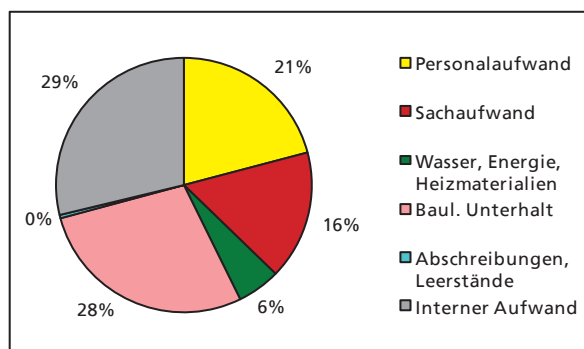
Durch günstigere Arbeitsvergaben und Projektoptimierungen konnten im Jahr 2010 die Ausgaben für den reinen baulichen Unterhalt der Dienstabteilung Immobilien, Bereich Gebäudemanagement, gegenüber dem Budget um rund 17 % unterschritten werden. Auch mussten einige ausserordentliche Unterhaltsarbeiten witterungsbedingt oder aufgrund anstehender grösserer Sanierungsmassnahmen annulliert werden.

Im Rechnungsjahr 2010 wurden drei zusätzliche, mittels Nachtragskrediten finanzierte Massnahmen im Umfang von Fr. 490'728.– ausgeführt:

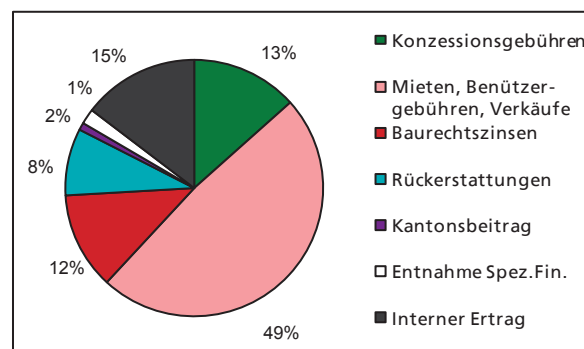
- Ausbau Haus der Informatik, Stadtteil Littau
- Notmassnahmen Musikhochschule Dreilinden
- Zusätzliche Behebung von Vandalenschäden an Gebäuden und Einrichtungen

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Gebäudemanagement GM für baulichen Unterhalt:

Aufwand in Fr. für

Primarschulen (inkl. Turnhallen)

pro Schülereinheit (09: 2'384 / 10: 3'433 / +44%)

pro m² (61'201 m² inkl. SH Luzern-Littau)

Oberstufenschulen (inkl. Turnhallen)

pro Schülereinheit (09: 931 / 10: 1'453 / +56%)

pro m² (42'143 m² inkl. SH Luzern-Littau)

BZ/Pflegeheim/Pflegewohnungen

pro Bett (09: 737 / 10: 899 / +22%)

Alterssiedlungen

pro Wohnung (09: 232 / 10: 232 / 0,0%)

	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Primarschulen (inkl. Turnhallen)	1'995'306	659'308	1'157'503	1'308'678	13%
pro Schülereinheit (09: 2'384 / 10: 3'433 / +44%)	783	264	486	381	-21%
pro m ² (61'201 m ² inkl. SH Luzern-Littau)	47	16	27	21	-21%
Oberstufenschulen (inkl. Turnhallen)	1'016'232	704'218	276'670	845'110	205%
pro Schülereinheit (09: 931 / 10: 1'453 / +56%)	1'095	755	297	582	96%
pro m ² (42'143 m ² inkl. SH Luzern-Littau)	34	23	9	20	118%
BZ/Pflegeheim/Pflegewohnungen	1'954'618	2'191'667	3'261'426	1'953'720	-40%
pro Bett (09: 737 / 10: 899 / +22%)	2'610	2'884	4'425	2'173	-51%
Alterssiedlungen	753'658	546'365	947'131	505'006	-47%
pro Wohnung (09: 232 / 10: 232 / 0,0%)	3'249	2'355	4'082	2'177	-47%

e) Kommentar

Die spezifischen Kennzahlen enthalten die Aufwendungen für den baulichen Unterhalt der Schulhäuser, Betagtenzentren sowie der Alterssiedlungen in der Stadt Luzern. Die Veränderungen von Jahr zu Jahr sind auf die unterschiedlich anfallenden Unterhaltsarbeiten zurückzuführen.

Die Aufwendungen umfassen bei den Schulhäusern (ab 1. Januar 2010 inkl. Stadtteil Littau) u. a. insbesondere die drei folgenden grösseren Sanierungen:

- Villa Schröder, Fenster im EG und OG und Ersatz Heizungsanlage
- Schulhaus Matt, Lehrerzimmersanierung und Erneuerung Schliessanlage
- Schulhaus-Turnhalle Steinhof, Ersatz Heizungsanlage

Bei den Betagtenzentren wurde der bauliche Unterhalt auf die notwendigsten Arbeiten beschränkt, da grosse Sanierungen bei den einzelnen Liegenschaften in Bearbeitung sind und noch ausgeführt werden.

Die Berichterstattung des Bereichs Finanzliegenschaften der Dienstabteilung Immobilien mit spezifischen Kennzahlen erfolgt im Kapitel 5.4, Leistungsauftrag mit Globalbudget.

4.4.4.3 Geoinformationszentrum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Der Grundauftrag des Geoinformationszentrums mit marktnahem Dienstleistungsangebot besteht aus den Kernbereichen "Geodatenprodukte" (Erhebung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Geobasis- und Geofachdaten), "Vermessungen" (Leitungsvermessung, Bau- und Ingenieurvermessung und Thematische Vermessung) sowie "Netzinformationen" (Dokumentation des Leitungskatasters und von Werkinformationen). Die mit dem Betrieb des geografischen Informationssystems verbundene Querschnittsfunktion des GIS zu den städtischen Dienstabteilungen wird mit dem Kernbereich "Geoapplikationen" (GIS-Koordination, GIS-Anwendungen, Geodatenmanagement und GIS-Support) sichergestellt.

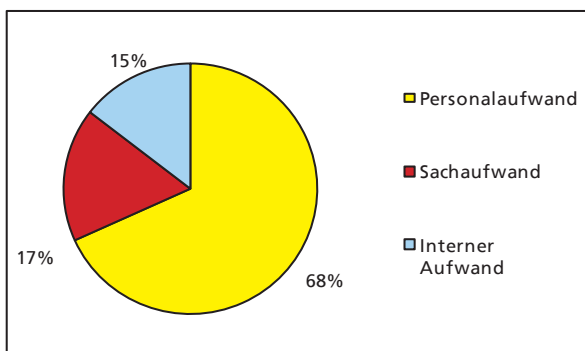
Der Leitungskataster umfasst sämtliche Medien, erstreckt sich über das ganze heutige Gebiet der Stadt Luzern und ist die Grundlage für die Baukoordination und die damit verbundene und gesicherte Auskunftspflicht über unter- und oberirdische Leitungen. Mit Werkleitungsbetreibern bestehen vertragliche Vereinbarungen für die Führung von Werkinformationen mit hohem Detaillierungsgrad. Der Gebietsperimeter von ewl erstreckt sich mit rund 35 Gemeinden über die Stadtgrenze hinaus. Die einzelnen Dienstleistungen aus den Kernbereichen wie das Baubewilligungsverfahren, die baupolizeilichen Kontrollen, die Baukoordination, die Auskunftserteilung betreffend den Leitungskataster und die Daten der amtlichen Vermessung sind zu einem hohen Mass untereinander vernetzt und korreliert. Im GIS werden 26 Personen (davon vier Lernende) mit 1'980 Stellenprozenten beschäftigt.

b) Ergebnis

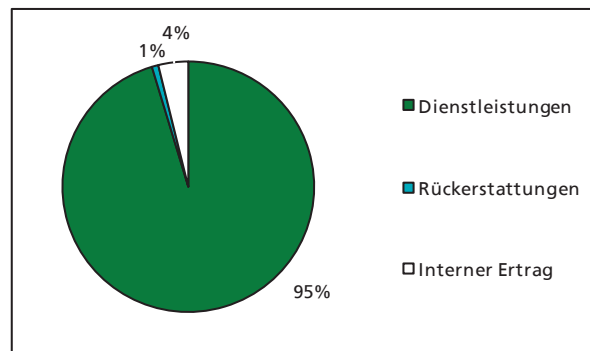
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	3'203'422	3'414'635	3'482'500	-67'865	-2%	211'213	7%
Ertrag	3'155'792	3'696'608	3'832'500	-135'892	-4%	540'816	17%
Ergebnis	-47'630	281'973	350'000	-68'027	-19%	234'343	492%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Anzahl der wichtigsten Geschäfte:

	2007	2008	2009	2010
Grenzmutationen	34	25	18	22
Bestandesänderungen	134	124	95	80
Handänderungen	961	1'581	997	1'389
Baupolizeiliche Kontrollen (Bauten)	48	120	87	160
Leitungsmutationen (Wasser, Abwasser, Gas, Elektro)	1'740	1'370	1'686	1'868
Datenbezüge durch Dritte	810	910	735	1'176
Datenbezüge durch Stadt intern	190	215	235	205
Datenbezüge durch ewl	415	430	421	445

e) Kommentar

2010 konnte ein sehr erfreuliches Betriebsergebnis erzielt werden. Budgetiert war ein Mehrertrag von Fr. 350'000.–; tatsächlich resultierte ein Ergebnis von rund Fr. 282'000.–. Im Berichtsjahr wurde die Ergänzung, Harmonisierung und Aufbereitung der BZO im Zusammenhang mit der Fusion Littau-Luzern auf dem städtischen Informationssystem für die Dienstabteilung Stadtentwicklung (STEN) notwendig. Da diese Aufwendungen nicht budgetiert waren, bewilligte der Stadtrat in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 lit. b GO einen Nachtragskredit von Fr. 150'000.–. Von diesem Kredit wurden schliesslich Fr. 112'500.– benötigt. Ohne diese ausserordentlichen Aufwendungen hätte der Ertragsüberschuss effektiv Fr. 394'500.– betragen.

Infolge der Fusion Littau-Luzern wurde dem GIS eine Aufstockung des Stellenplans um 200 Stellenprozente bewilligt, was u. a. zu einer Ertragssteigerung von rund Fr. 0,5 Mio. führte. Der Arbeitsanfall 2010 und die damit verbundene Auslastung bzw. Belastung der Mitarbeitenden war enorm hoch. Dazu beigetragen hat allgemein die sehr grosse Bautätigkeit. Speziell zu erwähnen sind neue Arbeiten im Zusammenhang mit dem städtischen Glasfasernetz FTTH (Fiber to the Home, ewl/Swisscom) und der zunehmende Bedarf von Geoinformationen in Verwaltung, Wirtschaft und privat.

4.5 Finanzdirektion

Vorwort von Stefan Roth, Finanzdirektor

Die Finanzdirektion will einen gesunden und soliden Finanzhaushalt, aufbauend auf zwei Säulen:

- auf einem kostenbewussten Umgang mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen durch eine nachhaltige Sicherung des Finanzhaushalts (Kostenseite) und
- auf der kontinuierlichen Stärkung der Ertragskraft durch eine leistungsfähige Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und zusätzlichen Steuerertrag generiert (Ertragsseite).

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Luzern muss verstärkt werden. Zwar melden unsere Gesprächspartner in der Wirtschaft eine erfreuliche Entwicklung, die sich künftig auch in einer stärkeren Ertragskraft niederschlagen wird. Den ansetzenden Schwung gilt es mitzunehmen, weil der wirtschaftliche Standortwettbewerb – sowohl im Inland wie auch international – ständig zunimmt. Wir müssen uns bewegen, denn Stillstand wäre Rückschritt. Die Steuerattraktivität für Unternehmen hat sich verbessert, und wir werden ab 2012 zur nationalen Spitze gehören, doch das alleine genügt nicht. Wir müssen unser Angebot auch auf die absehbare Nachfrage ausrichten. Die Finanzdirektion hat daher die laufenden und neuen wirtschaftspolitischen Massnahmen in einem "Wirtschaftspaket 2011 plus" zusammengefasst und in die Gesamtplanung einfließen lassen. Zudem hat der Stadtrat in der Gesamtplanung der Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft ein besonderes Augenmerk geschenkt und festgestellt, dass die wirtschaftliche Dimension weiter gestärkt werden muss. Eine starke Wirtschaft nützt auch den Dimensionen Umwelt und Gesellschaft.

In Rahmen der Gesamtplanung 2011–2015 wurden folgender Leitsatz und Stossrichtungen festgelegt:

"Luzern entwickelt seinen Wirtschaftsraum zum Nutzen der ganzen Zentralschweiz."

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist insbesondere die Bildung einer "Starken Stadtregion" von zentraler strategischer Bedeutung.

- Durch die Entwicklung von Schlüsselarealen für wertschöpfungsintensive Unternehmen im Dienstleistungssektor das wirtschaftliche Wachstum stärken
- Attraktiven, urbanen Wohnraum fördern
- Stadtregion optimal ins nationale und internationale Verkehrsnetz einbinden
- Positionierung im Wirtschaftsraum Zürich stärken

- Steuerattraktivität für Unternehmen als Chance nutzen und für natürliche Personen halten

Mit dem lancierten Investorenwettbewerb "Industriestrasse", den politisch abgestützten Weichenstellungen am Pilatusplatz und den Entwicklungsschwerpunkten Süd und Nord hat die Stadt Luzern Voraussetzungen geschaffen, um insbesondere die nachfolgenden Punkte zu erreichen: hochwertige Dienstleistungsflächen an zentraler Lage und genügend urbanen Wohnraum. Durch die aktuelle Revision der Bau- und Zonenordnung erwarten wir einen Einwohnerzuwachs von 2'000 bis 3'000 Personen und etwa 800 bis 1'200 neue Arbeitsplätze. In der Gesamtplanung 2011–2015 rechnen wir mit zusätzlich 1'500 Wohnungen und 30'000 m² Dienstleistungsflächen.

Aber auch intern müssen die notwendigen Ressourcen bereit sein, um diese langjährigen Pläne Realität werden zu lassen. Die Finanzdirektion plant daher eine personelle Verstärkung des Bereichs Wirtschaftsfragen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei der Entwicklung im Norden zu schenken. Die raumplanerischen Chancen für wertschöpfungsreiche Unternehmen im Littauer Boden müssen besser genutzt werden. Erste Ansätze zeichnen sich in Littau/Reussbühl ab. Das neue Stadtarchiv soll in Ruopigen realisiert werden. Im ehemaligen Gemeindehaus wurde in Kooperation mit dem Kanton das "Haus der Informatik" umgesetzt. Zudem ist die Umnutzung des jetzigen Werkhofareals vorgesehen, welches den Startschuss für eine moderne, qualitätsvolle Überbauung mit Wohn- und Dienstleistungsnutzungen zur Stärkung des neuen Stadtteils Littau gibt. Luzern Nord wird die wirtschaftliche Zukunft unserer Region entscheidend prägen. Eine wesentliche städtebauliche Entwicklung erfolgt vorerst rund um den Seetalplatz. Unsere Partner sind die Gemeinde Emmen und der Kanton Luzern. Der erarbeitete Masterplan zeigt auf, dass der neue Stadtteil Reussbühl über grosses Potenzial verfügt.

Eine funktionierende und prosperierende Wirtschaft ist Grundlage dafür, dass die Stadt ihre umfangreichen Aufgaben auch in Zukunft tatsächlich leisten kann. Gerade für eine Zentrumsstadt ist es von grosser Bedeutung, dass Entscheide mit der entsprechenden regionalen Perspektive gefällt werden und dabei den wirtschaftlichen Aspekten die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

4.5.1 Meilensteine zu den Fünfjahreszielen und den strategischen Projekten

Standortentwicklung (Projektplan Nr. L84003)

Fünfjahresziel
A0.1, A1.3, D2.1

Entwicklungsreserven im Stadtteil Littau werden genutzt.

Die Entwicklungspotenziale im Stadtteil Littau sind bis anhin noch zu wenig genutzt worden. Mit der Verabschiedung des Masterplans Nord und der geplanten Einsetzung eines Gebietsmanagers soll sich das verbessern. Ausserdem will sich die Finanzdirektion im Bereich Immobilienentwicklung verstärken, um die marktseitige Nachfrage besser betreuen zu können und insbesondere mehr Ressourcen für die Entwicklung Littau, Reussbühl und Luzern Nord zu erhalten.

Optimierung der Dienstleistungsprozesse (Projektplan Nr. L02013)

Fünfjahresziel
A1.4

Das Internet wird aktiv zur Optimierung der Dienstleistungsprozesse eingesetzt.

Die Einwohnerdienste konnten die Registerharmonisierung termingerecht abschliessen. Die Zuordnung der Personen zu Wohnungen zwecks Identifikation der Haushalte war sehr aufwendig und zeitintensiv. Dank dem enormen Einsatz aller Beteiligten konnten die Vorgaben des Bundes und des Kantons dennoch eingehalten werden.

Der neue Internetauftritt konnte weitgehend gemäss Planung realisiert werden. Das Projekt erfuhr leichte Verzögerungen, da sich die Umsetzung des Layouts schwieriger als ursprünglich erwartet herausstellte. In Kombination mit der verzögerten Fertigstellung des Internetauftritts und mit den Ressourcenengpässen bei den Bevölkerungsdiensten musste die Realisierung der E-Government-Funktionalitäten im 2010 weitgehend sistiert werden.

Wirtschaftsstrategie Stadtregion Luzern (Projektplan Nr. L84006)

Fünfjahresziel
A2.1

Die Zusammenarbeit mit der Stiftung Wirtschaftsförderung Luzern ist gestärkt.

Der Beauftragte für Wirtschaftsfragen arbeitet eng mit der Stiftung Wirtschaftsförderung zusammen. Die Ansiedlung des EMEIA-Hauptsitzes des internationalen Pharmakonzerns MSD ist ein gutes Beispiel für diese erfolgreiche Zusammenarbeit. Es werden auch regelmässig gemeinsame Projekte (z. B. Wohnpräferenzen) und Anlässe (z. B. für Locationmanager) durchgeführt. In der Standortentwicklung unterstützt die Stiftung Wirtschaftsförderung und das Forum Wirtschaft die städtischen Anliegen einer starken Stadtregion. Der Finanzdirektor ist sowohl Mitglied des Forums Wirtschaft wie auch des Stiftungsrates.

Bestandespflege (Projektplan Nr. L84007)

Fünfjahresziel
D1.1

Die Kontakte mit der Wirtschaft sind gefestigt.

Das Netzwerk mit den ansässigen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden hat sich gefestigt. Neben regelmässigen Besuchen ansässiger Unternehmen trifft sich der Stadtrat zweimal jährlich mit den Spitzen der lokalen Wirtschaftsorganisationen. Neben weiteren Netzwerkanlässen, z. B. im Rahmen des Lucerne Festival, sind der Finanzdirektor und andere Vertreter des Stadtrates, der Beauftragte für Wirtschaftsfragen und weitere Verwaltungskader auch regelmässig an den Veranstaltungen der Wirtschaft präsent. Für die bedeutendsten Unternehmen auf dem Platz Luzern haben die Mitglieder des Stadtrates jeweils eine "Göttirolle" übernommen. Im Rahmen der Reihe Wirtschaftsdialog wird jedes Quartal ein Treffen zwischen Wirtschaftsvertretern und Verwaltungskadern im Stadthaus angeboten.

Sparpaket und Steuerertragssteigerung
(Projektplan Nr. L90003)Fünfjahresziel
D4.1**Ein Sparpaket ist erarbeitet.**

Die Projektarbeiten für das Sparpaket 2011 konnten plangemäss abgewickelt werden. In einer ersten Phase wurden die städtischen Leistungen hinsichtlich ihrer Beeinflussbarkeit untersucht. In der zweiten Phase entwickelten die Teilprojekte – im Dialog mit der erweiterten Projektleitung – die konkreten Massnahmenvorschläge. Der Stadtrat hat im Sommer ein Massnahmenpaket mit einer Entlastungswirkung von insgesamt 16,7 Mio. Franken beschlossen. Der Grosse Stadtrat hat sich im Dezember mehrheitlich für eine integrale Umsetzung des Sparpakets ausgesprochen. Ab Rechnungsjahr 2011 läuft die Umsetzungsphase. Die Massnahmen zur Ertragssteigerung laufen unter separater Zielsetzung in anderen Projekten wie z. B. dem Wirtschaftspaket 2011 plus weiter.

4.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	(Aufwand) /Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
610 Stab Finanz- direktion	768	813	-45	-6%	51	34	17	50%	(717)		62
611 Finanzverwaltung	2'490	2'206	284	13%	997	838	159	19%	(1'493)	126	
612 Steueramt	8'344	8'367	-22	0%	2'495	2'356	139	6%	(5'850)		161
613 Teilungsamt	1'647	1'768	-121	-7%	1'294	1'293	1	0%	(353)		122
614 Prozesse und Informatik <i>Adm. unterstellte Dienstabteilungen</i>	10'798	10'860	-62	-1%	10'617	8'908	1'709	19%	(181)		1'771
615 Betreibungsamt	2'184	2'498	-314	-13%	3'031	2'906	125	4%	847		439
616 Finanzinspektorat	670	692	-22	-3%	56	65	-9	-14%	(614)		13
617 Friedensrichteramt	161	166	-6	-4%	73	87	-14	-16%	(88)	9	
Total	27'062	27'369	-307	-1%	18'613	16'487	2'126	13%	(8'449)	135	2'568
Nettoverbesserung										2'433	

Die Finanzdirektion weist gegenüber dem Budget eine Nettoverbesserung von Fr. 2,4 Mio. aus.

Das Ergebnis der Finanzverwaltung fällt um Fr. 126'000.– schlechter aus. Nicht budgetierte Mehrausgaben bei den Projekten Sparpaket und Studie Wert ewl führten zu diesem Ergebnis.

Das Steueramt weist eine Nettoverbesserung von Fr. 161'000.– aus. Diese Verbesserung resultiert aus vakanten Stellen, vorübergehenden Pensenreduktionen sowie Mehreinnahmen.

Das Teilungsamt hat einen Teil des Sparpakets im Personalbereich bereits erfolgreich umgesetzt, was zu einer Verbesserung von Fr. 122'000.– führt.

Die Rechnung der Dienstabteilung Prozesse und Informatik schliesst netto um Fr. 1,8 Mio. besser ab. Einerseits ist die Verbesserung systembedingt, da erst mit der Rechnung alle Kosten weiterverrechnet werden. Andererseits wurden auf der Aufwandseite (ohne interne Verrechnungen) rund Fr. 0,5 Mio. eingespart.

Auch das Betreibungsamt hat einen Teil des Sparpakets im Personalbereich bereits erfolgreich umgesetzt, was rund Fr. 0,26 Mio. ausmacht. Auf der Gebühreneinnahmenseite sind Mehrerträge von rund Fr. 0,13 Mio. eingegangen.

Infolge Kantonalisierung per 1.1.2011 schliesst das Friedensrichteramt die Rechnung mit Ertragsabgrenzungen zwischen der Stadt und dem Kanton leicht schlechter ab als erwartet.

4.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Finanzverwaltung

Die Stadt Luzern sieht sich in den kommenden Jahren mit bedeutenden finanziellen Herausforderungen konfrontiert. Ertragsausfälle infolge Steuergesetzrevisionen, Mehrkosten aufgrund der Neuordnung der Pflegefinanzierung und der Sanierung der Pensionskasse sowie ein weiterhin hohes Investitionsvolumen sind die Hauptgründe, die zu Aufwandüberschüssen und tiefen Selbstfinanzierungsgraden führen. Der Stadtrat hat deshalb die Finanzdirektion mit der Erarbeitung eines Sparpakets beauftragt. Die Projektleitung oblag der Finanzverwaltung. Dank einer klaren Methodik und einer straffen Organisation und dank einer guten Zusammenarbeit mit allen Direktionen konnten dem Stadtrat Massnahmenvorschläge mit einem Entlastungspotenzial von über Fr. 20 Mio. vorgelegt werden. Daraus schnürte der Stadtrat ein ausgewogenes Massnahmenpaket im Umfang von Fr. 16,7 Mio. Die Geschäftsprüfungskommission und der Grosse Stadtrat haben nach intensiven Diskussionen dem Sparpaket mehrheitlich zugestimmt und dieses zur Umsetzung freigegeben.

Der Budgetprozess 2012 soll rund zwei Monate später starten als bisher. Dadurch stehen bei der Budgetierung aktuellere und damit bessere Grundlagen zur Verfügung. Als Vorbereitung dazu wurden 2010 alle betroffenen Prozesse und Terminpläne in Zusammenarbeit mit den involvierten Stellen überprüft und angepasst.

Da 2010 in der Stadtverwaltung nebst den Stammaufgaben gleichzeitig mehrere wichtige und zeitintensive Projekte bearbeitet wurden, wie z. B. Starke Stadtregion, neue Gesamtplanung und Sparpaket, hat die Finanzdirektion im April 2010 anboten, das Projekt "Neues Berichtswesen" um ein Jahr hinauszuschieben. Das neue Berichtswesen soll mit dem Voranschlag 2013 zum Tragen kommen.

Per 1. Januar 2010 wechselte der Leadeinkauf für Büromaterial-, -maschinen, -mobiliar und Drucksachen von PIT zur Abteilung Finanzverwaltung. Das Projekt "Umsetzung Beschaffungsstrategie" ist per Ende 2010 abgeschlossen, und die Aufgaben gehen ab 2011 unter der Leitung der Finanzverwaltung in die Linie über.

Im Hinblick auf die Einführung der neuen Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 haben die Sozial- und die Finanzdirektion gemeinsam verschiedene Vorbereitungsarbeiten umge-

setzt. Insbesondere wurden mit den privaten Pflegeheimen der Stadt Luzern Verhandlungen über die künftig durch die Stadt Luzern zu tragenden Restfinanzierungskosten geführt und Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Weiter hat die Finanzverwaltung bei den Verhandlungen über eine neue Leistungsvereinbarung mit dem Spitex-Verein Luzern Littau aktiv mitgewirkt.

Beim Beteiligungs- und Beitragscontrolling sind die Leistungserbringer der Aufgaben von höchster Bedeutung der Stadt in einer parlamentarischen Verordnung festgehalten. Bei insgesamt acht der ehemals elf Institutionen ergaben sich seit der Inkraftsetzung im 2006 Änderungen personeller oder struktureller Art. Die entsprechende Aktualisierung der Verordnung beschloss das Parlament mit B+A 54/2009 am 4. März 2010.

Die zunehmend knapper werdenden Mittel verlangen in der Investitionsrechnung eine stärkere Priorisierung von Investitionsprojekten. 2010 wurden erstmals die Kriterien der Nachhaltigkeit auch für die Selektionierung der Investitionsprojekte herangezogen. In einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe wurden Vorschläge erarbeitet, vom Stadtrat beschlossen und in die Gesamtplanung 2011–2015 übergeführt. Mit diesem Vorgehen konnte der Investitionsplafond für 2011 von Fr. 50 Mio. eingehalten werden. Im Hinblick auf die noch enger gefassten Plafonds der kommenden Jahre sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich sowie zeitliche Verschiebungen und auch Streichungen von Projekten unabdingbar.

Dank frühzeitiger Vorbereitung und dem Vorteil, dass die Buchhaltung der Gemeinde Littau bereits im Jahre 2009 im Auftragsverhältnis durch die Stadtbuchhaltung geführt wurde, konnten die beiden Rechnungswesen per 1. Januar 2010 ohne grössere Probleme zusammengeführt werden. Zudem wurden, wie vom Kanton verlangt, die Anlagen der Gemeinde Littau erhoben, neu bewertet und rückwirkend per 1. Januar 2010 in die Anlagebuchhaltung der Stadt Luzern integriert.

Eine Herausforderung war die Erstellung des Voranschlags für das Jahr 2011: Einerseits fehlten grösstenteils Erfahrungswerte, andererseits wurde parallel dazu das Projekt Sparpaket erarbeitet, welches bereits Auswirkungen auf das Budget 2011 hatte.

Bereits im Vorjahr startete die Stadtbuchhaltung das Projekt "Upgrade des Finanzinformationssystems" auf Microsoft Dynamics NAV 2009. In diversen Workshops wurden Optimierungs- und Erweiterungsmöglichkeiten definiert, welche im Verlauf des Jahres durch die Softwarelieferantin integriert und umgesetzt wurden. Nach intensiven Tests und anschließender Behebung von Schwachstellen konnte das neue System am ersten Novemberwochenende erfolgreich eingeführt werden. Gleichzeitig wurden rund 400 Mitarbeitende in der Anwendung des neuen Finanzsystems geschult. Dieser Upgrade war der erste seit Einführung der ERP-Software Navision im Jahre 2005 und stellt die Wartung und den Support für die kommenden Jahre sicher.

In der Kostenrechnung ergaben sich ebenfalls einige Änderungen: Zum einen wurde die Kostenrechnung HAS infolge der Fusion mit Littau durch das Betagtenzentrum Staffelnhof erweitert. Zum anderen ergaben sich organisatorische Anpassungen, wie z. B. der Wechsel des Tiefbauamtes von der Baudirektion zur Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit oder die Einführung der detaillierten Kostenrechnung in der Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen.

Steueramt

Die Fusion von Littau und Luzern bedingte eine Zusammenführung der Datenbanken im Bereich der Einwohner und der Steuern. Anfang Januar 2010 wurde das Steueramt für eine Woche geschlossen, und die Daten wurden übernommen. Durch die Datenzusammenführung verzögerte sich der Versand der Steuererklärungen um rund drei Wochen. Dementsprechend erfuhr auch der Start der Veranlagungen für das Steuerjahr 2009 eine Verspätung, die bis Ende Jahr nicht aufgeholt werden konnte. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2011 wurden diese Rückstände jedoch wettgemacht. Die übrigen Leistungs- und Qualitätsziele konnten erreicht werden. Die kantonale Dienststelle Steuern unterzog das Steueramt einer vertieften Revision und konnte einen sehr guten Bericht (ohne Auflagen) erstellen.

Die Zusammenführung der Steuerdaten wird weitergehen: Im Projekt LuTax werden die Daten aller Gemeindesteuerämter auf die kantonale Plattform migriert und die Bearbeitungsprozesse vereinheitlicht. Die bisherigen Prozesse des städtischen Steueramts dienen dabei als Standardvorlage. Entsprechend aufwendig war die Mitarbeit der Projektmitarbeitenden aus der Stadt. Insbesondere im Teilprojekt Organisation wurden unzählige Stun-

den aufgewendet, um das Wissen der Stadt an den Kanton und damit alle anderen Gemeinden weiterzugeben. Ende 2010 wurden die wesentlichsten Entscheide gefällt, die wichtigsten Konzepte erarbeitet und die Pilotgemeinde Horw wurde migriert. Für das Steueramt der Stadt bedeutet dies nun, die operativen Tätigkeiten inkl. Scanning bis Ende 2012 noch in eigener Regie durchzuführen. Das Steueramt wird als letzte Gemeinde auf die kantonale Plattform wechseln.

Im personellen Bereich ergaben sich grosse Veränderungen, weil mit dem Jahr 2010 die Kompetenz zur Veranlagung der Einzelfirmen an die Dienststelle Steuern überging. Damit wechselten sechs Mitarbeitende von der Stadt zum Kanton. Das Steueramt hat die eigene Aufbauorganisation überarbeitet und die Aufgaben neu gebündelt. Das Team Register/Objektsteuern wurde neu gebildet und wird seit April 2010 von Sabina Gisler geführt. Im Bereich Informatik wurden die ersten Schritte der automatisierten Registerführung eingeführt. Dieses Softwaremodul wird einerseits die tägliche Routinearbeit übernehmen, andererseits zur Qualitätssicherung der Registerführung beitragen. Weiter wurde das Outputmanagement erweitert, sodass es heute möglich ist, Druckjobs direkt im Rechenzentrum auszudrucken, über die Verpackungsstrasse zu kuvertieren und zu frankieren. Die Mitarbeitenden des Steueramts werden so vom Drucken, Verpacken und Versenden eines Teils der Tagespost entlastet. Leider ist es noch nicht gelungen, weitere Dienstabteilungen von dieser einfachen Lösung zu überzeugen, obwohl die Einführung sogar kostenlos wäre.

Prozesse und Informatik (PIT)

Das Jahr begann mit der Umsetzung der Fusion Littau-Luzern. Aus Informatik Sicht lag der Schwerpunkt auf der termin- und sachgerechten Umstellung der Daten für die Fachapplikationen (z. B. Einwohnerkontrolle und Steuersystem). Der andere lag auf der Bewältigung der verschiedenen Arbeitsplatzverschiebungen im Rahmen der Zügelbewegungen der Abteilungen.

Die Planung und Durchführung der Umstellung auf Microsoft Office 2007 hat PIT in diversen Bereichen stark beschäftigt. In der Vorbereitung mussten verschiedene Fachlösungen geprüft werden, ob sie mit der neueren Version korrekt zusammenarbeiten. Die Konzipierung der Schulung, welche erstmals nicht durch PIT selbst durchgeführt wurde, war ein anderer Hauptpunkt in der Vorbereitung. Im Rahmen des Projekts wurden etwa 850 PCs auf Office 2007 umgestellt und rund 1'000 User geschult.

Die Einführung moderner Informatikinfrastrukturen in der Volksschule konnte einen grossen Schritt weitergebracht werden. Die Aktualisierung der PCs auf die neue Softwareversion während der Sommerferien ist ein grosser Aufwand, der minutiös geplant und speditiv abgewickelt werden muss. Die Angleichung der Schulhäuser im Stadtteil Littau ist ebenfalls auf bestem Weg. Zudem wurde die Verantwortung für den Betrieb der Stufe Sek 1 durch PIT in Zusammenarbeit mit den bisherigen Betreuenden übernommen.

Die heute in der Stadt eingesetzten PCs in der Verwaltung sind grösstenteils nicht mehr aktuell. Dies äussert sich u. a. in langen Aufstartzeiten. Die Vorbereitung für die Auswechslung der Geräte wurde bis Ende 2010 mit Hochdruck vorangetrieben. Die Planung sieht vor, dass, die neuen Geräte im Verlaufe des 1. Semesters 2011 zur Verfügung stehen werden.

Betreibungsamt

Im zweiten Jahr seit der Vereinigung der beiden Betreibungsämter wurde eine Rekordmenge an Betreibungen und Pfändungsvollzügen bearbeitet. Das Betreibungsamt hat 24'649 Betreibungen (Vorjahr: 22'089) und 13'076 Pfändungseinvernahmen durchgeführt (Vorjahr: 12'401). Im Weiteren wurden 7'993 Verlustscheine mit einem Verlustbetrag von Fr. 44,81 Mio. ausgestellt (Vorjahr: 7'307 über Fr. 42,57 Mio.).

Die Bestellung von Betreibungsauszügen im Internet über den Online-Schalter der Stadt Luzern wurde von 3'000 Kunden genutzt. Die Mitarbeitenden des Betreibungsamts erstellen pro Monat durchschnittlich 10'000 Akten. Durch die Zunahme der Geschäftsfälle hat der Gebührenertrag zugenommen, und es resultierte ein Überschuss von Fr. 0,85 Mio.

4.5.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

4.5.4.1 Steueramt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

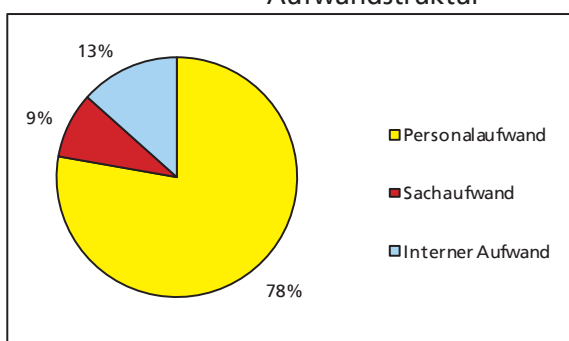
Im Steueramt sorgen 60 Mitarbeitende (52 Stellen) für die Registerführung, die Veranlagung und den Bezug der ordentlichen Gemeinde- und Staatssteuern für die natürlichen Personen (ausser Einzelfirmen). Bei den juristischen Personen und den Einzelfirmen erfolgt das Inkasso durch das Steueramt, die Veranlagung erledigt die kantonale Dienststelle Steuern. Bei den Sondersteuern ist das Steueramt zuständig für die Grundstückgewinn- und die Handänderungssteuern sowie die Liegenschaftssteuern. Zudem werden die Billettsteuern und die Kurtaxen erhoben und bezogen. Das Steuerregister für die ordentlichen Steuern umfasst knapp 55'000 Personen und Gesellschaften.

b) Ergebnis

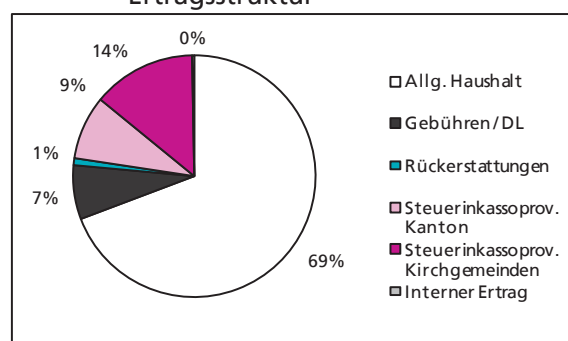
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	8'736'130	8'344'492	8'366'600	-22'108	0%	-391'638	-4%
Ertrag	4'431'142	2'494'503	2'355'800	138'703	6%	-1'936'639	-44%
Ergebnis	-4'304'989	-5'849'989	-6'010'800	160'811	3%	-1'545'000	-36%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Erledigte Veranlagungen	44'076	40'058	37'998	45'353	42'305	45'196	49'645
Offene Veranlagungen							
Selbstständigerwerbende	2'993	3'019	3'284	3'372	2'639	2'372	DST
Offene Veranlagungen							
Unselbstständigerwerbende	7'093	5'604	9'994	6'709	8'389	7'118	11'638
Aufwand brutto pro Steuerpfl.	162	157	154	145	146	151	146
Aufwand netto pro Steuerpfl.	49	88	81	79	78	80	100
Total Steuerertrag pro Einheit in Fr. 1'000 (Luzern)	124'352	121'230	130'731	130'696	133'235	134'770	147'884
Anteil Steuererklärungen PC	29%	40%	47%	50%	49%	56%	59%

e) Kommentar

Per 1. Januar 2010 ging die Veranlagungskompetenz für Selbstständigerwerbende an die Dienststelle Steuern über: Sechs Personen wechselten ihren Arbeitsplatz zum Kanton. In den Zahlen 2010 sind die Werte von Littau neu übernommen. Anfang Jahr mussten die Datenbanken Littau und Luzern zusammengeführt werden. Dies verzögerte den Beginn der Veranlagungsarbeiten um einen Monat. Insgesamt schliesst das Steueramt über Fr. 160'000.– besser ab als budgetiert. Die Einsparungen entstanden vor allem beim Personalaufwand durch Vakanzen und Mutationsgewinne. Der Mehraufwand gegenüber der Rechnung 2009 entstand durch den Wegfall der Abgeltung der damaligen Gemeinde Littau an das Regionale Steueramt.

4.5.4.2 Teilungsamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

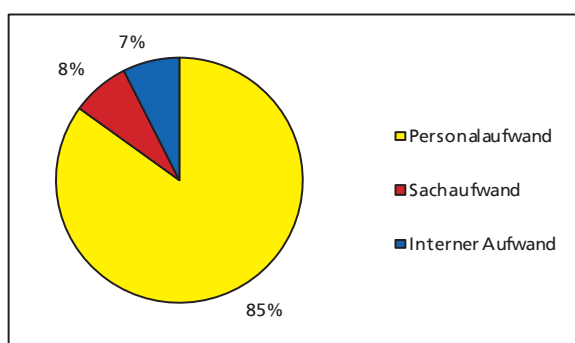
Das Teilungsamt erledigt die der Teilungsbehörde gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wie Inventarisierungen, Erbenabklärungen, Testamentseröffnungen, Erbenverhandlungen, Erbbescheinigungen, amtliche Mitwirkung bei Erbteilungen, Erbteilungen als Willensvollstrecker und im Auftrag der Erben, Veranlagung und Bezug der Erbschaftssteuern für Stadt und Kanton, Depotstelle für Testamente, Ehe- und Erbverträge, Auskunft und Beratung, Aufsichtsbehörde über die Willensvollstrecker, Erbschaftsverwalter und Erbenvertreter. Der Personalbestand umfasst zwölf Mitarbeitende (11,60 Pers.-Einheiten).

b) Ergebnis

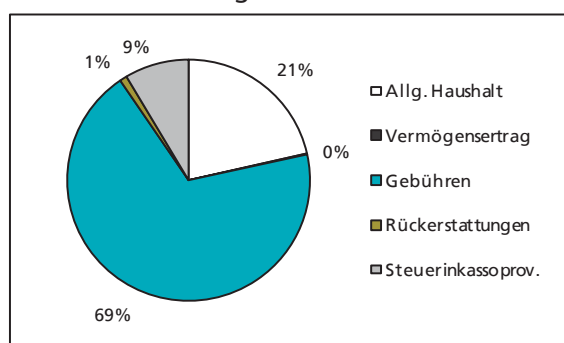
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	1'718'489	1'647'411	1'768'200	-120'789	-7%	-71'078	-4%
Ertrag	1'118'079	1'294'195	1'293'000	1'195	0%	176'117	16%
Ergebnis	-600'410	-353'216	-475'200	121'984	26%	247'194	41%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen (inkl. Littau ab 2008)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Erbschaftsfälle neu	781	718	720	708	785	868	786
Erbschaftsfälle pendent	399	341	322	325	341	369	345
Erbschaftsfälle erledigt	835	776	739	705	769	840	810
Durchschnittswerte in Fr. je erledigten Erbschaftsfall:							
Aufwand	1'868	2'058	2'086	2'074	1'965	2'046	2'034
Ertrag	1'577	1'552	1'743	1'872	1'658	1'331	1'598
Erbschaftssteuern	8'446	7'469	7'355	9'684	7'279	8'467	7'836

e) Kommentar

Seit dem 1. Januar 2008 bis zur Fusion wurden 219 Erbschaftsfälle von Littau bearbeitet. Die im Jahre 2009 nachträglich von Littau übernommenen letzten elf Erbschaftsfälle (2004–2007) sind erledigt. Der Pendenzenstand konnte weiterhin tief gehalten werden, und die Altersstruktur hat sich auf einem guten Stand eingependelt.

Der budgetierte Ertrag aus Erbschaftssteuern im Betrag von Fr. 6,7 Mio. (Stadtanteil) wurde um Fr. 0,65 Mio. nicht erreicht. Das Ergebnis des Teilungsamtes ist sowohl gegenüber dem Budget als auch gegenüber dem Vorjahr deutlich besser ausgefallen und wurde insbesondere dank Einsparungen beim Personalaufwand erreicht.

4.5.4.3 Prozesse und Informatik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

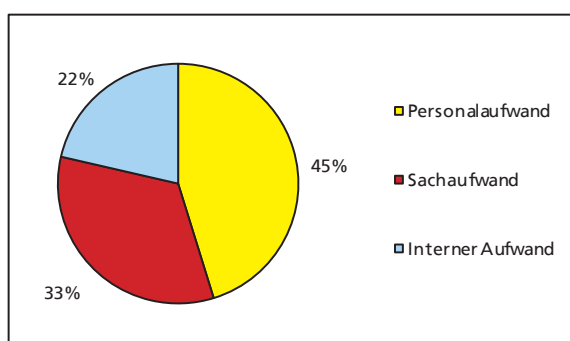
Die Dienstabteilung Prozesse und Informatik berät die Dienstabteilungen der Stadtverwaltung bei der Lösung von Organisations- und Informatikaufgaben. Sie betreibt die eingesetzten Informatik- und Kommunikationsinfrastrukturen und leistet ergänzende Dienste im Zentrum für Informationsverarbeitung (inkl. Reprodienste). Der Postdienst und der Betrieb der Telefonanlagen gehören ebenfalls zu den Dienstleistungen von PIT. Die Abteilung beschäftigt 43 Personen (3'500 Stellenprozente, inkl. 4 Lehrlinge/Praktikanten).

b) Ergebnis

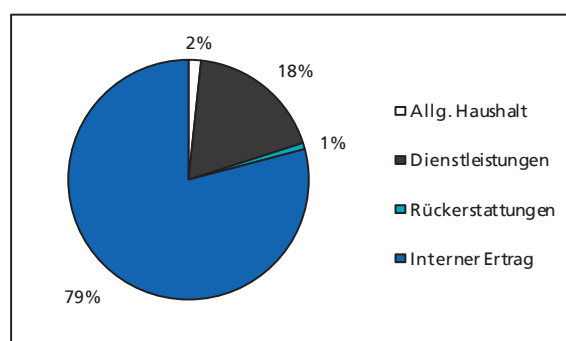
	R 2009	R 2010	B 2010	Abw. zu B 10 in Fr.	Abw. zu B 10 in %	Abw. zu R 09 in Fr.	Abw. zu R 09 in %
Aufwand	9'511'363	10'798'010	10'859'600	-61'590	-1%	1'286'648	14%
Ertrag	9'348'080	10'617'027	8'908'000	1'709'027	19%	1'268'947	14%
Ergebnis	-163'283	-180'984	-1'951'600	1'770'616	91%	-17'701	-11%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Informatikausrüstung:

Mit Informatik ausgerüstet (ab 2008 nur Verwaltung)

Informatik an den Volksschulen (Anz. PC)

Verrechnung pro PC-Arbeitsplatz/Jahr (Verw.)
(Unterhalt, Betrieb, Netzwerk, Schulung)

Verfügbarkeiten:

Gesamtsystem

Von Ausfall Betroffene im Durchschnitt

Service-Desk: Total gelöste Fälle Service-Desk

Schulung:

Kurse und Workshops

Total Kursteilnehmende

Projekte:

Anzahl Projekte

Anzahl Stunden für Projekte

Stundenanteil PIT für Projekte

	2006	2007	2008	2009	2010
Mit Informatik ausgerüstet (ab 2008 nur Verwaltung)	1'290	1'179	1'020	1'022	1'028
Informatik an den Volksschulen (Anz. PC)			475	490	1'091
Verrechnung pro PC-Arbeitsplatz/Jahr (Verw.) (Unterhalt, Betrieb, Netzwerk, Schulung)	2'900.-	2'900.-	2'700.-	2'460.-	2'940.-
Gesamtsystem	97,50%	98,91%	98,93%	99,37%	99,94%
Von Ausfall Betroffene im Durchschnitt	46%	41%	65%	77%	30%
Service-Desk: Total gelöste Fälle Service-Desk	6'632	7'368	6'887	8'235	8'440
Schulung:					
Kurse und Workshops	70	47	39	46	21
Total Kursteilnehmende	491	353	293	288	134
Projekte:					
Anzahl Projekte	74	84	75	71	66
Anzahl Stunden für Projekte	13'082	14'500	12'828	13'184	17'391
Stundenanteil PIT für Projekte	37,5%	52,8%	25,7%	47,6%	51,9%

e) Kommentar

Die Kosten sind infolge geänderter Budgetierungspraxis, des neuen Lizenzierungsmodells (Microsoft), erhöhter Abschreibungen, erweiterten Raumbedarfes und Personalausbaus gestiegen.

Durch die Übernahme der Schulinfrastruktur im Stadtteil Littau und der Stufe Sek 1 hat sich die Anzahl der betreuten PCs im Schulbereich massiv erhöht. Der Preis für den PC-Arbeitsplatz musste infolge erhöhter Lizenz- und Infrastrukturkosten wieder erhöht werden. Die Anzahl der Kurse wurde als Folge der Umstellung auf MS-Office 2007 reduziert und extern durchgeführt.

Die Projektstunden 2010 sind geprägt durch einen erhöhten Aufwand im Zusammenhang mit dem Fusionsprojekt Littau-Luzern und die Einführung von MS-Office 2007. Hinzugekommen ist der Aufwand für die Verlagerung von PIT in das ehemalige Gemeindehaus von Littau.

4.6 Beitragswesen

4.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.–

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	R 10	B 10	Abwei- chung	in %	(Aufwand)/ Ertrag netto	Mehrauf- wand/Min- derertrag	Minder- aufwand/ Mehrertrag
800 Allg. Verwaltung	482	487	-5	-1%	278	216	62		(204)		67
810 öffentliche Sicherheit	1'228	1'018	210	21%	5	0	5		(1'223)	205	
820 Bildung	13'531	13'402	130	1%	0	0	0		(13'531)	130	
830 Kulturförderung	16'537	16'519	18	0%	0	0	0		(16'537)	18	
831 Denkmalpflege											
	142	200	-58	29%	70	100	-30	-30%	(72)		28
832 Sport	1'612	1'395	217	16%	0	0	0		(1'612)	217	
833 Freizeitgestaltung	452	464	-12	-3%	0	0	0		(452)		12
840 Gesundheit	8'758	7'212	1'547	21%	0	0	0		(8'758)	1'547	
850 Familienergänzende Kinderbetreuung	4'146	5'130	-984	19%	1'755	1'316	439		(2'391)		1'423
851 Fürsorge	49'444	50'282	-838	-2%	0	0	0		(49'444)		838
852 Wohnbauförderung	84	91	-7	-8%	84	91	-7	-8%	0		
860 Verkehr	16'167	16'116	50	0%	3'250	4'050	-800	-20%	(12'916)	850	
870 Umwelt- und Raumordnung	13	13	0	0%	0	0	0		(13)		
880 Volkswirtschaft	1'111	1'106	6	1%	329	340	-11		(783)	17	
Total	113'709	113'434	275	0%	5'771	6'113	-342	-6%	(107'937)	2'984	2'368
Nettoverschlechterung											616

Der Nettoaufwand für das Beitragswesen liegt rund Fr. 0,6 Mio. über dem Budget.

Bei der allgemeinen Verwaltung wurden die Beiträge an LuzernPlus nicht belastet, da diese ebenfalls bei der Dienstabteilung Städtebau budgetiert und dort belastet wurden.

Der Mehraufwand im Sicherheitsbereich wurde ausgelöst durch einen Nachtragskredit über Fr. 0,2 Mio. für den Löschpikettdienst im Zusammenhang mit der Zusammenlegung zur Luzerner Polizei.

Wiederum höher fielen bei der Bildung die Beiträge an Kantonsschulen (Fr. 42'000.–), Sonderschulen (Fr. 64'000.–) sowie Heime und Therapieinstitutionen (Fr. 244'000.–) aus. Dagegen mussten weniger Beiträge an die HPS und den Sprachheilkindergarten geleistet werden (Fr. 166'000.–).

Bei den Beiträgen für Kultur und Freizeit führten die höheren Defizite der Hallenbad AG (Fr. 190'000.–) und des Zimmereggbads (Fr. 106'000.–) sowie der Investitionsbeitrag an den Verein Kunsthalle Luzern (Fr. 130'000.–) zu einem höheren Aufwandüberschuss.

Der Aufwandüberschuss bei der Gesundheit kam durch Subventionsnachträge, höhere Beiträge und Fusionskosten für den Spitex-Verein Luzern Luzern (total Fr. 749'000.–) zustande. Ebenfalls nicht im Budget vorgesehen waren die Aufwendungen für die Mütter- und Väterberatung sowie die Jugend- und Elternberatung (total Fr. 814'000.–), welche neu durch die Stadt Luzern selber angeboten wird.

Die Familienergänzende Kinderbetreuung profitierte von tieferen Beiträgen an die Tageselternvermittlung und für Betreuungsgut-scheine (Fr. 1'060'000.–) sowie von nicht erwarteten eingegangenen Staatsbeiträgen (Fr. 409'000.–).

Die grössten Abweichungen bei der Fürsorge waren die tieferen Beiträge an die Krankenversicherung (Fr. 826'000.–), für die Ergänzungsleistungen (Fr. 1'065'000.–) und der Wegfall des Beitrags an die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg (Fr. 670'000.–). Dafür fielen die Beiträge an die AHIZ (Fr. 1,4 Mio.) und für die Heimfinanzierung (Fr. 439'000.–) höher aus.

Durch die tieferen Parkingmeterbeiträge (Fr. 800'000.–) und Nachbelastungen im Bereich ÖV weist der Verkehrsbereich einen höheren Nettoaufwand aus als budgetiert.

5 Dienstabteilungen mit Leistungsauftrag und Globalbudget

5.1 Heime und Alterssiedlungen / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.1.1 Leistungsziele / Zielerreichung

1. **Das im kantonalen Vergleich eher knappe stationäre Pflegeheim-Angebot in der Stadt Luzern wird im Sinne einer bedarfsgerechten Versorgung beibehalten und weiterentwickelt.**
 Per 1.1.2010 wird das Betagtenzentrum Staffelnhof in Reussbühl neu Teil der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS). Damit vergrössert sich das Pflegeheim-Angebot von HAS um 170 Plätze. Das bestehende Angebot wird damit für die neue Stadt Luzern, trotz eines wachsenden Anteils über 80-Jähriger in Littau auch längerfristig ausreichen.
 Da das Betagtenzentrum Staffelnhof in den letzten Jahren einige Erfahrungen im Umgang mit komplexen Pflegesituationen gesammelt hat, sollen seine Kompetenzen auf diesem Gebiet gezielt ausgebaut werden; dies, um den zunehmenden Bedarf nach entsprechenden Pflegeplätzen in der Stadt Luzern auch in Zukunft abdecken zu können.
 Nach erfolgter Sanierung des Hauses Morgenstern des Betagtenzentrums Wesemlin wird das ursprüngliche Wohnheim ab Herbst 2010 neu als "Mischheim" betrieben. Dies ermöglicht den zukünftigen Bewohnenden auch bei zunehmender Pflegebedürftigkeit im gleichen Zimmer zu bleiben.
 Die Zustimmung des Grossen Stadtrates zum geplanten B+A "Strategie Alterssiedlungen" vorausgesetzt, soll das entsprechende Betreuungs- und Finanzierungskonzept im Verlaufe des Jahres weitgehend umgesetzt werden.
Erreicht: Das BZ Staffelnhof ist in der Dienstabteilung HAS gut integriert. Es betreut weiterhin auch Bewohner/innen in komplexen Pflegesituationen. Aufgrund der sinkenden Bettenauslastung wurden in den BZ Dreilinden, Wesemlin und Staffelnhof im Verlaufe des Jahres insgesamt 13 Zweibett- in Einbettzimmer umgewandelt. Für die betreuten Alterswohnungen wurden neue Mietverträge mit Betreuungspauschale erarbeitet, die nun flächendeckend eingeführt werden.
2. **Ausgewählte (teilstationäre) Spezialangebote ergänzen das vorhandene Langzeitpflegeangebot.**
 Nach der Sanierung des Hauses Morgenstern steht Ende 2010 (nach Dreilinden und Eichhof) auch dem Betagtenzentrum Wesemlin eine Demenzabteilung für Menschen mit besonderem Bewegungsdrang und Weglaufgefährdung zur Verfügung.
 Die beiden zurzeit als Pilotprojekt betriebenen Spezialangebote Übergangspflege und Palliativabteilung werden Ende 2010 evaluiert. Damit stehen anschliessend Grundlagen bereit für den Entscheid über die Weiterführung dieser beiden Angebote.
Erreicht: Eine dritte Demenzabteilung ist im BZ Wesemlin nach der Wiedereröffnung des Hauses Morgenstern in Betrieb genommen worden. Die Abteilung für Übergangspflege und die Palliativabteilung sind von der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit evaluiert worden. Die Ergebnisse sind durchwegs positiv, sodass beide Spezialangebote weitergeführt und in die kantonale Pflegeheimplanung aufgenommen werden.
3. **Die Bewohner/innen der städtischen Altersinstitutionen fühlen sich als Individuum respektiert.**
 Heime und Alterssiedlungen (HAS) orientiert sich weiterhin an den beiden Leitsätzen:
 "Wir gewährleisten unseren Bewohnerinnen und Bewohnern einen Alltag, der den regulären Umständen und Bedingungen ihrer gewohnten Lebensweise so nahe wie möglich kommt." Und:
 "Wir ermöglichen unseren Bewohnerinnen und Bewohnern, nach ihren eigenen Möglichkeiten selbst zu bestimmen, wie sie ihr Leben gestalten." Im Rahmen des neuen Qualitätsmanagements von HAS wird der Umsetzungsgrad der beiden Leitsätze in Bewohner- und Angehörigenbefragungen ab 2010 neu überprüft.
Erreicht: Die erste Zufriedenheitsbefragung bei Bewohnenden, Angehörigen und Mitarbeitenden seit Einführung des Konzepts "Qualität 08" beim Kanton erfolgte durch das Institut "QUALIS evaluation" in den Pflegewohnungen. Vorgesehen ist, die Befragungen 2011 in den BZ Wesemlin und Eichhof und 2012 in den übrigen Betagtenzentren weiterzuführen.
4. **Wohlbefinden und Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner werden so weit wie möglich erhalten und verbessert.**
 Nach erfolgten Standortbestimmungen und Startveranstaltungen in den Jahren 2008 und 2009

erfolgt die vertiefte Verankerung des Konzepts "Integrierte Palliative Care"⁹ in den Folgejahren gemäss Planung.

Erreicht: Die betriebsspezifisch gewählten Weiterbildungsmodule von Caritas/Curaviva werden in den Jahren 2009 bis 2011 plangemäss und mit Erfolg umgesetzt. Die Mitarbeitenden schätzen diese Unterstützung sehr.

5. Zwischenmenschliche Beziehungen und Begegnungen im Heimaltag werden bewusst gefördert.

Das vielfältige Angebot an Aktivitäten wie auch die bestehenden Freiwilligengruppen werden als Mittel der Alltagsgestaltung und Begegnung aufrechterhalten und weiter gefördert.

Erreicht: Mit insgesamt 164 freiwillig Mitarbeitenden verfügen heute alle Betagtenzentren und Pflegewohnungen über eine stabile Gruppe Freiwilliger.

6. Das Hotellerieangebot entspricht den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Standards des bestehenden Hotellerieangebots werden grundsätzlich beibehalten, schrittweise qualitativ überprüft und soweit notwendig ergänzt. In einem ersten Schritt erfolgt die Schlussüberprüfung der in den letzten Jahren eingeführten Gastrostandards.

Erreicht: Die Gastronomiestandards sind Anfang 2010 evaluiert und anschliessend noch marginal angepasst worden. Damit gilt die Einführung als abgeschlossen.

7. Die Mitarbeitenden sind die entscheidende Ressource zur Erfüllung des Leistungsauftrages.

Aufgrund des sich abzeichnenden Mangels an Pflegefachpersonal wird der Schwerpunkt bei der Personalerhaltung und -gewinnung gesetzt. Gleichzeitig werden die Ausbildungsanstrengungen der letzten Jahre weitergeführt.

Der "Dynamische Personalstellenplan", als Weiterentwicklung des bisherigen GBA-Stellenplans, wird in allen Betagtenzentren und Pflegewohnungen implementiert.

Die Umsetzung des sich an die neue Bildungssystematik anlehnenen neuen "Stellenschlüssels Pflege und Betreuung" soll intensiv begleitet und vor allem zur Führungsentwicklung des unteren und mittleren Kaders genutzt werden.

Zum Teil erreicht: Der dynamische Personalstellenplan ist weitgehend implementiert und wird Anfang 2011 an die Rahmenbedingungen der neuen Pflegefinanzierung (12 Pflegestufen) angepasst. Aufgrund einer längeren Vakanz bei der zuständigen Stelle im "Kompetenzzentrum Pflege und Bildung" musste die Umsetzung des neuen "Stellenschlüssels Pflege und Betreuung" verschoben werden.

8. Der finanzielle Mitteleinsatz erfolgt wirtschaftlich, effizient und effektiv.

Der Kostendeckungsgrad liegt im Jahr 2010 für die Betriebskosten (ohne Anlagen) bei 103,2 % bzw. unter Berücksichtigung der Anlagekosten bei 91,3 % (exkl. Anlagekosten für das BZ Staffelnhof, die bisher noch nicht vorliegen).

Gleichzeitig mit der Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung soll auch die Preisgestaltung im Hotelleriebereich überprüft und per 1. Januar 2011 leistungsbezogen angepasst werden.

Erreicht: Der Kostendeckungsgrad ohne Berücksichtigung der Anlagen ist mit 103,6 % um Fr. 393'471.– besser als budgetiert. Die Preisgestaltung ist im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Pflegefinanzierung generell überprüft worden.

5.1.2 Globalbudget

(in Franken)	IST 2010	SOLL 2010	Abweichung R2010/B2010		SOLL 2011	IST 2009
Kosten	89'049'833	88'997'600	52'233	0%	104'959'900	73'862'423
./. Ertrag	-92'284'203	-91'838'500	-445'703	0%	-104'451'600	-73'464'728
Verrechnung Restfinanzierungsbeitrag ²					41'200	-
Gemeindebeitrag an Kernleistungen ²					-320'500	-
Gemeindebeitrag an Nebenleistungen ²					-661'500	-
Einlage in Spezialfinanzierung ²					432'500	-
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	-3'234'371	-2'840'900	-393'471	-14%	-	397'695
kalkulatorische Kosten	12'855'745	11'575'056	1'280'689	11%	-	10'494'918
Globalbudget (inkl. kalkulatorischer Kosten)	9'621'374	8'734'156	887'218	10%	-	10'892'613
Kostendeckungsgrad (in Prozent) ¹	90.6%	91.3%			99.5% ³	87.1%

¹ Der Kostendeckungsgrad bezeichnet das Verhältnis der Erträge zur Summe aller Kosten; er wird also inkl. kalkulatorischer Raumkosten berechnet.

² Die Beiträge bzw. Einlage in die Spezialfinanzierung sind in der Finanzbuchhaltung gerundet, dies im Gegensatz zu den Zahlen in der Kostenrechnung.

³ Der Kostendeckungsgrad berechnet sich vor Verrechnung des Restfinanzierungsbeitrags, den Gemeindebeiträgen bzw. der Einlage in die Spezialfinanzierung.

⁹ Palliative Care umfasst palliative Medizin und Pflege/Betreuung und meint Schmerzlinderung sowie soziale, psychische und religiös-spirituelle Unterstützung von Menschen mit unheilbaren fortschreitenden Erkrankungen in ihrer letzten Lebensphase.

5.1.3 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu Budget und Rechnung 2010 sowie (für den Überjahresvergleich) zu Rechnung 2009 und Budget 2011.

Hinweise zum Globalbudget

Um die (netto) Betriebskostenentwicklung über die laufenden Jahre hinweg aufzeigen zu können, werden im Globalbudget die durch Umbauten bedingten vorübergehenden Kostenveränderungen in den Investitionen der jeweiligen Einzelprojekte kalkuliert und kreditiert und fliessen in Form von Kompensationszahlungen in die Rechnung ein. Der Vergleich von Rechnung und Budget 2010 mit den Vorjahren ist trotzdem nur bedingt möglich, da 2010 folgende Veränderungen zu verzeichnen waren (siehe dazu auch Voranschlag 2010: Leistungsauftrag mit Globalbudget HAS, Kapitel 2):

Mit der Fusion Littau-Luzern ist ab dem 1. Januar 2010 neu auch das **Betagtenzentrum Staffelnhof** in Reussbühl mit 170 Wohn- und Pflegeheimplätzen Teil der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS). Der Leistungsauftrag und das Globalbudget wurden damit um die Leistungen des Betagtenzentrums Staffelnhof (BZS) erweitert. Allerdings lagen die Anlagekosten für das Betagtenzentrum Staffelnhof zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht vor, weshalb diese im Budget 2010 fehlen, in die Rechnung 2010 jedoch mit Fr. 1,34 Mio. einfliessen.

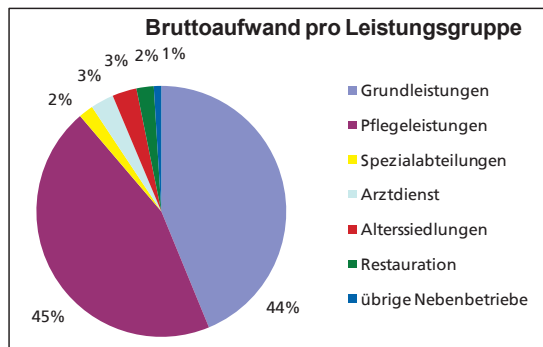
In der Leistungsgruppe "übrige Nebenbetriebe" wurden die **Personalhäuser** auf dem Areal Eichhof nicht mehr budgetiert, da diese von der Stadt Luzern im Jahr 2009 der Stiftung Student Mentor Foundation im Baurecht übergeben worden sind. Aufgrund von Bauverzögerungen wurden die Personalwohnungen jedoch bis Sommer 2010 vom BZ Eichhof weiterbetrieben, mit entsprechenden Einnahmen und Kostenumlagen auf die Leistungsgruppe "übrige Nebenbetriebe", was zu einer entsprechenden Entlastung der Leistungsgruppe "Grundleistungen" führte.

5.1.3.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

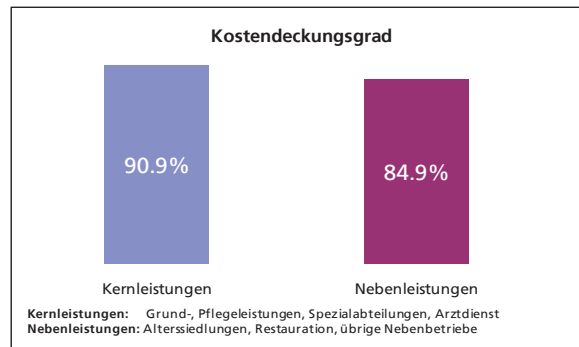
LG 1: Grundleistungen	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Pensionstage	311'120	319'887	312'551	255'369
Kosten pro Pensionstag	143.48	138.03	169.57	141.20
Ertrag pro Pensionstag	-140.77	-139.21	-170.95	-125.96
Ergebnis	844'286	-377'534	-432'517	3'892'279
Kostendeckungsgrad	98.1%	100.9%	100.8%	89.2%
LG 2: Pflegeleistungen	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
BESA-Punkte pro Tag	26'870	25'036	27'403	21'385
Kosten pro BESA (und Tag)	4.67	5.00	4.18	4.74
Ertrag pro BESA (und Tag)	-4.01	-4.25	-4.18	-4.14
Ergebnis	6'498'504	6'906'150	-41'233	4'718'074
Kostendeckungsgrad	85.8%	84.9%	100.1%	87.3%
LG 3: Spezialabteilungen	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Pensionstage/Aufenthaltstage	3'242	3'212	3'212	2'775
Kosten pro Pensionstag	434.07	374.32	554.05	492.50
Ertrag pro Pensionstag	-362.36	-369.21	-515.22	-360.73
Ergebnis	414'818	260'566	124'715	504'940
Kostendeckungsgrad	78.7%	84.7%	93.0%	72.7%
LG 4: Arztdienst	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	3'047'595	3'164'910	2'370'523	2'785'202
Ertrag	-2'154'057	-1'987'300	-2'174'740	-1'966'042
Ergebnis	893'538	1'177'610	195'783	819'159
Kostendeckungsgrad	70.7%	62.8%	91.7%	70.6%
Kernleistungen total	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	95'461'475	94'718'992	98'945'949	77'711'021
Ertrag	-86'810'329	-86'752'200	-99'099'200	-67'776'570
Ergebnis	8'651'146	7'966'792	-153'251	9'934'452
Kostendeckungsgrad	90.9%	91.6%	100.2%	87.2%
LG 5: Alterssiedlungen	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Anzahl Wohnungen	232	232	232	232
Kosten pro m2 und Jahr	214.22	230.04	232.63	220.84
Ertrag pro m2 und Jahr	-179.83	-186.74	-195.68	-179.24
Ergebnis	514'013	647'097	552'114	621'666
Kostendeckungsgrad	83.9%	81.2%	84.1%	81.2%
LG 6: Restauration	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	2'264'333	2'027'337	2'139'211	2'252'984
Ertrag	-2'317'326	-2'114'000	-2'245'000	-2'322'774
Ergebnis	-52'994	-86'663	-105'789	-69'791
Kostendeckungsgrad	102.3%	104.3%	104.9%	103.1%
LG 7: übrige Nebenbetriebe	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	978'427	388'630	398'327	1'093'169
Ertrag	-469'219	-181'700	-183'100	-686'884
Ergebnis	509'208	206'930	215'227	406'285
Kostendeckungsgrad	48.0%	46.8%	46.0%	62.8%
Nebenleistungen total	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	6'444'101	5'853'664	6'013'951	6'646'320
Ertrag	-5'473'874	-5'086'300	-5'352'400	-5'688'159
Ergebnis	970'227	767'364	661'551	958'161
Kostendeckungsgrad	84.9%	86.9%	89.0%	85.6%
Ergebnis HAS total	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	101'905'577	100'572'656	104'959'900	84'357'341
Ertrag	-92'284'203	-91'838'500	-104'451'600	-73'464'728
Ergebnis	9'621'373	8'734'156	508'300	10'892'613
Kostendeckungsgrad	90.6%	91.3%	99.5%	87.1%

5.1.3.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

a) Leistungsgruppen und Bruttoaufwand



b) Kostendeckungsgrad



5.1.3.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Hinweise und Erläuterungen zu den Sollvorgaben

Gesamtergebnis

Die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen (HAS) schliesst in der Betriebsrechnung (ohne kalkulatorische Kosten) mit einem Einnahmeüberschuss von Fr. 3,23 Mio., d. h. Fr. 393'471.– besser als budgetiert ab. Die kalkulatorischen Anlagekosten fallen dagegen, infolge der zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht bekannten Anlagekosten für das BZ Staffelhof (Fr. 1,34 Mio.) sowie anderer Abweichungen bei den laufenden Investitionsausgaben um insgesamt Fr. 1,28 Mio. höher aus als budgetiert. Damit wird ein Kostendeckungsgrad von 90,6 % (Vorgabe: 91,3 %) erreicht.

Leistungsumfang und Kostendeckungsgrad in den Leistungsgruppen

In den **Grundleistungen** (LG 1) konnte der budgetierte Kostendeckungsgrad klar nicht erreicht werden. Die Erträge blieben aufgrund der im Jahresverlauf stark zurückgegangenen Bettenauslastung (Jahresdurchschnitt: 95,3 %, budgetiert: 97,2 %) um rund Fr. 0,7 Mio. unter Budget. Auf der Kostenseite fallen die nicht budgetierten kalkulatorischen Anlagekosten und die Kosten für die Fernheizung beim BZ Staffelhof negativ ins Gewicht. Gegenüber dem Budget entlastet wird die Leistungsgruppe dagegen durch den Weiterbetrieb der Personalwohnungen im BZ Eichhof. Denn dadurch flossen weiterhin Umlagen von der Leistungsgruppe 1 in die Leistungsgruppe 7: Übrige Nebenbetriebe. Insgesamt fielen so in den Grundleistungen rund Fr. 0,5 Mio. Mehrkosten an. Damit schliesst die Leistungsgruppe um Fr. 1,2 Mio. schlechter ab als budgetiert.

Das Ergebnis der **Pflegeleistungen** (LG 2) fällt dagegen deutlich positiver aus als im Budget vorgesehen. Auf der Ertragsseite wurden die fehlenden Pensionstage durch eine stark erhöhte Pflegebedürftigkeit der Bewohnerinnen

und Bewohner (1'834 BESA-Punkte pro Tag) mehr als kompensiert. Insgesamt resultiert daraus ein Mehrertrag von Fr. 535'000.–, weshalb das Ergebnis um gut Fr. 0,4 Mio. besser abschliesst als budgetiert. Betroffen von dieser Entwicklung war 2010 vor allem das BZ Wesslin, das bis zum Ende der Sanierung im Oktober 2010 mit drei (Provisoriums-)Standorten betrieben werden musste.

Bei den **Spezialabteilungen** (LG 3) schloss das Tagesheim Eichhof dank einer sehr hohen Auslastung um gut Fr. 90'000.– besser ab als budgetiert. Dagegen wird die Übergangspflege im BZ Rosenberg mit Fr. 245'000.– stärker belastet. Dies vor allem wegen der Umlagen aus den Leistungsgruppen "Arztdienst" (Physiotherapieleistungen) und "Pflegeleistungen" (Nachtwache), die ursprünglich in diesen beiden Leistungsgruppen budgetiert worden waren. Damit wurden die Leistungsgruppen "Arztdienst" und Pflegeleistungen" in der Rechnung entsprechend entlastet.

Das Ergebnis der Leistungsgruppe 4 **Arztdienst**, fällt zusätzlich aufgrund von Minderkosten bei den Medikamenten und höheren Arztpauschalen aufgrund erhöhter Pflegebedürftigkeit der Bewohner/innen um rund Fr. 284'000.– besser aus als im Budget.

Die **Alterssiedlungen** (LG 5) schliessen mit einer Budgetverbesserung von Fr. 133'000.– ebenfalls leicht besser ab. Dies vor allem infolge realisierter Einsparungen im baulichen Unterhalt.

Die Leistungsgruppe 6 **Restauration**, erwirtschaftete praktisch den gleichen Umsatz wie 2009 und liegt damit bei den Kosten und den Erträgen um je rund Fr. 200'000.– über dem Budget. Allerdings fand eine Renditeverschie-

bung um 2 % zugunsten des stadtexternen Caterings statt. Im Gegenzug vergrösserte sich das Defizit beim Personalrestaurant Salü auf wieder rund Fr. 100'000.–. Dies nicht zuletzt infolge der fusionsbedingten Reorganisation der Stadtverwaltung, welche zu einem deutlichen Kundenrückgang führte.

Leistungsgruppe 7 **übrige Nebenbetriebe** umfasst das Therapiebad im BZ Dreilinden und die Personalwohnungen in den Betagtenzentren Rosenberg und Eichhof; die Letztgenannten allerdings nur noch in der Rechnung. Damit flossen nicht nur die nicht budgetierten Mieterträge aus den Personalwohnungen Eichhof bis Sommer 2010 in diese Leistungsgruppe, sondern auch die entsprechenden Umlagekosten aus der Leistungsgruppe 1 Grundleistungen im BZ Eichhof.

Qualitätsindikatoren

Seit Einführung des neuen Qualitätsmanagements "Qualität 08" im Kanton Luzern ist 2010 erstmals wieder eine **Zufriedenheitsbefragung** in einer der Institutionen von HAS durchgeführt worden. Diese sollen nun in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, sodass jedes Betagtenzentrum und die Pflegewohnungen in Zukunft in einem Intervall von vier Jahren befragt wird. Die Befragungen erfolgen durch "QUALIS evaluation" mit standardisierten Fragebögen und ermöglichen einen Vergleich (Benchmark) mit zurzeit rund 25 anderen befragten Heimen. Als Indikatoren werden im Kapitel 5.1.4.1 die Gesamtzufriedenheit über alle Bereiche der befragten Bewohner/innen, der Angehörigen und der Mitarbeitenden ausgewiesen. Bei den Angehörigen und Mitarbeitenden gibt der widergegebene Prozentwert den Anteil der zufriedenen Befragten an. Bei den Bewohnern wird der publizierte Wert dagegen aus der Differenz der gegebenen positiven und negativen Antworten gebildet. Als Sollvorgabe gilt vorerst, mindestens den Durchschnitt der anderen befragten Heime (Benchmark) zu erreichen.

Die Ergebnisse der 2010 befragten Pflegewohnungen zeigen für die Bewohner- und Angehörigenzufriedenheit Spitzenwerte, für die Mitarbeitendenzufriedenheit dagegen einen lediglich knapp durchschnittlichen Wert. Das Ergebnis der Mitarbeitendenbefragung hat wesentlich mit einzelnen Teamkonstellationen zu tun, die in der Zwischenzeit bereits deutlich verbessert werden konnten.

Der seit Längerem erhobene **Pflegequalitätsindikator** "Bewohner/innen mit Dekubitus" ist erneut leicht gestiegen und liegt 2 Prozent-

punkte über dem Soll. Dies steht in Zusammenhang mit der zunehmenden Pflegebedürftigkeit und muss neu überprüft werden.

Budgetveränderungen und Einführung einer Spezialfinanzierung im 2011

Am 1. Januar 2011 trat das Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung in Kraft. Dieses regelt im Kernpunkt die Aufteilung der Pflegekosten zwischen pflegebedürftigen Personen, Krankenversicherern und den Kantonen bzw. Gemeinden neu (siehe dazu Voranschlag 2011: Leistungsauftrag und Globalbudget HAS, Kapitel 2). Zusätzlich zu den im Gesetz vorgeschriebenen Restfinanzierungsbeiträgen an die ungedeckten Pflegekosten wurden für 2011 erstmals auch Gemeindebeiträge zur vollen Kostendeckung der Leistungsgruppen "Spezialabteilungen" und "Arztdienst" sowie einzelner Nebenbetriebe budgetiert. Die Beiträge werden dem Globalbudget HAS gutgeschrieben und im Beitragswesen der Stadt Luzern belastet. Mit dieser Veränderung sind künftig sämtliche Leistungen im Globalbudget HAS vollständig ausfinanziert, sodass die Abteilung per 1.1.2011 in eine Spezialfinanzierung übergeführt werden konnte.

5.1.4. Stadträtlicher Leistungsauftrag: Die Leistungsgruppen im Einzelnen

5.1.4.1 Kernleistungen insgesamt

Die Kernleistungen der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen zugunsten von Heimbewohnerinnen und -bewohnern:

- Grundleistungen (5.1.4.2)
- Pflegeleistungen (5.1.4.3)
- Spezialabteilungen (5.1.4.4)
- Arztdienst (5.1.4.5)

Primäre Zielgruppe ist die ältere Wohnbevölkerung der Stadt Luzern.

a) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2010	SOLL B2010	IST R2009
Kernleistungen insgesamt	Durchschnittliche Wartedauer zwischen Anmeldung und Heimeintritt für Wohnheim für Pflegeheim (inkl. Mischheim)	72 Tage 22 Tage	Max. 100 Tage Max. 60 Tage	59 Tage 28 Tage
Kernleistungen insgesamt	Bettenangebot	910 Betten	913 Betten	726 Betten
	Davon:			
	- Bettenangebot für Temporäraufenthalte	14 Betten	14 Betten	4 Betten
	- Bettenangebot in spez. Demenzwohngruppen	36 Betten ¹	24 Betten	24 Betten
	- Bettenangebot für Übergangspflege (Pilotbetrieb)	11 Betten	11 Betten	11 Betten
	- Bettenangebot in spezialisierter Palliativabteilung (Pilotbetrieb)	7 Betten	7 Betten	7 Betten
	Bettenauslastung insgesamt	95,3 %	97,2 %	96,4 %
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Tagesplätze	12 Plätze	12 Plätze	12 Plätze
Kernleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum ²	1.14	Mind. Ø-Benchmark Total = 0.93	Wurde nicht erhoben.
Kernleistungen insgesamt	Angehörigenzufriedenheit über alle Bereiche pro BZ ²	92 %	Mind. Ø-Benchmark Total = 78%	Wurde nicht erhoben.
Kernleistungen insgesamt	Mitarbeiterzufriedenheit über alle Bereiche pro Betagtenzentrum ²	82 %	Mind. Ø-Benchmark Total = 84%	Gesamt-Ø: 4.7 Tiefster Wert: 3,2
Kernleistungen insgesamt	Anzahl Lernende und Praktikanten	110 Lernende / Praktikanten	90 Lernende / Praktikanten	75 Lernende / Praktikanten
	Anzahl Weiterbildungstage pro Vollzeitstelle (innerhalb der Arbeitszeit)	4.5 Tage	4 Tage	3.5 Tage
	Krankheitstage pro Vollzeitstelle	10,6 Tage	Max. 10 Tage	11,5 Tage
	Jahresfluktuationsrate	11,5 %	Max. 15 %	14,6 %
	Soz. Arbeitsplätze für nicht voll leistungsfähige Mitarbeitende im Rahmen von 1 % der Gesamtlohnsumme	Fr. 367'160.–	Fr. 580'000.–	Fr. 372'302.–

¹ Nach Eröffnung der neuen Demenzabteilung im BZ Wesemlin im November 2010.

² Zufriedenheitsbefragungen neu festgelegt und definiert 2010 (siehe Kapitel 5.1.3.3).

b) Mengen und Kosten

Kernleistungen total	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	95'461'475	94'718'992	98'945'949	77'711'021
Ertrag	-86'810'329	-86'752'200	-99'099'200	-67'776'570
Ergebnis	8'651'146	7'966'792	-153'251	9'934'452
Kostendeckungsgrad	90.9%	91.6%	100.2%	87.2%

5.1.4.2 Leistungsgruppe Grundleistungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Zurverfügungstellen einer zeit- und bedarfsgerechten Unterkunft und Verpflegung mit einem persönlichen Wohnbereich, der im Rahmen der pflegerischen und sicherheitstechnischen Anforderungen weitgehendst selbst gestaltet werden soll.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Wohnangebot (Zimmer, Reinigung, Wäsche)
Verpflegung inkl. Cafeteria
Alltagsgestaltung, Betreuung/Aktivierung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2010	SOLL B2010	IST R2009
Grundleistungen insgesamt	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro Betagtenzentrum ¹	Siehe Indikator unter Kernleistungen.	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Wurde nicht erhoben.
Grundleistungen insgesamt	Angehörigenzufriedenheit im Bereich Grundleistungen pro BZ ¹	Siehe Indikator unter Kernleistungen.	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Wurde nicht erhoben.
Gastronomie	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Gastronomie pro Betagtenzentrum ¹	Siehe Indikator unter Kernleistungen.	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Wurde nicht erhoben.
Gastronomie	Anteil Cook & Chill Bewohnermahlzeit Mittag und Abend	62 %	Mind. 50 %	63 %
Alltagsgestaltung	Angebot an Aktivitäten	Erfüllt.	Mind. 3 pro Woche und BZ	Erfüllt.

¹ Zufriedenheitsbefragungen neu festgelegt und definiert 2010 (siehe Kapitel 5.1.3.3).

d) Mengen und Kosten

LG 1: Grundleistungen	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Pensionstage	311'120	319'887	312'551	255'369
Kosten pro Pensionstag	143.48	138.03	169.57	141.20
Ertrag pro Pensionstag	-140.77	-139.21	-170.95	-125.96
Ergebnis	844'286	-377'534	-432'517	3'892'279
Kostendeckungsgrad	98.1%	100.9%	100.8%	89.2%

5.1.4.3 Leistungsgruppe Pflegeleistung

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten einer angepassten Pflege, basierend auf einem ganzheitlichen, aktivierenden Pflegeverständnis, das den anerkannten Ausbildungskriterien entspricht. Diese umfasst alle KVG-pflichtigen Leistungen gemäss Art. 7 KLV: Massnahmen der Abklärung und Beratung, der Untersuchung und der Behandlung sowie der Grundpflege, die auf ärztliche Anordnung hin oder im ärztlichen Auftrag erbracht werden.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Pflegeleistungen

Pflege und Betreuung, gemäss Leistungskatalog BESA unterteilt in:

- Grundpflege I: Grundpflege und hygienische Bedürfnisse
- Grundpflege II: Hilfe beim Essen und Trinken
- Grundpflege III: Mobilisierung (Mobilität / Gehfähigkeit / Bewegungsübungen / Lagern)
- Gesundheits- und Behandlungspflege
- Psychogeriatrische Leistungen I: Zeitliche und örtliche Orientierung
- Psychogeriatrische Leistungen II: Betreuungsgespräche (Soziales Verhalten)

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2010	SOLL B2010	IST R2009
Pflege und Betreuung	BESA-Punkte pro Tag	26'870 BESA-Punkte	25'036 BESA-Punkte	21'385 BESA-Punkte
Pflege und Betreuung	Überprüfung/Anpassung BESA-Einstufung	Erfüllt.	2-mal pro Jahr sowie nach gesundheitlichen Veränderungen	Erfüllt.
Pflege und Betreuung	Bewohnerzufriedenheit im Bereich Pflegeleistungen pro BZ ¹	Siehe Indikator unter Kernleistungen.	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Wurde nicht erhoben.
Pflege und Betreuung	Angehörigenzufriedenheit im Bereich Pflegeleistungen pro BZ ¹	Siehe Indikator unter Kernleistungen.	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Wurde nicht erhoben.
Pflege und Betreuung	Anteil ausgebildetes Pflege- und Betreuungspersonal: ² A-Niveau B-Niveau C-Niveau	29 % 26 % 45 %	20 % 35 % 45 %	53%
Pflege und Betreuung	Bewohner/innen mit Dekubitus	12 Dekubitus pro 100 Bewohner/innen	Max. 10 Dekubitus pro 100 Bewohnende	11 Dekubitus pro 100 Bewohner/innen

¹ Zufriedenheitsbefragungen neu festgelegt und definiert 2010 (siehe Kapitel 5.1.3.3).

² Neuer Stellenschlüssel ab 2010 mit Umsetzung bis 2013:

A-Niveau = FH, HF, DN II, AKP, PsyKP, Aktivierung und DN I mit Nachqualifikation.

B-Niveau = FAGE, FABE, Betagtenbetreuerin, FASRK, Hauspflegerin, DN I, Lernende A-Niveau.

C-Niveau = Pflegeassistent, Schule für Pflegemitarbeit, Pflegehelferin SRK, Lernende B-Niveau.

Ohne: Leitung Pflege, Pflegeexpertin, Berufsbildnerin.

d) Mengen und Kosten

LG 2: Pflegeleistungen	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
BESA-Punkte pro Tag	26'870	25'036	27'403	21'385
Kosten pro BESA (und Tag)	4.67	5.00	4.18	4.74
Ertrag pro BESA (und Tag)	-4.01	-4.25	-4.18	-4.14
Ergebnis	6'498'504	6'906'150	-41'233	4'718'074
Kostendeckungsgrad	85.8%	84.9%	100.1%	87.3%

5.1.4.4 Leistungsgruppe Spezialabteilungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Übergangspflege:

Förderung der Funktionalität von Patientinnen/Patienten nach einer Akutphase im Spital, um wieder nach Hause zurückkehren zu können. Eine erneute Spitaleinweisung und/oder eine Langzeitpflegebedürftigkeit im Pflegeheim soll damit verhindert oder zumindest verzögert werden. Das ursprüngliche Konzept der Übergangspflege ist im Rahmen der Konkretisierungsarbeiten vom Kanton, Verband der Sozialvorstehenden SVL und den anbietenden Gemeinden und Institutionen weiterentwickelt worden.

Tagesaufenthalte:

Zurverfügungstellen von Tagesaufenthalten zur Entlastung pflegender Angehöriger, Fördern der Selbstständigkeit und Verhindern der Vereinsamung der Betagten.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Spezialabteilungen
Übergangspflege im BZ Rosenberg
Tagesaufenthalte im BZ Eichhof

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2010	SOLL B2010	IST R2009
Übergangspflege	Bettenangebot für Übergangspflege	11 Betten	11 Betten	11 Betten
Übergangspflege	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Übergangspflege	19.7 Tage	Max. 28 Tage	20.4 Tage
Übergangspflege	Anteil der Pflegegäste, die nach der Übergangspflege nach Hause zurückkehren können.	83 %	Mind. 80 %	92 %
Tagesaufenthalte	Anzahl Tagesplätze	12 Plätze	12 Plätze	12 Plätze
Tagesaufenthalte	Auslastung Tagesheim Eichhof	98 %	Mind. 80 %	97 %

d) Mengen und Kosten

LG 3: Spezialabteilungen	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Pensionstage/Aufenthaltstage	3'242	3'212	3'212	2'775
Kosten pro Pensionstag	434.07	374.32	554.05	492.50
Ertrag pro Pensionstag	-362.36	-369.21	-515.22	-360.73
Ergebnis	414'818	260'566	124'715	504'940
Kostendeckungsgrad	78.7%	84.7%	93.0%	72.7%

5.1.4.5 Leistungsgruppe Arztdienst

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Gewährleisten der ärztlichen Betreuung und eines Therapieangebotes, welches auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet ist.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Arztdienst
Arztdienst im Pflegeheimbereich

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2010	SOLL B10	IST R2009
Arztdienst	Bewohnerzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen ¹	Siehe Indikator unter Kernleistungen.	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Wurde nicht erhoben.
Arztdienst	Angehörigenzufriedenheit im Bereich ärztliche Leistungen und Therapie ¹	Siehe Indikator unter Kernleistungen.	Definiertes Soll im Standardfragebogen	Wurde nicht erhoben.

¹ Zufriedenheitsbefragungen neu festgelegt und definiert im 2010 (siehe Kapitel 5.1.3.3).

d) Mengen und Kosten

LG 4: Arztdienst	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	3'047'595	3'164'910	2'370'523	2'785'202
Ertrag	-2'154'057	-1'987'300	-2'174'740	-1'966'042
Ergebnis	893'538	1'177'610	195'783	819'159
Kostendeckungsgrad	70.7%	62.8%	91.7%	70.6%

5.1.4.6 Nebenleistungen

Die Nebenleistungen der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen bestehen aus den unten einzeln aufgeführten Leistungsgruppen für unterschiedliche Zielgruppen:

- Alterssiedlungen (5.1.4.7)
- Restauration (5.1.4.8)
- Übrige Nebenbetriebe (5.1.4.9)

a) Mengen und Kosten

Nebenleistungen total	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	6'444'101	5'853'664	6'013'951	6'646'320
Ertrag	-5'473'874	-5'086'300	-5'352'400	-5'688'159
Ergebnis	970'227	767'364	661'551	958'161
Kostendeckungsgrad	84.9%	86.9%	89.0%	85.6%

5.1.4.7 Leistungsgruppe Alterssiedlungen

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Zurverfügungstellen altersgerechter Wohnungen mit Notfalldienst und der Möglichkeit, weitere Betreuung- und Servicedienstleistungen vom Betagtenzentrum zu beziehen. Bei der anstehenden Neuausrichtung der Alterssiedlungen (Betreuungskonzept, Mietzinspolitik, kalkulatorische Kosten) soll der Kostendeckungsgrad innert der nächsten fünf Jahre deutlich angehoben werden. Ein Vorgehenskonzept liegt in den Grundzügen vor.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Alterssiedlungen
Wohnangebot
Individuelle Serviceleistungen der Betagtenbetreuung (private Begleitung, Mahlzeitendienst, Körperpflege, Zimmerservice), der Lingerie (Näh-/Flickarbeit, Wäschereinigung) und der Hauswartung (Reparaturaufträge)

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2010	SOLL B2010	IST R2009
Wohnangebot	Anzahl Alterswohnungen	232 Wohnungen	232 Wohnungen	232 Wohnungen
Wohnangebot	Durchschnittliche Vermietungsquote	99 %	Mind. 95 %	97 %

d) Mengen und Kosten

LG 5: Alterssiedlungen	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Anzahl Wohnungen	232	232	232	232
Kosten pro m2 und Jahr	214.22	230.04	232.63	220.84
Ertrag pro m2 und Jahr	-179.83	-186.74	-195.68	-179.24
Ergebnis	514'013	647'097	552'114	621'666
Kostendeckungsgrad	83.9%	81.2%	84.1%	81.2%

5.1.4.8 Leistungsgruppe Restauration

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Mahlzeitenproduktion und Catering für weitere stadtinterne und -externe Kunden. Betrieb des Personalrestaurants Salü im Stadthaus.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Restauration
Produktion von Mahlzeiten in der Küche Eichhof und Catering für stadtinterne und externe Kunden
Personalrestaurant-Betrieb im Stadthaus

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2010	SOLL B2010	IST R2009
Produktion Mahlzeiten / Komponenten	Umsatzrendite stadtexterne Kunden	9 %	Mind. 5 %	7 %

d) Mengen und Kosten

LG 6: Restauration	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	2'264'333	2'027'337	2'139'211	2'252'984
Ertrag	-2'317'326	-2'114'000	-2'245'000	-2'322'774
Ergebnis	-52'994	-86'663	-105'789	-69'791
Kostendeckungsgrad	102.3%	104.3%	104.9%	103.1%

5.1.4.9 Leistungsgruppe Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Personalwohnungen:

Angebot für eine temporäre Wohnmöglichkeit zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes für auswärtiges Fachpersonal und Lernende.

Therapiebad:

Betrieb des Therapiebades Dreilinden.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen in den übrigen Nebenbetrieben
Temporäres Wohnangebot in den Personalhäusern
Therapiebad Dreilinden

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	IST R2010	SOLL B2010	IST R2009
Personal-wohnungen	Anzahl Personal-wohnungen	130 Wohnungen	13 Wohnungen	130 Wohnungen
Personal-wohnungen	Vermietungsquote ¹	78 %	Mind. 95 %	91 %
Therapiebad	Anzahl verkaufte Nutzerstunden (Total Std. an Gruppen und an Einzelpersonen)	2'220 Std.	Mind. 1'900 Std.	2'270 Std.

¹ Personalwohnungen im BZ Eichhof mitberücksichtigt bis zum Zeitpunkt der Leerung der Häuser im Juli 2010.

d) Menge und Kosten

LG 7: übrige Nebenbetriebe	IST 2010	SOLL 2010	SOLL 2011	IST 2009
Kosten	978'427	388'630	398'327	1'093'169
Ertrag	-469'219	-181'700	-183'100	-686'884
Ergebnis	509'208	206'930	215'227	406'285
Kostendeckungsgrad	48.0%	46.8%	46.0%	62.8%

5.1.5 Gliederung von Leistungsauftrag und Globalbudget nach Betagtenzentren

Leistungsgruppe		BZ Eichhof	BZ Dreilinden	BZ Rosenberg	BZ Wesemlin	BZ Staffelnhof	Pflege- wohnungen	Total
LG1: Grundleistungen	Pensionstage	90'135	58'903	46'343	43'435	56'640	15'664	311'120
	Kosten pro Pensionstag	156.96	118.09	141.64	169.78	127.23	152.67	143.48
	Ertrag pro Pensionstag	-145.49	-140.43	-138.55	-136.66	-140.31	-134.48	-140.77
	Kosten	14'147'993	6'955'958	6'564'157	7'374'220	7'206'347	2'391'482	44'640'157
	Ertrag	-13'113'580	-8'271'865	-6'420'668	-5'936'010	-7'947'298	-2'106'451	-43'795'871
	Kostendeckungsgrad	92.7%	118.9%	97.8%	80.5%	110.3%	88.1%	98.1%
	Ergebnis	1'034'413	-1'315'907	143'489	1'438'210	-740'951	285'032	844'286
LG2: Pflegeleistungen	BESA-Punkte pro Tag	7'644	4'427	3'995	4'379	4'910	1'515	26'870
	Kosten pro BESA (und Tag)	4.51	4.82	4.88	4.37	4.77	5.06	4.67
	Ertrag pro BESA (und Tag)	-4.09	-4.07	-4.06	-3.77	-4.04	-3.92	-4.01
	Ergebnis pro BESA (und Tag)	0.43	0.74	0.82	0.60	0.73	1.13	0.66
	Kosten	12'586'185	7'786'126	7'121'893	6'983'747	8'555'770	2'796'464	45'830'184
	Ertrag	-11'398'330	-6'583'111	-5'920'326	-6'019'468	-7'241'773	-2'168'672	-39'331'680
	Kostendeckungsgrad	90.6%	84.5%	83.1%	86.2%	84.6%	77.6%	85.8%
LG3: Spezial- abteilungen	Ergebnis	1'187'854	1'203'015	1'201'566	964'279	1'313'997	627'791	6'498'504
	Pensionstage			3'242				3'242
	Kosten pro Pensionstag			434.07				434.07
	Ertrag pro Pensionstag			-362.36				-362.36
	Kosten	536'282		1'407'257				1'943'539
	Ertrag	-353'937		-1'174'785				-1'528'721
	Kostendeckungsgrad	66.0%		83.5%				78.7%
LG4: Arztdienst	Ergebnis	182'345		232'473				414'818
	Kosten	1'207'876	364'148	725'615	506'866	243'090		3'047'595
	Ertrag	-864'548	-270'461	-479'939	-361'940	-177'170		-2'154'057
	Kostendeckungsgrad	71.6%	74.3%	66.1%	71.4%	72.9%		70.7%
Zwischentotal Kernleistungen	Ergebnis	343'328	93'688	245'676	144'927	65'919		893'538
	Kosten	28'478'336	15'106'231	15'818'922	14'864'834	16'005'206	5'187'946	95'461'475
	Ertrag	-25'730'395	-15'125'436	-13'995'718	-12'317'417	-15'366'240	-4'275'123	-86'810'329
	Kostendeckungsgrad	90.4%	100.1%	88.5%	82.9%	96.0%	82.4%	90.9%
Zwischentotal Kernleistungen	Ergebnis	2'747'941	-19'204	1'823'204	2'547'416	638'966	912'823	8'651'146

Leistungsgruppe		BZ Eichhof	BZ Dreilinden	BZ Rosenberg	BZ Wesemlin	BZ Staffelnhof	Pflege- wohnungen	Total
LG5: Alterssiedlungen	Anzahl Wohnungen	176	16	40				232
	Anzahl m2	11'060	1'155	2'729				14'944
	Kosten pro m2	241.79	93.74	153.48				214.22
	Ertrag pro m2	-179.22	-136.23	-200.75				-179.83
	Ergebnis pro m2	62.57	-42.49	-47.26				34.40
	Kosten	2'674'213	108'274	418'855				3'201'342
	Ertrag	-1'982'143	-157'347	-547'838				-2'687'328
LG6: Restauration	Kostendeckungsgrad	74.1%	145.3%	130.8%				83.9%
	Ergebnis	692'070	-49'073	-128'984				514'013
	Kosten	2'264'333						2'264'333
	Ertrag	-2'317'326						-2'317'326
LG7: übrige Nebenbetriebe	Kostendeckungsgrad	102.3%						102.3%
	Ergebnis	-52'994						-52'994
	Kosten	604'856	189'982	183'590				978'427
	Ertrag	-274'262	-131'098	-63'859				-469'219
Zwischentotal Nebenleistungen	Kostendeckungsgrad	45.3%	69.0%	34.8%				48.0%
	Ergebnis	330'594	58'884	119'730				509'208
	Kosten	5'543'401	298'256	602'444				6'444'101
	Ertrag	-4'573'731	-288'445	-611'698				-5'473'874
Zwischentotal Nebenleistungen	Kostendeckungsgrad	82.5%	96.7%	101.5%				84.9%
	Ergebnis	969'670	9'811	-9'253				970'227

Gesamttotal Rechnung 2010	Kosten	34'021'737	15'404'487	16'421'366	14'864'834	16'005'206	5'187'946	101'905'577
	Ertrag	-30'304'126	-15'413'881	-14'607'416	-12'317'417	-15'366'240	-4'275'123	-92'284'203
	Kostendeckungsgrad	89.1%	100.1%	89.0%	82.9%	96.0%	82.4%	90.6%
	Ergebnis	3'717'611	-9'393	1'813'950	2'547'416	638'966	912'823	9'621'373

5.1.6 Nachweis der Laufenden Rechnung nach HRM mit dem Globalkredit

	Kosten	Ertrag
Finanzbuchhaltung	99'159'749	102'394'120
./. globalbudgetinterne Verrechnungen bzw. Erträge Vorkostenstellen	-10'109'916	-10'109'917
Kostenrechnung	89'049'833	92'284'203
Globalbudget Ergebnis Finanzbuchhaltung	-3'234'371	
kalk. Kosten	12'855'745	
Einlage in Spezialfinanzierung	-	
Globalbudget Heime und Alterssiedlungen	9'621'374	

5.2 Volksschule / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.2.1 Leistungsziele

1. Die Zusammenführung der Volksschulen Littau und Luzern ist mit dem Schuljahresbeginn 2010/2011 formell abgeschlossen.
Erreicht.
2. Additive Tagesschule:
 - Ab Schuljahr 2010/2011 ist in allen Schulbetriebseinheiten der Primarstufe Stadt Luzern die additive Tagesschule umgesetzt. *Teilweise erreicht.*
 - Die Ferienbetreuung wird ausgebaut. *Erreicht.*
 - Die additiven Tagesschulen in der Primarstufe Littau werden aufgebaut und umgesetzt. *Teilweise erreicht.*
 - In den Oberstufenzentren Hubelmatt, Mariahilf, Tribschen und Utenberg wird ab Schuljahr 2010/2011 ein betreuter Mittagstisch angeboten. *Nicht erreicht.*
3. Die Sekundarstufe I gewährleistet allen Lernenden den Anschluss an weiterführende Schulen oder Berufsausbildungen. *Erreicht.*
4. Die interne Evaluation gemäss Konzept ist durchgeführt, Massnahmen werden umgesetzt. *Erreicht.*
5. Die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der integrativen Förderung im Kindergarten und in der 1. und 2. Primarstufe auf das Schuljahr 2011/2012 sind weitgehend abgeschlossen. *Erreicht.*
6. Im Schulhaus Unterlöchli werden die Lernenden der 3. und 4. Klasse integriert gefördert; die Klassen werden als doppelstufige Klassen geführt. *Erreicht.*
7. Jedes Schulhaus setzt einen musischen und/oder sportlichen Schwerpunkt um. *Teilweise erreicht.*

5.2.2 Globalbudget

	R 2010	B 2010	Abweichung zu B10		R 2009
direkte Kosten	64'145'584	63'274'700	870'884	1%	43'029'167
Umlagen und verrechnete Kosten	11'359'328	10'815'100	544'228	5%	4'430'457
./. Ertrag	-19'564'119	-18'115'000	-1'449'119	8%	-12'148'867
Globalbudget Schulbetrieb	55'940'792	55'974'800	-34'008	0%	35'310'757
Raumkosten	8'815'865	9'955'500	-1'139'635	-11%	6'652'401
kalk. Raumkosten	19'046'054	15'467'318	3'578'736	23%	14'392'817
Globalbudget inkl. Raumkosten	83'802'712	81'397'618	2'405'094	3%	56'355'976

5.2.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Zusammenführung der Volksschulen Littau und Luzern: Das Leitbild der integrativen Volksschule der Stadt Luzern wurde unter Mitwirkung aller Volksschulbeteiligten erarbeitet und den Mitarbeitenden anlässlich einer Gesamtveranstaltung kommuniziert. Dies war der erste gemeinsame, übergeordnete Prozess. Er hat wesentlich zur erfolgreichen Zusammenführung der beiden Schulen beigetragen. Die Zusammenführung der beiden Schulen ist organisatorisch und personell erfolgreich abgeschlossen worden. Die einzelnen Schulen sind in ihrem Schulklima nach wie vor unter-

schiedlich, was allerdings für die Schulqualität kein Mangel ist, im Gegenteil, eine heterogene Schülerpopulation bedingt ein breit gefächertes, auch Umfeldorientiertes Schulklima.

Additive Tagesschule und Ferienbetreuung: Die **Ferienbetreuung** wurde ausgebaut. Es konnten in elf Schulferienwochen 30–40 Ferienbetreuungsplätze zentral organisiert, an 1–2 Standorten, angeboten werden.

Die **additive Tagesschule** in der Primarschule Littau konnte im Schulhaus Littau Dorf mit

einem zusätzlichen Investitionskredit für den Umbau auf dem Schulareal per Oktober 2010 aufgebaut werden. Für die Umsetzung im Schulhaus Fluhmühle fehlen geeignete Räume. Im Schulhaus Ruopigen wurde das Angebot des Vereins für Kinderbetreuung Littau Reussbühl (Kinderhort Pavillon 99) aufgehoben. Neu wird eine additive Tagesschule angeboten.

Mittagstische Sekundarstufe I: Das Leistungsziel ist nicht erreicht worden. Ein Umsetzungsvorschlag (inkl. Investitions- und Betriebskostenberechnung) für betreute Mittagstische in allen Zentren der Sekundarstufe I wird in die Überarbeitung des B 37/2006 "Volksschule: Entwicklungen und bauliche Konsequenzen einfließen". (Es ist geplant, den B+A im Herbst 2011 dem Parlament zur Behandlung vorzulegen.)

Sekundarstufe I: Einer der Hauptaufträge der Sekundarstufe I ist die Sicherstellung des Anschlusses der Lernenden an eine Berufsausbildung oder an eine weiterführende Schule. Die Verantwortung dafür liegt hauptsächlich bei den Klassenlehrpersonen, den Eltern und den Jugendlichen. Dank grosser Anstrengungen gelang die Erreichung des Ziels sehr gut. Es gibt trotzdem immer wieder einzelne Jugendliche, die direkt in den Arbeitsprozess einsteigen (1 %) oder nach der obligatorischen Volksschule weder ein Brückenangebot besuchen noch sonst eine Lösung haben (0,6 %).

Übertritt Sekundarstufe I (9. Schuljahr) – weiterführende Bildung:

	Schuljahr 09/10 Stand Juli 2010	Total
Anzahl Lernende		466
Übertritt in Lehre/Anlehre/Attest/Wirtschaftsmittelschule ¹	53.0%	254
Übertritt in Brückenangebote	26.6%	114
Übertritt in das Gymnasium und Fachmittelschule	11.9%	57
Zwischenlösung privat	5.8%	28
Arbeit	1.0%	5
Übertritt innerhalb Sek. I	2.0%	5
Keine Lösung gefunden ²	0.6%	3

¹ Oder andere Form, die zu einem eidg. Fähigkeitszeugnis führt.

² Keine Lösung, nicht entschieden, als arbeitslos gemeldet oder nicht bekannt.

Entwicklung der Anzahl Lernenden, welche keine Lösung gefunden hatten:

2005/06	2006/07	2007/09	2008/09	2009/10	2010/11
30 (9.6%)	19 (6.2%)	14 (4.8%)	5 (1.8%)	5 (2.0%)	3 (0.6%)

Interne Evaluation: In 21 von 26 Schulhäusern wurden zu selbstgewählten Bereichen interne Evaluationen durchgeführt. Vier Schulhäuser führten eine externe Evaluation durch und verzichteten daher auf eine interne Evaluation.

Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der integrativen Förderung (IF): Die Vorbereitungen in den Schulteams (Schulentwicklung, Schulhauskonzepte) sind so weit fortgeschritten, dass zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 IF auf der Kindergarten- und Primarschulstufe (1. und 2. Klassen) eingeführt werden kann. In zwei Schulhäusern (Moosmatt, St. Karli) werden ab Schuljahr 2011/2012 alle Lernenden integrativ gefördert, und in drei weiteren Schulhäusern (Büttenen, Unterlöhli, Wartegg) werden alle Lernenden bis zum vierten Schuljahr integrativ gefördert. Damit wurde dem Wunsch der betreffenden Teams bzw. dem Auftrag des Parlaments nach Pilotklassen entsprochen.

Schulstruktur Schulhaus Unterlöhli: Im Schulhaus Unterlöhli werden die 3. und 4. Klasse als gemischte 3./4. Klassen integrativ geführt. Diese Umstellung hat sich bewährt und findet bei einer grossen Mehrheit der Eltern, bei den Lehrpersonen und Lernenden gute Unterstützung.

Sportlich-musischer Schwerpunkt: In 22 von 25 Schulhäusern (88 %) wurde ein musisch-sportlicher Schwerpunkt ins Schulprogramm aufgenommen und umgesetzt. Die Schulhäuser des ehemaligen Gemeindegebiets Littau konnten dieses Ziel teilweise noch nicht in ihr Programm integrieren.

Strategische Führung: Die Schulpflege als strategisches Führungsorgan wurde per Ende Berichtsjahr aufgelöst. Deren Aufgaben wurden in einem neuen Reglement der Bildungsdirektion, dem Rektorat und einer neu geschaffenen parlamentarischen Bildungskommission übertragen.

5.2.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.2.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Kindergarten	IST 10	SOLL 10
Anzahl Lernende	837	845
Kosten pro Lernende *	10'244	9'625
Kosten	8'574'641	8'132'815
kalkulatorische Gebäudekosten	550'726	436'445
Ertrag	-1'864'204	-1'944'200
Netto Vollkosten	7'261'162	6'625'060

LG 2: Primarstufe	IST 10	SOLL 10
Anzahl Lernende	3'408	3'485
Kosten pro Lernende *	12'264	11'879
Kosten	41'797'348	41'396'812
kalkulatorische Gebäudekosten	10'977'084	10'061'471
Ertrag	-10'123'930	-9'805'400
Netto Vollkosten	42'650'502	41'652'883

LG 3: Sekundarstufe	IST 10	SOLL 10
Anzahl Lernende	1'448	1'419
Kosten pro Lernende *	16'325	16'670
Kosten	23'638'415	23'654'850
kalkulatorische Gebäudekosten	6'605'506	4'225'662
Ertrag	-5'992'192	-5'979'400
Netto Vollkosten	24'251'728	21'901'112

LG 4: Betreuung	IST 10	SOLL 10
Kosten	5'061'909	4'854'606
kalkulatorische Gebäudekosten	804'364	672'597
Ertrag	-1'284'291	-120'000
Netto Vollkosten	4'581'982	5'407'203

LG 5: Schulunterstützung	IST 10	SOLL 10
Kosten	4'564'170	5'403'125
kalkulatorische Gebäudekosten	9'484	7'206
Ertrag	-299'200	-266'000
Netto Vollkosten	4'274'453	5'144'331

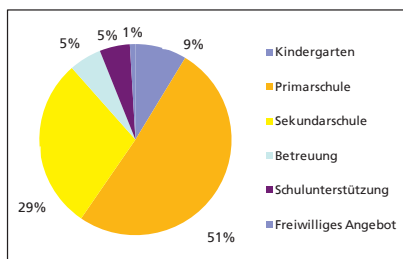
LG 6: Freiwilliges Angebot	IST 10	SOLL 10
Kosten	684'294	603'092
kalkulatorische Gebäudekosten	98'891	63'936
Ertrag	-301	0
Netto Vollkosten	782'883	667'028

Volksschule Total	IST 10	SOLL 10
Kosten	103'366'831	99'512'618
Ertrag	-19'564'119	-18'115'000
Netto Vollkosten	83'802'712	81'397'618
Raumkosten (Mieten, Heizung & Reinigung)	-8'815'865	-9'955'500
Kalk. Gebäudekosten (eigene Gebäude)	-19'046'054	-15'467'318
Netto ohne Raumkosten	55'940'792	55'974'800

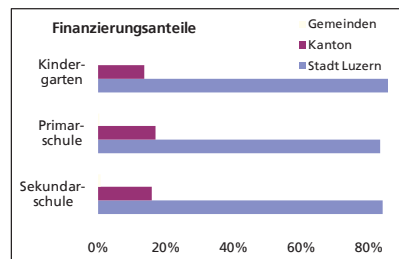
* Bruttokosten ohne kalkulatorische Gebäudekosten

5.2.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

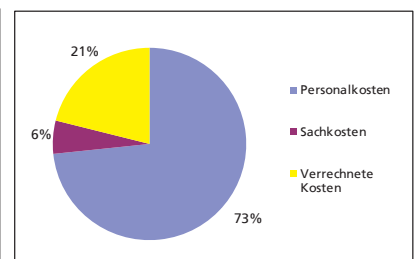
a) Bruttoaufwand LG



b) Finanzierungsanteile



c) Bruttoaufwand Kostenarten



5.2.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2010

Gesamtergebnis

Der Voranschlag 2010 wurde noch ohne die kalkulatorischen Gebäudekosten von Littau gerechnet. Die Anzahl der Lernenden ist ein aus den Schuljahren 2009/2010 und 2010/2011 gemittelter Wert. Die Detailbegründungen folgen bei den einzelnen Leistungsgruppen.

Beiträge des Kantons und der Gemeinden

Die Stadt Luzern erhielt im Kalenderjahr 2010 Pro-Kopf-Beiträge des Kantons an die Aufwendungen der Volksschule:

	2009	2010
Kindergarten	1'891.–	1'968.–
Primarstufe	2'466.–	2'529.–
Sekundarstufe I	3'553.–	3'565.–
Ausländer	698.–	705.–

Die Stadt Luzern erhob gemäss Vereinbarung mit den Agglomerationsgemeinden für auswärtige Lernende folgende Beiträge:

	2009	2010
Kindergarten	5'700.–	5'800.–
Primarstufe	9'700.–	9'900.–
Sekundarstufe I	14'300.–	14'500.–

Qualitätsindikatoren:

Anzahl Klassen und durchschnittliche Klassenbestände, Stichtag 1. September 2010:

	Anz. Klassen		Lernende im Ø	Ø Kanton
	2009*	2010	2010	2010
Kindergärten:	32	49	17.9	18.18
Regelklassen:				
Primarschulklassen	118	168	19.5	19.02
Sekundarstufe I, Niveau A/B	28	39	21.0	
Sekundarstufe I, Niveau C	17	28	17.9	
Total Sek. I (A, B, C)	45	67	19.7	17.95
Kleinklassen:	23	40		
Kleinklasse A	16	27	7.3	8.47
Kleinklasse B				
Kleinklasse C				
Kleinklassen Sek I	7	13		
Spezialklassen:	4	7		
Aufnahmeklasse PS und Sek-I-Einf.-Klasse	3	5	--	--
Time-out-Klasse	1	1	--	--
Total Klassen Volksschule	222*	331		

* Luzern ohne Littau

Beim Festlegen der Klassenbestände wurde die Zahl der fremdsprachigen Lernenden angemessen berücksichtigt.

Schülerzahlen Stichtag 1. September 2010:

Kindergarten	875
Primarschule inkl. Kleinklassen und Basisstufe	3'421
Sekundarstufe I, Niveau A, B, C, D	1'432
Total alle Stufen	5'728

Raumangebot

Schulhaus Felsberg: Der Architekturwettbewerb ist abgeschlossen.

Schulhaus Geissenstein: Bei der Projektierung wurden verschiedene Varianten verfolgt. Ein Projekt befindet sich in der detaillierten Planung.

Schulhaus Maihof: Dem B+A für den Baukredit wurde vom Parlament zugestimmt. Am 15. Mai 2011 findet die Volksabstimmung statt.

Schulhaus Ruopigen: Der bisherige Kulturraum im Pavillon 99 konnte von der Volksschule übernommen und in einem Teil davon ein Klassenzimmer für die neu eröffnete Aufnahmeklasse eingerichtet werden.

Schulhäuser Fluhmühle und Matt: In diesen beiden Schulhäusern wurden im Sommer und im Herbst 2010 die beiden Lehrerzimmer saniert.

Kindergärten: Weil zum Zeitpunkt der Budgetierung die Anzahl der Kindergartenkinder nicht definitiv vorliegt (Rückstellungen, Anmeldungen in den Kindergarten, Zuzüger, Abmeldungen infolge Wegzug) erzeugt dies Schwankungen in der Anzahl der Kindergartenabteilungen. Auf das laufende Schuljahr mussten daher kurzfristig vier Kindergärten neu eröffnet und zwei Kindergärten an einen anderen Standort gezügelt werden.

Betreuung Maihof: Die Betreuung Maihof I wurde von der Maihofstrasse 44 an die Maihofstrasse 25 gezügelt, wo sich auch schon die Betreuung Maihof II befindet.

Betreuung Littau Dorf: Am 18. Oktober 2010 konnte im Stadtteil Littau das erste Betreuungsangebot in der Schulanlage Littau Dorf eröffnet werden.

Betreuung Felsberg: Im Sommer 2010 wurden die Räumlichkeiten der Betreuung Felsberg am Abendweg 26 bei einem Unwetter überschwemmt. Die Betreuung wurde dann bis zu den Herbstferien im Singsaal des Schulhauses Felsberg provisorisch eingerichtet. Auf den 18. Oktober konnten die sanierten Räumlichkeiten am Abendweg wieder bezogen werden.

Schulsozialarbeit: In den beiden Schulanlagen Ruopigen und Würzenbach konnte im Sommer 2010 je ein Büro inklusive Besprechungsraum für die Schulsozialarbeit eingerichtet werden.

5.2.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag: Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.2.5.1 Leistungsgruppe Kindergarten

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Kindergarten ist die Grundlage und die Zielvorgabe zur Förderung der Lernenden im Kindergarten. Jedes Kind erhält seinen Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Weiterentwicklung von Bewegungsmöglichkeiten, Wahrnehmungsfähigkeit, Ausdrucksfähigkeit, selbstständiges Handeln und Selbstvertrauen, Ausdauer und Konzentrationsfähigkeit, Umgang mit Erfolg und Misserfolg), der Sachkompetenzen (Experimentieren und Erfahren des Lebensalltags), der Selbstkompetenz (Entwicklung seiner Persönlichkeit, Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, Werthaltung) sowie der Methodenkompetenzen (Erproben, Gestalten, Erforschen, Erkunden, Ordnen, Beobachten, Handeln usw.).

Die Sprachkompetenzen der fremdsprachigen Kinder werden gefördert, sodass die Lernenden möglichst gut in die Regelklasse der Primarstufe integriert werden können.

Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die zwischen 12 und 24 Kinder zählen, damit sowohl die Förderung der Integration in Kleingruppen, in einer Grossgruppe als auch die individuelle Förderung gewährleistet ist. In besonders schwierigen Situationen unterstützen die Schulpädagogen die Entwicklung des Kindes und seine Familie sowie die Kindergartenlehrperson.

Die Kindergärten sind nach Möglichkeit in die Primarschulhäuser integriert. Die Kinder lernen sich so als Teil einer Schulgemeinschaft kennen.

Der Kindergarten nimmt gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten im Unterricht und im Bereich der Betreuungsangebote der additiven Tagesschule den Erziehungsauftrag wahr.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Kindergartenunterricht
Spezialförderung: Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Kindergarten	Aufnahmen des zweiten vorschulpflichtigen Jahrgangs, welche freiwillig den Kindergarten besuchen möchten.	100 %	100 %	100 %
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse	17,9	17,5-18	17,8
	Interne Evaluation durchgeführt	74 % ¹	100 %	60 % ¹
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation sind fristgerecht umgesetzt und überprüft.	100 % ¹	100 %	100 %
	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum von 33 % und höher (kant. Vorgaben) durchgeführt.	96 %	100 %	91.5 % ¹
Spezialförderung	Deutsch als Zweitsprache: Anteil Fremdsprachiger, die den DaZ-Unterricht besuchen (Stichtag: 1.9.2010).	100 % (Total 368 Lernende)	100 %	100 % (Total 311 Lernende)

¹ Kindergarten und Primarschule wurden gemeinsam erfasst.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

In 14 von 19 Schulhäusern wurden zu selbstgewählten Bereichen **interne Evaluationen** durchgeführt. Die anderen Schulhäuser führten eine externe Evaluation durch und verzichteten daher auf eine interne Evaluation.

Die Umsetzungen der Massnahmen aus der externen Evaluation sind teilweise noch im Gange.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Deutsch als Zweitsprache	
	IST 10	SOLL 10	IST 10	SOLL 10
Vollkosten	8'766'732	8'125'173	358'635	444'088
Ertrag	-1'655'524	-1'722'800	-208'680	-221'400
Netto Vollkosten	7'111'208	6'402'373	149'955	222'688
Anzahl Kindergärtner	837	845	301	313
Vollkosten pro Kindergärtner	10'474	9'616	1'191	1'419
Anzahl Abteilungen	46	45		
Vollkosten pro Abteilung	190'581	180'559		

Der Voranschlag 2010 wurde noch ohne kalkulatorische Raumkosten von Littau gerechnet. Dies führt zu höheren Kosten pro Kindergärtner und Abteilung. Zudem wurde weniger DaZ erteilt als angenommen.

e) Weitere Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	2006 2005/06	2007 2006/07	2008 2007/08	2009 2008/09	2010 2009/10	2011* 2010/11	Verän- derung
Anzahl Kindergärtner	602	570	563	538	573	825	+252
davon 5½-Jährige	407	367	359	336	343	460	+117
davon 4½-Jährige	75	79	108	131	160	365	+205
davon Zurückgestellte	120	124	96	71	70	53	-17

* ab SJ 2010/2011 mit Littau

Das Angebot des flächendeckenden, vorzeitigen Kindergartenjahres entspricht einem grossen Bedarf und hat positive Auswirkungen auf den Rückgang der zurückgestellten Lernenden. Die Veränderungen sind unter dem Aspekt der Zusammenlegung der beiden Schulen Luzern und Littau zu betrachten.

5.2.5.2 Leistungsgruppe Primarstufe

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Der Lehrplan Primarschule ist die Grundlage und die Zielvorgabe zur Förderung der Lernenden in der Primarstufe. Dementsprechend werden die Lernenden in der Entwicklung ihrer Selbst-, Sozial-, Sach- und Methodenkompetenzen aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten unterstützt. Die Primarschule trägt durch die Förderung geistiger, seelischer und körperlicher Kräfte zur ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit bei. Sie fördert die Fähigkeit zu selbstständigem, lebenslangem Lernen und die Achtung und Verantwortung gegenüber sich selbst, den Mitmenschen und der Umwelt. Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die zwischen 14 und 25 Lernende zählen. In besonders schwierigen Situationen unterstützen die Schulleitungen die Entwicklung des Kindes und seine Familie sowie die Lehrpersonen und Schulleitung. Die Primarschule nimmt gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten im Unterricht und im Bereich der Betreuungsangebote der additiven Tagesschule den Erziehungsauftrag wahr.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Regelklasse
Spezialförderung: Kleinklassen, Begabungsförderung, Deutsch als Zweitsprache

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Übertrittsverfahren: Entwicklung

	Ist R10	Ist R09	Ist R08	Ist R07
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau A	14,6 %	12,8 %	15,8 %	16,3 %
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau B	33,0 %	30,5 %	36,2 %	26,7 %
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau C	29,0 %	29,5 %	23,4 %	28,0 %
Entwicklung: Übertritt 6. PS in die 1. Klasse Niveau D	1,2 %	0,8 %	0,5 %	0,5 %
Übertritte 6. PS in das Langzeitgymnasium	21,5 %	26,5 %	23,4 %	28,0 %

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Regel- klasse	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse	19,5	19,5-20,0	19,5
	Schulbetriebseinheiten: interne Evaluation durchgeführt	74 % ¹	100 %	60 % ¹
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation sind fristgerecht umgesetzt und überprüft.	100 % ¹	100 %	100 % ¹
	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum ≥ 33 % (kant. Vorgabe) durchgeführt.	96 %	100 %	91,5 % ¹
	Teilnahme der Lehrpersonen an der Nachqualifikation Englisch und notwendige Zusatzqualifikation erlangen	79 % ²	100 %	97,5 %
	Schulhausteams, die am kant. Projekt Lehren und Lernen teilnehmen.	17	19	3
Spezial- förderung	Förderangebot: Deutsch als Zweitsprache: Max. 8–10 Jahreslektionen pro Lernende/n	Erfüllt.	Erfüllt.	99,5 %
	Konzepte zur Förderung von Begabungen, inkl. Hochbegabtenförderung, sind in den Schulhäusern umgesetzt.	100 %	100 %	100 %

¹ Kindergarten und Primarschule wurden gemeinsam erfasst.

² 7 Lehrpersonen waren noch in der Ausbildung.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

In 14 von 19 Schulhäusern wurden zu selbstgewählten Bereichen **interne Evaluationen** durchgeführt. Die anderen Schulhäuser führten eine externe Evaluation durch und verzichteten daher auf eine interne Evaluation.

Die Umsetzungen der Massnahmen aus der externen Evaluation sind teilweise noch im Gange. 17 von 19 Schulhäusern nahmen am kantonalen Projekt Lehren und Lernen teil. Zwei Schulhäuser stehen in der Vorbereitung zur Teilnahme.

d) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		IF / Kleinklassen		Deutsch als Zweitsprache		Begabungsförderung	
	IST 10	SOLL 10	IST 10	SOLL 10	IST 10	SOLL 10	IST 10	SOLL 10
Vollkosten	42'211'755	40'968'784	7'134'205	7'297'425	2'782'080	2'559'562	646'392	632'512
Ertrag	-8'399'467	-8'177'500	-826'545	-712'800	-897'918	-915'100	0	0
Netto Vollkosten	33'812'288	32'791'284	6'307'660	6'584'625	1'884'162	1'644'462	646'392	632'512
Anzahl Schüler	3'189	3'208	219	277	840	668		
Vollkosten pro Schüler	13'237	12'771			3'312	3'832		
Anzahl Abteilungen	166	164	27	28				
Vollkosten pro Abteilung	254'288	249'810						

Die Nettokosten des Grundunterrichtes, die Kosten pro Schüler und die Kosten pro Abteilung steigen, da im Voranschlag 2010 noch ohne die kalkulatorischen Gebäudekosten von Littau gerechnet wurde. Die Kosten für die integrative Förderung und Kleinklassen werden im selben Kostenträger zusammengefasst. Mehr Schüler im DaZ-Unterricht führen zu tieferen Kosten pro Schüler.

5.2.5.3 Leistungsgruppe Sekundarstufe I

e) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Lehrpläne der Sekundarstufe I sind die Grundlagen und die Zielvorgaben zur Förderung der Lernenden der Sekundarstufe. Die Lernenden erhalten ihren Fähigkeiten entsprechende Förderung der Sozialkompetenzen (Aufgabenbewältigung in der Gesellschaft, Konfliktfähigkeit, Toleranz gegenüber Menschen aus anderen Kulturen), der Sachkompetenzen (selbstständiges und lebensnahes Lernen, Umweltbewusstsein, Wissen als Grundlage für die spätere berufliche Ausbildung oder den Besuch weiterführender Schulen) sowie der Entwicklung ihrer Persönlichkeit (Beziehungs-, Kommunikations- und Entwicklungsfähigkeit, kritisches Urteilsvermögen, Werthaltung, Berufswahlreife, persönliche Lebensgestaltung).

Das Angebot der Sekundarstufe I umfasst die vier Leistungsniveaus A, B, C und D sowie eine Time-out-Klasse.

Niveau-A-Klassen werden in drei Sekundarstufe-I-Zentren geführt. Ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet in Klassen, die in den Niveaus A, B und C zwischen 14 und 25 Lernende zählen und im Niveau D zwischen 6 und 12 Lernende. In besonders schwierigen Situationen unterstützen die Schuldienste die Entwicklung der Jugendlichen und deren Familie sowie die Lehrpersonen und Schulleitung.

f) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen	
Regelklasse:	drei Leistungsniveaus A–C
Spezialförderung:	Leistungsniveau D, Time-out-Klasse, Deutsch als Zweitsprache

g) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Regel- klasse	Mitarbeitergespräch mit allen Lehrpersonen mit einem Pensum ≥ 33 % (kant. Vorgaben) durchgeführt.	89 %	100 %	48.2 %
	Die Massnahmen aus der externen Evaluation sind fristgerecht umgesetzt und überprüft.	100 %	100 %	100 %
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse Niveaus A, B	21,0	20,5-21,0	20,7
	Klassenbestand: Ø Lernende pro Klasse Niveau C	17,9	17,5-18,0	17,8
Spezial- förderung	Anzahl Klassen Leistungsniveau D	13	12	6
	Plätze in der Time-out-Klasse Stadt Luzern belegt	6-8	6-8	6-8

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Mitarbeitergespräche: Insgesamt wurde mit 89 % aller Lehrpersonen das Mitarbeitergespräch durchgeführt. Zwei Schulleitungen waren zeitlich zu stark belastet, oder aufgrund längerer Krankheiten von Lehrpersonen konnten insgesamt 16 Gespräche nicht durchgeführt werden.

h) Mengen und Kosten

	Grundunterricht		Niveau D		Deutsch als Zweitsprache	
	IST 10	SOLL 10	IST 10	SOLL 10	IST 10	SOLL 10
Vollkosten	24'336'708	22'568'026	5'366'126	4'608'866	541'087	703'620
Ertrag	-4'963'392	-4'944'100	-631'991	-570'000	-396'810	-465'300
Netto Vollkosten	19'373'316	17'623'926	4'734'136	4'038'866	144'277	238'320
Anzahl Schüler	1'332	1'319	116	100	426	337
Vollkosten pro Schüler	18'271	17'110	46'260	46'089	1'270	2'088
Anzahl Abteilungen	68	69	13	12		
Vollkosten pro Abteilung	357'893	327'073	412'779	384'072		

Die Nettokosten und die Kosten pro Schüler im Grundunterricht und Niveau D steigen, da im Voranschlag 2010 noch ohne die kalkulatorischen Gebäudekosten von Littau gerechnet wurde. Die Aufwendungen für Deutsch als Zweitsprache wurden zu hoch budgetiert. Der Ertrag zeigt die Prokopfbeiträge des Kantons für ausländische Schüler. Da zum Teil auch eingebürgerte Schüler mit dem Status Schweizer noch ungenügende Deutschkenntnisse haben, ist die Anzahl DaZ-Schüler höher als angenommen.

5.2.5.4 Leistungsgruppe Betreuung

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Volksschule Luzern führt flächendeckend und bedarfsgerecht additive Tagesschulen. Die Einführung erfolgt etappiert. Die Kinder besuchen den obligatorischen Unterricht in der Regelklasse und werden bei Bedarf ausserhalb der Schulzeit betreut. Die Nutzung des Betreuungsangebots ist freiwillig und kostenpflichtig. Die Elemente Unterricht und Betreuung decken den ganzen Tag ab und finden alle in oder in der Nähe der Schule statt. Die Leitung der additiven Tagesschule liegt bei der Schulleitung. Die Gestaltung von Unterricht und Betreuung orientiert sich an einem gemeinsamen pädagogischen Konzept. Eine enge Verbindung von Unterricht und Betreuung ist gewährleistet.

Im Angebot ist die Aufgabenhilfe inbegriffen. Sie wird von der Schule durch die Lehrpersonen durchgeführt und findet in den Unterrichtsräumen statt.

Die Grundlagen des Angebots sind im Gesetz über die Volksschulbildung des Kantons Luzern, Art. 36, geregelt. Dieses Betreuungsangebot ist Teil des Projekts "Schulen mit Zukunft", Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen, sowie des B+A 1/2008 "Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Luzern" vom 13. März 2008.

Die bestehenden Horte und Mittagstische wurden ab August 2010 in das Angebot der additiven Tagesschule integriert.

Während der Schulferien (Ausnahme: Weihnachtsferien und erste Woche der Sommerferien) wird eine ganztägige Betreuung (7.00–18.00 Uhr) für Kindergarten- und Primarschulkinder der Stadt Luzern angeboten. Die Ferienbetreuung findet in reduziertem Umfang möglichst zentral statt.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Additive Tagesschulen (Unterricht und Betreuung)
Horte und Mittagstische

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09 ³
Betreuung	Aufgabenhilfe: Zugang Lernende zum Angebot	100 %	100 %	
Additive Tagesschulen	Anzahl Schulbetriebseinheiten, in denen die additive Tagesschule umgesetzt ist. ^{1, 2}	11	11	
Kindergarten und Primarstufe	Anzahl Tagesplätze	335	215	
	Anzahl Mittagstischplätze	120	70	
Additive Tagesschulen Sekundarstufe I	Anzahl Schulhäuser, in denen das Angebot eines betreuten Mittagstisches umgesetzt ist.	0	4	
	Anzahl Mittagstischplätze Sek I	0	60	
Horte und Mittagstische KG und PS	Gesamtzahl der Betreuungsplätze	0 ²	90	
	Anzahl separate Mittagstischplätze	0 ²	40	
Ferienbetreuung	Platzangebot, an 1 bis 2 Standorten, zentral geführt	40	40	

¹ In Littau Reussbühl wurde auf Sommer 2010 der Pavillon 99 übernommen und der Aufbau des Angebotes Littau Dorf umgesetzt. Die Schüler/innen der Primarschule Rönimoos nutzen das Betreuungsangebot im Grenzhof-Schulhaus.

² Alle ehemaligen Horte/Mittagstische wurden per Schuljahr 2010/2011 ins Modell additive Tagesschule übergeführt.

³ Im Rechnungsjahr 2009 waren diese Angebote Teil der Dienstabteilung Kinder Jugend Familie.

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

Auf das Schuljahr 2010/2011 wurden die Hortangebote in die additiven Tagesschulen übergeführt. Im Ist R10 sind 215 geplante Plätze der additiven Tagesschulen (Soll B10) und 90 Plätze der Horte (Soll B10) sowie 30 zusätzlich geplante und geschaffene Plätze enthalten.

Die Anzahl Mittagstischplätze (Ist R10 = 120) umfasst 70 Plätze aus dem Soll B10 plus 40 Plätze der Horte plus 10 zusätzlich geplante und geschaffene Plätze.

d) Mengen und Kosten

	Betreuung	
	IST 10	SOLL 10
Vollkosten	5'866'273	5'527'203
Ertrag	-1'284'291	-120'000
Netto Vollkosten	4'581'982	5'407'203

Der Voranschlag enthält im Ertrag nur die Aufgabenhilfe. Die übrigen Erträge sind als Kostenminderung in der Position Kosten enthalten.

In der Rechnung werden die Erträge separat ausgewiesen. Es flossen mehr Kantons- und Elternbeiträge als angenommen. Ebenfalls höher fielen die auf drei Jahre befristeten Anschubfinanzierungen des Bundes aus.

Die Sachaufwandpositionen (Verpflegung, Mieten, Spesen und Schulmaterial) liegen unter den budgetierten Werten.

5.2.5.5 Leistungsgruppe Schulunterstützung

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Die Schuldienste (Schulpsychologischer Dienst, Logopädie, Psychomotorik, Schulsozialarbeit, Therapie für spezielle Förderung) unterstützen Lernende in ihrer Entwicklung und beraten Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen. Sie führen Abklärungen, Beratungen und Behandlungen durch. Der Schulpsychologische Dienst unterstützt und behandelt Lernende, berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen sowie weitere an der Schule und Erziehung Beteiligte; er beantragt Massnahmen bei Lern-, Leistungs- und Verhaltensproblemen sowie zur Sonderschulung.

Der Logopädische Dienst unterstützt und behandelt Klein- und Vorschulkinder sowie Lernende mit Kommunikations-, Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen; er berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

Die Psychomotorische Therapiestelle erfasst psychomotorische Auffälligkeiten und behandelt Lernende mit psychomotorischen Störungen; sie berät Erziehungsberechtigte und Lehrpersonen.

Die Schulsozialarbeit fördert und unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer sozialen Entwicklung; sie berät und unterstützt Lehrpersonen, Schulleitungen und Erziehungsberechtigte in sozialpädagogischen Fragen und bei schwierigen Situationen im Schulalltag.

Die Therapie für spezielle Förderung behandelt Lernende mit Teilleistungsschwächen in Sprache oder Mathematik sowie Schwächen in den Basisfunktionen. Sie berät Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Grundleistungen
Schulpsychologie
Logopädie
Psychomotorik
Schulsozialarbeit
Therapie für spezielle Förderung

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Schulpsychologie	Die SPD-Abläufe innerhalb des neuen kantonalen Sonderschulverfahrens sind evaluiert und interne Abläufe optimiert.	Erfüllt. ¹	Erfüllt.	--
	Als dringend eingestufte Anmeldungen sind innerhalb von zwei Wochen in die Beratung aufgenommen.	100 %	100 %	100 %
	Fallbesprechungen finden im erweiterten Team (Littau-Luzern) statt.	9x/Jahr	7x/Jahr	9x/Jahr
	Erreichbarkeit: feste Telefonsprechstunden ausserhalb der Unterrichtszeiten für die Lehrpersonen	100 %	100 %	100 %
Logopädie	Die Zeitspanne zwischen Anmeldung und Abklärung beträgt nicht mehr als 6 Wochen.	100 %	90 %	100 %
	Früherfassung: beratender Besuch in Spielgruppen	90 %	80 %	100 %
	Erhalt der Fachkompetenz: Austausch neuer Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis im Team findet statt.	2x/Jahr	2x /Jahr	--
	Alle diagnostizierten schweren Sprachentwicklungsstörungen sind in die Therapie aufgenommen.	100 %	100 %	100 %
Psychomotorik	Jüngere Kinder (ab 4-Jährige) haben bei Bedarf Zugang zur Therapie.	Erfüllt.	Erfüllt.	13 %
	Das Angebot für Klassenberatungen ist in allen Kindergärten und ersten Klassen umgesetzt.	100 %	100 %	100 %
	Alle diagnostizierten schweren psychomotorischen Entwicklungsstörungen sind in die Therapie aufgenommen.	100 %	100 %	100 %

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Schulsozialarbeit	Das Präventionsprojekt "echt stark bärenstark" ist ausgewertet hinsichtlich Wirkung und weiterer Durchführung.	Erfüllt.	Erfüllt.	--
	Das Statistiktool der Software Sclaris ist eingeführt, und erste Auswertungen sind gemacht.	50 % ²	100 %	Nicht erfüllt.
	Das Angebot der SSA ist den Eltern der Lernenden aller 1. Klassen bekannt.	100 %	100 %	--
Therapie Spezielle Förderung	Früherfassung von Teilleistungsschwächen: Beratung der Lehrpersonen der 1. und 2. Klasse	90 %	90 %	90 %
	Teilnahme der TSF an Fallsupervisionen / Praxisberatung	3x p.a.	3x p.a.	3x / Jahr
	Integrative Übergangsformen im Rahmen des TSF-Angebots werden umgesetzt und sind dem Gesamtteam vorgestellt.	Erfüllt.	Erfüllt.	--
	Der Weiterbildungsbedarf für IF ist definiert, und entsprechende Umsetzungsschritte sind in die Wege geleitet	Erfüllt.	Erfüllt.	--

Wichtige Abweichungen bei den Leistungsindikatoren:

¹ Abläufe ändern seitens Kantons immer noch – Work in Progress.

² Das Modul "Schulsozialarbeit" der Schulverwaltungssoftware funktionierte technisch nicht einwandfrei, dies führte zu Verzögerungen in der Einführung und bei der Umsetzung.

d) Mengen und Kosten

	Schulpsychologie		Logopädie		Therapie spez. Förderung	
	IST 10	SOLL 10	IST 10	SOLL 10	IST 10	SOLL 10
Vollkosten	1'183'231	1'250'491	919'878	1'210'511	747'508	1'047'218
Ertrag	-20'936	0	-2'539	-5'000	0	-1'000
Netto Vollkosten	1'162'295	1'250'491	917'339	1'205'511	747'508	1'046'218

	Psychomotorik		Schulsozialarbeit	
	IST 10	SOLL 10	IST 10	SOLL 10
Vollkosten	556'702	686'369	1'166'334	1'215'742
Ertrag	0	0	-275'725	-260'000
Netto Vollkosten	556'702	686'369	890'609	955'742

In den Bereichen SPD, Logopädie, TSF und Psychomotorik gibt es vereinzelte EO-Rückerstattungen. Weniger Logopädie-, TSF- und Psychomotorikbedarf als angenommen.

5.2.5.6 Leistungsgruppe Freiwilliges Angebot

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Das kantonale Volksschulbildungsgesetz überlässt es den Gemeinden, zusätzliche Leistungen zum obligatorischen Volksschulangebot zu schaffen und zu regeln (§ 36). Die Schulsozialarbeit auf der Sekundarstufe I ist ein obligatorisches Angebot, steht aber allen Schulstufen im Rahmen des Ausbaus gemäss B+A 18/2004 vom 24. Juni 2004 flächendeckend zur Verfügung.

Die Aufgabenhilfe ist für alle Lernenden in deren Schulhäusern zugänglich.

Luzern als Bildungs-, Wohn- und Kulturstadt legt hohen Wert auf die frühe musikalische Förderung von Kindern. Alle Lernenden der 2. und 3. Klasse erhalten eine zusätzliche Klassenstunde im Fach Musik.

Die Volksschule informiert die Eltern und die Bevölkerung regelmässig über aktuelle Themen in der Publikation "Luzern – Das Stadtmagazin".

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Freiwilliges Angebot
Betreuung
Freiwillige Förderung
Information

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
3. Schulmusikstunde	Alle 2. und 3. Klassen weisen im Stundenplan drei Musiklektionen aus.	Erfüllt.	100 %	--
Freiwillige Förderung	Schulhäuser, die am Projekt Sport und Bewegung teilnehmen.	20 (80%)	6	10
	Schulhäuser, die am kantonalen Projekt "Lehren und Lernen im multikulturellen Umfeld" teilnehmen.	24 von 25 Schulteams nahmen an einem Projekt teil.	10	3
	Schulhäuser, die am kantonalen Projekt "Lehren und Lernen, auf dem Weg zur integrativen Schule" teilnehmen.		6	--
	Jeder Klasse des Niveaus C stehen zusätzlich 3-4 Förderlektionen pro Woche zur Verfügung.	Erfüllt.	Erfüllt.	Erfüllt.
Information	Die Volksschule ist in jeder Ausgabe der Publikation "Luzern – Das Stadtmagazin" präsent und hat ihren festen Platz.	Erfüllt.	6	--

d) Mengen und Kosten

	Freiwilliges Angebot	
	IST 10	SOLL 10
Kosten	783'185	667'028
Ertrag	-301	0
Nettokosten	782'883	667'028

5.2.6 Kontrolle Finanzbuchhaltung / Kostenrechnung

	Kosten	Ertrag
Finanzbuchhaltung	85'754'815	20'998'157
Globalbudget Ergebnis Finanzbuchhaltung	64'756'658	
./. Abgrenzung Anteil Overhead für HPS		
+ kalk. Raumkosten	19'046'054	
Globalbudget Volksschule KORE	83'802'712	

5.3 Tiefbauamt / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.3.1 Leistungsziele / Zielerreichung

1. Wie bereits im Jahr 2007 wird, nach ersten Erfahrungen nach der Fusion, die **Wirkung bestimmter Kernaufgaben** der verschiedenen Leistungsgruppen in Zusammenarbeit mit den städtischen Quartiervereinen ermittelt. Wichtige Erkenntnisse werden jeweils bei der Formulierung der zukünftigen Leistungsziele berücksichtigt.
Ab 1. Januar 2010 sind in sämtlichen Leistungsgruppen LG 1–6 die Umsetzungsvorgaben und Massnahmen der Fusion mit Littau, der partiellen Neuorganisation Stadtverwaltung im Bereich UVS/BD sowie der Neuorganisation der Abfallbewirtschaftung REAL zu konsolidieren, umzusetzen und bis Ende 2010 erste Erfolgskontrollen durchzuführen. Die Standards der Leistungen sowie die dazugehörenden Kosten werden gemäss Fusionsauftrag erbracht und sind im angepassten Leistungsauftrag dargestellt. **[Alle LG]**
Erreicht. Der neue Stadtingenieur hat mit den Quartiervereinen erste Vorstellungsgespräche geführt. Dabei hat er die Rückmeldungen zur Zusammenarbeit eingeholt. Die Gespräche mit den übrigen Quartiervereinen gehen im Jahr 2011 weiter.
2. Die **Betriebsbereitschaft des öffentlichen Strassenraums** (Strassen, Gehwege, Beleuchtung, strassenbedingte Grünflächen und Rabatten) wird unter Beachtung der Synergievorgaben aus der Fusion gewährleistet. Im Bereich der Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes durch Werkleitungsbauten werden die Kontrolltätigkeiten strikte wahrgenommen sowie die Verrechnungsansätze für die Wiederinstandstellung des öffentlichen Grundes laufend überprüft. Die Sollvorgabe von max. 9 – 11 % Anteil Strassen in kritischem Zustand soll durch diese Massnahmen während der Planperiode trotz Standardanpassungen gehalten werden können. **[LG 1]**
Nicht erreicht. Der Anteil Strassen in kritischem Zustand ist per 31. Dezember 2010 auf 14 % gestiegen. (Detailaussagen siehe Punkt 5.3.3)
3. Die **Verkehrsplanung** orientiert sich am Agglomerationsprogramm. Hier haben die Realisierung der Tieflegung zb und der Erschliessungsanlagen Allmend sowie die Forcierung der Anbindung nach Zürich im Rahmen von Bahn 2030 höchste Priorität. In den nächsten Jahren wird weiterhin ein vermehrtes Augenmerk auf lärmtechnische Sanierung der Stadtstrassen und den Unterhalt der Kunstbauten gerichtet. Mindestens 50 % aller anfallenden Kosten für Planung, Projektierung und Neubauten im Bereich Verkehr, Verkehrsbauten und Lärmschutz sollen (kostendeckend) weiterverrechnet werden können. Der Anteil TBA-interner Planungskosten am gesamten Planungsvolumen soll sich zwischen 10 und 15 % bewegen. **[LG 2]**
Erreicht. Anteil Planungskosten eingehalten und Kostendeckungsgrad übertroffen.
4. Sowohl Park- und Grünanlagen als auch Schulsportanlagen und Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sind einem zunehmenden Nutzungsdruck unterworfen; teilweise sind sie, insbesondere die Quaianlagen, übernutzt. Trotzdem sollen der betriebliche und bauliche Unterhalt der **Park-, Grün- und Friedhofanlagen** sowie der **Kinderspielplätze** unter Einhaltung der Betriebssicherheit gewährleistet bleiben. Grundlage dazu bilden unter anderem der bestehende Baumkataster mit Aussagen über Anzahl, Zustand und Alter der Bäume und die Ergebnisse der periodischen Wirkungsermittlungen. Der gesamte öffentliche städtische Grünraum soll angemessen gestaltet und funktional bleiben. Mittelfristig sollen ein Freiraumkonzept und die Freiraumversorgung der städtischen Bevölkerung und Bewohnenden der Stadt Luzern untersucht und mit anderen Städten in der Schweiz verglichen werden. Die Beispielbarkeit der **Aussensportanlagen** bleibt sichergestellt, trotz dem erweiterten Aufgabengebiet im Zusammenhang mit der Fusion Littau-Luzern und den Bauvorhaben auf der Allmend. Die Realisierung der diversen Bauvorhaben auf der Allmend hat Auswirkungen auf den Betrieb der Aussensportanlagen. Die Leistungserbringung muss mit grosser Flexibilität und innerhalb der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erfolgen. Der Betrieb und Unterhalt der Friedhofanlagen sowie der **Bestattungsdienst** werden gemäss den gesetzlichen Vorgaben sichergestellt. Das Friedhof-, und Bestattungswesen soll umfassend weiter entwickelt werden. Der Kostendeckungsgrad der LG soll dabei weiterhin rund 40 % betragen. **[LG 3]**
Fast vollständig erreicht. Der Kostendeckungsgrad liegt mit 36,7 % nur 1 % unter der Sollvorgabe.
5. Die Erhaltungsmassnahmen und Erneuerungen der öffentlichen **Siedlungsentwässerungsanlagen** werden gemäss den bewilligten Berichten und Anträgen fortgesetzt. Der betriebliche Unterhalt der öffentlichen Abwasseranlagen soll weiter optimiert werden, und Aufträge für

private Abwasseranlagen gegen Verrechnung werden weiterhin ausgeführt. Mit dem Beitritt zu REAL werden die Sammelkanäle Eigentum des Verbandes. Da die städtischen Stellen aber weiterhin den Betrieb und Unterhalt gewährleisten, ändert sich von der Aufgabenstellung wenig. Auch zukünftig werden alle privaten und öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen gemäss der bestehenden Gewässerschutzgesetzgebung beaufsichtigt. **[LG 4]**

Erreicht. Analog 2009 geringere Betriebskostenbeiträge an REAL und dadurch Einlage in die Spezialfinanzierung.

6. Die **Kehrichtentsorgung** soll bürgernah, ökologisch und ökonomisch erfolgen. Der Standard des Entsorgungsangebotes wird nach Beitritt zu REAL an den Standard von REAL angepasst. Der Anteil der Separatsammelmengen soll weiterhin 52 % erreichen und 48 % nicht unterschreiten. Das System der Grundgebühr auf dem Gebiet der ehemaligen Gemeinde Littau wird auf dasjenige der Stadt Luzern (Promilleansatz des Gebäudeversicherungswertes) angepasst. **[LG 5]**

Die Sammeltour 1x wöchentlich ist umgesetzt. Die Vorgabe der Separierungsquote wird mit 47 % fast erreicht.

Relevante Überlegungen und Erkenntnisse aus dem Projekt **Fusion Littau-Luzern** werden bei der Leistungserbringung laufend berücksichtigt.

5.3.2 Globalbudget

	R 2010	B 2010	Abweichung R/B		R 2009
Ertrag (inkl. interner Ertrag)	Fr. 33'177'248	Fr. 31'552'000	Fr. 1'625'248	+5.15%	Fr. 44'949'513
./. direkte Kosten	Fr. -20'991'976	Fr. -20'037'100	Fr. 954'876	+4.77%	Fr. -50'628'293
./. Umlagen von Kostenstellen	Fr. -33'262'145	Fr. -31'732'000	Fr. 1'530'145	+4.82%	Fr. -14'186'993
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	Fr. -21'076'873	Fr. -20'217'100	Fr. 859'773	+4.25%	Fr. -19'865'773
+ Kalkulatorische Kosten	Fr. -20'201'816	Fr. -17'051'085	Fr. 3'150'731	+18.48%	Fr. -15'724'779
Globalbudget (inkl. kalkulatorischer Kosten)	Fr. -41'278'689	Fr. -37'268'185	Fr. 4'010'504	+10.76%	Fr. -35'590'552

5.3.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Die Leistungsziele wurden im Berichtsjahr gemäss Vorgaben bezüglich Quantität und Qualität grösstenteils erreicht. Die finanziellen Vorgaben konnten nicht ganz eingehalten werden. Gegenüber dem Budget 2010 resultiert eine Abweichung von Fr. 859'773.–. Für zusätzliche Aufwendungen ausserhalb des Leistungsauftrages wurde ein Nachtragskredit über Fr. 70'000.– für den Masterplan Stadtzentrum Luzern Nord bewilligt.

Für das Rechnungsjahr waren kalkulatorische Kosten von Fr. 17,05 Mio. budgetiert. Effektiv verrechnet worden sind Fr. 20,2 Mio., weil im Budget 2010 die Anlagen der ehemaligen Gemeinde Littau und somit die Abschreibungen und Zinsen noch nicht mitberücksichtigt wurden. Dies ist u. a. der Hauptgrund, weshalb nicht alle vorgegebenen Werte eingehalten werden konnten.

Ein direkter Vergleich der Nettokosten ist mangels Vergleichbarkeit mit Vorjahren (Fusion Littau-Luzern, Reorganisationen) schwierig zu beurteilen.

Nachfolgend die Bemerkungen zu den einzelnen Leistungsgruppen:

LG 1:

Die Nettoaufwendungen liegen mit 17 % über der Sollvorgabe. Die Abweichung beruht zu einem grossen Teil auf zusätzlichen, nicht budgetierten, kalkulatorischen Kosten von Fr. 2 Mio. Die Nettokosten öffentlicher Grund in der LG 1 sind mit Fr. 15.30 pro m² höher als budgetiert. Der Anteil Gemeindestrassen in kritischem Zustand beträgt per Ende 2010 rund 14 %. Mit dem beschlossenen Sparbeitrag (Reduktion des baulichen Unterhalts um Fr. 0,5 Mio. für die Jahre 2011–2014) wird sich der Zustand tendenziell verschlechtern, ist jedoch aus technischer Sicht zu verantworten.

LG 2:

Die Bruttoaufwendungen sind 2010 höher infolge nicht budgetierter kalkulatorischer Kosten. Auch die Erträge fielen höher aus als budgetiert. Auf der Basis FIBU liegt der Kostendeckungsgrad mit 62,5 % knapp unter dem Budget.

LG 3:

Das Ergebnis liegt 2 % über der Sollvorgabe 2010. Der Kostendeckungsgrad beträgt 36,7 %. Innerhalb der LG sind bei einzelnen Leistungen (Parkanlagen, Bäumen in Anlagen und Kinderspielplätzen) Ressourcenverschiebungen zu verzeichnen.

LG 4:

Die Kosten pro m³ Abwasser liegen mit Fr. 1.93 im Bereich der Sollvorgabe von Fr. 2.–.

Die Betriebskostenbeiträge ARA/REAL waren rund 12 % tiefer als budgetiert. 2010 konnten dank dem positiven Ergebnis Fr. 967'398.95 in die Spezialfinanzierung Stadtentwässerung eingelegt werden.

Der Wiederbeschaffungswert der Entwässerungsanlagen (in Kostenverantwortung der Stadt Luzern) wird auf rund Fr. 760 Mio. (provisorischer Wert) geschätzt.

LG 5:

Die Gesamtabfallmenge liegt mit rund 43'217 Tonnen über dem budgetierten Wert. Die Separierungsquote bewegt sich mit 47 % leicht unter dem Bereich der Sollvorgabe. Der Kostendeckungsgrad beträgt 92,4 %: Aus dem Rückstellungskonto Kehrichtbeseitigung wurden Fr. 1'943'959.04 entnommen.

Ab 1. Januar 2011 wurden die Sammeltouren in den Aussenquartieren auf 1x wöchentlich reduziert, die Sammelstellen wurden gemäss heutigem Stand der Technik umgerüstet und werden ab 1. Januar 2013 von REAL bewirtschaftet.

Durch flexiblen Einsatz der personellen Ressourcen und effiziente Mittelbewirtschaftung konnte der parlamentarische Leistungsauftrag auch im Berichtsjahr 2010 grösstenteils erfüllt werden.

5.3.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.3.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

Strassenraum Unterhalt und Erneuerung	IST R10	SOLL B10	IST R09
Strassennetz Gemeindestrassen	1'712'000m ²	1'712'000m ²	1'315'000m ²
Kosten pro m ² Gemeindestrasse p.a.	Fr. 15.30	< Fr. 13.02	Fr. 16.77
Anteil Strassen in kritischem Zustand	14%	9 - 11 %	11%
Ergebnis	-26'188'935	-22'296'545	-22'056'521

Strassenraum Planung, Projektierung, Neubau	IST R10	SOLL B10	IST R09
Kostendeckungsgrad der Planungskosten	62%	> 50%	58,34%
Anteil TBA-interne Planungskosten an Planungsvolumen gemäss SIA-Tarif	10,91%	zw. 10 - 15%	9,4%
Ergebnis	-1'012'783	-668'538	-626'807

Grün- und Sportanlagen, Friedhof	IST R10	SOLL B10	IST R09
Zu unterhaltende Fläche (Parkanlagen, Aussensportanlagen, Friedhof)	850'000 m ²	850'000m ²	730'000 m ²
Ø Auslastungsgrad aller Aussensportanlagen	92%	75-80%	rd 90%
Anzahl Bestattungen	873	rd 900	817
Ergebnis	-7'391'094	-7'213'414	-6'657'841

Stadtentwässerung (Spezialfinanzierung)	IST R10	SOLL B10	IST R09
Städtischer Anteil an Gesamtbudget GALU (Betrieb und Investitionen)	5,1 Mio. oder 47,53%	5,9 Mio. oder < 50%	4,3 Mio. oder 45,94%
Kosten pro Laufmeter städtisches Kanalnetz	rd Fr. 7.40	rd Fr. 12.00	rd Fr. 7.80
Abwassermenge in m ³ p.a.	rd 7,25 Mio.	rd 8,4 Mio.	rd 6,70 Mio.
Kosten pro m ³ Abwasser p.a.	Fr. 1.93	Fr. 2.00	Fr. 1.86
Ergebnis	-6'473'940	-6'720'223	-6'084'603

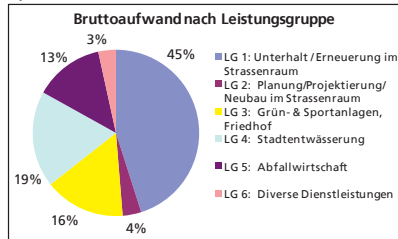
Abfallbewirtschaftung (Spezialfinanzierung)	IST R10	SOLL B10	IST R09
Gesamtabfallmenge in t	43'217	42'000	35'515
Anteil Sonderabfall an Gesamtabfallmenge (Separierungsquote)	46,98%	> 48%	47.72%
Entsorgungskosten pro Tonne	Fr. 213.22	< Fr. 200.00	Fr. 210.50
Entsorgungskosten pro Einwohner/in	Fr. 114.80	< Fr. 110.00	Fr. 120.25
Ergebnis	-764'880	-710'195	-395'933

Diverse Dienstleistungen	IST R10	SOLL B10	IST R09
Erbringen der Dienstleistungen zu Vollkosten	552'944	-1'079'659	231'153
Ergebnis	121,7%	73%	108,5%

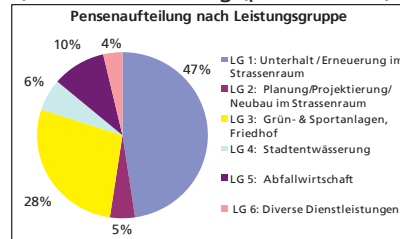
Zusammenfassung	IST R10	SOLL B10	IST R09
Ergebnis TBA	-41'278'689	-37'268'185	-35'590'552
Kostendeckungsgrad [KDG] LG 1-6 (inklusive Spezialfinanzierungen)	44,6%	45,8%	44,1%
KDG LG 1-3 + 6 (ohne Spez.Fin.)	32,6%	28,6%	32,2%

5.3.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

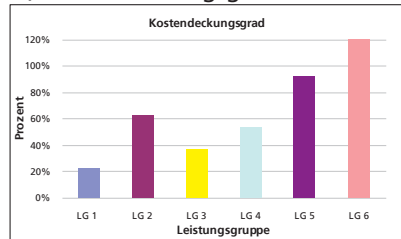
a) Bruttoaufwand nach LG



b) Pensenaufteilung (per 31.12.10)



c) Kostendeckungsgrad



5.3.4.3 Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag / Rechnung 2010

Die Rechnung des TBA-Globalbudgets 2010 schliesst gegenüber dem Budget mit einem Mehraufwand von Fr. 789'773.– ab. Der B+A 31/2010 "Bestattungs- und Friedhofswesen" wurde sistiert: Die budgetierten Mehrerträge von Fr. 0,5 Mio. für Zusatzgebühren Friedhof konnten wiederum nicht erzielt werden.

Bemerkungen zu den einzelnen Leistungsgruppen:

LG 1:

Kosten pro m² öffentlicher Grund Fr. 15.30 (Soll Fr. 13.02); Anteil Strassen in kritischem Zustand 14 % (Soll 9–11 %), Abweichungsbegründungen siehe unter Kap. 5.3.3. Kosten pro m² für den betrieblichen Strassenunterhalt Fr. 6.49 brutto (Soll < Fr. 4.30). Überschreitung infolge nicht budgetierter kalkulatorischer Kosten in der Höhe von Fr. 0,95 Mio. Ebenso verursachte der Winterdienst witterungsbedingt Mehrkosten von rund Fr. 0,8 Mio. Kosten pro m² für den baulichen Strassenunterhalt Fr. 6.54 (Soll < Fr. 6.70). Generell sind Nettozielabweichungen auch auf Ressourcenverschiebungen zurückzuführen.

LG 2:

Der Anteil an TBA-internen Planungskosten konnte eingehalten werden. Der Stand der Planungen Ende 2010 hat von 63 auf 77 Projekte zugenommen.

LG 3:

Der Bruttoanteil im Bereich baulicher und betrieblicher Unterhalt der Friedhofanlagen weist gegenüber den Sollwerten höhere Aufwendungen auf. Die Minderaufwendungen in den Parkanlagen sind durch Mehraufwendungen für Kinderspielflächen kompensiert. Infolge der kürzeren Lebensdauer von Strassenbäumen wurde deren Unterhalt erhöht und der Unterhalt von Bäumen in Anlagen reduziert. Aus diesem Grund wird der Sollwert unterschritten. Die übrigen Leistungen bewegen sich im Rahmen der veranschlagten Beträge.

Der budgetierte Ertrag konnte praktisch realisiert werden, wodurch der Kostendeckungsgrad (Soll > 37,7 %) mit knapp 36,7 % nur marginal unterschritten wurde.

LG 4:

Mit Fr. 1.93 pro m³ Abwasser und Fr. 7.42 pro Laufmeter betrieblicher Unterhalt im Kanalnetz bleiben die Kosten unterhalb der Sollvorgaben. Der Kostenanteil der Stadt Luzern an REAL ist wiederum geringer als budgetiert ausgefallen. REAL konnte die ARA-Betriebskosten von Fr. 10 Mio. auf Fr. 9 Mio. reduzieren. Der neue Verteilschlüssel belastet die Stadt Luzern mit 53,38 % und beruht neu auf den gemessenen Wasserverbrauchswerten (anstelle der bisher geschätzten Werte). Für 2011 sind von REAL die gleichen Kosten budgetiert.

LG 5:

Der Kostendeckungsgrad betrug 2010 92,4 %. Der Kontostand der Spezialfinanzierung belief sich per 31.12.2010 auf Fr. 3,97 Mio. Bei den Kennzahlen "Hauskehricht" wird der Tonnenpreis netto dargestellt; die Transportrückerstattungen durch REAL decken die Aufwendungen für das Einsammeln des verbrennbaren Kehrichts. Aufgrund schwankender Erlöse weichen die Preise pro Tonne bei den Wertstoffen gegenüber dem Vorjahr teilweise ab.

LG 6:

Infolge der MWSt-Erhöhung auf 2011 mussten alle Leistungen für Private per Ende 2010 abgerechnet werden. Diese Rechnungsstellung beeinflusste die Ertragsseite positiv. Gleichzeitig konnten die Kosten tiefer als budgetiert gehalten werden. Dies führt zu dem äusserst erfreulichen Kostendeckungsgrad von 121,7 %. Die Erträge für 2011 werden deshalb tiefer ausfallen.

Fazit zur Rechnung 2010 Globalbudget mit Leistungsauftrag Tiefbauamt:
Unter Mitberücksichtigung der exogenen Fak-

toren konnte der stadträtliche Leistungsauftrag erfüllt werden. Die konsequente Verrechnung von Leistungen an Dritte realisierte zusätzliche Erträge und beeinflusste das Ergebnis positiv.

Ohne die nicht budgetierten kalkulatorischen Mehrkosten hätten die Vorgaben in den sechs Leistungsgruppen grösstenteils eingehalten werden können.

5.3.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

Beim TBA wird der Leistungsauftrag für das Jahr 2010 in sechs Leistungsgruppen aufgeteilt.

5.3.5.1 Leistungsgruppe Strassenraum, Unterhalt und Erneuerungen (LG 1)**a) Ziele für die Leistungsgruppe**

Aufrechterhaltung der Sauberkeit und Hygiene auf dem öffentlichen Grund (als Beitrag für attraktive Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Touristenstadt). Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Werterhaltung des Strassennetzes inkl. Einrichtungen gemäss kantonalem Strassengesetz.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Unterhalt / Erneuerung im Strassenraum	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Betrieblicher Strassenunterhalt (Gde- und Kt.-Str.)	2,142 Mio. m ²	13'893'705	9'206'030
Baulicher Strassenunterhalt inkl. Erneuerung	1,712 Mio. m ²	11'306'562	11'467'248
Baulicher Strassenunterhalt der Kantonsstrassen	0,43 Mio. m ²	1'364'478	1'746'608
Verrechnung Grabenaufbrüche		2'213'049	252'046
Technischer Dienst (Markierung/Signalisation)		256'199	436'278
Öffentliche Beleuchtung		2'074'835	1'647'613
Strassengrün (Unterhalt / Erneuerung)		843'985	963'958
Strassenbäume (Pflege / Erneuerung)	3'558	742'832	544'479
Signalisation Verkehrstechnik		720'141	-
Robidog / Sackspender	74/174 Stück	152'498	107'286
Total		33'568'284	26'371'546

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Betrieblicher Strassenunterhalt	Kosten pro m ² (Total 1,625/ 2,142 Mio. m ² Kantons- und Gemeindestrassen)	Fr. 6.49 brutto	< Fr. 4.30 brutto	Fr. 7.50 brutto
Baulicher Strassenunterhalt	Kosten pro m ² (Total 1,315/ 1,712 Mio. m ² Gemeindestrassen)	Fr. 6.54 (inkl. kalk. Kosten)	< Fr. 6.70 (inkl. kalk. Kosten)	Fr. 7.45 (inkl. kalk. Kosten)
Werterhaltung des Strassennetzes	Anteil Strassen in kritischem Zustand (Gemeindestrassen) gemäss MSE	14 % der Strassenflächen	9-11 % der Strassenflächen	11 % der Strassenflächen

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009
Ertrag	7'379'348	4'075'000	5'803'506
Kosten	-33'568'283	-26'371'545	-27'860'027
Ergebnis	-26'188'935	-22'296'545	-22'056'521
Leistungseinheit	m ² öffentlicher Grund (Gemeinde)		
	1'712'000	1'712'000	1'315'000
Kosten pro Einheit	SFr. 15.30	SFr. 13.02	SFr. 16.77

e) Kennzahlen

Bearbeitete Fläche in m ²	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anzahl öffentlicher Brunnen	157	157	157	157	157	0
Anzahl Velounterstände	59	59	59	59	63	+4
Anzahl Abfallkörbe	1'301	1'339	1'390	1'146	1'568	+422
Anzahl Fängeranlagen (inkl. Rechen)	52	67	67	67	81	+14
Anzahl Armaturen öffentliche Beleuchtung;	7'660	7'647	7'663	7'559	7'731	+172
davon ausgewechselt	40	49	151	178	289	+111
Kosten pro Einwohner in Fr.	332.15	302.85	325.20	354.80	328.55	-26.25

5.3.5.2 Leistungsgruppe Strassenraum, Planung, Projektierung, Neubau (LG 2)**a) Ziele für die Leistungsgruppe**

Umsetzung der Zielsetzungen des Grossen Stadtrates und des Stadtrates für den öffentlichen und privaten Verkehr. Sicherstellung der Verfügbarkeit von Verkehrsbauten und Schutz der Anwohner vor übermässigem Verkehrslärm.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Planung / Projektierung / Neubau im Strassenraum	Menge (Anz. Proj.)	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Planung, Vorprojekte, Kreditierung Genehmigung, Detailprojekt, Ausführung Strassensanierungsprogramme (Lärmschutz) Planungen für den öffentlichen Verkehr	01.01.10: 63 31.12.10: 77		
Total		2'698'649	1'868'538

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Verrechnung der Planungskosten	Kostendeckungsgrad der Planungskosten	62,50 %	>50 %	58,34 %
Anwendung von marktüblichen Tarifen bei der Planung und Projektierung	Einhaltung der massgebenden SIA-Kostentarife für Planungen, abhängig von Bauvolumen und Schwierigkeitsgrad der Planungen	Vorgaben Kostentarife und Kostendeckungsgrad eingehalten.	Einhaltung zu 100 %	Vorgaben Kostentarife und Kostendeckungsgrad eingehalten.

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009
Ertrag	1'685'866	1'200'000	877'629
Kosten	-2'698'649	-1'868'538	-1'504'436
Ergebnis	-1'012'783	-668'538	-626'807
Kostendeckungsgrad	62.5%	64.2%	58.3%

Im Budget 2010 wurden die kalkulatorischen Kosten mit Fr. 1'490.– budgetiert. In der Rechnung 2010 beliefen sich die effektiven kalkulatorischen Kosten auf Fr. 1'192'113.– (u. a. Zuwachs Anlagebuchhaltung der ehemaligen Gemeinde Littau).

5.3.5.3 Leistungsgruppe Grün- und Sportanlagen, Friedhof (LG 3)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Bereitstellen eines Angebots von nutzbarer Grünfläche für Erholung, Sport, Freizeit und Veranstaltung. Gewährleistung der Sicherheit auf Grünflächen (Parkanlagen / Spielplätzen / Schulanlagen) gemäss Bau- und Zonenreglement sowie Strassengesetz bzw. Gesetz über die Volksschulbildung.

Durchführung von Bestattungen gemäss Gesundheitsgesetz und kantonaler Verordnung über das Bestattungswesen.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich Grün- und Sportanlagen, Friedhof	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Parkanlagen	0,42 Mio. m ²	2'695'981	3'090'977
Bäume in Anlagen	7'200 Bäume	524'036	845'828
Kinderspielplätze	49 Plätze	1'118'759	750'485
Grünpflege Liegenschaften Verwaltungsvermögen	0,36 Mio. m ²	808'688	844'966
Grünpflege Schulanlagen	0,25 Mio. m ²	1'370'756	1'272'574
Bestattungsdienst (749 Urnen- / 124 Erdbestattungen)	873 Bestattungen	1'105'015	1'084'258
Baulicher u. betrieblicher Unterhalt Friedhofanlagen	0,21 Mio. m ²	1'647'909	1'458'404
Grabunterhalt	528 Vertragsgräber	267'315	389'106
Unterhalt und Betrieb der Aussensportanlagen	0,22 Mio. m ²	2'130'554	1'847'916
Total		11'669'013	11'584'514

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Parkanlagen	Unterhaltskosten pro m ² (424'300 m ²)	Fr. 6.42	< Fr. 7.30	Fr. 6.86
Aussensportanlagen	Kosten pro m ² Rasenspielfeld Kosten pro m ² Allwetterplatz	Fr. 5.04 Fr. 3.64	< Fr. 5.30 < Fr. 2.20	Fr. 6.20 Fr. 2.10
Ø Auslastungsgrad aller Sportanlagen	Spielefeldnutzung auf empfohlene maximale Kapazitätsauslastung abgestimmt	92 %	80% Rasenplätze 75% Allwetterplätze	Analog Vorjahre 70-80 %
Bestattungsdienst	Ø-Preis pro Bestattung: Preis pro Erd- und Urnenbestattung:	Fr. 1'265.77 Fr. 2'517.26/ Fr. 1'006.54	Fr. 1'000.00 Fr. 2'500.00 / Fr. 900.00	Fr. 1'094.20 Fr. 3'165.32/ Fr. 831.42

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009
Ertrag	4'277'919	4'371'100	4'204'669
Kosten	-11'669'013	-11'584'514	-10'862'510
Ergebnis	-7'391'094	-7'213'414	-6'657'841
Kostendeckungsgrad	36.7%	37.7%	38.7%

e) Kennzahlen

Kennzahlen Anlagenpflege	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Kosten pro m ² Unterhalt Verw. liegensch. (inkl. Schulhäuser)	3.00	3.15	3.10	3.83	5.48	+1.65
Kosten für gesamte Anlagenpflege pro Einwohner in Fr.	80.00	83.70	85.80	96.68	81.21	+15.47
Kennzahlen Baumpflege	2006	2007	2008	2009	2010	Veränd.
Anzahl Strassenbäume	3'342	3'296	3'269	3'249	3'558	+309
Kosten pro Strassenbaum in Fr.	168.90	131.35	115.05	141.95	208.78	+66.83
Kosten pro Einwohner in Fr.	9.30	7.05	6.05	7.42	9.25	+1.83
Anzahl Bäume in Anlagen	7'495	7'485	7'426	7'406	7'200	-206
Kosten pro Anlagenbaum in Fr.	79.80	87.50	83.55	74.56	72.78	-1.78
Kosten pro Einwohner in Fr.	9.85	10.70	9.95	8.88	6.53	-2.35

5.3.5.4 Leistungsgruppe Stadtentwässerung [Spezialfinanzierung] (LG 4)**a) Ziele für die Leistungsgruppe**

Aufsicht über die öffentlichen und privaten Abwasseranlagen gemäss Gewässerschutzgesetz sowie kantonaler Gewässerschutzverordnung. Gewährleistung des Betriebes der Abwasseranlagen der Stadtentwässerung und der Siedlungsentwässerungsanlagen. Ausführung von Privataufträgen gegen Verrechnung.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen Stadtentwässerung	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Betrieblicher Unterhalt (öffentliches Netz)	145 km	7'488'207	8'752'051
inkl. kalkulatorischer Kosten		1'092'473	2'066'165
Kleiner baulicher Unterhalt (öffentliches und privates Netz)			
inkl. Bewilligung, Aufsicht / Gebührenbewirtschaftung / Planung, Projektierung, Neubau		5'342'405	5'933'907
Betriebskosten ARA / REAL			
Total		13'923'085	16'752'123

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Betrieblicher Unterhalt Kanalnetz	Kosten pro Laufmeter Kosten in % des Anlagewertes	Fr. 7.42 0,25%	< Fr. 11.00 < 0,40%	Fr. 8.25 0,20%
Baulicher Unterhalt Kanalnetz 4. Etappe, 2. Teil, total zirka 14 km Kanallänge	Ausführung innert 6 Jahren vollzogen gemäss B+A 24/2001	3% saniert oder rund 0,4 km (T 12,4 km / 89%)	10% saniert oder rund 1 km (T 14 km / 100%)	5% saniert oder rund 0,7 km (T 12,0 km / 86%)
Kostenanteil Stadt an REAL	%-Anteil an Gesamtbudget REAL (Betrieb und Investition)	53,38% bzw. Fr. 5'169'319.–	<44%	45,94% bzw. Fr. 4'265'295.–

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009
Ertrag	7'449'145	10'031'900	6'441'311
Kosten	-13'923'085	-16'752'123	-12'525'914
Ergebnis	-6'473'940	-6'720'223	-6'084'603
Leistungseinheit m ³ Abwasser	7'225'000	8'400'000	6'700'000
Kosten pro Einheit	SFr. 1.93	SFr. 2.00	SFr. 1.86

Bestand Spezialfinanzierung	Budget 2011	Rechnung 2010	Rechnung 2009
Bestand 1.1.	8'153'724	65'896	-
Einlage		8'087'827	1'027'047
Entnahme	-150'400		-961'151
Bestand 31.12.	8'003'324	8'153'724	65'896

e) Kennzahlen

Kennzahlen Unterhalt		2005	2006	2007	2008	2009	2010
Unterhaltskosten pro Einwohner in Fr.	Fr.	25.90	Fr. 21.00	Fr. 22.85	Fr. 16.90	Fr. 17.42	Fr. 13.41
Kennzahlen Wasser		2005	2006	2007	2008	2009	2010
Wasserverbrauch pro Einwohner	120 m ³		119 m ³	117 m ³	110 m ³	107 m ³	90 m ³
Kosten pro m ³ Wasser	Fr. 1.55		Fr. 1.90	Fr. 1.90	Fr. 1.80	Fr. 1.86	Fr. 1.93
Kosten pro Einwohner	Fr. 187.30		Fr. 224.00	Fr. 219.50	Fr. 198.45	Fr. 201.49	Fr. 173.46

(Vollkosten)

5.3.5.5 Leistungsgruppe Abfallbewirtschaftung [Spezialfinanzierung] (LG 5)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Durchführung einer bürgernahen, ökologischen und ökonomischen Abfallbewirtschaftung gemäss Bundesgesetz über den Umweltschutz und Abfallreglement vom Juni 2002.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen Abfallbewirtschaftung	Menge	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
		IST	SOLL
Organisation und Durchführung der gesamten Kehricht- und Separatabfallentsorgung	43'217 t	10'047'187	8'304'605
Total		10'047'187	8'304'605

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Entsorgung des gesamten Kehrichts gemäss Abfuhrplan	Entsorgungskosten pro Tonne pro Einw.	Fr. 213.22 Fr. 114.80	< Fr. 200.00 < Fr. 110.00	Fr. 210.50 Fr. 120.26
Anteil Sonderabfall an Gesamtabfallmenge	Separierungsquote	46,98%	> 48%	47,75%

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009
Ertrag	9'282'306	9'014'800	7'820'831
Kosten	-10'047'187	-8'304'605	-8'216'764
Ergebnis	-764'881	710'195	-395'933
Leistungseinheit	Abfallmenge in t	42'317	42'000
Kosten pro Einheit	SFr. 213.22	SFr. 197.73	SFr. 210.50

Bestand Spezialfinanzierung	Budget 2011	Rechnung 2010	Rechnung 2009
Bestand 1.1.	3'976'798	6'031'899	7'438'057
Einlage	-		
Entnahme	-1'207'300	-2'055'101	-1'406'158
Bestand 31.12.	2'769'498	3'976'798	6'031'899

e) Kennzahlen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Wohnbevölkerung per 31.12.	60'368	60'779	61'248	62'265	62'166	80'266
Kostendeckungsgrad	104,7%	117,80%	114,50%	110,20%	95,20%	92,39%

Kehricht

Kosten in Fr. pro Tonne / Stück

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Hauskehricht	168.-/t	164.-/t	148.-/t	-1.-/t ¹⁾	2.-/t ¹⁾	0/t ¹⁾
Kompost-Abfälle	380.-/t	364.-/t	364.-/t	363.-/t	348.-/t	315.-/t
Altmetall	199.-/t	145.-/t	132.-/t	40.-/t	209.-/t	151.-/t
Altglas	82.-/t	82.-/t	76.-/t	51.-/t	70.-/t	39.-/t
Weissblechbüchsen	970.-/t	745.-/t	725.-/t	680.-/t	737.-/t	505.-/t
Elektromaterial	241.-/t	-370.-/t	-351.-/t	-181.-/t	157.-/t	-200.-/t
(Swico, SENS, Batterien, Lampen)						
Altpapier	58.-/t	30.-/t	26.-/t	-9.-/t	14.-/t	-9.-/t
Karton	331.-/t	288.-/t	251.-/t	255.-/t	314.-/t	217.-/t
Altöl	874.-/t	903.-/t	.-/t	1'405.-/t	1'331.-/t	1'078.-/t

¹⁾ Kennzahl Hauskehricht inkl. Rückerstattung Gemeindeverband (REAL)

Abfallmengen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamtabfallmenge	34'712 t	34'644 t	35'625 t	36'023 t	35'515 t	43'217 t
Anteil Hauskehricht	18'122 t	18'018 t	18'600 t	18'712 t	18'565 t	23'117 t
Anteil Wertstoffe	16'590 t	16'626 t	17'025 t	17'311 t	16'950 t	20'100 t
Hauskehrichtmenge pro Einw.	300 kg	296 kg	303 kg	300 kg	298 kg	285 kg

5.3.5.6 Leistungsgruppe Diverse Dienstleistungen (LG 6)

a) Ziele für die Leistungsgruppe

Leistungserbringung gegen Verrechnung zu Vollkosten für Dritte und stadtinterne Dienstabteilungen wie Gebäudeunterhalt, Kanalspülungen, diverse Schreinerarbeiten usw. des Zimmerwerkes, Fahrzeugreparaturen durch die Werkstätte des TBA, diverse Fuhrdienstleistungen des Autobetriebes sowie Baukoordination und Diverses.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Diverse Dienstleistungen	Bruttoanteil an Leistungsgruppe	
	IST	SOLL
Leistungen für Stadtverwaltung und Dritte: Unterhalt Liegenschaften, Märkte und Messen, Sonderabfuhr, Kanalspülungen, Fahrzeugunterhalt, Baukoordination und Diverses.	SFr. 2'549'721	SFr. 3'938'859
Total	SFr. 2'549'721	SFr. 3'938'859

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Leistungen Werkhof, Werkstätten, Kanalunterhalt	Zu konkurrenzfähigen Preisen und Standards	Std.-Ansätze Berufsarbeiter Fr. 79.35 (R.Tarif SBV 87.00)	Std.-Ansätze Berufsarbeiter < Fr. 79.35 (R.Tarif SBV 83.50)	Std.-Ansätze Berufsarbeiter Fr. 79.35 (R.Tarif SBV 83.50)
Leistungen Strassenunterhalt Bau/Betrieb Stadtgärtnerei	Zu konkurrenzfähigen Preisen und Standards	Std.-Ansätze Arbeiter Fr. 66.70 (R.Tarif SBV 73.50)	Std.-Ansätze Arbeiter < Fr. 66.70 (R.Tarif SBV 70.00)	Std.-Ansätze Arbeiter Fr. 66.70 (R.Tarif SBV 70.00)

SBV = Schweiz. Baumeisterverband

d) Mengen und Kosten

	Rechnung 2010	Budget 2010	Rechnung 2009
Ertrag	3'102'665	2'859'200	2'942'012
Kosten	-2'549'721	-3'938'859	-2'710'859
Ergebnis	552'944	-1'079'659	231'153
Leistungseinheit			
Kostendeckungsgrad	121.7%	-72.6%	108.5%

5.3.6 Nachweis der Kosten

	Kosten	Ertrag
Institution 414 Tiefbauamt	55'010'655	33'933'784
Institution 493 Stadtentwässerung	9'090'802	9'090'802
Institution 492 Kehrtrichtbeseitigung	9'654'962	9'654'962
Total (Bruttoumsatz Laufende Rechnung)	73'756'420	52'679'548
./. Interne Verrechnungen innerhalb TBA	-18'479'728	-18'479'728
Total Umsatz Globalbudget TBA	55'276'692	34'199'820
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	21'076'872	
+ kalkulatorische Kosten	20'201'817	
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	41'278'689	

5.4 Liegenschaften Finanzvermögen / Parlamentarischer Leistungsauftrag

5.4.1 Leistungsziele

1. Die Stadt Luzern stellt ein breites Angebot an Mietwohnungen zur Verfügung. Zu diesem Zweck werden Liegenschaften im unteren, mittleren und vereinzelt auch im oberen Preissegment aktiv bewirtschaftet und selber verwaltet.¹⁰ Durch konstante Werterhaltung und -entwicklung soll mit effizientem Mitteleinsatz ein möglichst optimaler Nutzwert (Qualitätssteigerung) generiert werden.

Erreicht.

2. Die Strategieeinteilung der Renditeliegenschaften ist periodisch zu überprüfen. Dabei sind Liegenschaften aus immobilienwirtschaftlicher Sicht auf die volkswirtschaftlichen, siedlungs- und sozial- sowie finanzpolitischen Ziele hin zu überprüfen.

Wird laufend und insbesondere beim Jahresabschluss überprüft. Es wurde ein Grundstück (Hirschpark) von der LG 2 in die LG 4 umgeteilt.

3. Mit den Liegenschaften des Finanzvermögens (ohne Anteil GSW-Liegenschaften) ist eine angemessene, marktübliche Bruttorendite zu erwirtschaften. Ertragsverbesserungen sind u. a. durch wertvermehrende Instandsetzungen anzustreben. Das zusätzliche Mietzinspotenzial bei den Renditeliegenschaften für die Jahre 2003–2012 beträgt rund Fr. 1 Mio. Durch laufende Überprüfung und Vornahme möglicher Anpassungen soll diese Zielvorgabe erreicht werden (Sanierungen bei Mieterwechseln, wertvermehrende Investitionen usw.).

Die Zielvorgabe wurde erreicht. Dies ist vor allem auf Mietzinsanpassungen durch wertvermehrende Investitionen zurückzuführen.

4. Für das Teilportfolio Land und Entwicklungsareale sind Schwerpunkte zu setzen, die volkswirtschaftliche, sozial-, siedlungs- und/oder finanzpolitische Ziele abdecken. Für Entwicklungsareale sind dem Grossen Stadtrat Vorlagen für die künftige Nutzung zu unterbreiten und die Wertsteigerungen im Sinne der Stadtentwicklung aufzuzeigen.

Die Veräusserung des Grundstückes Mettenwylstrasse wurde vollzogen. Ebenso konnte das Veräusserungsgeschäft Wettsteinpark per 1. Dezember 2010 abgeschlossen werden. Die beiden Liegenschaften Maihofstrasse 2 und 4 wurden an eine Privatperson veräussert. Im Gebiet Udelboden wurde eine Restparzelle dem Vorkaufsberechtigten verkauft. Die Vermarktung des Büttenengrundstückes wurde wieder aufgenommen. Die eingegangenen Angebote erfüllten die Erwartungen. Nach Klärung der Vertragsdetails wird das Veräusserungsgeschäft 2011 dem Grossen Stadtrat unterbreitet. Für das Areal an der Industriestrasse wurde ein Wettbewerb vorbereitet. Für ein Grundstück im Hinterschlund (Kriens) wurden Verhandlungen zur Ansiedlung eines Investors aufgenommen.

5. Die Kosten für die Waldpflege sind konstant zu halten bzw. nach Möglichkeit zu senken. Die Qualitätsstandards sind im Leistungsvertrag mit dem Stadtforstamt geregelt: Ziel der Bewirtschaftung sind stabile Wälder, welche ihre Schutzaufgabe nachhaltig erfüllen und gleichzeitig einen hohen Natur- und Erholungswert aufweisen.

Erreicht, die jährlichen Kosten blieben unverändert bei Fr. 250'000.–.

6. In Landwirtschaftsbetriebe wird nur zurückhaltend investiert. Bei grösseren Sanierungen (z. B. neues Tierschutzgesetz) sind Eigenleistungen der Pächter zu verlangen. Ist dies nicht möglich, ist anstelle einer Investition ein Verkauf zu prüfen.

Bei der Stallerweiterung im Betrieb Fuchsbühl, Eigenthal, wurden Eigenleistungen durch die Pächterschaft einverlangt.

¹⁰ Im unteren Preissegment werden vorwiegend sozialpolitische Ziele abgedeckt, die operativ durch die GSW (im Auftrag der Stadt) wahrgenommen werden.

5.4.2 Globalbudget

	R2010	B2010	Abweichung		R2009
Ertrag (inkl. Interner Ertrag)	9'401'993	8'965'700	436'293	5%	9'076'062
./. direkte Kosten (Unterhalt)	-3'382'806	-1'975'000	-1'407'806	-71%	-2'629'924
./. direkte Kosten (Betrieb)	-1'527'887	-1'517'600	-10'287	-1%	-1'741'764
./. dem Bereich Immobilien IFL verrechnete Kosten	-624'400	-711'700	87'300	12%	-619'100
Globalbudget (Ergebnis Finanzbuchhaltung)	3'866'900	4'761'400	-894'500	-19%	4'085'273
./. Kalkulatorische Kosten ¹⁾	-8'898'627	-9'741'888	843'261	9%	-9'145'958
Globalbudget (inkl. kalkulatorische Kosten)	-5'031'727	-4'980'488	-51'239	-1%	-5'060'684

¹⁾ Verzinsung des investierten Kapitals/Verkehrswert zum Zinssatz, den die Stadt Luzern für ihre langfristigen Darlehen bezahlt. (Fr. 242,8 Mio. zu 2,91 %)

Abschreibung von Verkehrswert ohne Landanteil von Fr. 141,1 Mio. zu 1,3% = Fr. 1,83 Mio. Prozentsatz entspricht einer Abschreibungsdauer von 75 Jahren.

5.4.3 Kurzkomentar zum parlamentarischen Leistungsauftrag

Im Geschäftsjahr 2010 wurden wiederum diverse Sanierungen bei den Finanzliegenschaften vorgenommen. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang der Abschluss Bramberghöhe 4 (Hausschwamm/Fäulnis-sanierung), die Sanierung der Küchen und Bäder an der Bruggligasse 19 sowie die Instandstellungen bei den Gastrobetrieben Geissmatt und Hopfenkranz. An der Himmelrich- und Hünenbergstrasse wurden drei Wohnungen komplett saniert. An der Bernstrasse musste die sehr baufällige Liegenschaft Bernstrasse 74 abgebrochen werden. Nach dem klaren Nein der Volksabstimmung "Rettet die Schmiede" wurden die Vorbereitungsarbeiten für die Rückbauarbeiten in Angriff genommen.

Die Integration der Grundstücke im Gemeindeteil Littau in das Finanzvermögen wurde abgeschlossen.

Für die Überführungen der Alterswohnungen in das Finanzvermögen auf Beginn 2012 (gemäss B+A 37/2009) hat eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von IMMO und HAS die notwendigen Abklärungsarbeiten mit Unterstützung einer externen Beratungsfirma in Angriff genommen.

Begründung für die Zweckumwandlung einer Liegenschaft per 1.1.2011

Die CONCORDIA Krankenkasse ist Eigentümerin des Grundstücks 1319 am Geissensteinring in Luzern. Dieses Grundstück grenzt unmittelbar an das städtische Grundstück 1118, welches sich im Verwaltungsvermögen befindet. Die CONCORDIA Krankenkasse beabsichtigt, ihr Gebäude an diesem Standort umfassend zu sanieren, um die darin befindlichen Arbeitsplätze auf den neuesten Stand zu bringen und entsprechend aufzuwerten. Um dieses Vorhaben realisieren zu können, hat sie von der Stadt den Erwerb einer Teilfläche von 192 m² ab dem erwähnten Grundstück beantragt. Nachdem sich gezeigt hat, dass die Abtretung dieser Teilfläche für die Stadt keine Einschränkungen oder negativen Einflüsse nach sich zieht und zudem ein gegenseitiges Näher- und Grenzbau-recht stipuliert wurde, hat der Stadtrat in Anwendung von Art. 70 lit. a Ziff. 1 GO dieser Veräusserung zugestimmt. Der Kaufpreis beträgt Fr. 144'000.– bzw. Fr. 750.– pro m².

Um diese Veräusserung zu vollziehen, ist die Teilfläche von 192 m² ab dem Grundstück 1118, linkes Ufer, GB Luzern, ohne Buchwert vorgängig vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen überzuführen. Nach Art. 69 lit. b Ziff. 9 GO ist für Zweckumwandlungen von Gemeindevermögen der Grosse Stadtrat zuständig. Die Zweckumwandlung dieser Liegenschaft ist deshalb im Antrag des Stadtrates an den Grossen Stadtrat aufgeführt.

5.4.4 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Gesamtübersicht

5.4.4.1 Übersicht über die Leistungsgruppen

LG 1: Renditeliegenschaften	IST R10	SOLL B10	IST R09
Anzahl Wohnungen	197	203	196
Wohnfläche in m ²	15'770	16'494	16'194
Ø Mietertrag in Fr. pro m ² /Jahr	153	147	153
Anzahl Gewerbe-/Geschäftslokale	83	83	85
Geschäftsfläche in m ²	9'496	9'272	9'654
Ø Mietertrag in Fr. pro m ² /Jahr	171	172	185
MZ-Einnahmen und übriger Ertrag	5'256'162	4'914'400	4'998'655
Unterhalt	-2'831'424	-1'561'500	-1'776'306
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-768'073	-800'494	-654'381
Ergebnis Finanzbuchhaltung	1'656'665	2'552'406	2'567'968
Kalkulatorische Kosten	-3'279'409	-3'498'933	-3'379'399
Aufwandüberschuss	-1'622'743	-946'527	-811'431
Bruttorendite (MZ-Einnahmen / Verkehrswert)	5.85%	5.93%	6.35%

LG 2: Land- und Entwicklungsareale	IST R10	SOLL B10	IST R09
Gesamtfläche in m ²	589'808	647'370	482'112
Baulandreserven in m ² insgesamt	317'380	356'188	276'821
- davon in der Stadt Luzern	89'786	63'016	55'292
überbaute Flächen in m ² mit Entw.Potenzial	33'183	29'562	25'466
- davon in der Stadt Luzern	33'183	29'562	25'466
übrige Areale in m ²	239'245	216'143	179'825
MZ-Einnahmen und übriger Ertrag	708'869	699'900	809'800
Unterhalt	-179'185	-119'600	-345'219
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-175'420	-279'287	-626'454
Ergebnis Finanzbuchhaltung	354'264	301'013	-161'874
Kalkulatorische Kosten	-2'367'117	-2'561'612	-2'147'104
Aufwandüberschuss (ohne Buchgewinne)	-2'012'853	-2'260'599	-2'308'978
Ertrag in Fr. pro m ²	1.20	1.16	1.68

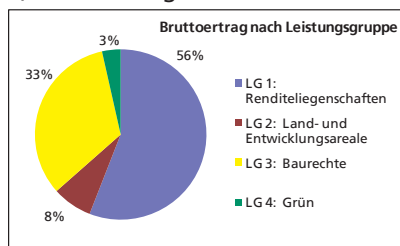
LG 3: Baurechte	IST R10	SOLL B10	IST R09
Baurechte FV	36	36	35
Fläche in m ² der abgegebenen Baurechte	294'046	291'796	285'930
BR-Einnahmen	3'107'603	3'048'000	2'889'302
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen)	-1'146'963	-1'077'292	-994'246
Ergebnis Finanzbuchhaltung	1'960'641	1'970'708	1'895'055
Kalkulat. Kosten (nur Verzinsung Land)	-1'808'623	-2'133'600	-2'045'624
Ertrags- /Aufwandüberschuss (BR Finanzvermögen)	152'017	-162'892	-150'569
Ø Baurechtszins pro m ² FV	10.57	10.45	10.10

LG 4: Grün	IST R10	SOLL B10	IST R09
Anz. Landwirtschaftsbetriebe	9	9	8
Landwirtschaftsfläche in m ²	3'751'030	3'721'676	3'595'903
Erlös in Fr. pro m ² /Jahr aus Landwirtschaft	0	0	0
Waldfläche in m ²	2'791'697	2'837'449	2'545'734
Kosten in Fr. pro m ² /Jahr aus Waldwirtschaft	0	0	0
Pachtzinseinnahmen und übriger Ertrag	329'359	303'400	378'306
Unterhalt	-372'197	-293'900	-508'400
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-61'832	-72'227	-85'782
Ergebnis Finanzbuchhaltung	-104'670	-62'727	-215'876
Kalkulatorische Kosten	-1'443'479	-1'547'743	-1'573'830
Aufwandüberschuss	-1'548'149	-1'610'470	-1'789'706
Ertrag in Fr. pro m ²	0.05	0.05	0.06

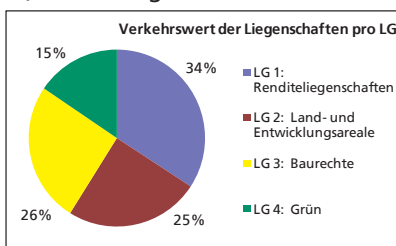
Ergebnis Liegenschaften Finanzvermögen	IST R10	SOLL B10	IST R09
Liegenschaften Finanzvermögen Fläche in m ²	7'490'239	7'527'181	6'966'616
Mietzins, übrige Erträge & Baurechteeinnahmen	9'401'993	8'965'700	9'076'062
Unterhalt	-3'382'806	-1'975'000	-2'629'924
Betriebsaufwand FiBu (ohne Zinsen/Abschr.)	-2'152'287	-2'229'300	-2'360'864
Ergebnis Finanzbuchhaltung	3'866'900	4'761'400	4'085'273
Kalkulatorische Kosten	-8'898'627	-9'741'888	-9'145'958
Aufwandüberschuss	-5'031'727	-4'980'488	-5'060'684
Kostendeckungsgrad	65.14%	64.29%	64.20%
Gesamt-Bruttorendite (SIA D0213)	3.71%	3.56%	4.26%

5.4.4.2 Leistungsgruppen und Aufteilung des Globalkredits auf die Leistungsgruppen

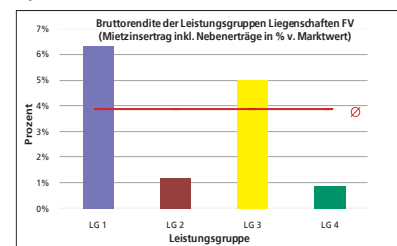
a) Bruttoertrag nach LG



b) Aufteilung nach Wert



c) Bruttorendite nach LG



5.4.4.3 Kurzkomentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag

Die Gesamterrendite über alle Leistungsgruppen senkte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,55 % auf 3,71 %. Dies ist in erster Linie auf die zusätzlichen Aufwendungen bei der Sanierung der Bramberghöhe 4 zurückzuführen. Hingegen konnten die Erträge deutlich verbessert werden. Dies ist auf wertvermehrende Investitionen, Anpassungen von Baurechtszinsen sowie aus übrigen Erträgen durch temporäre Vermietungen, Rückerstattungen aus Versicherungsfällen und auf Beiträge der Denkmalpflege zurückzuführen.

Der Referenzzinssatz blieb 2010 stabil bei 3 %, das Budget 2010 basierte jedoch auf dem im April 2009 angewendeten Referenzzinssatz von 3,5 %.

In der **LG 1, Renditeliegenschaften**, konnte die umfassend sanierte Liegenschaft Bramberghöhe 4 per Juni 2010 der neuen Meterschaft übergeben werden. Nach grösserer Umbauphase konnte im Herbst das Restaurant Geissmatt wiedereröffnet werden. Trotz Mehrerträgen aus wertvermehrenden Investitionen sank die Bruttorendite infolge deutlich höheren Sanierungsaufwands gegenüber dem Vorjahr um 0,50 % auf 5,85 %.

Im abgelaufenen Jahr wurden in dieser Leistungsgruppe erneut 13 Liegenschaften und 4 unbebaute Grundstücke einer externen Verkehrswertschätzung unterzogen. Daraus resultierte eine Verkehrswertsteigerung von rund Fr. 7,1 Mio.

In der **LG 2, Land und Entwicklungsareale**, konnten gegenüber dem Budget leicht höhere Mieterträge generiert werden.

- Für das Areal an der oberen Bernstrasse wurde gemeinsam mit vier interessierten Wohnbaugenossenschaften eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.

- Für die Entwicklung der städtischen Grundstücke an der Industriestrasse wurden die Vorbereitungen für einen Investorenwettbewerb gestartet.
- Für ein Teilareal im Hinterschlund (Gemeinde Kriens) laufen intensive Verhandlungen für die Ansiedlung eines Investors.
- Im Gebiet Mattenhof wurde ein Grundstück zusammen mit zwei benachbarten Privatgrundstücken dem Kanton als möglicher Standort für das neue Kantonsgericht angeboten.

In der **LG 3, Baurechte**, wurden wiederum diverse Baurechtszinse aufgrund der vertraglichen Bestimmungen angepasst bzw. erhöht. Das Baurecht Kreuzbuch wurde vertragsgemäss durch ein externes Schätzersteam neu bewertet. Der dadurch um rund Fr. 70'000.– erhöhte Baurechtszins zulasten der Stadt kann nur teilweise auf den Unterbaurechtsnehmer überwält werden.

In der **LG 4, Grün**, konnte trotz der Übernahme der Wälder der ehemaligen Gemeinde Littau die jährliche Entschädigung für die Bewirtschaftung der Wälder an das Stadtforstamt (Korporationsgemeinde) unverändert bei Fr. 250'000.– gehalten werden.

5.4.5 Stadträtlicher Leistungsauftrag / Die Ergebnisse der einzelnen Leistungsgruppen

5.4.5.1 Leistungsgruppe Renditeliegenschaften (LG 1)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 1

Anbieten von attraktiven Wohnungen und Gewerberäumen zu kostendeckenden Mietzinsen. Sicherstellung eines angemessenen Unterhaltes zur Substanzerhaltung der Liegenschaften.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 1: Renditeliegenschaften	Miete pro m ² / Jahr	Menge			Bruttoertrag an Leistungsgruppe
		Anz.	Fläche m ²	%	
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	> 160.--	73	5'338	34%	SFr. 1'061'340
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	121 - 160.--	77	6'662	42%	SFr. 945'588
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen	< 120.--	47	3'770	24%	SFr. 318'972
Anzahl Wohnungen / Wohnfläche / Mietzinseinnahmen GSW		60	3'749		SFr. 407'709
Geschäftslokale / Mietzinseinnahmen		83	9'496		SFr. 1'422'383
Vermietung von Garagen/Parkplätzen	Plätze	153			SFr. 145'898
übrige Erträge und Rückerstattungen					SFr. 954'272
Total					SFr. 5'256'162

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Niederschwelliges Wohnungsangebot zur Verfügung stellen.	Anz. durch die GSW verwaltete Wohnungen, Einhaltung Vertrag mit GSW	60 Wohnungen	60 Wohnungen	60 Wohnungen
Angebot an Whg. im oberen Preissegment	Anz. Wohnungen Ø m ² -Preis der Whg p.a.	22 Wohnungen > Fr. 210.--	14 Wohnungen > Fr. 210.--	14 Wohnungen > Fr. 210.--
Verwaltungseffizienz Optimale Bewirtschaftung der selbst verwalteten Wohnungen	Mietzinsausfallquote (Leerstände) in Prozent vom Mietzins-Soll	1,02%	< 1%	2,09%
Zustand der Wohnungen und Sicherstellung Substanzerhalt	Unterhalt ¹¹ in % Mietzinseinnahmen, bzw. in % Verkehrswert (gemäss SIA D0213)	Von MZ: 53,86% ¹² Von VW: 3,4%	Von MZ: 34,4% Von VW: 2,0%	Von MZ: 35,35% Von VW: 2,4%
Marktgängigkeit der Mietwohnungen	Anzahl Mieterwechsel p.a. (nur selbst bewirtschaftete Liegensch.)	49	40	65

d) Mengen und Kosten

LG 1: Renditeliegenschaften	IST R10	SOLL B10	IST R09
Ertrag	5'256'162	4'914'400	4'998'655
Kosten	-6'878'906	-5'860'927	-5'810'086
Aufwandüberschuss	-1'622'743	-946'527	-811'431
Verkehrswert	83'023'000	77'069'000	73'786'000
Nettorendite in Prozent	1.85%	3.46%	3.64%

Aufgrund wertvermehrender Investitionen werden acht Wohnungen neu im höchsten Preissegment (> Fr. 210.--/m²) ausgewiesen. Bei der Liegenschaft Bruggligasse 19 wurden die Nasszellen erneuert, und das Restaurant Geissmatt an der St.-Karli-Strasse 13a konnte nach einer umfangreichen Sanierung im Herbst wiedereröffnet werden. Ohne die zusätzlichen Aufwendungen für die Bramberghöhe 4 hätte die Nettorendite in dieser Leistungsgruppe 3,14 % betragen. Dies konnte trotz eines Beitrags der Denkmalpflege in der Höhe von Fr. 228'000.-- nicht aufgefangen werden.

¹¹ Instandhaltung und Instandsetzung.

¹² Erhöhung infolge Zusatzkredit für Sanierung Bramberghöhe 4.

5.4.5.2 Leistungsgruppe Land und Entwicklungsareale (LG 2)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 2

Leistung eines aktiven Beitrages zur Umsetzung der stadträtlichen Leitsätze zur Stadtentwicklung und zur Realisierung der Stossrichtungen aus dem Masterplan der Stadt Luzern (Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung vom 10. September 2003).

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 2: Land und Entwicklungsareale	Menge	Bruttoertrag an Leistungsgruppe
Baulandreserven	317'380 m ²	SFr. 90'905
Anzahl Wohnungen / Mietzinseinnahmen	30 Whg	SFr. 248'816
Fläche Geschäftslokale / Mietzinseinnahmen	3'902 m ²	SFr. 174'269
Vermietung von Garagen / Parkplätzen	109 Plätze	SFr. 116'976
übrige Erträge und Rückerstattungen		SFr. 77'903
Total		SFr. 708'869

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Erfolgreiche Vermarktung und Entwicklung von Liegenschaften mit erhöhtem Nutzenpotenzial.	Zieldefinition und Vorgehensplan erarbeitet und laufend aktualisiert. Anzahl Vermarktungen.	Die Vermarktung des Grundstücks Büttenen wurde wieder aufgenommen. Die Vermarktungen von unbebauten Grundstücken in Kriens und im Stadtteil Littau wurden vorbereitet und werden im Frühjahr 2011 gestartet.	Die im Jahre 2008 infolge ungenügender Angebote sistierte Vermarktung des Büttenenareals ist wieder aufzunehmen. Weiter ist die Vermarktung diverser kleinerer Grundstücke zwecks Portfoliobereinigung zu prüfen (u. a. EFH-Parzellen im Littauer Boden).	Der Vollzug der Veräusserung des Grundstücks im Wettsteinpark ist durch eine hängige Einsprache pendente. Der Verkauf des Grundstücks Unterlöhli konnte abgeschlossen werden. Weiter stimmte der Grosse Stadtrat der Veräusserung der Liegenschaften Maihofstrasse 2 u. 4 zu. Die Vermarktung eines Grundstücks an der Mettenwylstrasse wurde erfolgreich abgeschlossen.

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 2: Land- und Entwicklungsareale	IST R10	SOLL B10	IST R09
Ertrag	708'869	699'900	809'800
Kosten	-2'721'721	-2'960'499	-3'118'778
Aufwandüberschuss	-2'012'853	-2'260'599	-2'308'978
Verkehrswert	59'927'000	68'292'000	46'880'000
Ertrag in Fr. pro m ²	1.20	1.16	1.68
Fläche in m ²	589'808	647'370	482'112

In dieser Leistungsgruppe wurden die Grundstücke Mettenwyl (B+A 10/2010 vom 24. März 2010) und eine Restparzelle im Udelboden verkauft. Das Grundstück 1109 (Hirschpark), Luzern, wurde von der LG 2 in die LG 4 verschoben.

5.4.5.3 Leistungsgruppe Baurechte (LG 3)**a) Ziele für die Leistungsgruppe 3**

Gewährung von Baurechten des Finanzvermögens zu marktüblichen Konditionen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Baurechtsnehmer und der strategischen Bedeutung des Grundstückes für die Stadt. Administration der Baurechte des Finanz- und Verwaltungsvermögens (Vertragsgestaltung, Inkasso).

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich	Menge		Bruttoertrag
LG 3: Baurechte Finanzvermögen	Anz.	Fläche m ²	an Leistungsgruppe
Baurechtszinsen (Finanzvermögen)	36	294'046	SFr. 3'023'215
Entschädigung VBS Gefechtsschiessplatz			SFr. 84'388
Total			SFr. 3'107'603

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Marktkonforme Abgabe von Baurechten auf Liegenschaften des Finanzvermögens	Baurechtszins pro m ² /p.a.	Fr. 10.57	Fr. 10.45	Fr. 10.10
Bei ablaufenden BR: Klärung der Übereinstimmung mit Strategie und Marktkonformität	Anzahl BR-Verträge, die im Rechnungsjahr enden.	Keine	Keine	Keine

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 3: Baurechte	IST R10	SOLL B10	IST R09
Ertrag	3'107'603	3'048'000	2'889'302
Kosten	-2'955'586	-3'210'892	-3'039'871
Aufwandüberschuss	152'017	-162'892	-150'569
Verkehrswert (Ertragswert mit 5% kapitalisiert)	62'152'000	60'960'000	57'786'000
Ø Baurechtszins pro m ²	10.57	10.45	10.10
Fläche in m ²	294'046	291'796	285'930

Bemerkungen siehe Kapitel 5.4.4.3 Kurzkomentar zum städtischen Leistungsauftrag.

5.4.5.4 Leistungsgruppe Grün (LG 4)

a) Ziele für die Leistungsgruppe 4

Pflege und Schutz des Waldes in seiner Fläche und seiner räumlichen Verteilung (quantitative Walderhaltung) sowie der Schutz des Waldes als Ökosystem mit seiner vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt, als Landschaftselement und als Garant der Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktionen (qualitative Walderhaltung) durch das Stadtforstamt. Der Wald liefert einen Beitrag zur Standortqualität für die Stadt Luzern und die umliegenden Naherholungsgebiete.

b) In der Leistungsgruppe enthaltene Leistungen

Leistungen im Bereich LG 4: Grün	Fläche in m ²	Bruttoertrag an Leistungsgruppe
Pacht- und Mietzinsen	3'751'030	SFr. 235'067
Mietzinsen DFI (Lehn)		SFr. 65'720
Erträge aus Wald	2'791'697	SFr. 11'556
übrige Erträge und Rückerstattungen		SFr. 17'017
Total	6'542'727	SFr. 329'359

c) Sollvorgaben für die Leistungserstellung und -qualität

Leistung	Leistungsindikator	Ist R10	Soll B10	Ist R09
Stabilisierung der Kosten für die Waldpflege gemäss Vertrag vom 31.01.07 mit der Korporationsgemeinde Luzern	Kosten der Waldpflege p.a. insgesamt und pro m ² Waldfläche	Fr. 250'000.- Fr. -.09/m ²	Fr. 250'000.- Fr. -.11/m ²	Fr. 250'000.- Fr. -.10/m ²

d) Mengen und Kosten

Leistungsgruppe 4: Grün	IST R10	SOLL B10	IST R09
Ertrag	329'359	303'400	378'306
Kosten	-1'877'508	-1'913'870	-2'168'012
Aufwandüberschuss	-1'548'149	-1'610'470	-1'789'706
Verkehrswert	37'649'000	35'704'000	34'631'000
Ertrag in Fr. pro m ²	0.05	0.05	0.06
Fläche in m ²	6'542'727	6'589'629	6'141'637

5.4.6 Nachweis der Kosten

Vom Aufwand zu den Kosten	Aufwand	Ertrag
Institution 521 Immobilien Finanzliegenschaften	5'476'150	-10'039'922
Ergebnis Finanzbuchhaltung Globalbudget (=ILV in 941)	-4'563'772	
Kalk Kosten: Zinsen auf Marktwert	7'064'054	
Kalk Kosten: 1,3% Abschreib. auf Marktwert ohne Land	1'834'573	
Ergebnis Globalbudget inkl. kalk. Kosten	4'334'855	
Abgrenzungen, HK/NK-Abr., Leistungen für Verw. Vermögen, usw.	58'944	637'928
Ergebnis Kosten LG 1-4 Globalbudget IFL	5'031'727	

Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt Ihnen,

- I.
den Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2010 zu genehmigen;
- II.
die Jahresrechnung und die Finanzierung des Aufwandüberschusses für das Jahr 2010 zu genehmigen;
- III.
Folgendes Grundstück (ohne Buchwert) per 1. Januar 2011 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen überzuführen:
Teilfläche von 192 m² des Grundstücks 1118, Geissensteinring 24.

Er unterbreitet Ihnen einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Luzern, 13. April 2011

Urs W. Studer
Stadtpräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 3 vom 13. April 2011 betreffend

Geschäftsbericht 2010,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 63 und Art. 69 lit. b Ziff. 9 der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

I.

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2010 wird genehmigt.

II.

Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2010, werden genehmigt:

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 700'274'765.22
Ertrag	<u>Fr. 697'463'203.36</u>
Aufwandüberschuss	Fr. 2'811'561.86

Der Aufwandüberschuss wird wie folgt finanziert:
Fr. 2'811'561.86 Entnahme aus dem Eigenkapital

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 563'173'121.57 abschliessen.

3. Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport

Die Jahresrechnung über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport, welcher einen Restbestand von

Fr. 235'830.12 für den Bereich Kultur und von
Fr. 199'910.25 für den Bereich Sport aufweist.

III.

Folgendes Grundstück wird (ohne Buchwert) per 1. Januar 2011 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übergeführt:

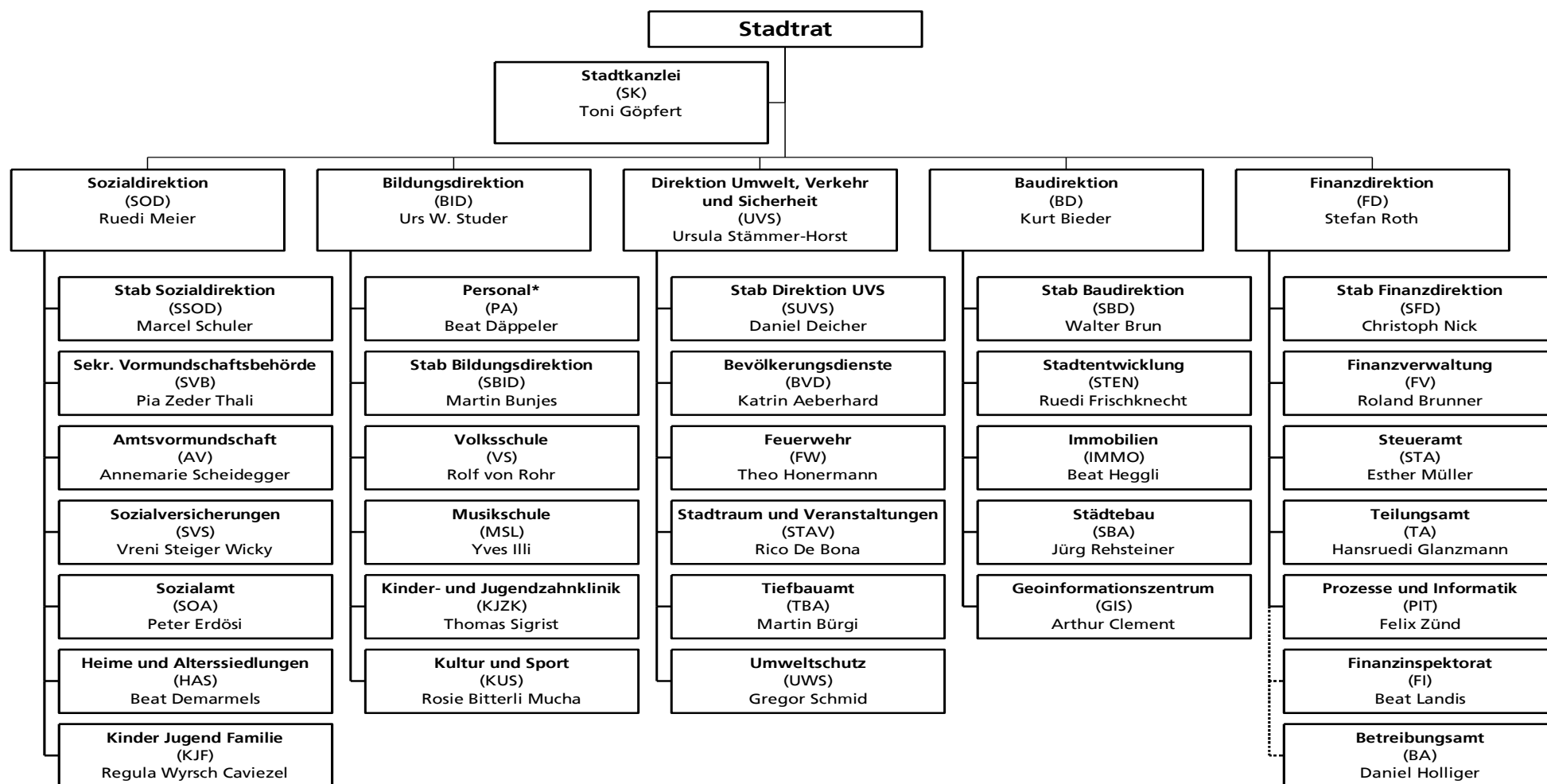
Teilfläche von 192 m² des Grundstücks 1118, Geissensteinring 24.

Luzern, 30. Juni 2011

Rolf Krummenacher
Präsident des Grossen Stadtrates

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Gesamt-Organigramm per 1.1.2011



* der Direktion des jeweiligen
Stadtpräsidenten zugeordnet

-- administrativ der Finanzdirektion
zugeordnet